G 1800 E

# Blätter für deutsche und internationale Politik

**Jörg Huffschmid**
**Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft**
**Überlegungen zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven alternativer Wirtschaftspolitik**

**Gerhard Leithäuser, Herbert Schui**
**Zur Diskussion des Memorandums „Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik"**

**Kurt Bayertz**
**Der Popper-Boom in der SPD**

**Volker Weyel**
**„Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika**

**A. A. Galkin**
**Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus**

**Henry A. Kissinger**
**Rede über das Verhältnis USA — UdSSR und die weltpolitische Entwicklung**

**Leonid Breschnew**
**Aus dem außenpolitischen Teil des Referats auf dem XXV. Parteitag der KPdSU**

# 3'76

**März 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM**
**Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM**

**Pahl-Rugenstein Verlag Köln**

# März 1976

CHRONIK DES MONATS FEBRUAR 1976 . . . . . 233

KOMMENTARE UND BERICHTE

Die USA, die Sowjetunion und die Zukunft der Entspannung . . . . . *Karl D. Bredthauer* 236

Kanadas Entwicklung im Schatten der USA . . . . . *Michael Sotiron* 239

HAUPTAUFSÄTZE

Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft. Überlegungen zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven alternativer Wirtschaftsgestaltung . . . . . *Jörg Huffschmid* 243

Alternativen für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik. Beiträge zur Diskussion des Memorandums der 41 Wirtschaftswissenschaftler 257

Zum Problem der Durchsetzbarkeit und der Zweckbindung staatlicher Wirtschaftspolitik . . . . . *Gerhard Leithäuser* 258

Öffentliche Verschuldung und Konjunkturbelebung . . *Herbert Schui* 261

Das Weißbuch, die Politik der Bundesregierung und die KSZE *Lorenz Knorr* 267

Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus . . . . . *Kurt Bayertz* 278

Die Weltwirtschaft des Kapitals. Vierteljahresübersicht *Jürgen Kuczynski* 289

„Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika. Neue Phase der Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit? . . . . . *Volker Weyel* 296

AUS AUSLÄNDISCHEN ZEITSCHRIFTEN

Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus . . . . *A. A. Galkin* 311

MEDIENKRITIK

„Familienleben" und Psychiatrie . . . . . *Henning Walter* 321

BÜCHER

Zu Tragweite und Beeinflußbarkeit des Monopolisierungsprozesses . . . . . *Wolfgang Pfaffenberger* 322

Neuerscheinungen/Eingesandte Bücher . . . . . 325

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 327

Präsident Fords „neuer Realismus" . . . . . *Dirk Ipsen* 330

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Rede des Außenministers der USA, Henry A. Kissinger, über das Verhältnis USA — UdSSR und über die weltpolitische Entwicklung in San Francisco am 3. Februar 1976 (Wortlaut) . . . . . 332

Auszug aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, auf dem XXV. Parteitag der KPdSU vom 24. Februar bis 4. März 1976 in Moskau . . . . . 345

# Blätter für deutsche und internationale Politik

*Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 3/1976*

*Herausgegeben von*

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

*Mitbegründet von*

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

*Redaktion*

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

*Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115*

# Chronik des Monats Februar 1976

*1.—3. 2. — Türkei/BRD. Bundesverteidigungsminister Leber verhandelt in Ankara mit Verteidigungsminister Ferit Melen und Generalstabschef Sancar. Leber wird zu einem Meinungsaustausch auch von Ministerpräsident Demirel und Außenminister Caglayangil empfangen. Eines der Themen der Gespräche ist die Vorbereitung neuer Abkommen über Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik sowie die Finanzierung solcher Lieferungen. Leber kritisiert bei dieser Gelegenheit erneut das vom amerikanischen Kongreß gegenüber der Türkei verhängte Waffenembargo.*

*2. 2. — NATO. In Rom konstituiert sich eine „Europäische Gruppe für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Rüstung". Der Gruppe gehören die europäischen Mitglieder der NATO (Eurogroup) sowie Frankreich an, das die Militärorganisation der NATO vor Jahren verlassen hatte. — Am 16. 2. empfängt NATO-Generalsekretär Luns in Brüssel erstmals einen offiziellen Vertreter Spaniens, den spanischen Außenminister Areilza. Der Minister erklärt anschließend, er habe mit Luns „in allgemeiner Form die Möglichkeiten einer Beteiligung Spaniens an der Verteidigung des Westens besprochen". Auch die Frage eines Beitritts Spaniens zur NATO sei behandelt worden.*

*— Angola. Der Präsident der Volksrepublik Angola und Führer der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), Agostinho Neto, wendet sich gegen die Errichtung ausländischer Mili-*

*tärstützpunkte auf dem Territorium der ehemaligen portugiesischen Kolonie. Bei der Eröffnung einer internationalen Solidaritätskonferenz in Luanda erklärt Neto, die MPLA befolge eine blockfreie Politik. — Am 11. 2., drei Monate nach der Proklamation der Unabhängigkeit (vgl. „Blätter", 12/1975, S. 1298 und 2/1976, S. 117 f.), wird die MPLA von der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) als einzig legitime Vertretung des Landes anerkannt und die Volksrepublik Angola als 47. Mitglied in die OUA aufgenommen. — Am 17. 2. beschließt Frankreich als erstes Mitglied der Europäischen Gemeinschaften die Anerkennung der MPLA-Regierung. Es folgen die Niederlande und Dänemark (18. 2.) und am 19. 2. auch die Bundesrepublik. Portugal spricht am 21. 2. die diplomatische Anerkennung aus.*

*3. 2. — U S A. Vor dem Commonwealth-Club in San Francisco hält Außenminister Kissinger äußert sich insbesondere zur Poliüber Probleme der Weltpolitik und die amerikanischen auswärtigen Beziehungen. Kissinger äußert sich insbesondere zu Politik der USA gegenüber der Sowjetunion (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). — Vom 16.—24. 2. unternimmt der amerikanische Außenminister eine ausgedehnte Lateinamerikareise, die ihn nach Venezuela, Peru, Brasilien, Kolumbien, Costa Rica und Guatemala führt.*

*5. 2. — B a l k a n. Mit der Annahme einer Reihe von Empfehlungen für eine verbesserte multilaterale Zusammenarbeit in Landwirtschaft, Handel, Energie, Transport, Kommunikation und Umweltschutz wird in Athen eine Konferenz von Experten aus fünf Balkanstaaten beendet. Teilgenommen hatten (auf Einladung des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis) Regierungsvertreter aus Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und der Türkei; Albanien hatte die Einladung abgelehnt.*

*6. 2. — N i e d e r s a c h s e n. In einem dritten Wahlgang wählt der Landtag den CDU-Kandidaten Dr. Ernst Albrecht zum neuen Ministerpräsidenten. Von den 155 Abgeordneten stimmen 79 für Albrecht. Auf Bundeswohnungsbauminister Karl Ravens (SPD), der anstelle von Helmut Kasimier (vgl. „Blätter", 2/1976, S. 118 f.) für die bisherige Regierungskoalition von SPD und FDP kandidiert, werden 75 Stimmen abgegeben; 1 Stimmzettel ist ungültig. Die FDP lehnt die Aufforderung der CDU zur Bildung einer Koalition ab und kündigt in einem Fraktionsbeschluß vom 10. 2. an, sie werde ihre Politik „aus der Opposition heraus konsequent und konstruktiv fortsetzen". Ministerpräsident Albrecht bildet ein Minderheitskabinett und beruft am 23. 2. den CDU-Bundestagsabgeordneten Walter Leisler Kiep als Finanzminister. Kiep hatte am 19. 2. im Bundestag gegen die Mehrheit seiner Fraktion für die Vereinbarungen mit der Volksrepublik Polen gestimmt.*

*— B u n d e s r a t. Mit dem Amtsantritt eines CDU-Kabinetts in Niedersachsen ergibt sich für die von CDU und CSU regierten Länder eine neue Mehrheit von 26 : 15 (bisher 21 : 20) Stimmen. Im Vermittlungsausschuß beträgt das künftige Stimmenverhältnis 11:11.*

*7. 2. — C h i n a. Die chinesische Nachrichtenagentur meldet die Ernennung von Hua Kuo-feng, bisher Minister für öffentliche Sicherheit und einer der Stellvertreter des am 8. Januar 1976 verstorbenen Ministerpräsidenten Tschou En-lai, zum „amtierenden Premier des Staatsrates". — Am 21. 2. folgt der ehemalige amerikanische Präsident Richard Nixon einer Einladung in die Volksrepublik China. Nixon, der mit seiner Begleitung in einer Sondermaschine der chinesischen Regierung reist, wird am 23. 2. vom Parteivorsitzenden Mao Tse-tung zu einem zweistündigen Gespräch empfangen.*

*12. 2. — I t a l i e n. Nach einer Regierungskrise von 35 Tagen (vgl. „Blätter", 2/1976, S. 117 f.) bildet der amtierende Ministerpräsident Aldo Moro die 33. Nachkriegsregierung Italiens, ein Minderheitskabinett der Democrazia Cristiana (DC). — Am 21. 2. spricht die Kammer dem Minderheitskabinett mit 287 gegen 220 Stimmen das Vertrauen aus. Sozialisten, Republikaner und Liberale üben Stimmenthaltung.*

*13. 2. — N i g e r i a. Bei einem gescheiterten Putschversuch gegen die Regierung kommt der seit sieben Monaten amtierende Staatschef, General Murtala Muhammed (vgl. „Blätter", 9/1975, S. 955), ums Leben. Zum Nachfolger wird Generalleutnant Olusegon Obasanju bestimmt.*

*16. 2. — E G / R G W. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Exekutivkomitees des*

Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) stattet der stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Gerhard Weiss, dem Präsidenten des Rates der Europäischen Gemeinschaften (EG), dem luxemburgischen Premierminister Gaston Thorn, in Luxemburg einen Besuch ab. Weiss überreicht Thorn den Entwurf eines Rahmenvertrages über die Grundlagen der gegenseitigen Beziehungen; der Text wird nicht veröffentlicht. Der RGW schlägt vor, in nächster Zeit Verhandlungen über den Vertrag in Moskau oder Brüssel zu führen. In einem Pressekommuniqué des RGW-Sekretariats heißt es: „Selbstverständlich schließt ein solches Abkommen die Möglichkeit des Abschlusses spezieller bilateraler und multilateraler Abkommen zwischen den Mitgliedsländern des RGW und den Organen der EWG, zwischen den Mitgliedsländern der EWG und den Organen des RGW sowie zwischen ihren kompetenten Wirtschaftsorganisationen nicht aus."

17. 2. — *Abrüstung.* Nach mehrmonatiger Unterbrechung (vgl. „Blätter", 9/1975, S. 957) nimmt die Konferenz des Abrüstungsausschusses im Palais des Nations in Genf die Beratungen wieder auf. Auf der Tagesordnung steht vor allem der amerikanisch-sowjetische Entwurf für eine Konvention über das Verbot der Beeinflussung des Wetters und des Klimas für militärische Zwecke. In einer Botschaft an den Ausschuß schreibt UN-Generalsekretär Waldheim u. a.: „Die Welt kann solange weder sicher noch wirtschaftlich gesund sein, wie sich die jährlichen Militärausgaben auf 300 Milliarden Dollar belaufen." — Am 19. 2. unterbreitet der sowjetische Chefdelegierte bei den Wiener Verhandlungen über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa, Botschafter Chlestow, im Namen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages einen neuen Vorschlag (vgl. „Blätter", 1/1976, S. 3, und 2/1976, S. 119). Der Vorschlag, dessen Wortlaut nicht veröffentlicht wird, sieht einen stufenweisen Abbau von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa vor. Bis Ende 1978 soll eine Verringerung der Mannschaftsstärke von NATO und Warschauer Vertrag um rund 15 Prozent angestrebt werden.

19. 2. — *BRD/Polen.* Nach einer abschließenden Debatte stimmt der Bundestag mit 276 gegen 191 Stimmen den Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen über die Renten- und Unfallversicherung und die Gewährung eines Finanzkredits zu. Ja-Stimmen werden auch von einigen CDU-Abgeordneten abgegeben.

— *Island/Großbritannien.* Die isländische Regierung bricht die diplomatischen Beziehungen zu Großbritannien mit sofortiger Wirkung ab. In einer Erklärung des Außenministeriums in Reykjavik heißt es, es sei bisher keine Grundlage für eine Lösung des Fischereikonflikts mit Großbritannien gefunden worden. — Am 25. 2. lehnt Island einen Vorschlag der NATO ab, auf den am Konflikt beteiligten Kriegsschiffen beider Seiten Beobachter anderer NATO-Staaten zu stationieren.

24. 2. — *UdSSR.* Parteisekretär Leonid Breschnew eröffnet im Kongreßpalast des Kreml in Moskau den XXV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (24. 2. — 5. 3.). An der Eröffnungssitzung nehmen 4990 Delegierte und rund 100 Gastdelegationen aus allen Teilen der Welt teil. Breschnew trägt dem Parteitag einen umfangreichen Rechenschaftsbericht vor (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen"). Anschließend beginnt eine Aussprache. Zu den Gastrednern gehören u. a. die Parteisekretäre aller sozialistischen Länder.

26. 2. — *Portugal.* Der Vorsitzende des Revolutionsrates, Staatspräsident Costa Gomes, und Vertreter der fünf größten Parteien (Sozialisten, Volksdemokraten, Demokratisch-Soziales Zentrum, Kommunisten, Demokratische Bewegung) unterzeichnen in Lissabon eine neue Vereinbarung, die in die künftige Verfassung des Landes aufgenommen werden soll. Der Revolutionsrat verzichtet darin weitgehend auf seine bisherige Funktion als höchstes Entscheidungsgremium. In einer Rede bestätigt Gomes den 25. April 1976 als Termin für die Parlamentswahlen.

28. 2. — *Westsahara.* Die auf dem Territorium der früher von Spanien verwalteten und von Marokko und Mauretanien beanspruchten Kolonie operierende Befreiungsbewegung Polisario-Front proklamiert eine „Arabische Demokratische Republik Sahraoui". Der Generalsekretär der Bewegung, El Ouali, richtet eine entsprechende Mitteilung an die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU).

# Die USA, die Sowjetunion und die Zukunft der Entspannung

„‚Détente' (Entspannung) ist nur ein Wort ... Ich glaube, daß es nicht mehr anwendbar ist" — dies erklärte in einem Wahlkampf-Interview am 1. März 1976 der Präsident der USA, Gerald Ford. Statt von „Détente" solle man von einer „Lockerung von Spannungen" sprechen („relax tensions" — im Grunde eine Übersetzung des russischen Begriffs für „Entspannung": „rasrjadka naprjashjonnosti", zu deutsch fast pleonastisch: „Entspannung der Spannung"). Einen Schritt weiter trieb Präsident Ford die philologischen Lockerungsübungen zum Begriff „Entspannung" mit der Kombination der in der Bundesrepublik bisher eher als Markenzeichen alternativer Strategien geführten Begriffe „Friedenspolitik" und „Politik der Stärke" zu „einer Politik des Friedens durch Stärke", die es allerdings nicht etwa „nach der Entspannung" neu einzuschlagen, sondern „fortzusetzen" gelte. (Zwei Tage später bereits feierte übrigens Franz Josef Strauß beim Passauer Aschermittwoch das, was er für Fords Wandlung vom Saulus zum Paulus Ur-Strauß'scher Thesen hielt und auf seine Weise mit „Friedenspolitik der Stärke" verdeutschte.)

Nur wenige Tage zuvor hingegen hatte der sowjetische Parteisekretär Breschnew in denkbar offiziellster Form, nämlich in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 25. Parteitag der KPdSU, das fortdauernde Engagement der Sowjetunion für Wort und Sache — Entspannung, friedliche Koexistenz — bekräftigt. Es gelte jetzt, die Entspannung zu „materialisieren" und „unumkehrbar zu machen". Diese Eindeutigkeit auf sowjetischer Seite dürfte allen Spekulationen über eine Abkehr der UdSSR von der Entspannungspolitik definitiv den Boden entziehen, während fast gleichzeitig das zweideutige, gleichsam die ganze noch unausgetragene Widersprüchlichkeit und Doppelgesichtigkeit der strategischen Debatte in den USA in einen Begriff zwängende Diktum des amerikanischen Präsidenten — sei es nun Ausdruck einer Abwendung Fords von der Entspannung oder eher wahltaktisches Zurückweichen vor der Fronde der Entspannungskritiker — sehr deutlich hat werden lassen, aus welcher Richtung der Frosthauch der gegenwärtigen entspannungskritischen Kampagne in Wirklichkeit kommt.

Ob Fords Abrücken vom Begriff der „Détente" Wahlkampftaktik oder mehr ist, wird sich in den nächsten Monaten vermutlich kaum befriedigend klären lassen. In der Situation, eine ähnlich qualifizierte Definition seiner Haltung zur Entspannungspolitik abzugeben, wie es der vom 25. Parteitag der KPdSU dann bestätigte Leonid Breschnew dort konnte, wird dem (dann neugewählten) Präsidenten der Vereinigten Staaten frühestens in knapp 9 Monaten möglich sein. Doch bleibt die Politik bis dahin nicht stehen, auch nicht die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Entspannungsbefürwortern und -gegnern in unserem eigenen Lande, in dem im Gegenteil die Zerreißprobe um die Polenverträge bereits Atmophäre und Inhalt der Wahlschlacht vorauszubestimmen begonnen hat. Auch in der BRD geht die Auseinandersetzung darum, ob die entspannungspolitischen Weichenstellungen des Jahres 1972 revidiert bzw. „korrigiert" werden sollen (und können) — die Anerkennung des Prinzips der friedlichen Koexistenz durch die USA in der amerikanisch-sowjetischen Grundsatzerklärung und

die Ratifizierung der Ostverträge in der BRD im Ergebnis der bis dato schärfsten innenpolitischen Konfrontation und der Mobilisierung eines breitgefächerten Bündnisses aller Entspannungskräfte —, ob das Votum für Entspannung und friedliche Koexistenz also revidiert oder ob anerkannt wird, daß es keine vernünftige, annehmbare Alternative zu dem eingeschlagenen — in der KSZE-Schlußakte bisher am umfassendsten entwickelten — Kurs gibt.

Die hektische Resonanz zwischen Passau und Peking auf eine zunächst einmal wahlkampfphilologisch zu erklärende Äußerung des US-Präsidenten (und die hoffnungsfrohe Stimmung der Pendelverkehrs-Reisenden auf der genannten Strecke wie Dregger, Löwenthal u. a.) einerseits — die betreten karge Reaktion der gleichen Medien und Milieus auf das Entspannungsbekenntnis des sowjetischen Parteitages, über den lange und lautstark Gegenteiliges vorausorakelt worden war, auf der anderen Seite — beides macht deutlich, wie elementar wichtig heute für eine zutreffende Einschätzung der weltpolitischen, aber in vieler Hinsicht zugleich der Bedingungen der inneren Entwicklung auch in unserem Lande eine authentische Kenntnis der Positionen beider Seiten, insbesondere der USA und der Sowjetunion als der das internationale Klima prägenden Führungsmächte der Systemkonkurrenz geworden ist. Die Massenmedien vermitteln die nötige Information nur in sehr eingeschränktem Maße und oft durch einen unerträglich provinziellen Blickwinkel verzerrt. Einen Ansatz zu sachlicher Einschätzung haben wir im Februarheft dieser Zeitschrift zu entwickeln versucht („Ende der Entspannung?", S. 129 ff.). Nach Abschluß des genannten Artikels wurde der Wortlaut der Rede des US-Außenministers, Henry Kissinger, bekannt, die dieser am 3. Februar 1976 in San Francisco über das Verhältnis USA—UdSSR und die weltpolitische Entwicklung gehalten hat. Diese Rede, als die bisher wohl umfassendste und offenste „offizielle" Darstellung der Bedingungen, Motive und Zielvorstellungen, die die USA veranlaßt haben, sich seit Anfang der 70er Jahre auf entspannungspolitische Schritte einzulassen, veröffentlichen wir angesichts ihres Stellenwertes für die gegenwärtige Auseinandersetzung um die Fortsetzung der Entspannungspolitik (und den Übergang zu Abrüstungsmaßnahmen) im Dokumentarteil dieses Heftes erstmals ungekürzt in deutscher Sprache, zusammen mit dem Schlüsseldokument zum Verständnis der authentischen sowjetischen Position zur Entspannung, dem entsprechenden Abschnitt (Kapitel 1, 3 und 4) des Rechenschaftsberichts Leonid Breschnews auf dem 25. Parteitag der KPdSU im Februar 1976.

Sicherlich sind die beiden Reden durch ihren unterschiedlichen Anlaß gefärbt; eine vergleichbare Darlegung des US-Präsidenten existiert bisher nicht und ist im Wahljahr nicht zu erwarten; Kissingers Rede allerdings kann, ob sie — wie manche, vielleicht voreilig, vermutet haben — bereits eine Art politisches Testament des Architekten der gegenwärtigen US-Außenpolitik sein mag oder nicht, sozusagen als Summe der Erkenntnisse des z. Z. vielleicht erfahrensten Theoretikers *und* Praktikers der US-Strategie gewertet werden, der wohl kein Mittel imperialer Machtpolitik unversucht gelassen hat — vom offenen militärischen Druck und Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion (50er Jahre), über verschiedene Versuche zu Beginn der Nixon-Amtszeit, Widersprüche zwischen sozialistischen Ländern zu nutzen, zu nähren und als Druckmittel zu instrumentalisieren (Nixons demonstrative Reise nach Bukarest statt Moskau, dann nach Peking), bis zu Aggression und Niederlage in Vietnam, zum unbefriedigenden Ausgang seiner NATO- und EG-Formierungsversuche („Jahr Europas"). Kissinger spricht also gewissermaßen als

einer, der sich auf exemplarische Weise „die Hörner abgestoßen hat", die real begrenzten Möglichkeiten imperialer US-Strategie im Zeitalter der Systemkonkurrenz und die Notwendigkeit der Anpassung an die veränderte internationale Konstellation anhand der eigenen Theorie und Praxis in einer Klarheit erkannt hat, die er sicherlich vielen anderen mit weniger Erfahrung oder Realitätssinn ausgestatteten Politikern voraus hat. An Kissingers mühsamem Lernprozeß werden aber auch andere — eher früher als später — kaum vorbei kommen, weil es um objektive, materielle Kräfteverhältnisse, nicht um fromme oder unfromme Wünsche geht. Kissingers Erkenntnis ist, „daß die Reichweite unserer nationalen Zielsetzung ihre Grenzen hat" („Das ist für Amerikaner eine neue Erfahrung", betont er), — „weil wir nicht mehr über eine Vorherrschaft verfügen". Kissingers Konsequenz ist nicht etwa die Aufgabe der „Zielsetzung", sondern die Überprüfung ihrer „Reichweite" und die Entscheidung für „einen Kurs auf lange Sicht" — eine „zweigleisige Politik", „eine komplexe Politik der Stärke und des Entgegenkommens", die er ausdrücklich in eine Kontinuität der amerikanischen Globalstrategie der Nachkriegszeit eingebettet sehen will, um sich seinen Kritikern verständlich zu machen. Das schließt für ihn die Bejahung der Politik des „Containment" (Eindämmung) ein, die in den 50er Jahren ihre Aufgabe erfüllt habe, schließlich aber an ihre Grenzen gestoßen sei. Von daher der objektive Zwang zu einer strategischen Anpassung — Entspannung.

Es sollen hier weder die Ergebnisse unseres bereits erwähnten Artikels „Ende der Entspannung?" rekapituliert, noch soll der Lektüre der Texte im Dokumentarteil des vorliegenden Heftes vorgegriffen werden. Hervorhebenswert erscheint aber an dieser Stelle, daß bei allem Kontrast zwischen dem anhaltenden Unverständnis der Kissinger'schen Denkrichtung für die originären, sozialökonomischen Triebkräfte revolutionärer Prozesse (eklatantes Beispiel: Angola, das weiterhin unbekümmert unter dem begrenzten Horizont eigener neokolonialer und interventionistischer Denkgewohnheiten interpretiert wird), bei allem Kontrast zwischen Kissingers Versuchen, die Entspannung, wenn es denn keine Alternative zu ihr gibt, doch möglichst in eine Anerkennung imperialer Einflußsphären, eine Zementierung des sozialökonomischen Status quo umzufunktionieren — daß bei aller Diskrepanz zu dem im Vergleich mit Kissinger frappierend konstruktiven und konkreten 8-Punkte-Programm Breschnews für die Fortsetzung der Entspannung (vgl. S. 347) (von der Einfrierung der Rüstungen über den Abschluß eines weltweiten Gewaltverzicht-Vertrages bis zu Projekten einer „langfristigen gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit") doch zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Analyse und Strategie in einigen elementaren Fragen Kongruenz besteht: in der Anerkennung der Dringlichkeit, die Gefahr eines atomaren Weltkrieges, der beide Seiten zerstören würde, definitiv auszuschalten; hinsichtlich der politischen, finanziellen und militärischen Ratsamkeit, das Wettrüsten unter Kontrolle zu bringen; hinsichtlich der Anerkennung des strategischen Gleichgewichts zwischen beiden Seiten und hinsichtlich der alternativlosen Notwendigkeit, im Zeitalter des atomaren Patts die Beziehungen zwischen den Staaten unterschiedlicher Gesellschaftssysteme auf der Basis der friedlichen Koexistenz zu regeln.

In dieser Hinsicht sind die beiden Reden Dokumente, in denen das politische ABC der Gegenwart — mehr oder weniger — unmißverständlich formuliert ist. Es kann angesichts des gefährlichen Aufbäumens der Entspannungsgegner und des ebenso riskanten Zurückweichens mancher Kräfte, die offenbar Angst vor der eigenen Entspannungs-

Courage bekommen haben, niemandem gleichgültig sein, ob und wann die Regierenden dieses ABC fehlerfrei beherrschen. Die Auseinandersetzung um die Fortsetzung der Entspannung und die Nutzung ihrer Chancen — insbesondere den Übergang zur militärischen Entspannung, zur Abrüstung — erfordert 1976 nicht anders als 1972 die breiteste Mobilisierung *aller* Entspannungsbefürworter. Denn Entspannung ist keinesweg „nur ein Wort".

Karl D. Bredthauer

# Kanadas Entwicklung im Schatten der USA

Es hat seine besondere Bedeutung, daß Präsident Ford den Beginn des Jahres 1976, des Jahres des 200jährigen Jubiläums der Vereinigten Staaten, zum Anlaß nahm, eine neuerliche Rechtsverschiebung in der amerikanischen Politik anzukündigen. Der Präsident unternahm damit in seinem Bericht zur Lage der Nation offensichtlich den Versuch, seine neue Politik, die er den „neuen Realismus" nennt, mit dem zu verbinden, was die amerikanische Revolution von 1776 für ihn bedeutet — die Abwehr übermäßiger staatlicher Einmischung in die sozialen und ökonomischen Angelegenheiten der Bürger.

In den 60er Jahren hatte Lyndon Johnson versucht, eine „Kanonen-und-Butter"-Wirtschaft in Roosevelt-Keynesscher Tradition zu gestalten. Fords letzte Äußerungen sowie sein Budget, das Verteidigungsausgaben in der Rekordhöhe von mehr als 100 Mrd. US-Dollar vorsieht, lassen den Schluß zu, daß er lediglich die „Kanonen-Wirtschaft" will. Rekordsummen für Rüstung, Etatkürzungen in allen anderen Bereichen deuten auf eine fortgesetzte und potentiell wachsende Aggressivität der USA in der Weltpolitik hin. Diese Annahme wird zusätzlich erhärtet, wenn man die Verhärtung im Auftreten der USA in der UNO, die Drohungen des Außenministeriums, die Lebensmittelhilfe an die Länder einzustellen, die in der UNO gegen die USA stimmen, Kissingers Angolapolitik oder die Erwärmung in den Beziehungen zwischen den USA und Südafrika bedenkt. In der gleichen Richtung läuft auch die immer umfassendere Kampagne gegen die Entspannung, die neuerdings darin gipfelte, daß Ford in einer Wahlkampfrede ausdrücklich Abstand vom Begriff Entspannung nahm.

Welche Bedeutung hat nun dies für Kanada, den nächsten Nachbarn und Verbündeten und größten Handelspartner der Vereinigten Staaten? Dienen die Vereinigten Staaten immer noch als Entwicklungsmodell für Kanada?

Traditionell steht Kanada unter dem überwältigenden Einfluß der USA, und dies gilt heute nach wie vor. Die Politik Nixons nachäffend, reagierte die kanadische Regierung auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit Lohn- und Preiskontrollen. Ähnlich wie Ford hat Premierminister Trudeau versucht, die wie auch in den USA als Feind Nummer eins bezeichnete Inflation durch steigende Arbeitslosigkeit, staatliche Lohnvorgaben und die Kürzung der Sozialleistungen, also auf Kosten der Bevölkerung, zu bändigen.

Verhält sich Kanada also nach wie vor den Vereinigten Staaten gegenüber als unterwürfiger Juniorpartner, wie es im Verhältnis zwischen den beiden Ländern traditionell der Fall war? So einfach ist es nicht mehr, denn ein neuer politischer Faktor beginnt das traditionelle Verhältnis zunehmend in Frage zu stellen — der kanadische Nationalismus. Zwar hat der kanadische Nationalismus schon immer eine Rolle in den US-kanadischen Beziehungen gespielt, aber erst neuerdings ist er zu einem Hauptfaktor kanadischer Politik geworden.

Die US-Regierung hat diese Entwicklung auch klar erkannt und ihre bisherige, durch Lässigkeit und Unwissenheit in kanadischen Angelegenheiten gekennzeichnete Haltung zugunsten einer zunehmenden Expertise rasch aufgegeben. Dies zeigt sich in der Einrichtung von Forschungs- und Studienprogrammen über Kanada an vielen amerikanischen Universitäten wie auch in dem vom Council of Foreign Relations (dem Gremium, das die Außenpolitik der USA eigentlich gestaltet und dem alle Außenminister der USA einschließlich Kissinger angehört haben bzw. angehören) herausgegebenen Buch „Canada and the American Presence" von J. S. Dickey. Der Autor weist auf den wachsenden kanadischen Nationalismus hin und spricht die Warnung aus, daß die bisherigen Selbstverständlichkeiten in den US-kanadischen Beziehungen nicht mehr gälten.

Der wachsende Nationalismus in Kanada hat zu einem Rollentausch zwischen den beiden führenden Parteien auf Bundesebene geführt. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums stand traditionell die Progressive Conservative Party; dennoch erwies sie sich mit ihren Forderungen als weniger konservativ denn die Liberale Partei. Und als die Konservativen an der Macht waren (allerdings nur während insgesamt 12 der letzten 70 Jahre), setzten sie sich für eine auf nationale Interessen gerichtete Gesetzgebung in Form von Verstaatlichungen und Errichtung staatlicher Unternehmen wie der Canadian Broadcasting Corporation und der staatlichen Luftfahrtgesellschaft ein. Nicht zuletzt die Angst vor amerikanischer Beherrschung hat die Konservativen zu dieser nationalen Politik bewogen. Es überrascht also nicht, daß die Konservative Partei meistens nationalistischer (zwar im konservativen Sinne des Wortes) gewesen ist als die Liberale Partei, die meist eine antinationalistische und proamerikanische Position eingenommen hat (weswegen sie auch häufig als Partei des Ausverkaufs bezeichnet wird).

Viele Schritte der Liberalen Partei weisen sie nunmehr als nationalistisch aus: 1975 wurde der Foreign Review Act verabschiedet, der die Zustimmung des Kabinetts für die Übernahme eines einheimischen Unternehmens durch eine ausländische Firma erforderlich macht. Die liberale Regierung hat Auflagen über kanadische Inhalte im Rundfunk und Fernsehen durchgesetzt und Schritte gegen das Kabelfernsehen unternommen, die letztlich die Kanadier vor einer zunehmenden Berieselung durch amerikanische Werbung schützen sollen (dagegen hat Kissinger selbst protestiert). Ebenfalls im Bereich der Massenmedien hat die Regierung Gesetze verabschiedet, die eine kanadische Ausgabe von „Time Magazine" verhindern.

Auf der anderen Seite haben die Konservativen die Anschauungen und die Rhetorik von Ford und seinem Herausforderer Ronald Reagan gegen eine aktive Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft aufgegriffen und sich vielen nationalen Vorstößen der Liberalen entgegengestellt.

In seiner Neujahrsansprache gab Premierminister Trudeau bekannt, wie weit er und seine Partei vom amerikanischen Modell abzuweichen gedenken. Er stellte fest, daß „das System der freien Marktwirtschaft nicht mehr" funktioniere, und schloß daraus, daß „mehr Staat" nötig sei, um die Lücken zu stopfen, die von der ins Stocken geratenen Wirtschaft aufgerissen worden sind. Der Gegensatz zu Fords Aussagen ist eindeutig. Obwohl die Rechte gegen seine Äußerungen (bemerkenswerterweise jedoch nicht gegen seine Lohnrichtlinien) heftig protestierte, rückte er von seinen Vorstellungen über die Notwendigkeit zunehmender Wirtschaftslenkung durch den Staat nicht ab. Gleichwohl ließ er sich das Geständnis abringen, daß er keineswegs

die Absicht hege, das System der freien Marktwirtschaft abzuschaffen.

Mit seinem Plan für ein gelenktes Wirtschaftssystem will Trudeau eine „neue Gesellschaft" schaffen. Einige Beobachter sind der Meinung, er bewege sich in Richtung der schwedischen Sozialdemokratie, während andere, insbesondere in der Arbeiterbewegung, in diesem Plan die Gefahr einer autoritären Entwicklung sehen. Wie dem auch sei, die bisherige Regierungspolitik läßt klar erkennen, daß die Trudeau-Regierung in der Außen- und Wirtschaftspolitik andere Wege geht als die USA. Orientieren sich die liberalen Politiker an irgendeinem Modell, dann wohl eher an dem japanischen oder bundesrepublikanischen Beispiel.

Hauptzweck der jüngsten diplomatischen Vorstöße der kanadischen Regierung ist es, die ökonomische Abhängigkeit Kanadas von den Vereinigten Staaten zu lockern. Bei den Staatsbesuchen des Außenministers MacEachern im Nahen Osten ging es hauptsächlich um Handelsgeschäfte (im Iran beispielsweise versuchte er Kommunikationssysteme zu verkaufen). Von weitaus größerer Wichtigkeit waren die Staatsbesuche Trudeaus in Lateinamerika, der als erster kanadischer Premierminister überhaupt jene Länder besuchte. Zuvor hatte der kanadische Staat überhaupt nicht versucht, in diese Domäne US-amerikanischer Interessen vorzupreschen. Seine Reise brachte ihn nach Mexiko, Venezuela und Kuba, und auch hier ging es hauptsächlich um eine Ausdehnung des Handels. Die Mexikaner und Venezolaner (bei den letzteren hat Kanada ein großes Ölhandelsdefizit) wollte er dazu bewegen, mehr kanadische Produkte von hoher technologischer Qualität wie Flugzeuge und Lokomotiven zu kaufen. Sein Staatsbesuch in Kuba diente der Festigung des schon florierenden Handels zwischen den beiden Ländern. In den kanadisch-kubanischen Beziehungen tritt der Gegensatz Kanadas zur US-Politik am deutlichsten hervor, zumal


## Neuerscheinungen

Udo Mayer/Gerhard Stuby (Hrsg.)
**Die Entstehung des Grundgesetzes**
Beiträge und Dokumente
Kleine Bibliothek Bd. 66
338 Seiten, DM 14,80
Weitere Beiträge von B. Gromoll und W. Leschmann sowie 30 Dokumente
Der Schwerpunkt dieses Sammelbandes liegt auf der historischen Aufarbeitung der Beratungen des Parlamentarischen Rates zu den verfassungsrechtlichen Schlüsselfragen.

**Schutz oder Beugung der Verfassung?**
Mit Beiträgen von W. Abendroth / A. Azzola / K. Böwer / K. Grimmer / H. Hannover / W. Krause / H. Mertens / N. Paech / W. Piepenstock / P. Römer / I. Staff / H. Stein / R. Utikal / M. Kutscha / G. Stuby / R. Wahsner.
Hefte zu politischen Gegenwartsfragen 25
95 Seiten, Doppelband DM 6,–
Stellungnahmen von Juristen zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 6. Februar 1975 und zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 in Sachen Berufsverbot.

**Deutschland im zweiten Weltkrieg**
Vier Bände, Je Band DM 42,–, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, Großformat.
**Band 2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur Gegenoffensive bei Stalingrad,** 616 Seiten.
(Bd. 1 *Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis zum 22. Juni 1941* lieferbar)

B. M. Kedrow
**Klassifizierung der Wissenschaften**
Zwei Bände
Band 1: Vormarxistische Konzeptionen
517 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 17,80
*(Bd. 2 erscheint Ende 1976)*

Jutta Menschik (Hrsg.)
**Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau**
Texte von Clara Zetkin, Lily Braun, August Bebel, Alexandra Kollontay, Betty Friedan, Alva Myrdal, Simone de Beauvoir, Kate Millet, Shulamith Firestone, Mariarosa della Costa, Anne Koedt.
Kleine Bibliothek Bd. 61
424 Seiten, DM 9,80

**Pahl-Rugenstein**

die USA sich immer noch weigern, diplomatische Beziehungen mit Kuba aufzunehmen.

Die Rolle des Staates in der Wirtschaft nimmt ständig zu. Indem die Regierung die Steuerprivilegien des „Time Magazine" zurücknahm und somit diese Zeitschrift des Feldes (eigentlich des Landes) verwies, sicherte sie dem riesigen Verlagskonzern MacLean-Hunter praktisch ein Monopol auf diesem Gebiet. Vor kurzem ist die staatliche Ölgesellschaft Petro-Canada ins Leben gerufen worden, deren Tätigkeitsfeld über die Extraktion und Verarbeitung des Rohöls hinaus auf Verteilung und Verkauf der Ölprodukte selbst ausgedehnt werden soll. Kurz davor errichtete die Regierung die Canadian Development Corporation (Kanadische Entwicklungsgesellschaft). Ausgestattet mit mehreren Mrd. Dollar, soll diese Gesellschaft versuchen, mehrere Unternehmen der extraktiven Industrie von den Amerikanern zurückzukaufen. Und z. Z. gedenkt die Regierung, die amerikanische Gesellschaft Canadair Incorporated zu kaufen, um eine einheitliche staatliche Luftfahrtindustrie zu schaffen. Damit knüpft die liberale Regierung an eine alte, von der amerikanischen Entwicklung deutlich abweichende Tradition der kanadischen Wirtschaftsgeschichte an, zumal in Kanada die großen Projekte — Eisenbahnen, Luftfahrt, Rundfunk und Fernsehen — sämtlich von Staatsgesellschaften und nicht von der Privatwirtschaft wie in den USA durchgeführt worden sind.

Mit dieser Politik nehmen die Gefahren für Kanada zu, weil die immer häufiger werdenden Initiativen zur Wahrung der nationalen Souveränität und zur Entwicklung einer unabhängigen Außen- und Wirtschaftspolitik in zunehmenden Gegensatz zu US-amerikanischen Interessen geraten. Die „New York Times" hat richtig erkannt, daß das Ziel der „dritten Option" sowie der Staatsbesuche Trudeaus in Südamerika ein Abbau der ökonomischen Abhängigkeit Kanadas von den USA ist. Und solche Schritte stoßen auf wachsende Feindseligkeit in den Vereinigten Staaten. Zum Beispiel gaben die Amerikaner ihre ablehnende Haltung ganz deutlich zu erkennen, als bekannt wurde, daß zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft eine Vereinbarung getroffen werden soll (formale Verhandlungen beginnen im März), die Kanada den Status eines meistbegünstigten Landes einräumen und die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Kanada und der EG vorantreiben würde. Damit hätte die EG zum erstenmal derartige Beziehungen zu einem hochentwckelten Lande.

Anfang 1976 wurde dem US-Senat ein Bericht vorgelegt, demzufolge es 32 Anlässe zu ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern gebe. Daraufhin wurde ein Ermittlungsausschuß ins Leben gerufen, der kanadische Beamte als Zeugen vorlud. Trudeau aber untersagte es den kanadischen Beamten, vor dem Ausschuß auszusagen — mit der Bemerkung, Kanada sei „keine Kolonie der USA". Die Streitigkeiten wurden nochmals angeheizt, als Saskatchewan die Verstaatlichung der Kalibergwerke (die größtenteils US-Eigentum waren) bekanntgab. Dieser Schritt stieß in den Vereinigten Staaten auf weitverbreitete Ablehnung, weil die USA den größten Teil ihrer Kalidüngermittel aus Saskatchewan importieren.

In Zukunft wird Kanada sehr überlegt taktieren müssen, will es einerseits seinen Kurs auf Unabhängigkeit fortsetzen, andererseits jedoch die Vereinigten Staaten nicht unnütz und übermäßig provozieren. Auf die Gefahren einer Provozierung der USA braucht man hier nicht einzugehen, zumal die Vereinigten Staaten niemals gezögert haben, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einschließlich Kanadas entweder offen oder versteckt einzumischen.

Michael Sotiron, Outremont (Kanada)

# Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft

## Überlegungen zu den mittel- und längerfristigen Perspektiven alternativer Wirtschaftsgestaltung*)

Von Jörg Huffschmid

### *1. Der Zusammenhang von Effektivierung und Demokratisierung*

Die folgenden Überlegungen hinsichtlich der mittel- und längerfristigen Alternativen zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik richten sich auf zwei Ziele:

— Zum einen soll die mittel- und langfristige Einflußnahme nicht mehr in erster Linie die Gesellschaft vor den *Folgen* des spontanen und krisenhaften kapitalistischen Entwicklungsprozesses schützen, sondern die ökonomische Entwicklung selber in wichtigen Bereichen kontrollieren, ökonomische Ressourcen rational nutzen und den gesamten gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozeß effektiver gestalten und damit die in den letzten Jahren deutlich zunehmende Ineffizienz in der gesellschaftlichen Versorgung, die wachsende Vergeudung und teilweise neue Verelendung relevanter Bevölkerungsgruppen überwinden;

— zum anderen soll die ökonomische Entwicklung grundsätzlich von der ausschließlichen Orientierung am privaten Profit, an der Kapitalverwertung gelöst und zunehmend an die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse gebunden werden, die durch die — zudem noch weitgehend monopolisierten — Märkte nur unzureichend oder gar nicht zum Ausdruck kommen. Eine solche Lösung aus der Bindung an den privaten Profit verlangt die Demokratisierung wirtschaftlicher Prozesse, den Abbau der Herrschaft des Marktes und die bewußte und maßgebliche Einflußnahme der gesellschaftlichen Produzenten und Konsumenten auf Umfang und Struktur der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion. Unter den historischen Bedingungen der BRD ist die Durchsetzung einer umfassenden realen Mitbestimmung der Werktätigen auf allen Ebenen der wirtschaftlichen Prozesse ein mittelfristig unverzichtbarer Schritt zu einer derartigen Demokratisierung. Der Kampf um die Mitbestimmung bleibt trotz des empfindlichen Rückschlags, den er durch die Verabschiedung des Koalitions„kompromisses" Ende 1975 erlitten hat, eine der wichtigsten Hauptaufgaben der fortschrittlichen Kräfte in der BRD für die nächsten Jahre.

*Effektivierung* und *Demokratisierung* der Wirtschaft als die beiden Orientierungspunkte einer fortschrittlichen mittel- und längerfristigen Politik sind trotz aller beschwörenden Gegenbeteuerungen in der herrschenden Literatur und Presse keine sich ausschließenden oder auch nur einschränkenden Prozesse, so daß etwa das Wachstum im Umfang der Demokratisierung nur auf Kosten der ökonomischen Effizienz erfolgen könnte. Im Gegenteil: Die in den letzten Jahren festzustellende unbestreitbare mangelnde Effizienz der kapitalistischen Wirtschaft ist wesentlich auf die fehlende Demokratisierung zurückzuführen:

*) Dieser Artikel ist die Weiterführung der Ausführungen, die ich in Heft 12/1975 der „Blätter", S. 1318 ff., in Anlehnung an das Memorandum von 41 Wirtschaftswissenschaftlern „Für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik" (abgedruckt in: „Blätter", 11/1975, S. 1287 ff.) zu den kurzfristigen Möglichkeiten einer alternativen wirtschaftspolitischen Antikrisenstrategie gemacht habe. D. Verf.

Auf der Ebene der *gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* zeigt sich dies daran, daß die Orientierung der Produktion an der privaten Kapitalrentabilität — die ja der Ausdruck der Ausschaltung aller demokratisch legitimierten Entscheidungsprozesse ist — immer wieder zu Krisen führt, die einerseits ganz grundsätzlich im Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate zum Ausdruck kommen und für den Kapitalismus ganz allgemein gelten und andererseits durch den zunehmend komplizierten und erschwerten Charakter der Kapitalverwertung an Umfang und Schärfe zunehmen.

Auf der Ebene der *unmittelbaren Arbeitsprozesse* zeigt sich dieser Zusammenhang zwischen mangelnder Demokratisierung und mangelnder Effizienz im entfremdeten Charakter der Arbeit: Wenn Arbeit ausschließlich Mittel zum Gelderwerb zwecks individueller Reproduktion ist und ihre gesellschaftlichen Zusammenhänge und Zwecke für den einzelnen unerfindlich sind, so folgt daraus Desinteresse an der Arbeit, Wut und Widerstand gegen die mit ihr verbundene Anspannung, Auszehrung und Zerstörung der Arbeitskraft, und eine derartige ganz verständliche Einstellung verringert natürlich auch die ökonomische Effizienz der Arbeit.

Demgegenüber bedeutet Demokratisierung die Möglichkeit, an den wirtschaftlichen Prozessen bewußt als an Vorgängen nicht nur des individuellen Gelderwerbs, sondern der materiellen Gesellschaftsgestaltung mitzuwirken, den Zusammenhang zwischen individueller und gesellschaftlicher Reproduktion sehen und gestalten zu können. Derartige Möglichkeiten müssen — nach mehr oder minder langen und schwierigen Übergangsperioden — auch die Effizienz der gesellschaftlichen Arbeit und ökonomischen Entwicklung steigern.

Auf der anderen Seite entsteht und wächst der Wunsch und die Bewegung für Demokratisierung nicht automatisch, ohne Orientierung darüber, wie sie verwirklicht werden könnte. Die Bewegung für eine demokratische und effektive Gestaltung der Wirtschaft kann sich vielmehr nur in dem Maße ausdehnen, wie sie sich an konkreten Forderungen und Möglichkeiten alternativer Politik orientiert, die einsichtig und realisierbar sind. Der schlechten Realität des staatsmonopolistischen Kapitalismus einfach das Bild der fertigen guten Realität der sozialistischen oder kommunistischen Gesellschaft entgegenzuschleudern, hat noch keine Massenbewegung hervorgebracht oder auch nur gestärkt. Ohne die Perspektive der Übergänge von der gegenwärtigen zu der zukünftigen Gesellschaft, ohne das Anknüpfen an die Zustände und Prozesse in der Gegenwart, die realistische Analyse der Schritte und Zwischenformen zwischen der vorgefundenen und der zu schaffenden Realität bleibt der Wunsch nach Demokratisierung und Effektivierung Idealismus und gesellschaftlich einflußlos; und eben deshalb schlägt er zuweilen um in kleinbürgerliche Träumerei und Radikalismus, der für die demokratischen Kräfte schädlich ist.

Es ist sicher wahr, daß die Möglichkeiten alternativer Wirtschaftsgestaltung sich nur unter dem Druck der werktätigen Massen und ihrer Gewerkschaften verwirklichen lassen; ebenso wahr ist es aber, daß der Druck der Massen und der Gewerkschaften nur in dem Maße wächst, wie die Perspektiven einer alternativen Entwicklung und Politik entworfen und konkret gezeichnet werden. Massendruck und der Nachweis der technischen und institutionellen Möglichkeiten demokratischer Alternativpolitik schließen sich nicht aus, sondern hängen zusammen, produzieren und ergänzen sich gegenseitig. Erst zusammen machen sie eine gestaltungsfähige gesellschaftliche Bewegung aus.

Es wäre auch kurzsichtig, zu glauben, die mittel- und längerfristige Mobilisierung der Werktätigen für ihre Interessen bedeute schon eine prinzipielle Umwälzung politischer und ökonomischer Grundstrukturen und Entscheidungsmechanismen, die die Realisierung dieser Interessen gegenwärtig hemmen. Denn zunächst und auch für längere Zeit richtet sich die Mobilisierung der Werktätigen gar nicht gegen jene Grundstrukturen, sondern auf die Realisierung ihrer grundlegenden ökonomischen und politischen Interessen innerhalb dieser Grundstrukturen. Die Mobilisierung des gewerkschaftlichen Willens erzwingt vielmehr zunächst inhaltlich andere Entscheidungen im Rahmen der geltenden politischen Verfassungs- und Entscheidungsstrukturen und ökonomischen Eigentumsverhältnisse, in denen die gegenwärtig herrschenden Kräfte natürlich einen deutlichen Vorteil haben. Erst weitgehende inhaltliche Durchsetzung ökonomischer und politischer Forderungen der Werktätigen eröffnet überhaupt die Möglichkeiten, über notwendige und umfassende Änderungen der ökonomischen Eigentumsverhältnisse und Steuerungsmechanismen sowie der politischen „Spielregeln" unter breiter demokratischer Beteiligung zu diskutieren und zu befinden. Privateigentum an Produktionsmitteln, Parlamentarismus, Mehrparteiensystem, Gewaltenteilung u. a. machen das konkrete historische Milieu aus, innerhalb dessen die mittel- und längerfristigen Perspektiven demokratischer und effektiver Wirtschaftsgestaltung diskutiert, propagiert und zumindest teilweise realisiert werden müssen. Es kann nicht um eine Abschaffung des Parlaments gehen, sondern um eine Veränderung des Inhalts seiner Entscheidungen: Eine Mobilisierung der Werktätigen für ihre Interessen wird bewirken, daß das Parlament seine Entscheidungen mehr an diesen Interessen ausrichten muß, daß die Justiz sich nicht mehr ohne weiteres als Apparat zur Exekution der Systemerhaltung und Kapitalinteressen verstehen kann, daß die Parteien in ihrer Programmatik und Politik weiter nach links rücken müssen. Diese Veränderung des politischen und sozialen Kräfteverhältnisses innerhalb der gegebenen institutionellen Realität ist Voraussetzung sowohl für die inhaltliche Veränderung der konkreten Politik innerhalb des bestehenden Rechts- und Herrschaftsrahmens als auch für die allmähliche weitergehende Korrektur der systematischen Strukturen, die dem Herrschaftssystem der bürgerlichen Gesellschaft seine konservative Starre geben.

In Anknüpfung an die Überlegungen über die kurzfristigen Alternativen fortschrittlicher Krisenbekämpfung bedeutet der Einsatz der demokratischen Kräfte in der BRD für die mittel- und längerfristige Perspektive der Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft den Kampf für die Sicherheit der Arbeitsplätze und die ausreichende billige Versorgung der Bevölkerung mit allen notwendigen Lebensmitteln — Energie, Nahrungsmittel, Wohnungen, Gesundheitsfürsorge, Bildung, Verkehr, Umwelt usw. — sowie die volle betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung der Werktätigen und ihrer Gewerkschaften bei der Gestaltung der Wirtschaft auf allen Ebenen. Hierzu bedarf es einer Reihe weitergehender Maßnahmen, Instrumente und Institutionen, die im folgenden in aller Vorläufigkeit skizziert werden sollen. Sie liegen, wie auch die kurzfristigen Maßnahmen, auf zwei Ebenen, nämlich zum einen der der unmittelbaren Konfrontation von Werktätigen bzw. Gewerkschaften mit Unternehmern und Unternehmerverbänden, zum anderen im Bereich des staatlichen Handelns, allerdings unter maßgeblicher Beteiligung und Kontrolle der Werktätigen; in dem zweiten Bereich betreffen sie:

a) die demokratische Planung effizienter Wirtschaftsentwicklung,
b) die Beeinflussung des privaten Sektors,
c) den Einsatz und die Ausdehnung des öffentlichen Sektors.

*2. Tarifpolitik und Betriebsdemokratie: Mittel- und längerfristige Aufgaben der Gewerkschaften in den Unternehmen*

Ein Hauptschwerpunkt der direkten gewerkschaftlichen Interessenvertretung ist die Tarifpolitik, und sie wird es auch weiterhin bleiben. Inhalt und Umfang der Tarifverträge haben sich allerdings in den letzten Jahren erheblich verändert, und es ist eine der wichtigsten Aufgaben gewerkschaftlicher Politik, diese Entwicklung weiterzutreiben, die Tarifverträge den neuen Bedingungen der Verwertung der Arbeitskraft durch das Kapital anzupassen und die materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen durch direkte tarifvertragliche Abmachungen mit den Unternehmern über das gesetzlich durchgesetzte Mindestmaß hinaus zu verbessern. Hierzu zählt nicht nur die Notwendigkeit, die Geldentwertung und die steigenden Abgabelasten durch entsprechend hohe Nominallohnsteigerungen abzufangen, es gehören in dieses Gebiet auch verbindliche Regelungen über Lohnformen und Lohnsysteme, über Überstunden und Kurzarbeit, Urlaub und Sozialleistungen, die das gesetzliche Minimum überschreiten. Ein weiteres wichtiges Gebiet ist die Erweiterung des Kündigungsschutzes für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern in einem bestimmten Alter oder mit einer bestimmten Dauer der Betriebszugehörigkeit. Schließlich werden auch die Sicherheits- und Schutzbestimmungen sowie die unmittelbaren betrieblichen Arbeitsbedingungen wie die Bandgeschwindigkeit, die Akkordnormen, die Pausenregelungen, der Einsatz von Springern usw. Gegenstand mittel- und langfristiger Tarifpolitik sein. Auf allen diesen Gebieten sind bisher auch schon vereinzelt Abmachungen mit der Unternehmerseite getroffen worden; einen Durchbruch stellte dabei zweifellos der „Lohnrahmen II" dar, den die IGM im Herbst 1973 in Nordbaden/Nordwürttemberg aushandelte. Insgesamt sind derartige weitgehende, die unmittelbaren Arbeitsbedingungen betreffenden Angelegenheiten jedoch bisher nur unzureichend in Rahmen- und Manteltarifverträgen geregelt, und hier liegt mit Sicherheit noch ein sehr weites und wichtiges Feld für konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Interessenvertretung ist die Forderung nach verbesserter Betriebs- bzw. Unternehmensdemokratie, die Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmer im Betrieb, die durch eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes erreicht werden könnte. Die aufgrund einer solchen Novellierung möglichen und mittelfristig erreichbaren Verbesserungen erstrecken sich dabei vor allem auf:

— die Durchsetzung der Forderung nach voller Öffentlichkeit aller technischen und ökonomischen Vorgänge und Zusammenhänge, die für den Betrieb bzw. das Unternehmen von Bedeutung sind; dies betrifft insbesondere die Pläne und Entscheidungen der Geschäftsleitung, die laufende umfassende Unterrichtung der Belegschaft durch die Geschäftsleitung, die interne und externe Rechnungslegung („gläserne Taschen") usw.;

— die Ausweitung der echten Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats in allen das Unternehmen betreffenden Angelegenheiten, also die Überwindung der Beschränkung der Mitsprache auf einen eng gefaßten Bereich sozialer Belange, wie sie im gegenwärtigen Betriebsverfassungsgesetz gegeben ist;

— die Ausweitung der Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit, z. B. durch zusätzliche Freistellung von Betriebsräten, durch die gesetzliche Verankerung von monatlichen Belegschaftsversammlungen auf Abteilungsebene während der Arbeitszeit oder durch die Finanzierung gewerkschaftlicher Betriebszeitungen neben den Zeitungen der Geschäftsleitungen.

Diese Verbesserungen der Betriebsdemokratie schränken die Möglichkeiten der Unternehmensleitungen erheblich ein, mit der Arbeitskraft relativ willkürlich und ausschließlich nach Gesichtspunkten der Profitmaximierung zu verfahren. Sie werden von daher sicher auf Widerstand stoßen. Sie durchzusetzen, ist aber unbedingt integraler Bestandteil jeder Strategie zur Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft. Denn nur bei weitgehender Demokratie und Diskussionsmöglichkeit in den Betrieben und Unternehmen wird es möglich sein, eine ausreichende Unterstützung für nicht auf einzelne Betriebe bezogene, weiterreichende ökonomische und politische Maßnahmen zu erhalten, und nur durch diese breite demokratische Diskussion wird die Politik der fortschrittlichen Kräfte getragen und legitimiert.

### *3. Demokratische Bedarfs- und Rahmenplanung*

Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft in kapitalistischen Ländern sind in mittelfristiger Perspektive nicht gleichbedeutend mit detaillierter zentraler Wirtschaftsplanung. Der hohe Vergesellschaftungs-, Verflechtungs- und Komplexitätsgrad der Produktion, Verteilung und Konsumtion im Zeitalter der wissenschaftlich-technischen Revolution, das in der Regel hohe Fixkapitalminimum für die meisten Produktionsprozesse, die großen Stückzahlen und die damit verbundenen Absatzerfordernisse verlangen jedoch ein erhebliches Maß an Planung und Koordination zwischen den einzelnen Unternehmen, wenn empfindliche Engpässe — mit Unterversorgung und monopolistischer Preispolitik — oder Überkapazitäten — mit Vergeudung von gesellschaftlichen Ressourcen und Produktivkräften — vermieden werden sollen. Diesen Erfordernissen suchen die verschiedenen, schon seit Jahrzehnten betriebenen monopolistischen und staatsmonopolistischen Planungs- und Regulierungsmaßnahmen und -institutionen Rechnung zu tragen. Die grundlegende Produktionsweise, die Konkurrenz der Kapitale und ihre verschiedenartigen Interessen, die sich auch im Staatsapparat niederschlagen, verhindern aber jeden nachhaltigen Erfolg derartiger Versuche. Erfolg kann der Planung und Regulierung der Wirtschaft nur in dem Maße beschieden sein, wie es gelingt, anstelle der Aneignung des größtmöglichen privaten Gewinns die bestmögliche gesellschaftliche Versorgung mit Gütern zum Orientierungspunkt für die gesellschaftliche Planung der Produktion zu machen, in dem Maße also, in dem sich die Interessen der Produzenten gegenüber denen der Kapitaleigentümer durchsetzen. Der Prozeß der schrittweisen Mobilisierung und Durchsetzung der Interessen der Lohn- und Gehaltsabhängigen ist dabei gleichzeitig der Prozeß, in dem unter maßgeblicher Beteiligung der gewerkschaftlichen Kräfte die gesellschaftliche Planung entwickelt wird.

Die ersten Schritte und Strukturen demokratischer Wirtschaftsplanung werden sich dabei vor allem auf die Versorgung der Bevölkerung mit allen Gütern des Grundbedarfs und auf die hierzu notwendige Rohstoffbeschaffung, Vorproduktion, Produktion und Verteilung richten. Bei dieser Planung wird man in zwei Schritten vorgehen müssen:

— Zunächst müssen der Umfang und die Struktur des gesellschaftlichen Grundbedarfs ermittelt und eine Entwicklungsschätzung im Hinblick auf die Versorgung mit diesen Gütern vorgenommen werden. Eine solche Bestandsaufnahme und Einschätzung schließt eine Prioritätenbewertung der verschiedenen Elemente des gesellschaftlichen Grundbedarfs ein und erfordert von daher die maßgebliche Beteiligung der Gewerkschaften als Organisationen der werktätigen Bevölkerung. Bedarfsschätzungen müßten sicherlich vorgenommen werden für folgende

Elemente des gesellschaftlichen Lebensstandards: Energie, Wohnungen, Nahrungsmittel, Ausbildung, Gesundheit, Verkehr und Kommunikation.

Unstreitig wird die Erstellung solcher Schätzungen vor allem in ihrer Anfangsphase auf große Schwierigkeiten stoßen, die zum einen — wenn auch zum geringsten Teil — auf mangelnde Übung in der Anwendung geeigneter Planungsverfahren, zum anderen auf verschiedene Interessen der beteiligten Gruppen und zum dritten auf den erbitterten Widerstand derjenigen Gruppen zurückzuführen sein werden, die bisher vom Fehlen gesellschaftlicher Bedarfspläne profitiert haben, indem sie sich bei jeweils auftretenden Versorgungsengpässen auf Kosten der Gesellschaft maßlos bereichert haben. Diese Schwierigkeiten sind ernstzunehmen, sie sind aber kein Argument gegen die Aufstellung derartiger Pläne, denn die Alternative hierzu, das Weitermachen wie bisher, wäre mit immer wieder auftretenden und historisch immer größere Dimensionen annehmenden Engpässen der Versorgung verbunden. Erst die gesellschaftlich erstellten Bedarfspläne eröffnen überhaupt die Möglichkeit, gegenüber der stummen Macht monopolistischer Märkte eine rationale, an gesellschaftlichen Interessen und Prioritäten orientierte Politik zu betreiben, und dies ist bei allen Schwierigkeiten der Realisierung der entscheidende Vorteil derartiger Versuche.

— Auf der Basis eines derartigen, von einem demokratisch zusammengesetzten und kontrollierten Gremium ermittelten *Bedarfsplanes* würde dann ein gesamtwirtschaftlicher *Rahmenplan* entwickelt, der die zur Realisierung des Bedarfsplans erforderlichen Produktionsstrukturen aufgrund der bestehenden und erwarteten technologischen und ökonomischen Zusammenhänge in der Gesellschaft ermittelte und zu einem konsistenten Produktionsgesamtplan verarbeiten würde. Die Aufstellung eines derartigen Rahmenproduktionsplans ist zwar in hohem Maße die Aufgabe der technischen und ökonomischen Sachverständigen in den verschiedenen Institutionen — Regierung, Gewerkschaften, Unternehmerverbände —, zum anderen aber auch Gegenstand politischer Entscheidungen zwischen alternativen Möglichkeiten der Bedarfsbefriedigung bzw. zwischen verschiedenen Möglichkeiten der Restriktion von Bedarfsbefriedigung. Sie erfordert daher wiederum die breite politische Diskussion und die maßgebliche Mitwirkung von seiten der Gewerkschaften.

Die im *nationalen Entwicklungsplan* zusammengefaßten stofflichen und wertmäßigen Eckwerte des gesellschaftlichen Bedarfs und der gesellschaftlichen Produktion — sowohl hinsichtlich ihres Gesamtumfangs als auch hinsichtlich der Hauptstrukturen — bedürfen der parlamentarischen Diskussion und Zustimmung; nach der Verabschiedung durch das Parlament bilden sie die Richtschnur, an der sich die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft ausrichtet.

Demokratische Wirtschaftsplanung in diesem Sinne wäre für die BRD ein ungeheurer Fortschritt und eine qualitativ neue Entwicklung in der Regulierung der Wirtschaft. Dennoch würde sie nicht ganz von vorn anfangen und sich die einfachsten Elemente, die für die Erstellung von Wirtschaftsplänen und für die Steuerung wirtschaftlicher Prozesse erforderlich sind, aus dem Nichts schaffen müssen. Demokratische Wirtschaftsprogrammierung und -planung würde auf der Basis der bereits weit fortgeschrittenen objektiven Vergesellschaftung der Produktion durchgesetzt, die bereits das kapitalistische System zur Einführung bestimmter Planungs- und Regulierungsmechanismen gezwungen hat. Demokratische Planung ist nicht die abstrakte Negation dieser bereits geschaffenen Regulierungsformen und -instrumente, sondern sie greift diese auf und verändert sie, ergänzt sie und schafft neue Formen und Instrumente. Aus dem großen

Arsenal staatlicher Pläne und Institutionen kann unter veränderten politischen Bedingungen mit Sicherheit einiges übernommen und zum Instrument demokratischer Planung gemacht werden. Dabei ist weniger an die gesamtwirtschaftlichen Rahmenrechnungen zu denken, die die Bundesregierung von Zeit zu Zeit publiziert — wie etwa den jährlichen Jahreswirtschaftsbericht —, da sich diese Rechnungen zu allgemein auf globale Einkommensentstehungs- und Verwendungsgrößen beziehen, ohne daß Angaben über die stofflichen Versorgungsprioritäten und die daraus abgeleiteten Produktionsstrukturen gemacht würden. Es gibt aber außerordentlich zahlreiche staatliche Pläne, die sich auf einzelne stoffliche Bereiche — Energie, Verkehr, Wohnungsbau, Krankenhäuser, Landwirtschaft usw. — beziehen, die Entwicklung dort analysieren und bestimmte Maßnahmen vorschlagen, die freilich grundsätzlich auf die durch das Profitsystem gesetzten engen Rahmenbedingungen Rücksicht nehmen müssen. Diese konkreten Rücksichten und Bewertungen sind für eine demokratische Wirtschaftsplanung nicht akzeptabel und müssen revidiert werden, dennoch können und müssen die bisher erarbeiteten staatlichen Unterlagen über diese Bereiche in den meisten Fällen herangezogen und im einzelnen auf ihre Brauchbarkeit im Prozeß alternativer demokratischer Wirtschaftsplanung untersucht und evtl. verwendet werden.

### *4. Beeinflussung der privaten Unternehmen*

Ein großer Teil der politischen Maßnahmen zur Realisierung der nationalen Entwicklungspläne muß sich unter den Bedingungen der BRD auch mittel- und langfristig auf die Beeinflussung des privaten Sektors richten, der in der BRD den weitaus überwiegenden Teil des gesamten gesellschaftlichen Produktionsapparates umfaßt und auch nach einer notwendigen Erweiterung des öffentlichen Sektors (s. u.) eine entscheidende Rolle in der Wirtschaft spielen wird.

### *4.1 Investitionslenkung*

Die Einflußnahme hat sich dabei außer auf die Elemente, die in einem vorangegangenen Artikel als maßgeblich für die kurzfristige Perspektive bereits dargestellt wurden, in mittel- und längerfristiger Sicht vor allem auf das Ausmaß und die Struktur der Investitionen — vor allem der industriellen Investitionen — zu richten, die den Umfang, die Richtung und die Proportionen der zukünftigen Produktion maßgeblich beeinflussen.

Über Investitionskontrolle und Investitionslenkung ist im vergangenen Jahr viel diskutiert und geschrieben worden, insbesondere in den letzten Wochen vor dem Mannheimer Parteitag der SPD im November 1975, während es danach einigermaßen still um dieses Thema geworden ist. Es drängt sich der Eindruck auf, daß diese relativ plötzlich aus dem Boden gestampfte Diskussion zwei Funktionen hatte: Zum einen sollte sie ablenken und hat wirksam abgelenkt von den unmittelbar anstehenden wirtschaftlichen Problemen und wirtschaftspolitischen Aufgaben, von der Arbeitslosigkeit und den möglichen und notwendigen kurzfristigen Maßnahmen zu ihrer Behebung. Und über beides ist in der Tat in Mannheim so gut wie gar nicht gesprochen worden. Zum anderen sollte das vorläufige parteioffizielle Ergebnis dieser Diskussion alle Befürchtungen zerstreuen, daß die SPD sich auch nur einen Schritt weiter nach links und von der unbedingten Verteidigung marktwirtschaftlicher Steuerung der Wirtschaft fortbewegen würde. Auch diese Funktion wurde von der Investitionslenkungsdebatte optimal erfüllt. Ihr offizielles Ergebnis wurde immer in dem Satz zusammen-

gefaßt und beschwörend vorgezeigt: „Die letzte Entscheidung liegt im Unternehmen". Das heißt aber auch, daß im wesentlichen alles beim alten bleibt, Investitionslenkung nichts ist als indirekte Steuerung, als ein System von Gewinnanreizen, von Angeboten an die Unternehmer, die sie annehmen oder ausschlagen können.

Dieses System ist nicht neu und wird in der BRD nicht erst seit der Schillerschen Globalsteuerung praktiziert: Es ist das System der zahlreichen direkten und indirekten Subventionen, durch das in der BRD schon immer bestimmte oder allgemein alle Investitionen begünstigt wurden und werden: die differenzierten Abschreibungserleichterungen des Einkommensteuerrechts gehören ebenso hierhin wie die Vergabe zinsverbilligter Kredite aus ERP-Mitteln und direkte Zuwendungen für Investitionen in bestimmten Branchen, Regionen oder für bestimmte Zwecke wie Forschung und Entwicklung, Entwicklungshilfe und Mittelstandserhaltung usw.[1]). All dies ist indirekte Investitionslenkung, und insofern haben diejenigen recht, die darauf hinweisen, daß in der BRD ein äußerst umfangreiches und differenziertes Instrumentarium der Investitionslenkung existiert und in großem Umfang Investitionslenkung praktiziert wird.

Es wäre aber ein Fehlschluß, hieraus zu folgern, man könne es bei diesem Instrumentarium und der bislang betriebenen Praxis belassen. Es ist ja gerade festzustellen, daß das umfangreiche und differenzierte Instrumentarium offensichtlich Krisen, Engpässe und Überkapazitäten nicht verhindert hat. Diese Tatsache ist zum einen auf die unzulänglichen staatlichen Planungen und Orientierungen hinsichtlich der Investitionen zurückzuführen, zum anderen aber auch auf das mangelnde Durchgreifvermögen dieser Art von Investitionslenkung. Man wird zwar prinzipiell nicht bestreiten können, daß eine Beeinflussung und Lenkung der privaten Investitionen durch Beeinflussung ihrer Kosten bzw. der durch sie erzielbaren Gewinne möglich ist; eine solche Aussage bleibt jedoch abstrakt und leer, wenn der Preis für eine derartige prinzipiell mögliche „marktkonforme" Investitionslenkung nicht in die Überlegungen einbezogen wird. Denn wenn die Gewinnerwartungen der privaten Unternehmen sich aufgrund eines Konjunkturabschwungs allgemein oder aufgrund bestimmter Struktureinbrüche in bestimmten Bereichen nachhaltig verschlechtern, wird der Preis, der für eine marktkonforme Investitionslenkung von der Gesellschaft zu zahlen ist, immer höher werden, bis er nicht mehr gezahlt werden kann und notwendige Investitionen unterbleiben. Und in dem Maße, wie sich die Rentabilitätsbedingungen für das private Kapital nicht nur konjunkturell und strukturell, sondern langfristig verschlechtern, wird die indirekte Investitionslenkung für die Gesellschaft ein immer unsichereres und teureres Instrument, bis Investitionslenkung auf diesem Wege unerschwinglich geworden ist und überhaupt unterbleibt. Darüber hinaus öffnet die Festlegung auf die Marktkonformität staatlicher Investitionslenkung allen Arten von unternehmerischer Erpressung — etwa Zurückhaltung von an sich geplanten Investitionen zum Zweck des Heraufschraubens der Subventionen — Tür und Tor.

Investitionslenkung als Mittel der Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft kann nur dann wirklich greifen, wenn die Veranlassung und Verhinderung von Investitionen nicht nur unter der Nebenbedingung privater Profitmaximierung erfolgen, d. h. nur dann, wenn durch *Verbote* und *Gebote* sichergestellt werden kann, daß bestimmte, im nationalen Entwicklungsplan festgelegte Eck-

[1]) Vgl. hierzu die sehr informationsreiche Zusammenstellung der verschiedenen bereits existierenden Instrumente und praktizierten Maßnahmen bei Werner Meissner, Investitionslenkung, Frankfurt/M. 1974, S. 45 ff.

werte für bestimmte Investitionen auch tatsächlich erreicht werden und Investitionen, die weit darüber hinausgehen, auch tatsächlich unterbleiben. Notwendig ist also eine *direkte Investitionslenkung,* die auf der Basis demokratischer Bedarfs- und Rahmenplanung die Realisierung der globalen und strukturellen Planziele durch direkte Einflußnahme auf unternehmerische Entscheidungen und Maßnahmen vorantreibt. Daß eine solche direkte Investitionslenkung nicht von heute auf morgen zu verwirklichen ist und einer Reihe vorgelagerter Maßnahmen — wie z. B. der Aufstellung von Bedarfs- und Rahmenplänen oder der Errichtung einer Investitionsmeldestelle etwa nach den Vorstellungen der IG Metall — bedarf, ist unstrittig. Zu einer wirklichen Effektivierung und Demokratisierung der Wirtschaft führen derartige Maßnahmen aber nur dann, wenn sie sich — über direkte Investitionsbeeinflussung — auch gegenüber den privaten Unternehmen durchsetzen können. Die Konsequenz und Stringenz, mit der diese Möglichkeiten geschaffen werden, werden möglicherweise sogar die Häufigkeit des staatlichen Durchgreifens mit Geboten und Verboten vermindern, weil eine kluge Unternehmensführung sich den neuen politischen Daten anpassen wird, sobald sie erkennt, daß es sich tatsächlich um Daten handelt, die nicht zur Disposition stehen. Daß auch der DGB, der auf seinem 10. Bundeskongreß in Hamburg im Mai vergangenen Jahres mit den Anträgen 58 und 59 zwei sehr vorsichtige Entschließungen zur Investitionslenkung verabschiedete, sich nicht bedingungslos gegen die direkte Investitionsbeeinflussung wendet, geht aus der folgenden Stellungnahme hervor:

„Wenn sich das DGB-Grundsatzprogramm prinzipiell dafür ausspricht, Investitionen zu lenken, ‚ohne die letzte Entscheidung über Art und Umfang der Investitionen aus dem Bereich des einzelnen Unternehmens herauszunehmen', so ist dies eine *Grundsatzentscheidung* gegen einen zentralverwaltungswirtschaftlichen Dirigismus, aber keine generelle dogmatische Ablehnung direkter staatlicher Eingriffe. Wo solche Eingriffe notwendig erscheinen, weil sonst wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele nicht verwirklicht werden könnten (. . .), werden sie vom DGB befürwortet, ja sogar gefordert" [2]).

### *4.2 Einsatz des Staatshaushalts*

Die Realisierung einer Politik zur Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft erfordert ferner den verstärkten und veränderten Einsatz des Staatshaushalts, also die Gestaltung von Staatsausgaben und -einnahmen entsprechend den neuen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen.

Dies betrifft zum einen die verstärkte öffentliche *Ausgaben*politik in Bereichen des allgemeinen Interesses, wie vor allem bei den Sozialleistungen, im Wohnungsbau, in der Regionalerschließung usw., wo der Staat gestalten muß, ohne selbst alle wirtschaftliche Aktivität übernehmen zu können. Hier ist im wesentlichen das Instrumentarium weiter anzuwenden und zu konsolidieren, das auch schon kurzfristig einsetzbar ist und in dem Artikel über kurzfristige Maßnahmen dargestellt wurde: Staatsaufträge an Privatunternehmen, verbunden mit bestimmten Auflagen hinsichtlich Produktion, Beschäftigung und Preisen. Mit Staatsaufträgen, allerdings in einer anderen als der bisherigen Vergabeform, können auch nichtmonopolistische Klein- und Mittelunternehmen gefördert werden, und auch hier sind bestimmte Auflagen geeignet, strukturelle Verbesserungen, z. B. den Zusammenschluß in Produktions- und Vertriebsgenossenschaften, zu för-

2) Wirtschaftspolitische Informationen, hrsg. von der Abteilung Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand, 15/1975 v. 16. 12. 1975, S. 11.

dern. Das Mittel der Staatsausgaben kann schließlich auch wirkungsvoll eingesetzt werden, um landwirtschaftliche Strukturveränderungen, vor allem die Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften, zu fördern und damit die Produktivität und Effizienz der Wirtschaft auch jenseits der größten Monopole zu steigern.

Auch die *Einnahmen*seite des Staatshaushalts müßte entsprechend den Interessen der werktätigen Bevölkerung umgestaltet werden. Die Weichen hierfür können bereits durch kurzfristig wirksame Maßnahmen gestellt werden, die in mittel- und längerfristiger Perspektive konsolidiert, verschärft und differenziert werden. Diese Veränderungen umfassen vor allem:

— die stärkere Besteuerung von Unternehmergewinnen und hohen Privateinkommen;

— die Einführung einer differenzierten Umsatzsteuer, die den Luxuskonsum sehr stark besteuert und die Grundnahrungsmittel von der Umsatzbesteuerung befreit und im übrigen auch als Instrument der differenzierten Produktionslenkung benutzt werden kann;

— die Beendigung der Profitsubventionierung für die Konzerne und bestimmte Produktionszweige, hier vor allem der Rüstungsindustrie.

### *4.3 Geld- und Kreditpolitik*

Eine der wichtigsten Maßnahmen einer demokratischen und effizienten Wirtschaftspolitik ist die Einbindung der Bundesbank in die Verantwortung der für die gesamte Wirtschaftspolitik zuständigen demokratischen Organe, die Beendigung der Autonomie der Bundesbank, die sich in den bisherigen beiden Krisen der BRD-Wirtschaft so verschärfend und zum Nachteil für die Lebensbedingungen der Bevölkerung ausgewirkt hat. Die Geldpolitik hat im Rahmen einer neuen mittel- und längerfristigen Wirtschaftspolitik nicht mehr ausschließlich das Ziel der Preisstabilität zu verfolgen, wie es der Bundesbank gegenwärtig im Bundesbankgesetz vorgeschrieben ist, sondern sich in den Rahmen der anderen wirtschaftspolitischen Ziele und Maßnahmen einzufügen.

Gerade die Geld- und Kreditpolitik kann dabei — sofern das Prinzip aufgegeben wird: hier ist eine bestimmte Geldmenge, und wer zuerst kommt, erhält am meisten — zu einem sehr wirkungsvollen und differenzierten Instrument staatlicher Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung gemäß bestimmten gesellschaftlichen Zielen und Prioritäten gemacht werden, etwa durch die differenzierte Vergabe von Krediten an Klein-, Mittel- oder Großbetriebe, an Genossenschaften oder Unternehmen in bestimmten Bereichen, durch die Bindung der Kreditvergabe an bestimmte Auflagen usw.

Über den Apparat der Geld- und Kreditpolitik können nicht nur die binnenwirtschaftlichen Prozesse, sondern auch die außenwirtschaftlichen Einflüsse kontrolliert werden: dies betrifft zum einen die Sicherung der „außenwirtschaftlichen Flanke" durch geld- und währungspolitische Einflußnahme auf Export und Import, es betrifft zum anderen auch die internationalen Kapitalbewegungen, beispielsweise den spekulativen Devisenzufluß oder -abfluß oder den längerfristigen Kapitalimport oder -export, die als Überfremdung oder Kapitalflucht schädlich auf die Binnenwirtschaft wirken und — wenn sie nicht kontrolliert werden — fortschrittliche wirtschaftspolitische Maßnahmen konterkarieren können.

Schon heute steht für eine derartige Geld- und Kreditpolitik nicht nur die Bundesbank zur Verfügung, die ja mehr die Globalgrößen der Geldmenge zu fixieren versucht, sondern darüber hinaus der umfangreiche Apparat der öffentlichen Sparkassen, deren Potential relativ reibungslos im Sinne neuer Prioritätssetzungen umgestellt und im Sinne demokratischer Bedarfsdeckung eingesetzt werden könnte. Freilich kann eine derartig differenzierte staatliche Geld- und Kreditpolitik nur dann wirklich funktionieren, wenn dafür Sorge getragen wird, daß der umfangreiche private Bankenapparat ihr nicht entgegenarbeiten kann.

### *5. Einsatz und Ausweitung des öffentlichen Sektors*

Staatliche Wirtschaftspolitik, die ihre Maßnahmen nicht in erster Linie an den Profitinteressen des Großkapitals ausrichtet, bedarf — auch wenn sie das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht radikal abschafft, sondern mehr seine Verwendung kontrolliert — eines eigenen ökonomischen Apparates, mit dem sie wichtige Weichen zur Realisierung fortschrittlicher wirtschaftspolitischer Ziele stellen und wichtige Signale geben kann. Der öffentliche Sektor ist in seinem Umfang und seinem Einsatz ein hervorragender Hebel einer mittel- und längerfristigen demokratischen und effizienten Wirtschaftspolitik.

Der öffentliche Sektor ist schon heute in der Bundesrepublik sehr umfangreich: er umfaßt neben den großen industriellen Bundes- und Landesunternehmen (Salzgitter AG, VW, VEBA) — an denen zum Teil erhebliche, wenn auch einflußlose private Kleinaktionärsbeteiligungen bestehen — die Mehrheit der westdeutschen Versorgungsunternehmen (Strom-, Wasser- und Gaswerke), der Verkehrsunternehmen (Bundesbahn, regionale und kommunale Bus- und Straßenbahnlinien, Güterfernverkehr) und Dienstleistungsunternehmen (Post, Sparkassen, Müllabfuhr usw.), ferner einen großen Teil der gesellschaftlichen Gesundheitsfürsorge und des Ausbildungssystems.

Die Existenz eines ausgedehnten öffentlichen Sektors ist dabei — das beweisen die Zustände der BRD — noch keineswegs gleichbedeutend mit einer stärkeren Einflußnahme der demokratischen Kräfte auf die Entwicklung der Wirtschaft in ihrem Interesse. Sie bedeutet in der Regel nicht einmal eine bessere Kontrolle der Öffentlichkeit über die Verwendung der Ressourcen, obwohl die Möglichkeiten einer solchen Kontrolle bereits heute gegeben sind. Der öffentliche Sektor wird unter der Herrschaft des Monopolkapitals vielmehr dazu eingesetzt, um bestimmte Voraussetzungen der privaten Kapitalverwertung zu sichern, bestimmte Leistungen zu erbringen, die wegen des hohen Vergesellschaftungsgrades der Produktion notwendig geworden sind und nicht rentabel in Privatproduktion hergestellt werden können.

Trotz dieser weitgehenden Integration des öffentlichen Sektors in den Mechanismus der privaten Kapitalverwertung und kapitalistischen Reproduktion sind die öffentlichen Unternehmen nicht gleichzusetzen mit den privaten. Dies zeigt sich z. B. in der sehr hohen Differenz zwischen den Löhnen, die Frauen in öffentlichen und privaten Betrieben erhalten. Die in der Regel besseren Arbeitsbedingungen zum Beispiel beim Kündigungsschutz im öffentlichen Sektor und die hieraus resultierenden Kostensteigerungen nähren ja gerade das konzentrierte Trommelfeuer, das in den letzten Monaten auf den öffentlichen Sektor eröffnet wurde und in Forderungen nach der Reprivatisierung von Dienstleistungsbetrieben gipfelte, bei denen man sich nach entsprechender Durchforstung der Arbeitsleistungen und Lohnzahlungen die Erwirtschaftung eines Profits erhofft.

Trotz aller Integration in den monopolkapitalistischen Reproduktionsprozeß sind im öffentlichen Sektor also Positionen errungen worden, die es gegen die verschärften Angriffe zu verteidigen und auszubauen gilt; der öffentliche Sektor ist ein wichtiges Kampffeld in der Auseinandersetzung um die ökonomische und politische Stellung der demokratischen Kräfte.

Eine an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtete Wirtschaftspolitik hat natürlich in erster Linie dafür zu sorgen, daß die öffentlichen Schlüsselunternehmen in ihren Bereichen eine ausreichende Versorgung garantieren und — was gegenwärtig nicht einmal im schon heute gesetzlich zulässigen Umfang der Fall ist — nach innen die volle Mitbestimmung realisieren und ihre Geschäftspolitik in den Rahmen des nationalen Entwicklungsplanes einbinden. Hier sind ausgedehnte Ansatzpunkte und Möglichkeiten für demokratische Weichenstellungen gegeben, wenn die politische Ausrichtung sich aus der Bindung an die private Rentabilität löst und die Finanzierung von Defiziten durch stärkere Besteuerung der privaten Großunternehmen ins Auge gefaßt wird.

Natürlich wird eine veränderte Politik der öffentlichen Unternehmen — z. B. in Umkehrung der bisherigen Praxis die Belieferung der privaten Haushalte mit billigem und der Unternehmen, nach Größe gestaffelt, mit teurerem Strom — das Interesse des Privatkapitals und hier vor allem der Monopole, die von der bisherigen Praxis am meisten profitieren, erheblich verletzen und auf entschiedenen Widerstand stoßen. Ein derartiger Widerstand kann auf die Dauer nicht gebrochen werden, solange das ökonomische Potential des Staates geringer ist als das der privaten Monopole oder solange die Monopole über die Hauptbasen und Schlüsselpositionen in der gesamten Wirtschaft verfügen.

Wenn die Wirtschaft also tatsächlich dauerhaft zum Nutzen der Gesellschaft verändert werden soll, dann wird es notwendig sein, in mittelfristiger Perspektive unter Hinweis auf Art. 14 GG — „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" — und Art. 14.3 GG — „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig" — den Artikel 15 GG anzuwenden — „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden" —, die Schlüsselpositionen der Wirtschaft also in gesellschaftliches Eigentum zu überführen; das Problem der Entschädigung könnte dabei ohne größere Schwierigkeiten durch die Aufnahme einer längerfristigen Staatsschuld gelöst werden.

Von einer derartigen Vergesellschaftung wären zunächst vor allem die Schlüsselunternehmen der wichtigsten Branchen betroffen:

— die Kohleindustrie, wobei die Ruhrkohle AG ohnehin schon massiv aus öffentlichen Geldern alimentiert wird;

— die großen Stahlkonzerne Thyssen, Hoesch, Mannesmann, Krupp und Klöckner;

— die großen Chemiekonzerne Bayer, BASF, Hoechst und Henkel;

— die großen Mineralölkonzerne Esso, BP, Texaco, Mobil Oil, Shell;

— die großen Lebensmittelkonzerne Nestlé und Unilever;

— schließlich die großen Privatbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank und die beiden größten westdeutschen Versicherungsunternehmen, die Allianz Versicherung und die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.

Mit diesen Riesenunternehmen — zu denen die bereits ganz oder mehrheitlich in staatlichem Besitz befindlichen Unternehmen Saarbergwerke AG, VEBA, Aral, die öffentlichen Versorgungs-, Dienstleistungs- und Verkehrsunternehmen kommen — ist es in der Tat möglich, die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft, wenn auch nicht im Detail, so doch in den großen Linien zu beeinflussen und zu kontrollieren. Wenn diese Unternehmen — deren innere Unternehmensstruktur demokratisiert werden müßte, sich in ihrer Geschäftspolitik an den demokratisch aufgestellten und parlamentarisch verabschiedeten nationalen Entwicklungsplänen ausrichten und aufeinander abstimmen, dann werden damit auch Daten gesetzt, an denen andere, private Unternehmen schwerlich ohne Rentabilitätseinbußen vorbeikommen. Es wird für diese im Gegenteil politisch zweckmäßig und ökonomisch vorteilhaft sein, sich diesen Daten anzupassen und einen Plan innerhalb der staatlichen Rahmenplanung zu suchen und einzunehmen.

Während die zu vergesellschaftenden Unternehmen in einer ersten Stufe der Erweiterung des öffentlichen Sektors vor allem unter dem Gesichtspunkt ihrer Schlüsselposition für die gesellschaftliche Reproduktion (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien), für die Steuerung der Wirtschaft (Banken und Versicherungen) und für die Versorgung der Bevölkerung (Nahrungsmittel- und Mineralölkonzerne) ausgewählt wurden, ist es sinnvoll, in einer zweiten Stufe alle diejenigen Unternehmen auch rechtlich zu vergesellschaften, deren faktischer ökonomischer Vergesellschaftungsgrad bereits weit fortgeschritten ist, die also eine bestimmte Größe und/oder einen bestimmten Verflechtungsgrad in der Wirtschaft erreicht haben. Von dieser zweiten Stufe der Vergesellschaftung wären vor allem betroffen die großen Elektrokonzerne Siemens, AEG, Bosch, IBM, SEL, die Automobilunternehmen Daimler, Ford und Opel, die Großunternehmen des Maschinenbaus (GHH, KHD), die Warenhauskonzerne Kaufhof, Karstadt, Horten, Neckermann, Quelle sowie einige nicht branchenmäßig zuzuordnende große Familienimperien (Flick, Quandt, Oetker).

### *6. Perspektiven einer Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft*

Von einer Wirtschaftspolitik, die in Richtung der hier infolge Raummangels notwendigerweise sehr grob skizzierten Maßnahmen ihre Anstrengungen auf eine Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft richtete, sind die verschiedenen Klassen und Gruppen in der Gesellschaft ganz unterschiedlich betroffen, und demgemäß sind die Perspektiven für sie ganz verschieden, also auch ihre Interessen an einer solchen Politik.

— Für die monopolistischen Unternehmen und Verbände hat die Perspektive einer längerfristigen demokratischen und effizienten Wirtschaftspolitik nichts Attraktives an sich. Dort, wo sie nicht vergesellschaftet werden, bleibt ihnen dennoch im Vergleich mit dem vorhergehenden Zustand relativ wenig Handlungsspielraum. Ihre Möglichkeiten, sich auf Kosten aller gesellschaftlichen Schichten zusätzliche Profite anzueignen, Monopolprofit als Tribut der ganzen Gesellschaft aufzuerlegen, werden durch die an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtete Politik liquidiert: sie können zwar nach wie vor Profit erzielen, aber nur in einem gesellschaftlich akzeptierten normalen Maße, und insofern sind auch ihrer weiteren überdurchschnittlichen Akkumulation und Expansion Grenzen gesetzt. Demokratische Wirtschaftspolitik geht auf Kosten und gegen die Interessen der großen Monopole, auch wenn diese nicht vergesellschaftet werden. Entsprechend wird eine solche Politik auch von allen Monopolen mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln bekämpft werden.

— Für die nichtmonopolistischen Kapitale und die selbständigen Bauern, Handwerker und Einzelhändler jedoch ist die hier skizzierte Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft durchaus attraktiv: Sie würden aus der Abhängigkeit von den Monopolen befreit, die die Krisenlasten auf sie abwälzen, ihre Erlöse als Abnehmer drücken und ihre Kosten als Lieferanten in die Höhe treiben konnten, die für sie unberechenbar und kurzfristig disponiert und sie in ständiger Lebensgefahr gehalten haben. Als Zulieferer und Abnehmer von staatlichen und anderen an den Daten der Wirtschaftspläne ausgerichteten Unternehmen könnten auch diese nichtmonopolistischen Schichten zum erstenmal langfristig disponieren und kalkulieren, erhielten langfristige Liefer- und Abnahmegarantien zu stabilen Preisen. Darüber hinaus würden sie von der Förderung der Kooperation, der Gründung von Genossenschaften und der Rationalisierung profitieren, ohne befürchten zu müssen, ihrerseits enteignet zu werden. Kleine und mittelständische Unternehmen erhielten durch eine derartige Wirtschaftspolitik zum erstenmal seit Beginn des monopolistischen Kapitalismus eine reale Überlebens- und Entwicklungsperspektive und würden für unabsehbare Zeit als nützlicher und produktiver Faktor im Rahmen der in den Grundstrukturen und -prozessen geplanten Wirtschaft akzeptiert und anerkannt werden; sie würden auf dieser Basis eine Rentabilität erreichen können, die sich an ihrer tatsächlichen unternehmerischen Leistung ausrichtet und ihnen unter der Herrschaft des Monopolkapitals längerfristig unerreichbar war.

— Für die breite Mehrheit der nichtselbständigen Werktätigen schließlich ist die Perspektive der hier skizzierten mittel- und längerfristigen Wirtschaftspolitik außerordentlich attraktiv: Sie würde ihnen in großem Umfang — wenn auch noch nicht vollständig — die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze, die Versorgung mit den individuellen und kollektiven Gütern der Lebenshaltung garantieren und die Preise hierfür in Grenzen halten, soweit diese Güter nicht ohnehin als öffentliche Leistungen ohne Bezahlung angeboten werden. Sie würde auch in der Lage sein, die Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitssystem herbeizuführen, die von der gegenwärtigen Regierung durch den Stopp und Abbau von gesellschaftlichen Reformen, die Geld kosten, nicht verwirklicht wird. Schließlich würde die Demokratisierung und Effektivierung der Wirtschaft das demokratische und politische Potential in der Gesellschaft weiterentwickeln, d. h. die Beteiligung an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse und Strukturen fördern und damit ein gesellschaftliches Bewußtsein entwickeln, das die Voraussetzung für die Einführung und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsform auf breitester demokratischer Basis ist.

Die hier skizzierten mittel- und längerfristigen Möglichkeiten einer demokratischen und effektiven Wirtschaftsgestaltung beschreiben noch längst nicht die Wirtschaftspolitik einer sozialistischen Gesellschaft. Sie knüpfen an die Gegenwart der BRD, an die Krise und an die an anderer Stelle erörterten Sofortmaßnahmen einer wirksamen und sozialen Wirtschaftspolitik an und stellen weitergehende Schritte im Prozeß der allmählichen Veränderung dieser Gesellschaft dar. Sie sind einerseits nur aufgrund massiver Mobilisierung der Werktätigen realisierbar und tragen — wenn sie realisiert werden — andererseits wieder dazu bei, das konkrete Kräfteverhältnis zu ändern, die Bedingungen für breitere Mobilisierungen für weitergehende Ziele zu verbessern. Es sind Schritte im Kampf gegen die umfassende Herrschaft der Monopole, Schritte, die für lange Zeit durch den Charakter des Kompromisses und eines äußerst labilen Gleichgewichts zwischen den Interessen der unterschiedlichen im antimonopolistischen Kampf verbundenen Klassen und Schichten gekennzeichnet sein werden, immer

wieder auf Widerstand von innen und außen stoßen und von innen und außen aufs neue in Frage gestellt werden, immer wieder in langer und mühsamer Detailarbeit konsolidiert und ausgebaut werden müssen. Es sind Schritte in einem Kampf, der nur mit Unterstützung der Werktätigen und breitester Bündnisschichten, also nur als *demokratischer Kampf* erfolgreich geführt werden kann.

# Alternativen für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik

## Beiträge zur Diskussion des Memorandums der 41 Wirtschaftswissenschaftler

*Das am 4. November 1975 in Bonn veröffentlichte Memorandum von 41 Wirtschaftswissenschaftlern der BRD und Westberlins, das die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik als unwirksam und unsozial kritisiert und demgegenüber konkrete Vorschläge für eine kurzfristig realisierbare alternative Wirtschaftspolitik formuliert, hat seither eine außerordentliche Resonanz gefunden. Das Memorandum, in Wirtschafts- und Gewerkschaftszeitungen im Wortlaut abgedruckt (die „Blätter" dokumentierten es in Heft 11/1975, S. 1287 ff.), wurde von Regierung und Leitartiklern in unterschiedlichen Tonlagen als Verstoß gegen den herkömmlichen Prinzipienkonsens zwischen Wirtschaftspolitik und herrschender Wirtschaftswissenschaft angegriffen, in der demokratischen Öffentlichkeit, insbesondere in Gewerkschaftskreisen dagegen als bedeutsamer Anstoß von wirtschaftswissenschaftlicher Seite zur längst überfälligen breiten Diskussion über eine demokratische Alternative zur herrschenden Wirtschaftspolitik mit großem Interesse aufgenommen. Inzwischen haben sich weitere Wirtschaftswissenschaftler der Initiative angeschlossen.*

*Da das Memorandum eine Reihe zum Teil brisanter Fragen anschneidet, die naturgemäß weiterer, vertiefender Erörterung bedürfen, werden wir im Rahmen der seit 1974 in den „Blättern" geführten breiten Auseinandersetzung mit Formen, Ursachen und möglichen Perspektiven der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und über Ansätze für eine demokratische und soziale Alternative in lockerer Folge Beiträge zur Diskussion des Memorandums der 41 veröffentlichen. D. Red.*

# Zum Problem der Durchsetzbarkeit und der Zweckbindung staatlicher Wirtschaftspolitik

Von Gerhard Leithäuser

In wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen wird heute in der Bundesrepublik meist mehr oder weniger implizit postuliert, daß alternative Instrumente zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Zielsetzung existieren und nahezu gleichrangig durchsetzbar seien. Die Konjunktur sei zumindest innerhalb gewisser Grenzen machbar; man müsse nur wissen, wie; das Machbare wollen, etc. Ziele und Instrumente werden zum überwiegenden Teil in der Terminologie der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßt, von der heute bereits Studenten der Anfangssemester wissen, daß sie inhomogen und zur Wohlstandsmessung ungeeignet ist. Mögliche Fehlerspielräume werden selbst vom Sachverständigenrat, der mit wissenschaftlichem Anspruch auftritt, ignoriert. Auf diese Weise entsteht ein vordergründig eindrucksvolles Bild offiziellen Optimismus', der seine Effizienz bestätigt und seine Politik legitimiert sieht. Die abnehmende Treffsicherheit der Prognosen aber läßt den Verdacht aufkommen, daß die theoretischen Voraussetzungen (ein Konglomerat aus z. T. widersprüchlichen keynesianischen und in der jüngeren Vergangenheit monetaristischen Theoriestücken) — soweit sie hinter dem Schleier scheinhafter empirischer Präzision überhaupt noch auszumachen sind — nicht mehr zutreffen [1]). Die Sachverständigen innerhalb und außerhalb des Rats wären deshalb vom Vorwurf zu entlasten, daß sie in ihren Verlautbarungen die richtige Theorie falsch anwenden, sondern ihr Fehler könnte gerade daraus bestehen, überholte, heute nicht länger gültige Theorien richtig anzuwenden. Die Theoriefeindlichkeit, die die offizielle Krisendiskussion auszeichnet, konstituiert ihre eigene Dialektik: Die Eigengesetzlichkeit ökonomischer Prozesse wird ignoriert; an ihre Stelle tritt die mit politischem Legitimationsauftrag betraute Vermutung allumfassender Machbarkeit, deren Mißerfolge wiederum auf die Eigengesetzlichkeit ökonomischer Prozesse verweisen; der Anspruch auf Machbarkeit zerbricht an den ökonomischen Gesetzen; die politischen Legitimationsmuster werden fadenscheinig. Fazit: auch in der Wirtschaftspolitik ist ohne Theorie kein Auskommen.

Die gegenwärtige Krisensituation, die an dieser Stelle selbstredend nicht theoretisch begriffen oder detailliert analysiert werden kann, stellt sich dar als die Krise des Unternehmergewinns [2]). Vor allem drei empirisch-pragmatische Gegenstrategien der Kapitalseite zeichnen sich in der Bundesrepublik ab: 1. Senkung der Lohnkosten mit der Tendenz, tariflich vereinbarte Lohnzuwächse auf dem Niveau der erwarteten Inflationsrate einzufrieren. Dies bedeutet Stagnation der realen Bruttolohn- und -gehaltseinkommen und vollständige Aneignung der krisenbedingt hohen Produktivitätszuwächse durch die Kapitalseite; 2. Verstärkung konzentrationsbedingter monopolistischer Praktiken, hier im Sinne von Preiserhöhungen bzw. Angebotsrestriktionen; 3. Kapitalexport, insbesondere Verlagerung arbeitsintensiver Produktionszweige in Niedriglohnländer. Es erscheint mittelfristig jedoch fraglich, ob durch diese Gegenstrategien eine dauerhafte Verbesserung der Gewinnsituation, sprich Erhöhung der Profitrate, zu erreichen

1) A. Schmid/L. Stirnberg, Die Konzeption des Sachverständigenrats — fiskalistisch oder monetaristisch?, in: Geldpolitik — kontrovers, Köln 1973, S. 125 ff.

2) Hierzu Werner Meißner, Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Systemstabilisierung?, in: Stabilisierungspolitik, WSI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung, Nr. 27, Köln 1974. Es wird dort zu Recht festgestellt: „Es hat wenig Sinn, über die Höhe der Gewinne zu rechten, solange man ihre Höhe nicht kennt." Es charakterisiert die gegenwärtige Lage, daß nicht einmal der Sachverständigenrat zuverlässige statistische Informationen über die Gewinnentwicklung zu offerieren hat.

sein wird oder ob sich über die verschärfte Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht eine längerfristig fallende Tendenz der Profitrate durchsetzt.

Die zunehmende internationale Konkurrenz verschärft die Tendenz des tendenziellen Falls der Profitrate und zwingt den Unternehmen typisch kapitalistische Verhaltensweisen auf. Sie sind gezwungen, für und durch den Profit zu wachsen, d. h. zu produzieren, um zu produzieren. Sie verteidigen ihre Märkte, erobern neue über den Absatz immer neuer Produkte. Dabei praktizieren sie vielgestaltige, oft geheimgehaltene Formen der Kooperation, suchen, auch auf illegalen Wegen, politische Unterstützung, transferieren Kapital, ihren wechselnden Interessenkonstellationen folgend, von einer Region der Welt in die andere, auf der Suche nach billigen und disziplinierten Arbeitskräften, Steuervorteilen, Rohstoffbasen. Kapitalintensität und Arbeitsteilung werden ständig erhöht. Die Organisationen der Arbeiterklasse, die sich diesen Tendenzen entgegenstellen, werden mit allen Mitteln bekämpft.

Die Ausweitung des Weltmarktes zu Lasten der Nationalwirtschaften hat das keynesianische Instrumentarium zum Teil obsolet werden lassen, da sich die Beziehungen zwischen Staat und privaten Unternehmen, insbesondere multinationalen Unternehmen, grundsätzlich zugunsten der Autonomie der Privatwirtschaft geändert haben. An die Stelle der von linkskeynesianischer Seite geforderten und auch teilweise verwirklichten Staatsinterventionen, die sich an Arbeiter, Angestellte bzw. Konsumenten richteten, letztendlich der Verstetigung der effektiven Nachfrage dienten und überwiegend hoheitlichen Charakter hatten, treten zunehmend staatliche Eingriffe, die auf eine direkte Unterstützung der Ertragslage der Privatindustrie zielen [3]). Wirtschaftspolitische Strategien, die auf die von Keynes so genannte „Verstaatlichung der Investition" zielen, wie z. B. die Investitionslenkung, dürften heute angesichts der erhöhten weltmarktorientierten Autonomie im Bereich der privaten Unternehmen infolge der grenzüberschreitenden Auswegmöglichkeiten auf nationaler Ebene m. E. nicht länger durchsetzbar sein. Keynes bemerkt im Zusammenhang der 30er Jahre: „Ich denke mir daher, daß eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investition sich als das einzige Mittel zur Erreichung einer Annäherung an Vollbeschäftigung erweisen wird; obschon dies nicht alle Arten von Zwischenlösungen und Verfahren ausschließen muß, durch welche die öffentliche Behörde mit der privaten Initiative zusammenarbeiten wird. Aber darüber hinaus wird keine offensichtliche Begründung für ein System des Staatssozialismus vorgebracht, das den größten Teil des wirtschaftlichen Lebens des Gemeinwesens umfassen würde" [4]). Wenn infolge des hohen Integrationsgrades der BRD in den Weltmarkt u. a. das Konzept der Investitionslenkung sich im Bereich der privaten Industrie als kaum realisierbar erweisen könnte, dann wird staatsinterventionistische Aktivität deshalb nicht ausschließlich auf Wirtschaftspolitiken verwiesen, die sich im Bereich der von Keynes so genannten klassischen Theorie bewegen (Grenznutzentheorie, insbesondere deren Weiterentwicklung durch A. Marshall) und die heute hinter den Forderungen nach Senkung der Staatsquote bzw. Reallohnsenkungen meist im Zusammenhang mit monetaristischen Argumentationsmustern ihre Auferstehung zelebrieren.

In Vergessenheit gerät allzu häufig in dieser antiquarischen Krisenüberwindungsdiskussion, daß die Bundesrepublik keineswegs eine rein marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung besitzt, in der ausschließlich der Preismechanis-

[3]) Christoph Deutschmann, Der linke Keynesianismus, Frankfurt/M. 1973, insbes. S. 75 ff.
[4]) John M. Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, ins Deutsche übersetzt von Fritz Waeger, Berlin (West) 1955, S. 319.

mus das Allokationsproblem löst, sondern daß seit den Gründerjahren des Kaiserreichs, verstärkt durch kriegswirtschaftliche Organisationsformen im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, ein auch im internationalen Vergleich relevanter öffentlicher Sektor entstanden ist, der wirtschaftspolitisch zur antizyklischen Konjunktursteuerung wesentlich stärker als bisher eingesetzt werden kann. Ähnlich wie bei der Gewinnstatistik liegen auch bei der statistischen Erfassung des öffentlichen Sektors kaum verläßliche Informationen vor. 1973 betrug der Anteil der öffentlichen Kapitalgesellschaften (nur Rechtsform AG, GmbH, nicht aber Rechtsform Anstalten, Eigenbetriebe etc.) am Nominalkapital aller Kapitalgesellschaften immerhin rund 30,5 % [5]). Der geschätzte Anteil der Investitionen öffentlicher Unternehmen an der Bruttoanlageninvestition (ohne Wohnungsbau) betrug 1973 rund 21 %. Der Anteil der Wertschöpfung der öffentlichen Unternehmen, d. h. ihr Beitrag zum Nettosozialprodukt, belief sich 1973 auf rund 10,8 %. Der infolge statistischer Mängel niedrig geschätzte Anteil an der Gesamtzahl abhängig Beschäftigter in der Bundesrepublik betrug im selben Jahr immerhin 8,3 %. Der hohe Anteil der öffentlichen Unternehmen an den Bruttoanlageninvestitionen im Vergleich zur Wertschöpfung weist darauf hin, daß im öffentlichen Sektor im wesentlichen relativ kapitalintensive Produktionsverfahren zum Zuge kommen. Das Investitionsverhalten des öffentlichen Sektors ist tendenziell antizyklisch, wie wiederum die Veränderungen seines Anteils an der gesamten Bruttoanlageninvestition zeigen: 1967 — 20 %; 1971 — 16,4 %; 1973 — 21 %.

Dies tendenziell antizyklische Investitionsverhalten des öffentlichen Sektors kann jedoch nur zum Teil — und wohl auch nur zum geringeren Teil — als Ergebnis bewußter wirtschaftspolitischer Intervention gedeutet werden. Es ist vielmehr Ergebnis der wesentlich stärkeren Instabilität, die das gewinninduzierte Investitionsverhalten des privaten Sektors gegenüber dem öffentlichen Sektor aufweist; mit anderen Worten: der öffentliche Sektor ist in der oben stehenden Anteilsrechnung den zyklischen Bewegungen der kapitalistischen Produktionsweise in geringerem Maß ausgesetzt als der private Sektor. Die Beziehungen innerhalb des öffentlichen Sektors bzw. zwischen dem öffentlichen Sektor und dem privaten Sektor aber gehören in der Bundesrepublik zu den Grauzonen wissenschaftlicher Bemühung. Sie beschränken sich, im Vergleich zur wissenschaftlichen Durchdringung privatwirtschaftlich organisierter Koordinationsprozesse, auf wenig gelesene Artikel in Zeitschriften, mehr oder weniger obskure Festschriften bzw. zarte Anspielungen in offiziellen Veröffentlichungen.

Die Reaktionsweisen des öffentlichen Sektors auf die im privaten Sektor ausgelösten zyklischen Schwankungen zeigen, daß hier eine von der profitorientierten kapitalistischen Marktlogik prinzipiell verschiedene ökonomische Rationalität keimhaft angelegt ist. Diese planorientierte Rationalität des öffentlichen Sektors jedoch ist in der Bundesrepublik noch kaum entwickelt. Es wird vielmehr aus den Interessenkonstellationen des privaten Sektors heraus gefordert, rentable Zweige des öffentlichen Sektors zu privatisieren oder den öffentlichen Sektor gemäß den Prinzipien profitorientierter Marktlogik zu führen. Bemühungen der Wirtschaftstheorie auf dem Gebiet der Theorie der öffentlichen Güter bzw. der Kosten-Nutzen-Analyse zielen in diese Richtung. Es läge jedoch im spezifischen Interesse der öffentlichen Wirtschaft, ihre Binnenbeziehungen, insbesondere Käufe bzw. die Allokation der Ressourcen, auf der Basis eines Plans zu koordinieren, der die Optimierungskriterien liefert, die aus den üblichen heterogenen Formen der Gewinnerzielung der öffentlichen Unternehmen nicht entwickelt wer-

[5]) Alle, auch die folgenden, Zahlen aus: „Die Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft", Brüssel 1975.

den können. Im öffentlichen Sektor können die Möglichkeiten der innerbetrieblichen paritätischen Mitbestimmung und der überbetrieblichen Koordination der auf diesem Weg gewonnenen Entscheidungen experimentiert werden. Der öffentliche Sektor, dem es auch an Finanzierungskapazität nicht mangelt, denn sein Anteil am Geschäftsvolumen aller deutschen Bankengruppen betrug — abgesehen von der Rückendeckung durch die öffentlichen Haushalte — 1974 immerhin 24 %, hätte über ein planorientiertes Wirtschaftsprinzip angesichts seines Umfangs ein substantielles Potential, seine Außenbeziehungen zum privaten Sektor konjunkturgerecht zu organisieren, z. B. über antizyklische Variationen seiner binnenorientierten Käufe und Verkäufe zugunsten bzw. zu Lasten der außerorientierten, die heute nur punktuell und weitgehend ohne Berücksichtigung der Binnenbeziehungen des öffentlichen Sektors vorgenommen werden.

Über den planorientierten konjunkturpolitischen Einsatz der öffentlichen Unternehmen kann auf der Betriebsebene eine rationale kohärente dirigistische Wirtschaftspolitik entwickelt werden, über die eine präzisere Zweckbindung erzwungen werden kann. Eine solche Politik wäre zu einer Zeit sinnvoll, zu der die interventionistische Wirtschaftspolitik, die sich an globalen betriebsfernen Aggregaten orientiert, an ihre Grenzen stößt, insbesondere auch weil eine präzise Zweckbindung mit der Vorgabe überbetrieblicher Globalaggregate nicht erreichbar ist. Die Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor, infolge der unterschiedlichen Wirtschaftsprinzipien notwendig konfliktreich, könnten auf diesem Weg rational und transparent organisiert werden.

## Öffentliche Verschuldung und Konjunkturbelebung

Von Herbert Schui

Nach der 1966/67er Krise schien es endgültig zu den allgemein akzeptierten Einsichten zu gehören, daß sich der Staat in der Wirtschaftskrise bei der Zentralbank verschuldet und auf diese Weise Beschäftigungsprogramme finanziert. Allgemein, d. h. bis in die überaus meisten Lehrbücher, setzte sich die Auffassung durch, daß Krisen vermieden, zumindest aber auf diesem Wege rasch behoben werden könnten. Das einzige Problem schien darin zu bestehen, den richtigen Zeitpunkt für die Beschäftigungsprogramme zu treffen. Alles reduzierte sich auf eine Indikatorenfrage. Mißdeutete man die konjunkturelle Situation, könnte ein Beschäftigungsprogramm völlig unnötig sein und führte lediglich zu konjunktureller Überhitzung mit entsprechend hohen Inflationsraten, wie auch umgekehrt eine zu spät erkannte sich anbahnende Krise nicht mehr verhindert, wohl aber durch beschäftigungspolitische Maßnahmen wesentlich entschärft und verkürzt werden könnte.

Fragen der Geldwertstabilität schienen bei der Finanzierung der Sonderhaushalte nicht berührt zu sein. In der Tat sank der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 1967 um 0,8 % und 1968 um 0,7 %. Auch der Index für die Lebenshaltungskosten war in den Jahren 1967/68 vergleichsweise stabil; er stieg in diesen beiden Jahren um je 1,6 %. Die im Frühjahr 1967 verabschiedeten Eventualhaushalte zur Beschäftigungsförderung in Höhe von insgesamt 7,7 Mrd. DM hatten

demnach offensichtlich keine inflationären Effekte. Stattdessen sank die Arbeitslosenquote von 2,1 (1967) auf 1,5 (1968) und 0,9 (1969). Offizielle Schätzungen kamen zu dem Ergebnis, daß die 7,7 Mrd. Sonderhaushalt rd. 21 Mrd. zusätzliches Volkseinkommen geschaffen haben.

In der augenblicklichen Situation setzt die Bundesregierung Sonderhaushalte nur sehr zögernd ein. Im Dezember 1974 wurden 1,3 Mrd. verabschiedet, und im September 1975 waren es 5,75 Mrd. DM, was sich angesichts der hohen Arbeitslosenquote (1974: 2,6; 1975: 4,7) sehr gering ausnimmt. Allgemein wird seitens der Regierung die Befürchtung geäußert, daß ein Mehr an Beschäftigungsprogramm im Interesse der Geldwertstabilität nicht zu vertreten sei. Tatsächlich stieg trotz der Schärfe der Krise der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 1974 um 13,4 % und 1975 um 4,7 %, was sich deutlich von der 1967/68er Situation unterscheidet. Ähnlich reagierte der Index für die Lebenshaltung mit Steigerungsraten von 7 % (1974) und 6 % (1975). Die Befürchtung, durch umfangreiche Sonderhaushalte die Inflation noch weiter anzuheizen, gründet sich darauf, daß ein Eventualhaushalt das Geldvolumen vergrößert und dies wiederum die Preise in die Höhe treibt. Nun sind sicherlich das umlaufende Geldvolumen und das Preisniveau nicht unabhängig voneinander, doch ist andererseits dieser Zusammenhang, nämlich daß eine überproportionale Geldversorgung zu Preissteigerungen führt, keineswegs so ausgeprägt, wie vielfach angenommen wird. Bei nicht ausgelasteten Kapazitäten sollte sogar vermutet werden, daß eine Steigerung der Geldversorgung die Nachfrage anregt und die Krise behebt, ohne daß Preissteigerungen in einem nennenswerten Umfang eintreten. Auch bei ausgelasteten Kapazitäten stellt sich erst im langfristigen Durchschnitt (z. B. in einem Zeitraum von 5 Jahren) heraus, daß die Inflationsrate gerade so hoch ist wie die Differenz zwischen der Wachstumsrate der Geldmenge und der Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts (BSP). Mit anderen Worten: Der Geldwert bleibt in der langen Frist stabil, wenn der Zuwachs des Geldvolumens gleich ist dem Zuwachs des BSP. Dieser Zusammenhang läßt sich durch einige Zahlen leicht belegen. Für den Zeitraum der letzten 5 Jahre (1971—1975) wächst die Geldmenge jährlich im Durchschnitt um 8,3 % und das BSP um jährlich durchschnittlich 1,6 %. Die Inflationsrate (hier handelt es sich natürlich nicht um die Steigerungsraten des Index für die Lebenshaltung, sondern um die Preissteigerungsraten des gesamten BSP) müßte demnach im Jahresdurchschnitt 8,3 — 1,6 = 6,7 % betragen. In der Tat beträgt sie im Jahresdurchschnitt 6,6 %. Legt man dagegen die letzten beiden Krisenjahre zugrunde, so geht die Rechnung nicht mehr auf. Die durchschnittliche Wachstumsrate der Geldmenge beträgt 12,5 % und die des BSP — 1,8 %, so daß die Inflationsrate 14,3 % hätte betragen müssen. Tatsächlich beläuft sie sich auf 7,3 %. Die restlichen 7 % sind in diesen Jahren (vornehmlich 1975, wo die Differenz rd. 10 % beträgt) von den in diesem Zusammenhang bedeutenden Wirtschaftseinheiten (Unternehmen, Bezieher hoher Einkommen) zur Vergrößerung ihrer liquiden Kasse verwendet, also nicht in den Wirtschaftsprozeß hineingegeben worden. Hieran wird gleichfalls deutlich, daß die seit dem 2. Halbjahr 1974 betriebene expansive Geldpolitik (die Geldmenge wuchs 1974 um 10,9 % und 1975 um 15,7 %) keine zusätzliche Nachfrage geschaffen hat, sondern als Kasse gehortet wird.

Soweit beabsichtigt wird, die Konjunktur durch geldpolitische Maßnahmen zu beleben, ist alle Hoffnung darauf gerichtet, daß diese gehortete Kasse in diesem Jahr zugunsten vermehrter Nachfrage nach Gütern und Diensten abgebaut wird, wodurch die Produktionskapazität wieder in zunehmendem Maß ausgelastet und die Beschäftigung angeregt werden soll. Dieser monetäre Effekt verpufft natür-

lich völlig, wenn die Unternehmen bei sich belebender Nachfrage die Preise erhöhen, statt die Produktion auszudehnen. Grundsätzlich wird an dieser Geldpolitik deutlich, daß ihre Abwicklung zunächst diejenigen mit zusätzlicher Kasse und damit Kaufkraft (d. h. mit zusätzlichem Einkommen) versorgt, die sich dieses zusätzlich in den ökonomischen Prozeß hineingeschleuste Geld haben verschaffen können. Dies waren mit Sicherheit nicht die Lohn- und Gehaltsempfänger, die ihren Anteil an einem solchen Geldsegen erst durch harte Tarifauseinandersetzungen erkämpfen müssen.

Man sieht, auch die augenblicklich betriebene Geldpolitik kann keine Geldwertstabilität garantieren, und ebenfalls steht noch keineswegs fest, ob sie letztlich die erhoffte konjunkturelle Belebung herbeiführen wird. Die letzte Entscheidung über ihre Wirksamkeit liegt auch hier wieder einmal bei den Unternehmen, d. h. die Entscheidung darüber, ob sie die angewachsene Kasse zu Nachfrage werden lassen, oder ob sie bei steigender Nachfrage tatsächlich die Produktion ausdehnen und nicht lediglich die Preise anheben. Wenn aber die Dinge so liegen, ist nicht mehr einzusehen, warum nicht versucht wird, die Konjunktur durch weitere Sonderhaushalte im Sinne einer verstärkten öffentlichen Auftragsvergabe zu beleben. Zumindest kann hier der Staat bewußt entscheiden, daß die zusätzlichen Mittel nachfragewirksam werden. Dies macht natürlich eine Vergrößerung der öffentlichen Schuld notwendig und ruft sogleich all die Unkenrufe hervor, die den Staatsbankrott, den Verfall des Gemeinwesens und ähnlich fürchterliche Eschatologien herummenetekeln. Eh man in den Chor der allgemeinen Weltuntergangsstimmung einfällt, ist es nützlich, sich über einen längeren Zeitraum die öffentliche Verschuldung im Vergleich zum BSP vor Augen zu halten. Die nachstehende Tabelle 1 besorgt das. Sie weist den prozentualen Anteil der öffentlichen Schuld am BSP zu laufenden Preisen aus und ist insofern ein Indikator dafür, welchen Anteil die öffentlichen Haushalte sich über den Kreditweg am BSP verschafft haben. Gleichzeitig sind die Wachstumsraten des realen BSP angegeben, um auf diese Weise einen Überblick über die konjunkturelle Situation zu verschaffen.

*Tabelle 1*
*Neuverschuldung der Gebietskörperschaften in v. H. des BSP zu laufenden Preisen (1)*
*Veränderungen des BSP (real) im Vergleich zum Vorjahr *) (2)*

| *Jahr* | *(1)* | *(2)* | *Jahr* | *(1)* | *(2)* | *Jahr* | *(1)* | *(2)* |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *1929* | *4,10* | *— 0,00* | *1953* | *1,83* | *8,22* | *1965* | *1,93* | *5,59* |
| *1930* | *3,80* | *— 1,43* | *1954* | *5,63* | *7,44* | *1966* | *1,57* | *2,91* |
| *1931* | *3,90* | *— 7,66* | *1955* | *2,92* | *12,00* | *1967* | *3,15* | *— 0,00* |
| *1932* | *0,00* | *— 7,51* | *1956* | *1,20* | *7,29* | *1968* | *1,30* | *7,31* |
| *1933* | *0,00* | *6,26* | *1957* | *0,01* | *5,68* | *1969* | *0,01* | *8,00* |
| *1934* | *0,00* | *8,60* | *1958* | *0,01* | *3,73* | *1970* | *1,03* | *5,55* |
| *1935* | *0,01* | *9,38* | *1959* | *1,10* | *7,30* | *1971* | *1,83* | *2,75* |
| *1936* | *2,22* | *8,85* | *1960* | *1,36* | *9,17* | *1972* | *2,55* | *4,06* |
| *1937* | *1,21* | *10,84* | *1961* | *1,38* | *5,42* | *1973* | *0,01* | *5,13* |
| *1938* | *2,50* | *10,22* | *1962* | *0,01* | *4,02* | *1974* | *2,40* | *0,44* |
| *1951* | *0,01* | *10,45* | *1963* | *1,51* | *3,44* | *1975* | *6,27* | *— 3,56* |
| *1952* | *2,12* | *8,89* | *1964* | *1,73* | *6,66* | | | |

*) Die Wachstumsraten des BSP sind auf der Basis natürlicher Logarithmen ausgedrückt; sie fallen daher besonders bei hohen Zahlenwerten niedriger aus als der entsprechende Ausdruck in Prozentzahlen, der üblicherweise zur Bezifferung von Wachstumsraten verwendet wird. Bei der Kenntlichmachung konjunktureller Bewegungen ist es dagegen unerheblich, ob die Veränderungsraten des BSP prozentual oder logarithmisch ausgedrückt werden.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Wirtschaft 1872—1972, Stuttgart/Mainz 1972, S. 234, 260; „Wirtschaft und Statistik", Jg. 1972—75; eigene Berechnungen.

In der Nachkriegszeit läßt sich die Neuverschuldungstätigkeit des Staates im Vergleich zum BSP in drei ausgeprägte Zyklen einteilen. Der erste Zyklus reicht von 1951 bis 1957 mit einer Höchstquote der Staatsverschuldung im Jahre 1954, der zweite erstreckt sich über den Zeitraum 1962—1969 mit einem Hochpunkt im Jahre 1967 und der dritte setzt 1973 ein mit einem vorläufigen Hochpunkt 1975. Eine hohe Staatsverschuldungsquote geht stets einher mit relativ niedrigen Wachstumsraten des realen BSP. So steigt bei der ökonomischen Stagnation 1967 die Verschuldungsquote auf 3,15, um dann in den folgenden Jahren wieder auf Null abzusinken. Ebenso löst das im Jahre 1975 um 3,56 % sinkende BSP eine Erhöhung der Verschuldungsquote auf 6,27 aus. Diese Relationen ergeben sich offensichtlich daraus, daß, abgesehen von beschäftigungspolitischen Maßnahmen, die staatlichen Aktivitäten in der Nachkriegszeit nicht gänzlich der sinkenden Produktion angepaßt wurden. Die im Vergleich zur konjunkturellen Entwicklung niedrigen Verschuldungsquoten in den Jahren 1930—1932 signalisieren das Gegenteil für die Vorkriegsperiode.

So erklärt sich die Zunahme der öffentlichen Schuld im Jahre 1975 um 65 Mrd. DM, wobei sich der hierin enthaltene Sonderhaushalt vom September 1975 mit knapp 6 Mrd. DM sehr bescheiden ausnimmt. Die Zentralbank hat von der gesamten staatlichen Neuverschuldung lediglich rd. 6 Mrd. DM finanziert (also etwa den Sonderhaushalt), was zum Teil durch Abzug von Guthaben der öffentlichen Haushalte bei der Bundesbank (3,5 Mrd. DM) und zum Teil durch Neuverschuldung dort (2,5 Mrd. DM) ermöglicht wurde. Diese Neuverschuldung bei der Zentralbank kam dadurch zustande, daß zwar die Buchkredite an den Staat 1975 auf rd. 1,1 Mrd. DM vermindert wurden, die Bundesbank jedoch Wertpapiere der öffentlichen Hand in Höhe von 3,6 Mrd. DM aufgekauft hat. Lediglich diese 6 Mrd. DM verursachen eine Erhöhung des Geldvolumens, und zwar um knapp 12 Mrd. DM. Diese 12 Mrd. DM allein hätten 1975 ein Geldmengenwachstum von 6,5 % verursacht; tatsächlich betrug das Geldmengenwachstum 1975 15,7 %. Der Differenzbetrag ist der Zunahme der öffentlichen Verschuldung in keinem Fall anzulasten. Nachdem nun durch Interaktion mit der Bundesbank 6 Mrd. DM des staatlichen Defizits von insgesamt 65 Mrd. DM finanziert worden sind, hat das private Bankgewerbe, von der Zentralbank reichlich mit zinsgünstiger Liquidität versorgt, die restlichen 59 Mrd. DM fast ausschließlich finanziert. Nun ist es keineswegs so, daß die Geschäftsbanken diese 59 Mrd. DM öffentliche Schuld ins Portefeuille genommen hätten, um stattdessen vermehrt private Schuldtitel bei der Bundesbank zu rediskontieren. In diesem Falle hätte das staatliche Defizit dennoch — indirekt — die Geldmengenexpansion verursacht. Vielmehr sanken die Rediskonte privater Schuldtitel bei der Zentralbank im Jahre 1975 um 7 Mrd. DM. Dies, da angesichts der sehr verbesserten Liquiditätslage der Banken die Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen wegen der Krise und auch wegen der sich bessernden Ertragslage weniger stark zugenommen hat. Die Liquiditätslage der Banken war sogar so gut, daß sie 1975 rd. 18 Mrd. DM netto an Krediten an das Ausland vergeben konnten. Tabelle 2 zeigt diesen Sachverhalt.

*Tabelle 2*
*Netto-Kreditvergabe der Geschäftsbanken an das Ausland*

| *Jahr* | *1970* | *1971* | *1972* | *1973* | *1974* | *1975* |
|---|---|---|---|---|---|---|
| *Bestand in Mrd. DM* | *18,3* | *14,7* | *11,6* | *15,9* | *26,7* | *45,0* |
| *Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)* | | *— 3,6* | *— 4,1* | *+ 4,3* | *+ 10,8* | *+ 18,3* |

Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Februar 1976, Tabelle III, 2, 3, S. 12—13; eigene Berechnungen.

Nach allem leuchtet ein, daß das Defizit der öffentlichen Haushalte zum größten Geschäft des Bankgewerbes zu werden verspricht.

In der augenblicklichen Situation sind der Refinanzierung der Banken kaum Grenzen gesetzt. Sie verfügen über freie Liquiditätsreserven (d. h. Überschußguthaben bei der Bundesbank, Offenmarkttitel, deren Ankauf die Bundesbank zugesagt hat, und unausgenutzte Rediskontkontingente) in Höhe von 14 Mrd. DM. Der Diskontsatz, also der Kostansatz der Refinanzierung, beläuft sich z. Z. auf 3,5 %, und die Hereinnahme von Termin- und Spareinlagen kostet die Banken rd. 4 % Zins pro Jahr. Diesem sehr günstigen Passivgeschäft der Banken steht ein ebenso günstiges Aktivgeschäft gegenüber. Kredite an die öffentlichen Haushalte in Buchkredit- oder Wertpapierform werden mit rd. 8 % verzinst, so daß die Banken per Saldo 4 % an Gewinn auf die den öffentlichen Haushalten ausgeliehenen Gelder kassieren können. Insgesamt müssen die öffentlichen Haushalte bei einer Durchschnittsverzinsung der öffentlichen Schuld von 8 % auf eine Kreditsumme von 59 Mrd. DM rd. 4,8 Mrd. DM pro Jahr an die Banken als Zinszahlungen abführen. Da die Banken hiervon etwa 4 % als Gewinn realisieren, fließen ihnen pro Jahr als Gewinne aus der öffentlichen Schuld etwa 2 Mrd. DM zu, wenn man — reichlich bemessen — konzediert, daß ihnen pro Jahr 400 Mio. DM weitere Kosten zur Abwicklung dieser Geschäfte entstehen.

Neben dem Argument der Geldwertstabilität, das bei näherem Hinsehen — wie eingangs gezeigt — weniger bedeutend ist als allgemein suggeriert, sind diese zu erwartenden hohen Zinszahlungen für die öffentlichen Haushalte ein wesentlicher weiterer Grund, sich sowenig wie möglich zu verschulden und insbesondere von umfangreichen Sonderhaushalten Abstand zu nehmen. Allerdings stellt sich hier die Frage, ob sich die Geschäftsbanken naturnotwendig an den Defiziten der öffentlichen Haushalte und letztlich am Steueraufkommen in diesem Ausmaß bereichern müssen. Beispielsweise war es vor der „Liberalisierung" des Bankensystems in Frankreich im Jahre 1966 für die Banken gesetzliche Vorschrift, eine Mindestproportion an öffentlichen Schuldtiteln im Verhältnis zu ihrem Depositenvolumen zu niedrigen Zinssätzen zu halten. Dieser „plancher d'effets publics" ermöglichte es dem Staat, Defizite zu finanzieren, ohne den Banken Milliardengewinne zuschieben zu müssen. Für die augenblickliche Situation in der Bundesrepublik bedeutet dies, den Banken in Analogie zum Mindestreservesatz vorzuschreiben, im Verhältnis zu den bei ihnen gehaltenen Sicht-, Termin- und Spareinlagen (derzeit rd. 750 Mrd. DM) 8 % öffentlicher Schuldtitel, das sind 59 Mrd. DM, zu einem Zins von 3,5—4 % zu halten. Die Effekte solcher Maßnahmen sind in doppelter Weise positiv: Zum einen werden in beträchtlichem Ausmaß Zinszahlungen eingespart, und zum anderen werden die Banken angeregt, die Zinsen auf Termineinlagen zu senken. Unterbindet man weiter durch eine Umkehrung der Bardepotgesetzgebung den Kapitalexport, sehen sich die Unternehmen als typische Termineinleger mit einer sinkenden Rendite auf ihre Finanzinvestitionen konfrontiert, was sie anregen könnte, zur nächstbesseren profitlichen Verwendungsart ihrer Gelder überzugehen und sie in die laufende Produktion zu stecken.

Auch einer Finanzierung umfangreicher Sonderhaushalte steht in Anbetracht all dessen wenig im Wege. Allein schon die von den Banken 1975 an das Ausland vergebenen Kredite in Höhe von rd. 18 Mrd. würden ausreichen, umfangreiche Beschäftigungsmaßnahmen zu finanzieren. Stattdessen haben diese ins Ausland geflossenen Mittel in einem nicht unerheblichen Ausmaß dazu beigetragen, den Außenwert der DM gegenüber dem US-Dollar im Jahre 1975 von 2,36 DM pro

Dollar (Januar 1975) auf 2,60 DM pro Dollar (Januar 1976) zu senken, was einer Abwertung der DM um 10,2 % gegenüber dem Dollar entspricht. Sicherlich — und deswegen hat die Bundesbank keine nennenswerten Stützungskäufe am Devisenmarkt vorgenommen — verbessert dies die Exportchancen der BRD-Industrie, da ihre Waren, in Dollarpreisen, um 10 % billiger geworden sind, doch führt dies letztlich nur dazu, die Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft weiter zu vergrößern. Viel vernünftiger wäre hier eine gezielte Belebung des Binnenmarktes gewesen.

Grundsätzlich sollte das Problem eines zusätzlichen, beschäftigungswirksamen Sonderhaushalts in der augenblicklichen Situation folgendermaßen angegangen werden:

Zur Vermeidung einer unnötigen und nicht vertretbaren Bereicherung der Geschäftsbanken an der öffentlichen Schuld ist diesen eine Abnahmeverpflichtung für Staatsschuldtitel zu geringen Zinssätzen vorzuschreiben. Für die Finanzierung eines Eventualhaushalts von z. B. 20 Mrd. DM ergeben sich dann folgende Möglichkeiten:

1. Die Banken werden verpflichtet, dem Ausland gegenüber weder eine Netto-Gläubiger- noch eine Netto-Schuldnerposition einzunehmen. Die so freigesetzten Gelder werden in Staatsschuldtitel umgewandelt und für öffentliche Beschäftigungsprogramme zinsgünstig zur Verfügung gestellt und/oder

2. die Bundesregierung verschuldet sich bei der Zentralbank in einem solchen Ausmaß, daß die hieraus resultierende Wachstumsrate des Geldvolumens gerade so hoch ist wie die Wachstumsrate des BSP, die sich als Folge der Verausgabung des Sonderhaushalts ergibt. Zur Verfügung steht so ein Kreditvolumen, das zum einen in der Höhe der Verschuldung bei der Bundesbank besteht und zum anderen darin, daß sich mit der Geldschöpfung auch der Kreditschöpfungsspielraum der Banken erheblich vergrößert. Diese zusätzlichen Kredite leihen die Banken unter den vorgenannten rechtlichen Bedingungen zu günstigen Zinsen an den Staat aus. Unter Zugrundelegung eines Sonderhaushalts von 20 Mrd. DM dürfte nach überschlägigen Berechnungen die Verschuldung bei der Bundesbank höchstens etwa 5 Mrd. DM betragen. Dies, damit Geldvolumen und BSP zur Vermeidung von Inflationstendenzen mit der gleichen Rate wachsen. Es kann mit Sicherheit erwartet werden, daß die restlichen 15 Mrd. DM durch die Erhöhung der Bankenliquidität von diesen aufgebracht werden können. Sofern das in diesem Zusammenhang sehr bedeutende Publikumsverhalten sich im Vergleich zur augenblicklichen Situation nicht ändert, würde sogar eine Kreditaufnahme bei der Bundesbank von rd. 3 Mrd. DM ausreichen.

Sicherlich stellt sich auch hier noch das Problem der Geldwertstabilität, aber nicht deswegen, weil durch die öffentliche Verschuldung das Geldvolumen überproportional ausgedehnt worden wäre. Vielmehr ist hier die unternehmerische Preispolitik betroffen, in deren Ermessen es auch bei Beschäftigungsprogrammen gestellt ist, inwieweit die Preise erhöht werden oder sich die Produktion ausdehnt. Da aber allemal eine beschäftigungswirksame Konjunkturpolitik mehr demokratische Legitimation hat als die unternehmerische Preispolitik, sollte das Unternehmerverhalten in den demokratischen Entscheidungsprozeß einbezogen werden.

# Das Weißbuch, die Politik der Bundesregierung und die KSZE

Von Lorenz Knorr

Die Einsicht, daß das Wettrüsten und die gegenseitige „Abschreckung" untauglich für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens sind und daß sie ständiges Kriegsrisiko in sich bergen, währt bereits Jahrzehnte. Albert Einstein warnte kurz vor seinem Tode angesichts des beginnenden atomaren Wettrüstens: „Dieser Weg führt mit Notwendigkeit zum Krieg, der unter den heutigen Verhältnissen allgemeine Vernichtung bedeutet" [1]). Der frühere US-Präsident Kennedy erklärte wenige Wochen nach der friedlichen Beilegung der Kuba-Krise: „Wir müssen die Atomwaffen vernichten, bevor sie uns vernichten" [2]). Die Zahl der Friedensforscher, die den wissenschaftlich begründeten Nachweis führten, daß die Anhäufung von Massenvernichtungswaffen nicht ein Mehr an Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit und Vernichtungsrisiken produziere, ist gerade in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Die Zeit für die Entwicklung und Praktizierung eines grundsätzlich neuen Sicherheitskonzepts ist also überreif.

Nur die Repräsentanten des militärisch-industriellen Komplexes (MIK), deren durchsichtige Sonderinteressen auf die Erhaltung internationaler Spannungen und auf das daraus resultierende profitable Waffengeschäft gerichtet sind, geben vor, auch im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel politische Probleme primär mit militärischen Instrumenten lösen zu können. Sie reden den weniger informierten Menschen mit allen verfügbaren manipulativen Mitteln ein, daß ihre Sicherheit und der Friede nur durch das „Gleichgewicht des Schreckens" garantiert seien. Dies sei der Preis für die Freiheit der Menschen in der westlichen Hemisphäre. Deshalb müßten große und ständig modernisierte Militärpotentiale vorhanden sein, deren alleinige Funktion in der „Abwehr der Bedrohung" bestehe [3]). — Von allen ideologischen Retouchen abgesehen: es ist das traditionelle und längst in Frage gestellte imperialistische Sicherheitskonzept und -verständnis.

## I

Entgegen allen bisherigen Bekundungen der NATO und des MIK, daß Sicherheit auf „Abschreckung" und militärischer Stärke beruhe, jedoch übereinstimmend mit den Vorschlägen der sozialistischen Staaten „zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit" sowie den Empfehlungen vieler Friedensforscher und den Forderungen der Friedensbewegung, heißt es in der Schlußakte der KSZE: „Die Teilnehmerstaaten anerkennen ihrer aller Interesse an Bemühungen zur Verminderung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung, die darauf gerichtet sind, die politische Entspannung in Europa zu ergänzen und ihre Sicherheit zu stärken" [4]).

Hier wird Sicherheit gleichgesetzt mit dem Abbau der risikoreichen und kräftezehrenden militärischen Konfrontation, mit Rüstungsminderung und der Festigung der politischen Entspannung durch die militärische. Es ist die exakte Um-

1) In: Mein Weltbild, Frankfurt/M. 1955, S. 58.
2) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 8. 1. 1963.
3) Vgl. NATO — Tatsachen und Dokumente, Brüssel 1971; Verteidigung, Hrsg. Emil Obermann, Stuttgart 1970; NATO-Briefe, Brüssel.
4) „Blätter", 8/1975, S. 908.

kehrung des traditionellen imperialistischen Sicherheitskonzepts der militärischen Stärke mit dem „ius ad bellum", d. h. mit dem Recht auf Krieg, das zwei Weltkriege mit sich brachte und das in der Phase des Kalten Krieges im nur mühsam ausbalancierten „Gleichgewicht des Schreckens" kulminierte. Das neue Konzept der KSZE ist die längst fällige sicherheitspolitische Konsequenz aus der waffentechnischen und militärstrategischen Revolution. Diese führte in diesem Teilbereich zwischenstaatlichen Verhaltens insofern zu einer Umwertung aller Werte, als der Krieg technisch hochentwickelter Staaten nicht mehr die Clausewitz'sche „Fortsetzung der Politik unter Beimischung anderer Mittel" sein kann, weil die Gefahr der Selbstausrottung der Menschheit gegeben ist. Das einstige Kriegsziel, den Besiegten die Bedingungen des Friedens zu diktieren, ist nicht mehr erreichbar. Deshalb müssen internationale Streitfragen unter den Bedingungen der Massenvernichtungsmittel nicht mehr mit dem Schwert, sondern auf dem Verhandlungswege entschieden werden.

Die zehn Prinzipien im 1. Teil der Schlußakte der KSZE, die „die Beziehungen der Teilnehmerstaaten leiten" sollen und die man auch „Charta der friedlichen Koexistenz" nennt, konkretisieren die Gestaltung zukünftigen Friedens und das neue Sicherheitskonzept: Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt sowie die friedliche Regelung von Streitfällen; Unverletzlichkeit der Grenzen und die territoriale Unversehrtheit der Staaten; souveräne Gleichheit und die Achtung der ihr innewohnenden Rechte sowie Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten; Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker sowie Achtung der Menschenrechte; Zusammenarbeit der Staaten und die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Eben diese Gewährleistung der Sicherheit mit politischen Mitteln und abgestützt durch die materiellen Vorteile der Zusammenarbeit kann Schritt um Schritt jene Pseudosicherheit durch das „Gleichgewicht des Schreckens" und durch die gegenseitige Androhung der Zerstörung ersetzen.

Die Besonderheit des Sicherheitskonzepts der KSZE liegt jedoch darin, daß die kollektive (äußere bzw. internationale) Sicherheit mit der sozialen und individuellen (inneren) verknüpft wird. In der Präambel zum Kapitel „Fragen der Sicherheit Europas" heißt es: „In der Erkenntnis der engen Verbindung zwischen Frieden und Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt und im Bewußtsein der Notwendigkeit, daß jeder von ihnen seinen Beitrag zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in der Welt und zur Förderung der Grundrechte, des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und des Wohlergehens aller Völker leistet" [5]), werden die zehn Prinzipien der friedlichen Koexistenz angenommen. Nicht nur an dieser Stelle werden die Grundrechte und die „freie und volle Entfaltung" des Menschen [6]) sowie der „wirtschaftliche und soziale Fortschritt" [7]) und „die Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen" [8]) in Zusammenhang gebracht „zum Frieden, zur Sicherheit und zur Gerechtigkeit" [9]) sowie zur „Stärkung freundschaftlicher Beziehungen und des Vertrauens zwischen den Völkern" [10]). Diese sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist ein durchgehendes Element der Schlußakte, auch wenn die Garantierung der sozialen und individuellen Sicherheit die innenpolitische Aufgabe eines jeden Staates bleibt. Doch unerläßliche Voraussetzungen dafür werden durch kollektive Sicherheit im Sinne von gesamteuropäischer Entspannung und Abrüstung geschaffen.

5) Ebd., S. 900.
6) Ebd., S. 902.
7) Ebd., S. 908 und 909.
8) Ebd., S. 915.
9) Ebd., S. 924.
10) Ebd., S. 900 und 926.

Es ist bekannt, daß unter den Bedingungen des Kalten Krieges, der militärischen Konfrontation und des absoluten Vorrangs des Militärischen vor allen Staatsaufgaben nicht nur eine gröbliche Vernachlässigung aller anstehenden Reformen und der sozialen Lebensbedingungen politische Praxis wurde [11]). Durch die in dieser Entwicklungsphase der Nachkriegsgeschichte als Folge der Politik der militärischen Stärke einsetzende Disziplinierung, Konformität und Diffamierung jeder prinzipiellen Opposition erfolgte auch eine Einschränkung der Menschenrechte und ein Abbau demokratischer Möglichkeiten [12]). Die neue Verknüpfung von kollektiver, sozialer und individueller Sicherheit als Ausdruck der Entspannung und der friedlichen Koexistenz beweist ebenfalls die exakte Umkehrung des traditionellen Sicherheitskonzepts. Auch das ist eine notwendige Konsequenz aus den neuen Gegebenheiten.

Noch eine andere Besonderheit fällt auf: die mehrmalige Einbeziehung der Interessen nicht anwesender Staaten, nämlich der Entwicklungsländer [13]). Das liegt nicht nur daran, daß „die zunehmende weltweite wechselseitige Abhängigkeit im Bereich der Wirtschaft" erkannt, „stabile und ausgewogene Wirtschaftsbeziehungen" angestrebt [14]) und „Unterschiede im Stand der wirtschaftlichen Entwicklung" verringert werden sollen [15]). Sicherheitspolitisch ebenso wichtig ist folgendes: Die Zeit der Verträge zu Lasten Dritter, die im Zeitalter autonomer Nationalstaaten abgeschlossen wurden und stets den Keim späterer Krisen oder Kriege in sich bargen, ist endgültig vorbei. Solche Abkommen vertragen sich erstens nicht mit einem Sicherheitskonzept, das die „Unteilbarkeit der Sicherheit" feststellt [16]) und „die Entspannung im universellen Sinne sowohl zu einem dauerhaften als auch zu einem lebensfähigen und umfassenderen Prozeß" gestalten will [17]). Zweitens vertragen sie sich nicht mit der veränderten Machtkonstellation, in der die aggressivsten Kräfte der NATO längst in die historische Defensive gedrängt sind und in der „die Solidarität zwischen allen Völkern" [18]) auf der weltpolitischen Tagesordnung steht.

Schließlich: es soll nicht nur die Unterschiedlichkeit der „wirtschaftlichen und sozialen Systeme" respektiert werden [19]). Man will auch „zur Überwindung der aus dem Charakter ihrer früheren Beziehungen herrührenden Konfrontation sowie zu besserem gegenseitigen Verständnis" engere Beziehungen pflegen [20]) und „ein Klima des Vertrauens und der Achtung zwischen den Völkern fördern" [21]). Der unvermeidliche, aus dem prinzipiell verschiedenen Charakter beider Gesellschaftssysteme erwachsende ideologische Wettstreit soll also von den Resten des Kalten Krieges befreit und positiv nutzbar gemacht werden. Deshalb ist zwischen dem unausweichlichen politisch-ideologischen Wettstreit und dem psychologischen Krieg grundsätzlich zu unterscheiden. „Die friedliche Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten verlangt aber nach Formen der ideologischen Auseinandersetzung, die frei sind von solchen Arten aggressiver Feindseligkeit wie Lüge, Hetze und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten" [22]).

11) Seymour Melman, Our depleted Society, New York 1965.
12) Vgl. u. a. J. K. Galbraith, Wie man Generale bändigt, Hamburg 1970; H. Hannover, Politische Diffamierung der Opposition, Dortmund 1962.
13) „Blätter", 8/1975, S. 908 und 909.
14) Ebd., S. 909.
15) Ebd., S. 903.
16) Ebd., S. 900.
17) Ebd., S. 899.
18) Ebd., S. 899.
19) Ebd., S. 908 und 932.
20) Ebd., S. 899.
21) Ebd., S. 905.
22) „IPW-Berichte", 12/1975, S. 18 ff., insbes. S. 23; vgl. ferner Werner Lambertz in: „Unsere Zeit" v. 15. 1. 1976, S. 4.

Das Sicherheitskonzept der KSZE ist koexistentieller Natur. Es hätte sonst keine Chance gehabt, von allen Teilnehmerstaaten akzeptiert zu werden. Zu Recht erklärte Leonid Breschnew während des Gipfeltreffens: „Die Ergebnisse der langwierigen Verhandlungen sind so, daß es keine Sieger und Besiegten, keine Gewinner und Verlierer gibt. Das ist ein Sieg der Vernunft. Alle haben gewonnen" [23]). Es steht aber außer Zweifel, daß schon die verbale Festlegung einer den veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnissen und der neuen Waffentechnologie entsprechenden sicherheitspolitischen Neuorientierung — die noch Auftrag und noch nicht Realität ist! — den massiven Widerstand der aggressivsten Kräfte der NATO, des MIK, auslösen mußte. Die Aufforderung der CDU/CSU an die Bundesregierung, die Schlußakte der KSZE nicht zu unterzeichnen, ist nur ein Teil dieses Widerstandes [24]).

## II

Es war zu erwarten, daß die Repräsentanz des MIK in Bonn keine sicherheitspolitischen Konsequenzen aus den qualitativ neuen Möglichkeiten der KSZE ziehen und im „Weißbuch 1975/76 zur Sicherheit der BRD und zur Entwicklung der Bundeswehr" die veränderten Gegebenheiten nicht berücksichtigen würde. Obwohl der Titel des 1. Teils des Weißbuchs „Sicherheit in einer veränderten Welt" die Erwartung weckt, daß trotz der noch weiterbestehenden Militärblöcke neue sicherheitspolitische Ansätze entwickelt würden, wird der alte Kurs gesteuert. Gleich in Ziffer 2 heißt es markig über die BRD: „Ihre äußere Sicherheit ist nur im westlichen Bündnis gewährleistet" [25]). Der Gebrauch des Wörtchens „nur" enttarnt die Geisteshaltung und die Mißachtung der vom Bundeskanzler unterzeichneten Schlußakte der KSZE. Die Bekräftigung dieser Aussage erfolgt gleich mehrmals: „Die Mitgliedschaft in der NATO hat erste Priorität" [26]).

Aber nicht allein dies beweist den alten Kurs, sondern vor allem das Festhalten an jener „Abschreckung" und dem „Gleichgewicht des Schreckens", zu denen US-Präsident Ford beim Gipfeltreffen in Helsinki — mit betonter Wiederholung! — erklärte: „Aber es hat dennoch zu viele Situationen gegeben, in denen der große Konflikt nur um Haaresbreite vermieden wurde" [27]). Daß er dabei auch Berlin-Krisen erwähnte, „die bei mindestens drei Anlässen die Welt an den Rand des Untergangs" brachten [28]), sollte nicht nur Herrn Genscher, sondern auch den Abschreckungsplanern in Bonn eine Warnung sein, sofern sie nicht besser als der US-Präsident wissen, wer zu welchem Zweck solche Krisen provozierte! Doch im Weißbuch wird zigmal „die Fähigkeit zur Abschreckung", die Gewährleistung der „Sicherheit durch Abschreckung" und „durch Abschreckung den Frieden bewahren" betont [29]).

Die spezifische Bonner Art, die Militärstrategie der NATO zu interpretieren, ruft selbst den Widerspruch system- und NATO-konformer Kritiker in der BRD hervor. Was nämlich das Weißbuch im militärstrategischen Teil bietet, ist massivste militärische Konfrontation, die nicht einmal mehr vom Pentagon der USA voll abgedeckt werden kann. „Die NATO schließt den Einsatz nuklearer Waffen nicht aus", heißt es in Ziffer 36. „Der taktische Ersteinsatz nuklearer Waffen muß so spät wie möglich, aber so früh wie nötig erfolgen", steht in Ziffer 38. In Ziffer

23) „Blätter", 8/1975, S. 869.
24) Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, S. 12 825 B, 12 834 B und 12 868 D.
25) Weißbuch 1975/1976, Bonn 1976, S. 3.
26) Ebd., Ziffer 89, so auch Ziffer 92 und 162.
27) „Blätter", 8/1975, S. 887 und 891 oben.
28) Ebd., S. 891.
29) Ziffern 3, 23 und 35.

39: „Lückenlose Abschreckung ist ohne die letzte Stufe der Eskalation, die Androhung nuklear-strategischer Mittel, nicht möglich." Schließlich in Ziffer 93: „Dieser Eskalationsverbund (ist) für die Verteidigung unerläßlich und entspricht dem besonderen Sicherheitsinteresse unseres Landes." Armes Deutschland, möchte man sagen!

Der militärpolitische Fachmann der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Weinstein, wahrlich der Mann eines harten NATO-Kurses, meint, daß „die westliche Sicherheitspolitik in einer Krise steckt". Diese liege darin, daß die USA den Westeuropäern zwar eine nuklear-strategische „Schutzgarantie" gaben, aber „in Wirklichkeit seit langem danach trachten, von dieser Verpflichtung loszukommen", weil der Einsatz taktischer Atomwaffen eskalierend bis zum nuklear-strategischen Schlagabtausch wirke und „die gegenseitige Zerstörung weder für die Sowjetunion noch für Amerika ein strategisches Ziel sein kann". Deshalb sei auch die Drohung mit taktischen Atomwaffen fragwürdig [30]).

Die gleiche Auffassung vertritt SPD-MdB Ahlers. Seine zusätzlich geäußerte Meinung reflektiert solche Auffassungen in der SPD, die die KSZE ernster nehmen als jene entspannungsfeindlichen Kommißköpfe, die das Weißbuch schrieben. Ahlers schreibt: „Die Verteidigung rangiert erst an zweiter Stelle. Wir haben begriffen, daß unsere äußere Sicherheit mehr noch von einer ausgewogenen Politik der internationalen Entspannung als von militärischer Rüstung abhängt" [31]). Falls dies ernst gemeint ist, wäre es eine erste sicherheitspolitische Konsequenz aus der KSZE. Denn die beste Sicherheits- und Friedenspolitik war und ist noch immer ein vernünftiger Interessenausgleich nach allen Seiten. „Die beste Sicherheit für Deutschland liegt in einer guten Außenpolitik, welche die beiden großen Militärblöcke möglichst auseinanderhält und nicht ihre Zündflächen noch einander nähert" [32]). Zur möglichen Verminderung taktischer US-Atomwaffen in Europa sagt Ahlers: „Dieser Vorgang zeigt, wie vorausschauend der Plan einer atomwaffenfreien Zone gewesen ist, den der zu früh verstorbene polnische Außenminister Rapacki Ende der fünfziger Jahre entwickelt hatte" [33]). Hier zeigen sich neue sicherheitspolitische Denkansätze, die lange Zeit verketzert waren und nur von den Friedenskräften der BRD entschieden vertreten wurden. Durch die KSZE aber ist manches für die Öffentlichkeit in Fluß geraten.

Diese beliebig zu erweiternden Bedenken gegen die alte Militärstrategie und der offene Streit auf manchen NATO-Tagungen über die „Abkopplungsversuche der USA" [34]) fechten die Autoren des Weißbuches nicht an: die USA, „vor allem ihr Nuklearpotential und dessen Abschreckungskraft, gibt allen Bündnispartnern Schutz" [35]). Das Ende der „Schutzverpflichtung" der USA in Vietnam, bei dem im „Schutzgebiet" mehr zerstört wurde als außerhalb, wird aus allen Uberlegungen verdrängt. Zwar ist den Bonner Militärstrategen klar, was der „Ernstfall" für die BRD bedeutet: „ein solcher Kampf würde letztlich die Substanz dessen zerstören, was verteidigt werden soll" [36]). Dennoch vermögen sie das Primäre jeder vernünftigen äußeren Sicherheitspolitik, nämlich Entspannung und politische Lösungen, ihrer Militärdoktrin nicht vorzuordnen: „Ohne genügend Vorsorge für die äußere Sicherheit gibt es keine Entspannung" [37]). Hinter dieser verklausulierten Feststellung verbirgt sich der Vorrang der Rüstung vor der Ent-

30) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 23. 1. 1976.
31) „Vorwärts", 4/1976.
32) P. Sethe, Die großen Entscheidungen, Frankfurt/M. 1958, S. 118.
33) „Vorwärts", 4/1976.
34) Vgl. „Blätter", 6/1975, S. 620 ff.; „Wehrkunde", 5/1975, S. 226 ff.
35) Weißbuch, Ziffer 5.
36) Ebd., Ziffer 156.
37) Ebd., Ziffer 128.

spannung und das oft in Katastrophen untergegangene Sicherheitskonzept, nach dem zur Durchsetzung politischer Ziele eine starke Militärmacht erforderlich sei.

Wer den erklärten Ersteinsatz nuklearer Waffen und steigende Rüstungslasten zu rechtfertigen hat, der benötigt ein „Feindbild". Zwar sagte Minister Leber: „Unsere Soldaten brauchen kein Feindbild" [38]), und im Weißbuch steht es ähnlich. Aber der Vergleich des Sicherheitssystems Ost/West [39]) und einige andere Passagen im Weißbuch polieren das alte Feindbild des Kalten Krieges unter Beimischung einiger anderer Floskeln wieder auf. Im Widerspruch zur Feststellung in Ziffer 51: „Verglichen wird das Meßbare, vor allem Zahlen, nicht Absichten, über die verläßliche Aussagen nicht möglich sind ... Festgestellt wird, was der Osten kann, nicht was er will", hagelt es in Ziffer 36 — wenn auch mitunter nur in indirekter Ansprache — nur so von „Aggressor" und „Angreifer", vom „offensiven Charakter" des Warschauer Paktes in Ziffer 30 und von „großangelegter Aggression gegen Westeuropa" und „Überraschungsangriff" in Ziffer 32. Man wähnt sich in die härteste Phase des Kalten Krieges zurückversetzt. Zwar räumt das Weißbuch in Ziffer 20 auch ein, daß „die praktische Politik des Warschauer Paktes ... mit Vorsicht nach dem Grundsatz des begrenzten Risikos betrieben" wird. „Die Politik der Entspannung soll ‚unumkehrbar' gemacht werden, um die Gefahr militärischer Konflikte zu verringern", so in Ziffer 21. Dies aber angeblich nur, weil auch die WP-Staaten „von den Wirkungen der weltwirtschaftlichen Rezession betroffen sind".

In der Bundestagsdebatte am 15. Januar 1976 erklärte Manfred Wörner/CDU: „Während wir im Westen immer noch dazu neigen, Streitkräfte fast ausschließlich als Instrument der Kriegsführung zu sehen, sieht der Osten sie in erster Linie ... als Instrumente, den Frieden für sich zu entscheiden" [40]). Eine solche Differenzierung, aus der sich mancherlei Schlüsse ziehen lassen, vermißt man im Weißbuch. Streitkräfte können nämlich für sehr unterschiedliche Ziele eingesetzt werden. Dabei muß auch das Sicherheitsbedürfnis jener östlichen Nachbarn einkalkuliert werden, die in zwei Weltkriegen von den Deutschen überfallen wurden und denen man im Kalten Krieg das „Zurückrollen des Kommunismus" androhte. Es kann auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Bonner Regierung zwei Jahrzehnte lang die Existenzberechtigung der DDR bestritt, was umgekehrt nicht der Fall war. Von der Einbeziehung solcher Fakten in die Analyse wissen sich die Autoren des Weißbuches frei.

Ein Höchstmaß an Unsachlichkeit und gezielter Hetze wird in der Gegenüberstellung des kommunistischen und des westlichen Wehrmotivs erreicht [41]). Im Osten: „das Militärische durchdringt Staat und Gesellschaft", der Westen dagegen „kennt keine Formen der Militarisierung". Selbst Personen, die ein distanziertes Verhältnis zu den kommunistischen Staaten zeigen, kennen den dort üblichen Vorrang der auf den wissenschaftlichen Sozialismus gegründeten Politik gegenüber Militär und Wirtschaft [42]). Schließlich waren es auch die Staaten des Warschauer Paktes, die gegen das vom Vorrang des Militärischen bestimmte Sicherheitskonzept der NATO das neue, von politischen Lösungen gekennzeichnete Sicherheitskonzept der KSZE jahrzehntelang propagierten und nun im Inter-

38) „Bulletin", hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, v. 28. 3. 1974, S. 391.
39) Weißbuch, Ziffern 4 bis 43.
40) Bundestagsprotokoll v. 15. 1. 1976, S. 14 599 D.
41) Weißbuch, Ziffern 14 bis 18.
42) Dr. Mertes, CDU-MdB, erklärte im Bundestag über die UdSSR: „Sie ist eine Macht, die an den Primat der Politik glaubt. Sie steht auf dem richtigen Standpunkt, daß es in der Welt nicht Probleme gibt, weil es Soldaten und Waffen gibt, sondern daß es Soldaten und Waffen gibt, weil ungelöste politische Probleme schwelen. Infolgedessen möchte sie die Probleme, die sie bedrängen, auf eine politische — ich sage: friedliche, möglichst gewaltfreie Weise, über Diplomatie, über Konferenzen, lösen." Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, S. 12 847 B.

esse aller Völker durchsetzten. Über die Militarisierung in manchen westlichen Staaten durch den MIK [43]) und über die Einbeziehung faschistischer Militärdiktaturen „zur Verteidigung der Freiheit" in die NATO gehen die Autoren des Weißbuches elegant hinweg. Ist von der NATO die Rede, werden nur Abschreckung und Verteidigung, Solidarität und Kooperation erwähnt. Geht es um den Warschauer Pakt, heißt es nur Aggression, Überraschungsangriff, subversive Aktionen, Dirigismus und erzwungene Perfektion!

Wie heißt es doch in der Schlußakte der KSZE: „Zur stetigen Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen ... ein Klima des Vertrauens und der Achtung zu fördern" und in „der Entwicklung des gegenseitigen Verständnisses zwischen den Teilnehmerstaaten und mit der weiteren Verbesserung der Beziehungen" fortzufahren sowie „zur Überwindung des Mißtrauens und zur Vergrößerung des Vertrauens" zu wirken [44]). Heißt es nicht auch in Ziffer 88 des Weißbuches unter Berufung auf die für die BRD gültigen Ziele der UNO: „freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln"? Die Autoren des Weißbuches steuern genau in die entgegengesetzte Richtung! Die Blockierung der Verständigung ist offenbar ihr Vehikel, um den Entspannungsprozeß umzudrehen, neue Konfrontation und verstärktes Waffengeschäft zu erreichen. Eben das kennzeichnet die Politik des MIK! *Darin* liegt „die besondere Gefährdung unseres Landes", von der in Ziffer 97 in anderem Zusammenhang die Rede ist.

Was sollen die von Arbeitslosigkeit und Berufsverbot, von Geldentwertung und sozialer Demontage, von Miet- und Bodenwucher bei wachsender Profitexplosion bei den multinationalen Konzernen betroffenen Menschen über die hehren Ziele des „demokratischen Wehrmotivs" denken? Konflikte in der NATO, ob innenpolitisch oder zwischenstaatlich, sind natürlich „Motoren des sozialen Fortschritts, nicht Zerfallserscheinungen der Demokratie", so in Ziffer 18. Allerdings: „im Bündnis gibt es auch Erosionserscheinungen" (Ziffer 98), wenn auch angeblich nur durch das Zerflattern der Südflanke. Daß das Sicherheitskonzept der NATO ein Anachronismus und daß dies die tiefere Ursache der Erosion ist, ging den Weißbuch-Schreibern noch nicht auf. Zwar soll es in der NATO eine „übereinstimmende Bedrohungsanalyse" geben (Ziffer 111), was für die Rüstungsgewinnler und den MIK sicher stimmen mag. Doch die wachsende Entspannungsbereitschaft der Völker, die in einigen NATO-Staaten bereits zu Verringerungen der überproportionalen Rüstungsausgaben führte, geht darauf zurück, daß die „übereinstimmende Bedrohungsanalyse" vor allem auf die Militärpolitik von NATO und MIK bezogen wird.

### *KSZE als „Attrappe" oder als „weltweite Täuschung"?*

Gewiß, im Weißbuch wird auch die KSZE erwähnt. Dabei fällt schon am Umfang von knapp 5 von insgesamt 224 Seiten auf, welche Bedeutung die Autoren dieses Schwarz-Weißbuches jener realen Sicherheit beimessen, die in der Schlußakte der KSZE zum Ausdruck kommt und die von einigen am Gipfeltreffen in Helsinki teilnehmenden Staatschefs als „historische Wende" bezeichnet wurde [45]). Dabei ist die Hälfte des Weißbuch-Textes über die KSZE den militärischen Manövern gewidmet! Ganze 6 von 369 im Weißbuch behandelten Punkte befassen sich

43) Vgl. R. G. Barnet, Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes, Hamburg 1971; K. Engelhardt/K.-H. Heise, Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Kapitalismus, Berlin (DDR) 1974.
44) „Blätter", 8/1975, S. 900, 905 und 929.
45) Dieses Sicherheitskonzept wurde erstmals von der Anti-Hitler-Koalition in den Jahren 1941—1945 entwickelt, konstituiert durch sie wesentliche Inhalte der UNO-Charta, blieb während des Kalten Krieges durch die Weltgendarmrolle der USA unverwirklicht, während nun infolge veränderter weltpolitischer Kräfteverhältnisse Chancen der Realisierung gegeben sind. Vgl. „Blätter", 11/1975, S. 1193 ff.

mit der KSZE! Als ob die Ergebnisse von Helsinki und Genf und die vorgeschlagene Art, eine langfristige Friedensordnung zu erreichen, nicht gerade die Sicherheit der BRD und die weitere Entwicklung der Bundeswehr beträfen! Deutlicher kann man den fast unbedeutenden Stellenwert, den man der KSZE beimißt, kaum zum Ausdruck bringen. Ein krasser Widerspruch zu jenen Klassifizierungen der KSZE im Ausland, worin mehrfach die sicher nicht nur verbal gemeinte Bezeichnung „historisches Ereignis" zu hören war.

Hier zeigt sich die für Bonner Militärs und MIK-Vertreter typische Ignoranz vor einem zukunftsweisenden und humane Perspektiven in sich schließenden Sicherheitskonzept zugunsten althergebrachter, vor veränderter weltpolitischer Machtkonstellation und moderner Waffentechnologie nicht mehr im Bestehen gerechtfertigter Militärdoktrinen, die zudem ihre katastrophalen Folgen in zwei Weltkriegen dokumentierten. Das totale Unvermögen, auch nur in groben Zügen auf die sicherheitspolitischen Grundideen der Schlußakte der KSZE einzugehen, sie in kritische Relation zu setzen zu dem, was NATO und MIK unter Sicherheit verstanden und nach der Ölkrise verstehen, zeigt, welchen Kräften die „Sicherheit der BRD" — so der halbe Untertitel des Weißbuches — anvertraut ist. Anstatt angesichts der totalen Krise des herkömmlichen westlichen Sicherheitsverständnisses und in Wahrnehmung berechtigter „nationaler" Interessen der BRD die Ergebnisse der KSZE in die eigenen Überlegungen einzubeziehen, verhält man sich wie jene deutschen Militärs nach der Niederlage von Stalingrad, die immer noch vom „Endsieg" faselten, statt an Substanz für Deutschland zu retten, was noch zu retten war. Offenbar halten die Autoren des Weißbuchs für gerechtfertigt, was die CDU/CSU über die KSZE zu suggerieren versuchte: es handle sich „um einen wahren Supermarkt von Attrappen" und die Schlußakte diene „einer weltweiten Täuschung über die wahre Sicherheitslage in der Welt" [46]). Anders ist der provokativ minimale Raum, den man der KSZE und dem Inhalt ihrer Schlußakte einräumte, nicht zu verstehen.

Soweit es die inhaltliche Aussage über die KSZE betrifft, folgt das Weißbuch allerdings den Fehldeutungen und Irreführungen Genschers. Die KSZE „hat den Status quo in Europa nicht festgeschrieben", heißt es in Ziffer 140 übereinstimmend mit der Regierungserklärung des Bundesaußenministers [47]), der diese Behauptung in mehreren Varianten wiederholte. Aber der territoriale Status quo in Europa ist längst völkerrechtlich verankert. Die Zeit der Hallstein-Doktrin ist vorbei. Nicht nur die „normsetzende Kraft des Faktischen" spielt dabei eine Rolle, sondern auch die diplomatische Anerkennung der DDR durch die Bündnispartner der BRD und die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO [48]). Das „Offenhalten der deutschen Frage" bzw. die „deutsche Option" war auch nicht Sinn und Aufgabe der KSZE. Auftrag und Ergebnis waren vielmehr, zur Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa bessere Beziehungen und verstärkte Zusammenarbeit herzustellen und in einer verbindlichen Absichtserklärung die Normen friedlicher Koexistenz festzulegen. Das war überhaupt nur auf der Basis des gegebenen Status quo möglich, außerdem wurde dieser dadurch gefestigt. Es geht weit an Wahrheit und Realitäten vorbei, wenn die Möglichkeit der friedlichen Grenzänderung als Beweis für die Ungeklärtheit der

46) Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, S. 12 809 und 12 828.
47) Ebd., S. 12 799 A.
48) Zum völkerrechtlichen Normsetzungsprozeß vgl. Völkerrecht, Teil 1, S. 54, Köln 1974: „Die Lehre von der Vereinbarung souveräner Staaten als Grundlage der Entstehung und Geltung des Völkerrechts beantwortet alle mit dem völkerrechtlichen Normsetzungsprozeß zusammenhängenden Fragen . . . Durch sie wird nachgewiesen, daß die zwischenstaatliche Vereinbarung die Grundlage dafür darstellt, daß sowohl Verträge zwischen Staaten, zwischen internationalen staatlichen Organisationen und zwischen Staaten und derartigen Organisationen als auch das Völkergewohnheitsrecht völkerrechtliche Rechtsnormen schaffen . . . Sie erfaßt sowohl die Schaffung wie die Abänderung und Aufhebung von Normen des Völkerrechts."

europäischen Grenzfragen angeführt wird. Der in das Prinzip der souveränen Gleichheit eingefügte — gegen Mißbrauch dreifach abgesicherte — Satz von der friedlichen Veränderbarkeit der Grenzen hat erklärtermaßen nicht den Rang eines eigenständigen Völkerrechtsprinzips wie die „Unverletzlichkeit der Grenzen" und die „territoriale Unantastbarkeit der Staaten", sondern ist Teil oder eine Ausdrucksform des Prinzips „souveräne Gleichheit" [49]).

Insofern täuschen die Autoren des Weißbuches die Leser, wenn sie in Ziffer 136 feststellen: „Das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen hat das gleiche Gewicht wie die Feststellung, daß Grenzen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können." Diese Irreführung hat offenbar eine wichtige Funktion zu erfüllen. Was in Ziffer 136 des Weißbuches ebenfalls festgehalten ist, läßt darauf schließen, daß die völkerrechtswidrige Gleichsetzung nicht zufällig, sondern bewußt vorgenommen wurde. Es heißt da über die BRD: „Ihr Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt."

*Zwiespältige Politik der Bundesregierung*

Bei Genscher ist die Interpretation zwar etwas diffiziler, läuft jedoch auf das gleiche Ergebnis hinaus: „Entspannung ist nach westlichem Verständnis ein Prozeß, der der Geschichte unterliegt, der den Status quo also nicht auf ewig festschreibt, sondern dynamisch die Möglichkeit neuer Entwicklungen offenhält. Das schließt für uns sowohl die Möglichkeit der deutschen Einheit wie auch die Vollendung der europäischen Einigung ein" [50]). Davon abgesehen, daß sich Genscher hier in der politischen Richtung irrt, in der der Geschichtsprozeß verläuft: in der Form ist das ganz im Sinne des bekannten Beraters von US-Rüstungskonzernen, Prof. Brzezinski, der die Entspannung „nach westlichem Verständnis" als neues Mittel versteht, das alte Ziel des „Zurückrollens" doch noch zu erreichen [51]), nachdem die Politik des Kalten Krieges und der militärischen Stärke der NATO gescheitert war. Ähnlich ist die Strategie der friedlichen Veränderung im NATO-Dokument von 1967, dem sogenannten Harmel-Bericht, formuliert, der im neuesten Handbuch der NATO als die gültige Doktrin auch für die Gegenwart und Zukunft angegeben wird [52]). Selbst Franz Josef Strauß liegt in dieser Frage auf der gleichen Linie, auch wenn er deutlicher und zeitlich früher aussprach, was heute Teile der SPD-FDP-Koalition vorsichtig umschreiben, um die Öffentlichkeit des In- und Auslands nicht unnötig aufzuschrecken und sich Zustimmung für die „Friedfertigkeit der BRD" [53]) zu sichern. Strauß: „Gerade die territorialen Fragen unserer Ostgebiete (können) erst durch Abwertung der Grenzen in einem gesamteuropäischen Rahmen befriedigend und dauerhaft gelöst werden" ... „Jeder Schritt in Richtung auf die Einheit Europas und damit in Richtung auf die Stärkung und Autonomie Europas wird eine Veränderung des Status quo zur Folge haben — selbstverständlich zugunsten des Westens" [54]). Für alle Genannten steht offenbar außer Zweifel, daß angesichts dieser Lage und der strategischen Ziele die Rüstung ständig erhöht werden muß — das Weißbuch

49) Der Verfasser hatte Gelegenheit, in Genf mit vielen offiziellen Delegationen der KSZE zu sprechen. Dabei wurde nicht einmal von den Diplomaten der BRD erklärt, daß friedliche Grenzänderungen den gleichen völkerrechtlichen Rang hätten wie die anderen zehn Prinzipien. Vgl. auch Helmut Ridder in: „Blätter", 12/1975, S. 1307 ff.
50) Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, S. 12 799.
51) Z. K. Brzezinski, Alternative zur Teilung — neue Möglichkeiten für eine gesamteuropäische Politik, Köln 1966.
52) NATO-Handbuch, Brüssel 1974, S. 62 ff.
53) Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, S. 12 827 A.
54) Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 82 und 102.

belegt das im einzelnen —, wenn man dafür auch mit manipulierten Zahlen die wachsende militärische Stärke des „Aggressors" als Rechtfertigungsgrund nennt.

Sie alle haben die Lektionen, die die deutsche Geschichte in schmerzhafter Weise erteilte, nicht gelernt. Was Hitler durch seine verbrecherischen Raubzüge gegen die Nachbarvölker im Dienste der Konzerne und Großbanken in Deutschland verlor, das wird Strauß ebensowenig zurückgewinnen, wie Hitler letztendlich nicht das zurückzuerobern vermochte, was der letzte deutsche Kaiser durch seinen militärischen Größenwahn und seine Expansionsbestrebungen preiszugeben gezwungen war. Was Goethe als großen und geistvollen Kompromiß bezeichnete, den dieses Land und Volk im Herzen Europas als Vermittler zwischen West und Ost, zwischen Nord und Süd als ständige Aufgabe zu betrachten hätte, in der es seine Rolle spielen und erfüllen könnte, das wird auch von den Erben des Kalten Krieges in der BRD nicht angenommen. Anstatt die großen Chancen der KSZE zu ergreifen und auf dem Boden des gesamteuropäischen Status quo politische Sicherheitsgarantien für Gegenwart und Zukunft zu realisieren, will man die offenen und verklausulierten territorialen Forderungen offenbar bis 5 Minuten nach 12 aufrechterhalten.

Es ist also keineswegs nur die CDU/CSU, die nach Willy Brandts wiederholten Aussagen ein „Sicherheitsrisiko" für die BRD darstellt und produziert [55]). Das Sicherheitsrisiko für die BRD und für Europa bilden und schaffen zugleich jene in der Regierungskoalition, die als Vertreter von NATO und MIK den territorialen Status quo in Europa trotz KSZE nicht anzuerkennen gedenken oder nur als Übergangslösung betrachten, die den Ersteinsatz von Atomwaffen trotz Vernichtungsgefahr für die BRD verkünden und die eine weitere Erhöhung der Rüstungslasten durchsetzen, als stände ein Krieg vor der Tür. Die Steigerungsraten für militärische Neuinvestitionen seien in den letzten 5 Jahren um 74 % gestiegen, erklärte Minister Leber [56]). Und das Weißbuch belegt, wenn auch nicht völlig korrekt, daß die BRD mit ihren Rüstungslasten sowohl in absoluten Zahlen als auch in der Pro-Kopf-Berechnung hinter den USA an der Spitze aller NATO-Staaten steht [57]).

Ein sehr widersprüchliches Verhältnis zur Sicherheit und zum Sicherheitsrisiko zeigt sich bei Bundeskanzler Schmidt. Einerseits erkennt er die Ergebnisse von Genf und Helsinki und damit das qualitativ neue Sicherheitskonzept als „Ausformulierung wichtiger Elemente der Entspannungspolitik" durch östliche, westliche und neutrale Kräfte durchaus an: „Wir wären schlecht beraten, wollten wir dieses Erstmalige, dieses Neue in den Beziehungen der europäischen Staaten nach zwei Weltkriegen nicht als solch Neues und Erstmaliges werten und würdigen" [58]). Bei aller Ambivalenz des westlichen Entspannungsbegriffs ging er während des Gipfels in Helsinki durchaus auf den Abbau der beiderseitigen „militärischen Bedrohung" ein: „Das Ziel muß sein, die Europäer von Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern ... Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon, zumal als Sozialdemokrat, zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschritts erwarte" [59]).

Andererseits hält er an der NATO-Doktrin fest, die in Umkehrung der Realität „die von der Spaltung unseres Kontinents ausgehenden Gefahren" als Ursache des Wettrüstens betrachtet — als ob es vor der Spaltung kein Wettrüsten ge-

55) Vgl. „sozialdemokrat — magazin", 1/1976; FR v. 6. 1. 1976.
56) Bundestagsprotokoll v. 15. 1. 1976, S. 14 610 A.
57) Weißbuch, S. 212.
58) Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, S. 12 830.
59) „Blätter", 8/1975, S. 857.

geben hätte! —, um daraus jene Schlußfolgerung zu ziehen, die auch im Weißbuch eine wichtige Funktion und Aufgabenstellung erfüllt: „Unser Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt" [60]). Ist das der Friede nach der atomaren Auslöschung durch Selbstbestimmung zum atomaren Ersteinsatz? Ist ein Friede unter progressiven Vorzeichen gemeint? Ist es nur eine — gefährliche — Leerformel?

Kennzeichnend ist, daß Minister Leber erklären konnte, er habe „das besondere und seltene Glück, einen Bundeskanzler zu haben, der in hervorragendem Maße selber Fachmann ist und mit dem ich zusammenarbeite, wie ein Verteidigungsminister der CDU/CSU mit seinem Kanzler nie zusammenarbeiten konnte" [61]). Ist also der „Ersteinsatz von Atomwaffen" und die Volksverhetzung im Weißbuch durch den Kanzler abgesichert? Wie verträgt sich das mit seiner Unterschrift in Helsinki?

Dabei hätte Schmidt allen Grund zur Vorsicht. Hatte er nicht einst geschrieben, die USA lieferten in Vietnam „der Weltöffentlichkeit ein praktisches Beispiel einer kontrollierten Eskalation"? [62]) Und wie endete diese völkerrechtswidrige Aggression? Wäre es nicht Zeit, anstatt der Militärstrategie des Weißbuches einen konstruktiven Beitrag zur Abrüstung zu leisten? Ist es nicht höchste Zeit für die SPD und FDP, das Sicherheitsrisiko zu erkennen, das in Lebers Militär- und Rüstungspolitik liegt, und daraus Konsequenzen zu ziehen?

## III

Die Sicherheitsrisiken für BRD und Bevölkerung auszuschalten, das heißt heute, einen verstärkten politischen Kampf zu führen für die Realisierung der Ergebnisse der KSZE — und zwar nicht in anderen Staaten, sondern in der BRD! —, für das neue Sicherheitskonzept und für die Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische zu wirken. Jene Sicherheitsrisiken zu überwinden, wie sie von Vertretern der NATO und des MIK im Weißbuch vorprogrammiert sind mit der Drohung von atomarem Ersteinsatz, mit dem Festhalten an einer „Abschreckung", die Kriegsgefahr in sich schließt, und ständiger Rüstungssteigerung, das bedeutet: das Bemühen um die Festigung des Entspannungsprozesses und um Abrüstung. Fortschritte bei den Wiener Verhandlungen zur Reduzierung von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa sind ein aktueller Ansatzpunkt, auf den die Aktionen zu konzentrieren wären. Das bedeutet aber auch die Entlarvung jeder antikommunistischen Pseudo-Rechtfertigung, mit der das Festhalten an einem ins Gegenteil umgeschlagenen „Sicherheits"-Konzept begründet wird. Es verlangt keine Identifizierung mit dem gesellschaftlichen System der Warschauer-Pakt-Staaten, wenn man deren Friedens- und Sicherheitspolitik als annehmbar und vorteilhaft für alle europäischen Staaten darstellt und die wirklichen Interessenten an internationalen Spannungen und Krisen bloßstellt. Das ist heute — angesichts des verstärkten offiziellen Widerstandes gegen die KSZE und ihre Ergebnisse — bereits eine patriotische Pflicht, selbst wenn man Anstrengungen für ein neues System der Sicherheit und Zusammenarbeit, wie es aus der KSZE erwachsen könnte, auch progressiv zu begründen vermag. Hier gelangen patriotische, sozialreformerische und progressive Interessen zur Dekkung.

60) Ebd., S. 855 und 856.
61) Bundestagsprotokoll v. 15. 1. 1976, S. 14 605.
62) Einleitung S. 22 zu H. Kahn, Eskalation, München 1966.

Gerade das Wahljahr verstärkt die Möglichkeiten, daß der Souverän, das Volk, seine Einflußmöglichkeiten auf Abgeordnete und Parteien verstärkt. Man sollte das Ausüben politischen Drucks nicht jenen oft anonymen, manchmal offen auftretenden Vertretern des MIK überlassen, die nur Sicherheitsrisiken für die Bevölkerungsmehrheit gegen ihre Sonderinteressen zu bieten haben und deren Politik der Gefährlichkeit und des Zynismus immer mehr erkannt wird. Die Chance für die entspannungswilligen Kräfte ist insofern gegeben und gewachsen, als sich die aggressivsten Gruppen in der NATO in anhaltender historischer Defensive befinden, während der politische Handlungsspielraum der Weltfriedenskräfte wächst.

# Der Popper-Boom in der SPD oder Die theoretische Offensive des Reformismus*)

Von Kurt Bayertz

Der von Karl R. Popper begründete kritische Rationalismus ist eine der bedeutendsten und erfolgreichsten Strömungen in der bürgerlichen Philosophie. Dabei beschränkt sich diese Bedeutung nicht auf eine beachtliche Zahl von Schülern, die die Ansichten Poppers international verbreiten und auf die verschiedensten Einzelwissenschaften anwenden; der kritische Rationalismus hat in den letzten Jahren eine politisch-ideologische Bedeutung gewonnen, die immerhin ausreicht, um Popper zur Zitier-Autorität in politischen Programmen zu machen. Seit Helmut Schmidt sich in seiner Einleitung zum ersten Entwurf des „Langzeitprogramms" der SPD auf Popper berief, ist dieser gewissermaßen zu einem heimlichen Chefideologen der Sozialdemokratie avanciert. Ein kürzlich erschienener 500-Seiten-Wälzer mit dem Titel „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie" [1]) untermauert diese Vermutung, ist es doch wiederum Helmut Schmidt, der diesem Konvolut mit einem Vorwort den parteioffiziellen Segen erteilt. Man scheint in der SPD-Spitze bemerkt zu haben, daß das vormals propagierte „Zeitalter der Entideologisierung" sich dem Ende zuneigt; so hat man sich nach einer brauchbaren Theorie umgesehen und sie im kritischen Rationalismus gefunden. Der mit diesem Band vorgelegte Beitrag zur „Theoriediskussion" in der SPD ist mithin nicht das Werk irgendwelcher Außenseiter, sondern als Versuch der Parteiführung zu werten, ideologisch wieder in die Offensive zu kommen. Popper selbst hat seine Inanspruchnahme durch die Sozialdemokratie überaus

*) Dieser Aufsatz beruht auf den Ergebnissen einer umfangreicheren Arbeit über die Erkenntnistheorie Karl Poppers, die 1976 im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinen wird.

1) G. Lührs/T. Sarrazin/F. Spreer/M. Tietzel (Hrsg.), Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1975.

erfreut zur Kenntnis genommen und zugleich mit der ihm eigenen Klarheit und Präzision zum Ausdruck gebracht, gegen wen die SPD-Spitze wieder in die Offensive kommen möchte: „Das Erscheinen dieses Buches war für mich überraschend. Ich habe nie erwartet, daß meine Marxkritik von den Sozialdemokraten ernst genommen werden könnte. Schon in der Zwischenkriegszeit, in der ich Sozialdemokrat war, war ich Antimarxist ... und so kam es jetzt als eine Überraschung, daß dieses neue Buch erschienen ist. Seine Idee ist, mit der Philosophie des kritischen Rationalismus gegen die Marxisten zu argumentieren" [2]).

Damit ist auch schon *einer* der Hauptgründe genannt, die die Sozialdemokratie bewogen habe, die bisherige Theorie-Abstinenz aufzugeben. Die seit Mitte der 60er Jahre verstärkt geführte Diskussion über den Marxismus hat auch innerhalb der SPD ein Vordringen des wissenschaftlichen Sozialismus zur Folge gehabt. Als ideologische Alternative zum Marxismus bot sich der kritische Rationalismus an, hat Popper doch schon während des Zweiten Weltkriegs sein opus magnum „Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" verfaßt, das in den 50er Jahren zu einem antikommunistischen Bestseller wurde; tritt Poppers Meisterschüler Hans Albert doch schon seit Jahr und Tag als streitbarer Kämpfer gegen den Neomarxismus der Frankfurter Schule und die sozialistischen Tendenzen in der Studentenbewegung auf. Ein *zweiter* Grund für die Zuwendung zum kritischen Rationalismus ist die sich bei vielen Sozialdemokraten abzeichnende Desillusionierung über die Politik ihrer Führung seit der Regierungsübernahme. Helmut Schmidt kommt darauf deutlich genug zu sprechen, wenn er die „Neigung einiger junger Sozialisten" kritisiert, lieber in der Opposition zu verharren, „als selbst durch konkrete Handlung Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu gestalten; denn in der konkreten (noch dazu parlamentarisch, d. h. kompromißweise auszuübenden) Praxis des Ratsherrn, Gesetzgebers oder des Staatsmannes stellt sich heraus — für manche wohltätigerweise ernüchternd, für andere leider ‚frustrierend' — wie begrenzt die Hilfe der ‚Theorie' nur sein kann, wie hart im Raum aber sich die Sachen stoßen" [3]). Der kritische Rationalismus erscheint demgegenüber als Theorie, die Bescheidenheit und Nüchternheit in politischen Dingen zu Kardinaltugenden emporstilisiert und so der von Schmidt zitierten Frustration vorbeugt. Zum *dritten* nämlich bietet der kritische Rationalismus eine wissenschaftlich begründete Konzeption politischen Handelns an, die sich gegenüber allen anderen Politik-Konzeptionen als einzig rationale zu profilieren versucht. Mit seiner starken Betonung der Rolle der Wissenschaft in allen gesellschaftlichen Lebensbereichen präsentiert sich der kritische Rationalismus als eine politische Theorie, die der gegenwärtigen wissenschaftlich-technischen Revolution auf den Leib geschneidert ist. Gerade diese Akzentuierung von Wissenschaftlichkeit und Rationalität prädestiniert die politische Philosophie Poppers für ihre Rolle nicht nur als Kritik des Marxismus, sondern als dessen positive Alternative.

Dabei war im Jahre 1934, als Popper mit seiner inzwischen berühmt gewordenen „Logik der Forschung" — einem rein wissenschaftstheoretischen unpolitischen Werk — debütierte, keineswegs abzusehen, daß der von ihm begründete kritische Rationalismus einmal als *die* politische Philosophie unserer Zeit auftreten und ernstgenommen werden würde. Von seinen positivistischen Kollegen allerdings unterschied sich Popper von Anfang an dadurch, daß er mit seiner Philosophie nicht im Elfenbeinturm verharrte, sondern ihre politischen Implikationen erkannte

[2]) Schlüssel zur Kontrolle der Dämonen. Interview mit Karl Popper, in: „Die Presse" (Wien) v. 6./7. 9. 1975.
[3]) Helmut Schmidt, Vorwort, in: Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie, a.a.O., S. XIV/XV.

und bewußt zu einer Theorie politischen Handelns ausbaute. Seine Schüler haben diese Tendenz fortgeführt und verstärkt:

— *Hans Albert* ist insbesondere gegen den Neomarxismus zu Felde gezogen und hat, an Max Weber anknüpfend, das Prinzip der Wertfreiheit der Wissenschaft als leitende Maxime gesellschaftstheoretischer Forschung hervorgehoben;

— *Ernst Topitsch* hat sich in philosophiegeschichtlichen Studien ideologiekritisch gegen alle Auffassungen gewandt, die seiner Ansicht nach zu irrationalem Denken führen; besonderes Interesse hat er dabei für die Philosophie Hegels als Quelle der marxistischen „Heilslehre" entwickelt;

— *Werner Becker* hat sich auf die Dialektik-Kritik spezialisiert und eine Kritik der Marxschen Wertlehre vorgelegt, die sich als wissenschaftstheoretische Vernichtung der marxistischen politischen Ökonomie und ihrer methodologischen Grundlagen ausgibt;

— *Hans Lenk* versucht, Theoreme des kritischen Rationalismus in eine Wissenschaftstheorie der Planung einzubringen und so die philosophischen Grundlagen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsprogrammierung zu entwickeln.

Diese (unvollständige) Liste deutschsprachiger Popperianer gibt einen Eindruck von der Bandbreite des kritischen Rationalismus, die es ihm erlaubt, nicht nur als partielle, sondern als prinzipielle Alternative zum Marxismus aufzutreten. Grundlage des kritischen Rationalismus ist seine Erkenntnistheorie, von der die politische Philosophie abgeleitet ist; gerade diese Kombination ermöglicht es ihm, in der heutigen SPD eine Rolle als ideologisches Bollwerk gegen den Marxismus zu spielen, die analog der Rolle des Neukantianismus in der Sozialdemokratie der Jahrhundertwende [4]) ist. In einem konzeptionellen Beitrag zu dem Band „Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie" ziehen die Herausgeber ausdrücklich diese historische Parallele: „Wir wollen zeigen, daß der kritische Rationalismus eine Erkenntnistheorie und eine politische Philosophie entwickelt hat, welche als theoretische Grundlegung eines *ethischen* und demokratischen Sozialismus das Erbe *Kants* antreten kann, und welche den Ausspruch *Max Adlers* mit Inhalt füllt, daß ‚die erkenntniskritischen Fragen ... für den Sozialismus keine müßigen Doktorfragen sind' " [5]).

Dabei ist jedoch zu beachten, daß sich die Zeiten geändert haben; die SPD befindet sich nicht mehr in einer Phase ungestümen Aufschwungs, sie ist nicht mehr in Opposition, sondern trägt die „Regierungsverantwortung"; um die Jahrhundertwende gab es noch keine wissenschaftlich-technische Revolution, die zu bewältigen war, und damals stellte sich die Systemalternative in völlig anderer Form, als es heute der Fall ist. Hatte der Neukantianismus die historische Funktion, die Arbeiterbewegung von ihrem marxistischen Kurs weg in ein reformistisches Fahrwasser hineinzulenken, so soll der kritische Rationalismus eine *gegebene reformistische Praxis* rechtfertigen, die ihre Perspektivlosigkeit nicht erst beweisen muß, sondern diese täglich demonstriert. Nicht nur Helmut Schmidts Hinweis darauf, wie hart im Raum sich die Dinge doch stoßen, macht dies deutlich; Peter Glotz, SPD-Bundestagsabgeordneter und Staatssekretär, hat in einem weiteren Theorie-Buch [6]) versucht, den „als Schimpfwort benutzten Begriff ‚Reformismus' positiv umzuwerten" [7]) und theoretisch zu untermauern.

[4]) Vgl. dazu den von H. J. Sandkühler und R. de la Vega herausgegebenen Band „Marxismus und Ethik" (2. erweiterte Auflage), Frankfurt/M. 1974.
[5]) G. Lührs/T. Sarrazin/F. Spreer/M. Tietzel, a.a.O., S. 12.
[6]) Peter Glotz, Der Weg der Sozialdemokratie. Der historische Auftrag des Reformismus, Wien/München/Zürich 1975.
[7]) Ebd., S. 15.

Bezeichnenderweise begründet er die Notwendigkeit einer neuen „Theorie des Reformismus" [8]) nicht nur mit der Abgrenzung vom Marxismus: ein weiterer Grund sei „sicherlich die katastrophale Überschätzung der Möglichkeiten der Politik in den letzten sechs bis acht Jahren ... An dieser Fehleinschätzung waren auch wir Sozialdemokraten nicht schuldlos. Millionen von Menschen — am wenigsten übrigens die Unterschichten — hatten die echte Hoffnung, daß die Misere ihrer ganzen privaten Existenz durch die (sozialliberale) Politik rasch verändert werden könnte" [9]). Diese Enttäuschung über das — eingestandene — Scheitern des Reformismus gilt es nun theoretisch aufzufangen. Das Problem ist also nicht mehr nur die theoretische Begründung des Reformismus schlechthin, sondern seine Rechtfertigung angesichts seiner praktisch erwiesenen Perspektivlosigkeit. „Ich fürchte, daß wir, die Politiker, unsere Gesellschaften grausamen Anpassungsprozessen ausliefern, wenn wir so weitermachen wie bisher. Aber wahrscheinlich ist dies schon eine romantische Bemerkung. Wir werden so weitermachen müssen wie bisher, weil uns die Mechanismen der Loyalitätsbeschaffung etwas anderes nicht ermöglichen" [10]). Karl Poppers kritisch-rationalistische Erkenntnistheorie kommt der Sozialdemokratie nun gerade recht, da sie mit dem Anspruch auftritt, Grundlage eines Modells rationaler Politik zu sein, das den Reformismus als einzig mögliche Handlungsweise auszeichnet. „Der Kritische Rationalismus ist also, wenn man so will, eine Theorie des Reformismus; Popper sprach ja direkt von ‚Stückwerk-Technologie' — das ist die theoretische Variante der ‚kleinen Schritte', die in der Rhetorik sozialdemokratischer Reformpolitik ständig vorkommen" [11]).

### *1.1 Die Erkenntnistheorie des kritischen Rationalismus*

a) Der kritische Rationalismus entstand als ideologische Folgeerscheinung revolutionärer Erschütterungen der bürgerlichen Gesellschaft am Ende des Ersten Weltkriegs: „Nach dem Zusammenbruch des Österreichischen Reiches hatte es eine Revolution in Österreich gegeben: die Luft war voll von revolutionären Parolen und Ideen und neuen, oft wilden Theorien. Unter den Theorien, die mich interessierten, war Einsteins Relativitätstheorie zweifellos die wichtigste. Drei andere waren die Marxsche Geschichtstheorie, Freuds Psychoanalyse und Alfred Adlers sogenannte ‚Individualpsychologie' " [14]).

Popper stellt sich in dieser Situation die Frage, wie man echte, wirkliche Wissenschaft von Pseudo-Wissenschaft unterscheiden könne. Es ging ihm weniger um die Frage, welche Theorie wahr war, denn jede der angeführten Theorien konnte eine Reihe von Beispielen anführen, die ihre Aussagen glänzend zu bestätigen schienen; Relativitätstheorie, Marxismus, Psychoanalyse und Individualpsychologie scheinen alle „verifiziert" zu sein durch zahlreiche Beispiele. „Ich fand, daß diejenigen meiner Freunde, die Bewunderer von Marx, Freud und Adler waren, von einer Anzahl mit diesen Theorien übereinstimmenden Punkte beeindruckt waren und insbesondere von ihrer scheinbaren Erklärungskraft ... Das Studium irgendeiner (dieser Theorien — d. Verf.) schien die Wirkung einer intellektuellen Konversion oder Offenbarung zu haben, die die Augen für neue Wahrheiten eröffnete, die denjenigen verborgen blieben, die noch nicht bekehrt waren. Waren die Augen erst einmal so geöffnet, dann sah man überall Bestäti-

8) Ebd., S. 69.
9) Ebd., S. 14.
10) Ebd., S. 11.
11) Ebd., S. 69/70.
12) Entfällt.
13) Entfällt.
14) Karl Popper, Conjectures and Refutations, London 1963, S. 34.

gungen: die Welt war voll von *Verifikationen* für die Theorie. Was auch geschah, es bestätigte sie immer" [15]).

Bei diesen Theorien wird die Wirklichkeit stets im Lichte der betreffenden Auffassung interpretiert, so daß die Erfahrung stets die Theorie verifiziert. Im Gegensatz dazu stand Einsteins Relativitätstheorie: In den Experimenten Eddingtons war eine „Rückkoppelung" zwischen Theorie und Erfahrung ausgeschlossen gewesen; die Relativitätstheorie war einem *echten Risiko der Widerlegung* durch die Erfahrung ausgesetzt. Daß sie der experimentellen Überprüfung standgehalten hatte, war daher nicht Folge einer Interpretation der Fakten im Lichte der Theorie, wie es bei den „Bestätigungen" der Theorien von Marx, Freud und Adler nach Poppers Auffassung der Fall war.

Aus diesen Überlegungen entwickelte Popper dann den Kerngedanken seines kritischen Rationalismus: echte Wissenschaft zeichnet sich nicht durch bestätigende Erfahrungen aus, sondern dadurch, daß sie ihre Aussagen harten Prüfungen unterwirft, die ein echtes Risiko der Widerlegung enthalten. „Eine Theorie, die durch kein denkbares Ereignis widerlegt werden kann, ist unwissenschaftlich ... Bestätigende Evidenz sollte nicht zählen, außer wenn sie Ergebnis eines echten Testes der Theorie ist; und das bedeutet, daß sie als ein ernsthafter Versuch, die Theorie zu widerlegen, aufgefaßt werden kann" [16]).

Diese knappe Skizze der Entstehung des kritischen Rationalismus macht zweierlei deutlich: zunächst die starke Orientierung an den Naturwissenschaften, vor allem der Physik; Popper sah in den Naturwissenschaften ein spezifisches Ideal von Rationalität verwirklicht, das ihm in den „Geisteswissenschaften" zu fehlen schien. Zum zweiten wird hier der gesellschaftliche Hintergrund deutlich, vor dem Popper seine Überzeugung entwickelte. Die Intention, ein Abgrenzungskriterium zwischen Wissenschaft und Pseudo-Wissenschaft zu finden, stand bei Popper in untrennbarem Zusammenhang mit der Ausarbeitung einer antirevolutionären Geschichtstheorie, die er „im Winter 1919/20 unter dem Eindruck des ersten Weltkrieges und der kommunistischen Mythologie von der bevorstehenden Weltrevolution" [17]) formulierte. Die Kernthese dieser Geschichtstheorie ist, „daß die *Lehre von der geschichtlichen Notwendigkeit* der reinste Aberglaube ist und bleibt, wie sehr sie sich auch ‚wissenschaftlich' gebärden mag" [18]).

Im Jahre 1934 veröffentlichte Popper sein inzwischen zum Standardwerk nicht nur des kritischen Rationalismus, sondern der Wissenschaftstheorie überhaupt gewordenes Buch „Logik der Forschung". Hier ist der Grundgedanke Poppers, daß positive Bestätigung kein Zeichen für die Wissenschaftlichkeit von Theorien ist, zu einer umfassenden Methodologie der Wissenschaft, eben zu einer „Logik der Forschung" ausgearbeitet. Der entscheidende Punkt dieser Methodologie ist die Ablehnung der Induktion. Popper knüpft dabei an den englischen Empiristen David Hume (1711—1776) an, der die Auffassung vertreten hatte, daß wir *logisch* nicht berechtigt sind, aus der Beobachtung von Regelmäßigkeiten in der Vergangenheit zu schließen, daß diese Regelmäßigkeiten auch in Zukunft bestehen werden. Auch wenn wir noch so oft beobachtet haben, daß einem Schlag auf eine Pauke ein bestimmtes Geräusch folgt, so berechtigt das *logisch* nicht zu der Annahme, auch in Zukunft werde dem Schlag das Geräusch folgen. Der Grund dafür ist — nach Hume — sehr einfach: wir können immer nur beobachten, *daß*

15) Ebd., S. 34/35.
16) Ebd., S. 36/37.
17) Karl R. Popper, Das Elend des Historizismus, Tübingen $^{3}$1971, S. VII.
18) Ebd.

dem Schlag ein Geräusch folgt; wir können jedoch nicht *beobachten,* daß ein *kausaler Zusammenhang* zwischen beiden besteht, daß wir das Geräusch hören, *weil* der Schlag auf die Pauke erfolgt ist. Hume war daher zu dem Schluß gekommen, daß der induktive Schluß von der Vergangenheit in die Zukunft eine psychologische Gewohnheit der Menschen ist, die jedoch keine logische Rechtfertigung besitzt.

Popper lehnt den Humeschen Psychologismus ab, stimmt aber dessen Induktionskritik zu. Es gibt keinen Schluß von der Erfahrung auf die Theorie: wir können nicht durch die Beobachtung von regelmäßigen Ereignisabfolgen zu theoretischen Aussagen über solche Regelmäßigkeiten kommen. Selbst wenn wir hundertmal beobachtet haben, daß einem Schlag auf eine Pauke ein Geräusch folgt, so läßt sich damit noch immer nicht die allgemeine (theoretische) Aussage verifizieren, „zwischen einem Schlag auf eine Pauke und dem nachfolgenden Geräusch besteht ein gesetzmäßiger Zusammenhang". Popper macht diese Behauptung an einem einfachen Beispiel klar: jeder Satz enthält allgemeine Zeichen (Universalien), die nicht unmittelbar bestimmten Erfahrungen zugeordnet werden können. Jeder noch so einfache Satz enthält daher immer mehr, als in einer einzelnen Erfahrung gegeben ist, er geht weit über die Erfahrung hinaus. Nehmen wir den Satz: „Hier steht ein Glas Wasser." „Mit dem Wort ‚Glas' z. B. bezeichnen wir physikalische Körper von bestimmten *gesetzmäßigen* Verhalten, und das gleiche gilt von dem Wort ‚Wasser' " [19]). In dem Ausdruck „Glas" ist z. B. enthalten, daß es zerbricht, wenn es auf einen harten Boden fällt; oder daß es schmilzt, wenn es großer Hitze ausgesetzt wird; oder daß es beständig gegen Säuren und Laugen ist. Das Wort „Glas" enthält daher unser gesamtes Wissen über die gesetzmäßigen Eigenschaften von Glas; in einem singulären Beobachtungsakt ist dieses Wissen aber nicht verifizierbar: da Glas unendlich viele Eigenschaften hat, müßten unendlich viele Beobachtungen gemacht werden, um zu verifizieren, daß der vor mir sich befindende Körper „Glas" ist. Dies ist jedoch offensichtlich unmöglich. Selbst einfachste Sätze wie „Hier steht ein Glas Wasser" sind daher durch noch so viele Beobachtungen nicht verifizierbar; und der Versuch, durch Beobachtung einen solchen Satz zu rechtfertigen, kommt daher einer Sisyphos-Arbeit gleich.

Popper zieht daraus den Schluß, daß die Methode der *Wissenschaft* nicht darin bestehen kann, von Beobachtungen auszugehen und durch Induktion zu allgemeinen Theorien voranzuschreiten. Diese Methode ist nicht wissenschaftlich, sondern wird gerade von den Theorien angewandt, die nach Poppers Meinung Prototypen für Pseudo-Wissenschaft sind: die Theorien von Marx, Freud und Adler konnten zahllose Beispiele, bestätigende Beobachtungen anbringen, mit denen ihr Wahrheitsanspruch gerechtfertigt wurde. Aber solche positive Rechtfertigung von Theorien, so glaubte Popper erkannt zu haben, ist leicht zu erhalten: wenn man die Wirklichkeit nur im Lichte der jeweiligen Theorie interpretiert, erscheint alles als Bestätigung ihrer unumstößlichen Wahrheit. Ein solches Verfahren ist aber nicht wissenschaftlich, sondern dogmatisch. „Ich erkannte, daß die *Suche nach Rechtfertigung* aufgegeben werden muß, nach Rechtfertigung des Wahrheitsanspruchs einer Theorie" [20]). Der Dogmatismus besteht gerade in dem Versuch, unsere Theorien zu beweisen, sie zu verifizieren, kurz: sie zu rechtfertigen. Die wahrhaft wissenschaftliche Methode hingegen ist kritisch: sie versucht, unsere Theorien zu widerlegen, indem sie sie harten Tests unterzieht. Besteht die Theorie einen solchen Test, so hat sie sich vorläufig „be-

19) Karl R. Popper, Logik der Forschung, Tübingen 41971, S. 61.
20) Karl Popper, Objektive Erkenntnis, Hamburg 1973, S. 42.

währt", ohne dadurch jedoch „verifiziert" zu sein; denn es sind stets künftige Tests denkbar, in denen die Theorie falsifiziert wird: „*Alle* Theorien sind Hypothesen; alle *können* umgestoßen werden" [21]).

Im Gegensatz dazu sind Pseudo-Wissenschaften nicht falsifizierbar, weil jedes mögliche Ereignis immer wieder im Sinne der jeweiligen Theorie interpretiert werden kann. Paradebeispiel dafür ist für die kritischen Rationalisten der Marxismus: Marx hatte vorausgesagt, so heißt es, daß die Arbeiterklasse im Kapitalismus immer mehr verelendet; diese Prophezeiung ist jedoch nicht eingetroffen. Anstatt nun die materialistische Geschichtsauffassung und die marxistische politische Ökonomie als falsifiziert anzusehen, haben die Marxisten immer versucht, einer solchen Falsifikation aus dem Wege zu gehen, indem sie durch alle möglichen theoretischen Zusatzannahmen den tatsächlich eingetretenen „Wohlstand" der Arbeiterklasse in Übereinstimmung mit ihrer Theorie gebracht haben. Was auch immer geschieht, niemals werden die Anhänger des Marxismus zugeben, daß er falsifiziert ist. Nur durch seine komplizierte Gestalt unterscheidet sich der Marxismus daher von Aussagen wie: „Wenn der Hahn kräht auf dem Mist, ändert sich das Wetter, oder es bleibt wie es ist." Auch eine auf diesem Satz aufgebaute meteorologische Theorie würde stets von allen Ereignissen verifiziert. Dennoch käme niemand auf den Gedanken, diese Theorie für wissenschaftlich zu halten; es wäre eine pseudo-wissenschaftliche Theorie, *eben weil sie nicht widerlegbar ist.*

Die Weigerung, seine Theorien so zu formulieren, daß sie falsifizierbar sind, ist daher Ausdruck eines Dogmatismus, der um jeden Preis an seinen Ansichten festhält, auch wenn sie in Wahrheit längst mit der Wirklichkeit in Konflikt geraten sind. Hans Albert hat dies als „Immunisierungsstrategie" bezeichnet, die vor allem dann angewandt werde, wenn die Wissenschaft für politische Zwecke instrumentalisiert wird: „Man ist zwar im sicheren Besitz der Wahrheit, hat aber dennoch eine gewisse Angst vor kritischer Prüfung und opfert daher oft lieber die elementare Moral des Denkens als diesen angeblich sicheren Besitz ... Im Zusammenhang mit solchen Immunisierungsversuchen findet man sehr oft eine moralische Prämiierung des schlichten und naiven Glaubens, der keine Zweifel kennt und daher unerschütterlich ist, als einer Tugend und dem entsprechend eine Diffamierung kritischen Denkens für den betreffenden Bereich als unsittlich und zersetzend. Die seltsame Idee, man sei einem prinzipiellen Glaubensbestand verpflichtet und nicht der unvoreingenommenen Wahrheitsfindung, die Unterdrückung von Zweifeln sei unter Umständen hier von positiver moralischer Bedeutung, ein Glaube, der sich möglicherweise unter kritischen Gesichtspunkten als fragwürdig herausstellen mag, sei auf jeden Fall vor derartigen Argumenten zu schützen, diese Idee mag einem Parteiliniendenker und Parteigänger einleuchten" [22]).

Der wahrhaft kritische Denker zeichnet sich demgegenüber dadurch aus, daß er überaus kritisch ist. Er versucht nicht, seine Überzeugungen um jeden Preis zu verifizieren, sondern setzt sie gezielt dem Risiko der Widerlegung aus; er ist nicht von der Wahrheit seiner Ansichten überzeugt, sondern davon, daß sie ständiger Verbesserung bedürfen. Poppers Erkenntnistheorie ist daher von seinen Anhängern als eine „kopernikanische Wende" [23]) bezeichnet worden, die das „Rechtfertigungsmodell" der Erkenntnis durch den „Fallibilismus" abgelöst habe. „Fallibilismus" meint die Auffassung, daß alle Theorien nur vorläufig seien, daß

[21]) Ebd.
[22]) Hans Albert, Plädoyer für kritischen Rationalismus, München 1971, S. 25/26.
[23]) Helmut F. Spinner, Pluralismus als Erkenntnismodell, Frankfurt/M. 1974, S. 44.

keine für sich in Anspruch nehmen könne, *„wahr"* zu sein, daß wir zwar immerfort nach Wahrheit streben, sie aber nie erreichen werden. „Jahrhundertelang verstand man unter Wissen bewiesenes Wissen — bewiesen entweder durch die Kraft der Vernunft oder durch die Evidenz der Sinne. Es galt als ein Gebot der Weisheit und der intellektuellen Redlichkeit, sich unbewiesener Behauptungen zu enthalten . . .[24]). Mit diesem Dogmatismus aber habe Popper endgültig Schluß gemacht; „Lobenswert ist seiner Ansicht nach nicht das vorsichtige Vermeiden von Irrtümern, sondern ihre erbarmungslose Beseitigung. Kühnheit im Vermuten auf der einen Seite und Strenge im Widerlegen auf der anderen Seite: das ist Poppers Rezept" [25]).

### *1.2 Sind unsere Theorien nicht verifizierbar?*

Der „Fallibilismus", die Auffassung also, „daß alle Theorien gleichermaßen unbeweisbar sind" [26]), ist die notwendige Folge einer Isolierung der Erkenntnis von der materiellen Praxis. Die Handlungen der Menschen im gesellschaftlichen Leben und in der gegenständlichen Auseinandersetzung mit der Natur werden durch Theorien aller Art gesteuert; wären diese Theorien allesamt falsch, würden sie also in keiner Weise mit der Wirklichkeit übereinstimmen, so müßten diese Handlungen zu ständigen Mißerfolgen führen. Das Funktionieren komplizierter Gesellschaftssysteme, ja selbst die Existenz des nackten Lebens wäre dann ein bloßes Wunder. Poppers „Fallibilismus" steht daher in eklatantem Gegensatz zum tatsächlichen Verhalten der Menschen, die zahlreiche Theorien als „bewiesen" ansehen und sich in ihrer Praxis an diesen Theorien orientieren. Selbst Positivisten wie V. Kraft, die selbst die Auffassung vertreten, daß alle Theorien nur den Status von vorläufigen Hypothesen beanspruchen können, haben diese Kluft zwischen (positivistischer) Theorie und wirklicher Praxis bemerkt: „Daß Wirklichkeitsaussagen theoretisch doch nur wahrscheinlich sind, wird aber praktisch nicht akzeptiert. Die Aussagen, die sich innerhalb des Systems der Wirklichkeitserkenntnis als logisch wahr ergeben, werden praktisch auch als empirisch wahr betrachtet. Denn wir nehmen ihre Voraussetzungen auch als empirisch gültig an. Wenn wir Maschinen bauen und Heilmittel herstellen, betrachten wir die mechanischen, chemischen, elektrodynamischen Gesetze, aus denen die Bedingungen dafür abgeleitet werden, als zuverlässig und deshalb auch die daraus abgeleiteten speziellen Aussagen . . . Aber wir haben theoretisch kein Recht dazu . . . Man steht hiermit vor der tiefen und unüberbrückbaren Kluft zwischen der theoretischen Sachlage und unserem praktischen Verhalten . . ." [27]).

Diese vorgeblich „unüberbrückbare Kluft" ist allerdings lediglich die Konsequenz aus einem Wissenschaftsbegriff, der die Erkenntnis der Welt systematisch von der praktischen Veränderung der Welt abtrennt. Hume und mit ihm Popper haben durchaus recht, wenn sie bestreiten, daß man *durch Beobachtung* logisch zwingend von der Aufeinanderfolge zweier Ereignisse auf ihren kausalen Zusammenhang schließen kann.

Der Fehler Humes und Poppers besteht jedoch darin, die menschliche Erfahrung auf Beobachtung und Wahrnehmung zu reduzieren und die gegenständliche Praxis unberücksichtigt zu lassen. In der Praxis nämlich, so hat Friedrich Engels

---

24) Imre Lakatos, Falsifikation und die Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme, in: I. Lakatos/A. Musgrave, Kritik und Erkenntnisfortschritt, Braunschweig 1974, S. 90.
25) Ebd.
26) I. Lakatos, a.a.O., S. 93.
27) Viktor Kraft, Erkenntnislehre, Wien 1960, S. 342/43.

gegen Hume hervorgehoben, finden wir „nicht nur, daß auf eine gewisse Bewegung eine andere folgt, sondern wir finden auch, daß wir eine bestimmte Bewegung hervorbringen können, indem wir die Bedingungen herstellen, unter denen sie in der Natur vorgeht, ja, daß wir Bewegungen hervorbringen können, die in der Natur gar nicht vorkommen (Industrie), wenigstens nicht in der Weise, und daß wir diesen Bewegungen eine vorher bestimmte Richtung und Ausdehnung geben können. *Hierdurch,* durch die *Tätigkeit des Menschen,* begründet sich die Vorstellung von *Kausalität,* die Vorstellung, daß eine bestimmte Bewegung die *Ursache* einer anderen ist. Die regelmäßige Aufeinanderfolge gewisser Naturphänomene allein kann zwar die Vorstellung der Kausalität erzeugen ... aber hierin liegt kein Beweis, und insofern hätte der Humesche Skeptizismus recht, zu sagen, daß das regelmäßige post hoc nie ein propter hoc begründen könne. Aber die Tätigkeit des Menschen *macht die Probe* auf die Kausalität" [28]).

Insofern sind induktive Schlüsse durchaus möglich: in der Praxis können wir Erfahrungen gewinnen, die die empirische Grundlage für theoretische Verallgemeinerungen darstellen. Wir extrapolieren die bisher gemachten Erfahrungen über das gesetzmäßige Verhalten der objektiven Realität in die Zukunft hinein und unterziehen diese Extrapolationen einer (durchaus „kritischen") Überprüfung durch die Praxis. Daher ist es auch berechtigt, von der Verifikation unserer Theorien zu sprechen. Popper zieht aus der richtigen Einsicht, daß durch Beobachtung allein eine Verifikation von Gesetzesaussagen nicht möglich ist, den falschen Schluß, daß Verifikation überhaupt unmöglich sei. Dabei wird jedoch übersehen, daß die Verifikation von Theorien kein einmaliger logischer Vorgang ist, sondern ein *Prozeß,* in dem die jeweilige Hypothese durch Beobachtung, vor allem aber durch ihre Einbeziehung in verschiedene Formen der praktischen Einwirkung auf die Realität geprüft wird. Es handelt sich dabei also um einen historischen Prozeß, in dessen Verlauf immer neue Kenntnisse über die Wirkungsbedingungen der jeweiligen Gesetzeshypothese gewonnen und möglicherweise auch Präzisierungen oder Korrekturen vorgenommen werden. Insofern ist „die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ... eine *praktische* Frage" [29]). Die praktische Auseinandersetzung mit der Natur ermöglicht die Erkenntnis der Welt und ist zugleich Kriterium der Wahrheit dieser Erkenntnis: „In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit ... seines Denkens beweisen" [30]).

Die materialistische These, daß die Praxis unbestechliches Zeugnis davon ablegt, ob wir mit unseren Theorien die Strukturen der objektiven Realität adäquat erfaßt haben, besagt natürlich nicht, daß wir mit diesen Theorien jemals die „ganze" Wahrheit erfassen könnten. Die objektive Realität ist stets reicher als die menschliche Erkenntnis, und „Wahrheit" kann daher nur *relative Übereinstimmung* mit der Realität bedeuten. Popper ist mit seinem Fallibilismus daher insoweit im Recht, als er hervorhebt, daß menschliche Erkenntnis niemals endgültig ist. Allerdings ist diese Einsicht keineswegs neu: F. Engels sah den revolutionären Charakter der Hegelschen Philosophie darin, „daß sie der Endgültigkeit aller Ergebnisse des menschlichen Denkens und Handelns ein für allemal den Garaus macht. Die Wahrheit, die es in der Philosophie zu erkennen galt, war bei Hegel nicht mehr eine Sammlung fertiger dogmatischer Sätze, die, einmal gefunden, nur auswendig gelernt sein wollen; die Wahrheit lag nun in dem

28) MEW, Bd. 20, S. 497/98.
29) Karl Marx, Thesen über Feuerbach, in: MEW, Bd. 3, S. 3.
30) Ebd.

Prozeß des Erkennens selbst, in der langsamen geschichtlichen Entwicklung der Wissenschaft, die von niedern zu immer höhern Stufen der Erkenntnis aufsteigt, ohne aber jemals durch Auffindung einer sogenannten absoluten Wahrheit zu dem Punkte zu gelangen, wo sie nicht mehr weiter kann, wo ihr nichts mehr übrigbleibt, als die Hände in den Schoß zu legen und die gewonnene absolute Wahrheit anzustauen" [31]).

Die Dialektik besteht darin, daß unsere Theorien zwar nur *relativ* wahr sind, zugleich aber relativ *wahr. Relativ* insofern, als die jeweiligen Erkenntnismöglichkeiten durch die historischen Bedingungen der Epoche begrenzt sind; da die gesellschaftliche Praxis die letzte Grundlage der Erkenntnis ist, wird der Erkenntnishorizont jeder Generation durch die historische Reichweite ihrer praktischen Einwirkung auf die Natur begrenzt. *Wahr* sind die Erkenntnisse jedoch insofern, als innerhalb der Möglichkeiten der jeweiligen Epoche adäquates Wissen über die Realität erreichbar ist. Es ist daher zu beachten, „daß das Kriterium der Praxis schon dem Wesen der Sache nach niemals irgendeine menschliche Vorstellung *vollständig* bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist ‚unbestimmt' genug, um die Verwandlung der menschlichen Kenntnisse in ein ‚Absolutum' zu verhindern, zugleich aber auch bestimmt genug, um gegen alle Spielarten des Idealismus einen unerbittlichen Kampf zu führen" [32]).

### *1.3 Sind unsere Theorien falsifizierbar?*

Da es für Popper eine Verifikation unserer Theorien nicht gibt, schlägt er eine Methodologie vor, die auf dem Falsifikationsprinzip aufbaut: „Unsere Auffassung stützt sich auf eine Asymmetrie zwischen Verifizierbarkeit und Falsifizierbarkeit, die mit der logischen Form allgemeiner Sätze zusammenhängt; diese sind nämlich nie aus besonderen Sätzen ableitbar, können aber mit besonderen Sätzen in Widerspruch stehen" [33]). Der allgemeine Satz etwa „Alle Schwäne sind weiß" kann durch die Beobachtung noch so vieler weißer Schwäne nicht *verifiziert* werden, denn stets bleibt die Möglichkeit offen, daß ein schwarzer Schwan auftaucht; der gleiche Satz aber kann durch die Beobachtung eines einzigen schwarzen Schwanes *falsifiziert* werden. Darin besteht die „Asymmetrie" zwischen Verifizierbarkeit und Falsifizierbarkeit, eine Verifikation ist, im Gegensatz zur Falsifikation, *logisch unmöglich.*

Dieser auf den ersten Blick einleuchtende Umstand erweist sich bei näherem Hinsehen allerdings als wesentlich komplizierter, als Popper glauben machen will. Die von ihm in „Logik der Forschung" gewählten Beispiele sind ebenso suggestiv wie irreführend. Angenommen, jemand hat einen schwarzen Schwan beobachtet und glaubt nun, den allgemeinen Satz „Alle Schwäne sind weiß" falsifiziert zu haben. In diesem Falle könnte eine Diskussion darüber entstehen, ob der beobachtete Vogel denn auch wirklich ein Schwan war, oder vielleicht nicht eine völlig andere Vogelart, die nur den Schwänen ähnelt (z. B. sind Wale keine Fische, obwohl sie so aussehen). Ob der beobachtete schwarze Vogel nun als „Schwan" gelten kann oder nicht, hängt von den jeweiligen biologischen Theorien ab, die Kriterien dafür bereitstellen, was ein Schwan ist und was nicht (genau wie im Fall der Wale). Ob also der Satz „Alle Schwäne sind weiß" durch die Beobachtung eines schwarzen Vogels, der wie ein Schwan aussieht, falsifiziert wird, ist durchaus nicht klar; ansonsten wäre auch der Satz „Alle Fische haben Kiemen" durch den Wal falsifiziert.

31) MEW, Bd. 21, S. 263.
32) W. I. Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, in: Werke, Bd. 14, S. 137.
33) Logik der Forschung, S. 16.

Die Simplizität der Beispiele Poppers soll darüber hinwegtäuschen, daß eine schlüssige Falsifikation eine Verifikation immer schon voraussetzt: um den Satz „Alle Schwäne sind weiß" zu falsifizieren, muß der Satz „Dies ist ein schwarzer Schwan" verifiziert sein. Gibt es keine Verifikation, wie Popper behauptet, dann gibt es auch keine Falsifikation: der kritische Rationalismus hat sich selbst den Boden unter den Füßen weggezogen. Und es hilft nur wenig, aus dieser Not flugs eine Tugend zu machen, indem man dem erkenntnistheoretischen In-der-Luft-Hängen den lateinischen Titel „Fallibilismus" verleiht.

Weitere entscheidende Argumente gegen Poppers Falsifikationismus sind in den letzten Jahren als Ergebnis intensiver wissenschafts*historischer* Analysen vorgebracht worden. Diese Analysen — z. T. von Anhängern des kritischen Rationalismus durchgeführt — haben einwandfrei ergeben, daß der wirkliche Fortschritt der Wissenschaft sich *nicht* nach Poppers Methodologie vollzieht. Popper verlangt von einer wissenschaftlichen Theorie, daß ihre Vertreter im voraus angeben, unter welchen empirischen Bedingungen sie ihre Theorie als falsifiziert ansehen wollen. „Kriterien der Widerlegung sind im voraus festzulegen: es muß Einigung darüber bestehen, welche beobachtbaren Situationen, wenn solche Beobachtungen tatsächlich gemacht werden, bedeuten, daß die Theorie widerlegt ist" [34]). Die Marxisten müßten demnach präzise Angaben folgender Form machen: wenn das-und-das Ereignis eintritt (z. B. die Arbeiter im Kapitalismus immer reicher werden), dann ist damit nicht nur eine bestimmte Prognose des Marxismus (Verelendungstheorie) widerlegt, sondern der Marxismus selbst. Werden solche Kriterien der Widerlegung nicht vorgelegt, so entlarvt sich die betreffende Theorie als dogmatisches System, das gegen die Erfahrung „immunisiert" werden soll.

In der Tat sind solche Kriterien von Marxisten bislang noch nicht eingehend diskutiert worden [35]). Das Dumme ist nur, daß auch in den von Popper wegen ihrer vorbildlichen Rationalität so hochgeschätzten Naturwissenschaften solche Kriterien *nicht* angegeben werden können. Ein Vertreter der physikalischen Theorie Newtons z. B. wäre nicht in der Lage, diejenigen Beobachtungen zu spezifizieren, die als unausweichliche Falsifikation der Newtonschen Physik gelten müßten. *Jede* wissenschaftliche Theorie sieht sich mit empirischen Befunden konfrontiert, die nach Popper als Widerlegungen eingestuft werden müßten, die von den betreffenden Wissenschaftlern jedoch als Anomalien angesehen werden können, die durch weitere Forschungen mit der Theorie in Übereinstimmung gebracht werden können. Ein instruktives Beispiel dafür ist folgende Episode aus der Geschichte der Astronomie: Durch genaue Beobachtungen stellte sich heraus, daß die tatsächliche Umlaufbahn des Planeten Uranus nicht mit den theoretisch vorausberechneten Werten übereinstimmte. Im Sinne Poppers müßte dies als geradezu klassischer Fall einer Falsifikation gelten. Tatsächlich aber sahen die Forscher ihre astronomische Theorie durchaus nicht als widerlegt an; sie vermuteten stattdessen, daß um den Uranus noch ein weiterer Planet kreisen müsse, dessen Anziehung die Abweichung von den vorausberechneten Werten verursacht haben müsse. Nachdem die Teleskope verbessert werden konnten, wurde dieser Planet, der zunächst nur eine theoretische Annahme war, beobachtbar: er erhielt den Namen Neptun. „Diese methodologische Einstellung, als *Anomalie* zu betrachten, was Popper als Gegenbeispiel einstuft, wird im all-

[34]) Conjectures and Refutations, S. 38.
[35]) Das heißt jedoch nicht, daß solche Kriterien prinzipiell nicht angegeben werden könnten. Der Marxismus wäre widerlegt, wenn irgendwo eine Gesellschaft entstehen würde, in der es trotz hochentwickelter industrieller Produktion einen feudalen Überbau gäbe; oder in der es trotz privater Produktion und Aneignung keine Klassenverhältnisse gäbe.

gemeinen von den besten Wissenschaftlern eingenommen. Einige von den Forschungsprogrammen (d. h. Theorien — d. Verf.), die sich nun höchster Wertschätzung durch die Forschungsgemeinschaft erfreuen, sind in einem Ozean von Anomalien fortgeschritten" [36]). Neben I. Lakatos hat vor allem der in letzter Zeit stark beachtete Th. Kuhn bestritten, daß es in der Wissenschaft Falsifikationen im Popperschen Sinne gibt. „Wie schon wiederholt hervorgehoben worden ist, löst keine Theorie jemals alle Rätsel, mit denen sie zu einem bestimmten Zeitpunkt konfrontiert wird; auch sind die bereits erzielten Lösungen oft nicht vollkommen ... Wenn jeder einzelne Fehlschlag bei der Anpassung (von Theorie und empirischen Daten — d. Verf.) ein Grund für die Ablehnung einer Theorie wäre, müßten alle Theorien allezeit abgelehnt werden" [37]).

Eine „Asymmetrie zwischen Verifizierbarkeit und Falsifizierbarkeit" besteht nur, wenn man einen isolierten Satz („Alle Schwäne sind weiß") mit der Natur konfrontiert. Bei komplizierten wissenschaftlichen Theorien ist eine Falsifikation erkenntnistheoretisch nicht weniger schwierig als eine Verifikation. Popper hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß eine Verifikation von Theorien nicht durch einfaches Aufzählen von Beispielen möglich ist; ebensowenig aber ist eine Falsifikation durch ein einziges Gegenbeispiel möglich. „Kein bisher durch das historische Studium der wissenschaftlichen Entwicklung aufgedeckter Prozeß hat irgendeine Ähnlichkeit mit der methodologischen Schablone der Falsifikation durch unmittelbaren Vergleich mit der Natur" [38]). Im Regelfall ist die Falsifikation einer Theorie ein ebenso komplizierter und langwieriger Prozeß wie die Verifikation.

(Zweiter Teil folgt)

# Die Weltwirtschaft des Kapitals

## Vierteljahresübersicht

Von Jürgen Kuczynski

### *I. Großbritannien — oder „Die nächsten fünf Jahre arbeitslos"*

Der Text des in Anführungsstriche gesetzten Teiles der Überschrift stammt aus einer Prognose der bekanntesten Wirtschaftswochenschrift der Welt des Kapitals, des Londoner „Economist", von Anfang Februar. Jedoch bietet man dem Volk der Werktätigen noch eine Alternative, die in der Unterüberschrift zum Ausdruck kommt: „Großbritannien wird für den Rest der siebziger Jahre im Durchschnitt mehr als eine Million Arbeitslose haben, es sei denn, die Profite werden verdoppelt."

36) I. Lakatos, ebd., S. 85.
37) Thoman S. Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M. 1967, S. 194.
38) Ebd., S. 110.

Der Weg, der zur „Gesundung der britischen Wirtschaft" vom „Economist" vorgeschlagen wird, ist: Ein Ende mit den Lohnsteigerungen, denn nur wenn die Arbeit billig ist und die Profite aus ihrer Nutzung hoch sind, wird das Kapital sich dazu entschließen, mehr Arbeiter einzustellen, also die Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Sind also die Reallöhne in der Vergangenheit so stark gestiegen, daß dem Kapital wirklich jede Lust genommen ist, zu produzieren, weil die Arbeiter alle Profite für sich selbst mit Beschlag belegt haben und „die Wirtschaft" gewissermaßen ihres kapitalistischen Inhalts beraubt worden ist?

Derselbe „Economist", der diese These vertritt, hat in dem gleichen Artikel auch eine Tabelle zur Wirtschaftsentwicklung gegeben, in der unter anderem eine Berechnung der Steigerung der Reallöhne veröffentlicht wird:

*Jährliche Steigerung der Reallöhne in Großbritannien (in %) *)*

| | |
|---|---|
| *1952—1958* | *2,4* |
| *1958—1963* | *2,4* |
| *1963—1967* | *1,0* |
| *1967—1971* | *1,3* |
| *1971—1975* | *0,2* |

*) Verheirateter Mann mit 2 Kindern unter 11 Jahren nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

Ganz abgesehen davon, daß mir diese Zuwachszahlen noch zu hoch für den Durchschnitt der Arbeiterklasse erscheinen, zeigen sie, daß in der Zeit der höchsten Arbeitslosigkeit die Reallöhne praktisch stagniert haben. Die Arbeitslosigkeit entwickelte sich nämlich so:

*Durchschnittliche Arbeitslosigkeit in Großbritannien (in %)*

| | |
|---|---|
| *1952—1958* | *1,6* |
| *1958—1963* | *1,9* |
| *1963—1967* | *1,9* |
| *1967—1971* | *2,7* |
| *1971—1975* | *3,4* |

Genau wie die Reallöhne in den vom „Economist" gewählten Perioden eine Tendenz zeigten, immer weniger zu steigen, so zeigte die Arbeitslosigkeit in der gleichen Zeit eine Tendenz, immer mehr zu steigen. Am geringsten war die Reallohnsteigerung im Jahrfünft 1971/75, und die Arbeitslosigkeit war im gleichen Jahrfünft am höchsten.

Natürlich wäre es nicht richtig, einfach umgekehrt zu schließen: wenn die Reallöhne heraufgehen, dann verschwindet die Arbeitslosigkeit. Zwar würden steigende Reallöhne die Höhe der Arbeitslosigkeit ein wenig senken, so wie sinkende Reallöhne das Tempo der Steigerung der Arbeitslosigkeit etwas erhöhen, aber letztlich sind beide vom „Gang der Konjunktur" abhängig, wie Marx schon in seiner Schrift „Lohn, Preis und Profit" nachgewiesen hat. Dort schreibt er:

„Während der Phase sinkender Marktpreise, ebenso wie während der Phasen der Krise und der Stagnation, ist der Arbeiter, falls er nicht überhaupt aufs Pflaster geworfen wird, einer Herabsetzung des Arbeitslohns gewärtig. Um nicht der Geprellte zu sein, muß er, selbst während eines solchen Sinkens der Marktpreise, mit dem Kapitalisten darüber markten, in welchem proportionellen Ausmaß eine Lohnsenkung notwendig geworden sei. Wenn er nicht bereits während der Prosperitätsphase, solange Extraprofite gemacht werden, für eine Lohn-

steigerung kämpfte, so käme er im Durchschnitt eines industriellen Zyklus nicht einmal zu seinem *Durchschnittslohn* oder dem *Wert* seiner Arbeit. Es ist der Gipfel des Widersinns, zu verlangen, er solle, während sein Arbeitslohn notwendigerweise durch die ungünstigen Phasen des Zyklus beeinträchtigt wird, darauf verzichten, sich während der Prosperitätsphase schadlos zu halten. Allgemein ausgedrückt: die *Werte* aller Waren werden nur realisiert durch Ausgleichung der ständig wechselnden Marktpreise, die aus den ständigen Fluktuationen von Nachfrage und Zufuhr entspringen. Auf Basis des gegenwärtigen Systems ist die Arbeit bloß eine Ware wie die andern. Sie muß daher dieselben Fluktuationen durchmachen, um einen ihrem Wert entsprechenden Durchschnittspreis zu erzielen. Es wäre absurd, sie einerseits als Ware zu behandeln und andrerseits zu verlangen, sie solle von den die Warenpreise regelnden Gesetzen ausgenommen werden" [1]).

*II. Die BRD*

Ebenso kennzeichnend für die Lage in der Welt des Monopolkapitals wie die Alternative des „Economist" „Fünf Jahre arbeitslos oder Verdoppelung der Profite" ist die Voraussage der Bundesregierung für 1976, die lautet:

Steigerung des Bruttosozialprodukts: 4,5 %;

Arbeitslosigkeit: über 1 Million oder 4,5 %.

Da die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt des Jahres 1975 4,7 % betrug, sieht die Prognose der Regierung für 1976 also aus: Steigerung des Bruttosozialprodukts um 4½ %; Stagnation der Arbeitslosigkeit auf dem höchsten Niveau seit fast 20 Jahren.

Es ist überaus unwahrscheinlich, daß das Bruttosozialprodukt um 4½ % steigen wird. Aber das ist hier nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist vielmehr, *daß die Regierung eine sehr beachtliche Steigerung des Sozialprodukts und praktisch keine Verminderung der so sehr hohen Arbeitslosigkeit plant.* Das heißt, die Regierung der BRD hat noch viel günstiger für das Kapital und viel ungünstiger für die Arbeiterklasse als der „Economist" geplant, nämlich: *eine Verdoppelung der Profite bei gleichzeitiger Stagnation der Arbeitslosigkeit auf höchstem Niveau.* Und da die Regierung gleichzeitig ein „Engerschnallen der Gürtel" verlangt, kommt als dritter Planfaktor hinzu: *Sinkende Reallöhne.* Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die Börse guten Mutes ist und die Aktienkurse steigen.

*III. Die USA*

Auch in den USA steigen die Aktienkurse, und zwar noch viel stärker als in der BRD. Das ist auch kein Wunder, wo doch Präsident Ford in seiner Botschaft an die Nation, nachdem er für 1976 eine Steigerung des Bruttosozialprodukts von über 6 % vorausgesagt hatte, ausdrücklich erklärte, daß „die Idee der Vollbeschäftigung verrückt" sei. Gleichzeitig sieht sein Budgetvorschlag an den Kongreß eine Steigerung des Rüstungsbudgets und eine erhebliche Senkung der Sozialausgaben vor.

Während in der BRD und in Großbritannien die Sozialausgaben bisher ohne gesetzliche Änderung auf kaltem Wege gekürzt wurden — etwa bei der Krankenversicherung durch Kürzung des Krankenhausaufenthalts, durch schlechtere Verköstigung sowie durch größere „Sparsamkeit" beim Verschreiben von Medikamenten —, gehen die USA bereits mit gesetzlichen Maßnahmen zur Verschlech-

[1]) Marx/Engels, Werke, Bd. 16, Berlin (DDR) 1962, S. 146.

terung der sozialen Sicherung voran. Und das zu einer Zeit, in der die Produktion wieder ansteigt und die Entwicklung der Profite jene Stelle der Kapitalisten, an der andere Menschen ein Herz haben, lachen macht . . .

*IV. Frankreich*

In Frankreich hat Präsident Giscard d'Estaing soeben eine Änderung des Fünfjahresplans bis 1980 veranlaßt. Der neue Plan sieht eine jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts um mindestens 5 % vor. Die Arbeitslosigkeit aber soll sich (amtliche Zahlen) so entwickeln:

| *Zahl der Arbeitslosen in Frankreich* | |
|---|---|
| *1968—1973* | *309 100* |
| *1974* | *497 800* |
| *1975* | *800 000* |
| *1980* | *750 000* |

Das heißt, nach einer Steigerung des Bruttosozialprodukts um mehr als 25 % in fünf Jahren soll die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1974 sein und nur von der im Krisenjahr 1975 übertroffen werden.

*V. Die Rationalisierung*

In allen imperialistischen Ländern beobachten wir die gleiche Tendenz in der Planung: steigende Produktion, steigende Profite, hohe Arbeitslosigkeit. Ist eine solche Entwicklung auch nur theoretisch möglich? Ja, sie ist es unter folgenden Voraussetzungen:

— Steigende Produktivität bzw. Arbeitsleistung pro Stunde und Beschäftigten;

— Rückgang der Kurzarbeit;

— Überstundenarbeit statt Neueinstellungen.

Und genau auf die Erfüllung dieser Voraussetzungen arbeitet das Kapital, arbeiten seine Regierungen in allen imperialistischen Ländern hin — was nicht ausschließt, daß manche Regierungsmitglieder sich gegen Überstunden aussprechen, was aber bedeutet, daß keine einzige Regierung faktisch Maßnahmen gegen Überstunden und Sonderschichten trifft.

Nehmen wir an, daß die Arbeitsleistung pro Jahr und Beschäftigten um 3 % steigt, eine durchaus realistische Zahl, daß durch Rückgang der Kurzarbeit die Zahl der gearbeiteten Stunden um $^3/_4$ % heraufgeht und daß durch Überstundenarbeit die Zahl der gearbeiteten Stunden ebenfalls um $^3/_4$ % steigt, dann kann das Kapital, ohne einen einzigen zusätzlichen Arbeiter einzustellen, die Produktion um *mehr* als $4^1/_2$ % erhöhen (mehr, da ja auch die zusätzlich gearbeiteten Stunden „produktiver" sind).

Der wichtigste Faktor in dieser Planung ist natürlich die Steigerung der Arbeitsleistung. Diese kann vor allem auf dreierlei Weise erreicht werden: durch Verbesserung des technischen Niveaus der Ausrüstung, durch Verbesserung der Arbeitsorganisation sowie durch Steigerung des Arbeitstempos. Der letztere Faktor spielt für die Arbeiterklasse die größte Rolle, da das Arbeitstempo im allgemeinen schon ein so hohes ist, daß auch nur eine Steigerung um ein weiteres $^1/_{10}$ % zu einer Erhöhung des Umfangs nervöser und ähnlicher Krankheiten führen muß, insbesondere in Zusammenhang mit der Erhöhung der faktisch gearbeiteten Stunden.

Der wichtigste Faktor, gemessen als Anteil an der Steigerung der Arbeitsleistung, ist der wissenschaftlich-technische Fortschritt. In der Form, in der er sich gegenwärtig in den meisten Betrieben durchsetzt, kann er auch als Forcierung der intensiven Investitionen (an Stelle der extensiven, neue Fabrikanlagen erfordernden Investitionen) oder, wie auch üblich genannt, als „Rationalisierung" bezeichnet werden.

Rationalisierung ist heute wieder, wie in den 20er und 30er Jahren, das große Schlagwort in der Wirtschaft der Monopole. Und es besteht kein Zweifel, daß das Kapital in den letzten beiden Jahren, also auch im Krisenjahr 1975, beachtliche Erfolge bei der Rationalisierung gehabt hat und daß es weiter beachtliche Erfolge haben wird.

Wenn Lenin in „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" schreibt: „Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt; durchaus nicht, einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren in der Epoche des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigen Länder (England)" [2]), dann denkt er bei dem „bedeutend schnelleren Wachstum als früher" vor allem an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bei der Rationalisierung des Wirtschaftsprozesses.

### *VI. Eine neue Form des Wirtschaftszyklus?*

In den USA und in Japan steigt seit einiger Zeit die Industrieproduktion, und ebenso gehen die Profite herauf. Es hat den Anschein, als ob das Tief der Krise dort erreicht worden sei und es wieder etwas aufwärts geht. Das übliche Ende also der zyklischen Überproduktionskrise? Es geht wieder aufwärts bis zur nächsten Krise? Nach all dem zuvor Gesagten kann davon nicht die Rede sein. In der normalen Aufschwungperiode, nach der Abwärtsbewegung in der Krise, steigen Produktion und Profite, Beschäftigung und Realkaufkraft der Werktätigen.

Produktion und Profite steigen in den USA wie in Japan, und in den übrigen imperialistischen Ländern erwartet man das für 1976 ebenfalls. Beschäftigung und reale Kaufkraft aber stagnieren in den USA und Japan oder steigen kaum, und das gleiche erwartet man für 1976 in den anderen Ländern des Monopolkapitals, wo sie gegenwärtig im allgemeinen noch zurückgehen.

Was aber bedeutet das für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals? Es bedeutet doch, daß nach der zyklischen Überproduktionskrise zwar c, das konstante Kapital, wie stets im Kapitalismus auf erweiterter Basis reproduziert wird, daß m, der Mehrwert, infolge steigender Ausbeutung wie stets im Kapitalismus auf erweiterter Basis reproduziert wird, daß aber v, die beschäftigte Arbeiterklasse, eine Tendenz zeigt, weder auf erweiterter Basis noch überhaupt in der Stärke des vorangehenden Höhepunktes reproduziert zu werden. Ganz einfach ausgedrückt: Es wird einen Zyklus der Entwicklung der Profite geben, aber zugleich eine Tendenz für Beschäftigung und Kaufkraft der Werktätigen, sich nicht mehr erweitert zu reproduzieren.

[2]) W. I. Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin (DDR) 1960, S. 305 f.

Das heißt, bestimmte Erscheinungen der zyklischen Überproduktionskrise, wie hohe Arbeitslosigkeit und sinkende bzw. stagnierende Kaufkraft der Werktätigen, werden zu einem Bestandteil der allgemeinen Krise. Es ist das eine Erscheinung, die wir bereits in vielen imperialistischen Ländern in den 30er Jahren erlebt hatten und die wir eine Depression besonderer Art nennen.

Damals, in den 30er Jahren, schilderte Eugen Varga die Depression besonderer Art so: „Entscheidend wichtig ist folgendes: Mechanisch betrachtet, unterscheidet sich die gegenwärtige Depression kaum von allen vorhergehenden Depressionsphasen, wie sie Marx charakterisierte *); dynamisch betrachtet, besteht ein grundlegender Unterschied: Die heutige Depression bildet — im Gegensatz zu den ‚normalen' Depressionen — keine genügende Grundlage für einen Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft. Der besondere Charakter der Depression besteht in der Deformation des industriellen Zyklus unter der Einwirkung der allgemeinen Krise des Kapitalismus **)" [3]).

Sehr richtig weist Varga in seiner zweiten Fußnote darauf hin, daß auch der Aufschwung in den 20er Jahren durchaus nicht dem aus der Vergangenheit gewohnten entsprach.

Aus den Erfahrungen der ersten zwei Jahre nach Erreichung des Tiefpunkts der Krise, Mitte 1932, zog Varga damals folgende Schlußfolgerungen: „Es ist klar: Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen hat in der gegenwärtigen Periode des Endes der Stabilisierung des Kapitalismus eine solche Schärfe erreicht, daß die erhöhte Produktion vorzeitig, bevor die Aufschwungphase erreicht ist, an die Schranken der Aufnahmefähigkeit des Marktes stößt. Der innere Mechanismus des Kapitalismus war wirksam genug, um den Tiefpunkt der Krise zu überwinden, den Übergang in die Depression und in einigen Ländern eine beschränkte Belebung hervorzurufen; er erweist sich aber nicht als wirksam genug, um einen echten Aufschwung, eine Prosperitätsphase hervorzurufen" [4]).

In den folgenden Jahren zeigte es sich, daß die Analyse von Varga richtig war (bis auf die damals in dieser Art nicht voraussehbare Entwicklung im faschistischen Deutschland, wo die intensive Aufrüstung die Produktion hochtrieb). In den USA z. B. entwickelte sich der Index der Industrieproduktion so:

*Index der Industrieproduktion in den USA (1947 = 100)*

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| *1929* | *58* | *1932* | *30* | *1935* | *46* | *1938* | *46* |
| *1930* | *48* | *1933* | *36* | *1936* | *55* | *1939* | *57* |
| *1931* | *39* | *1934* | *39* | *1937* | *60* | | |

In den zehn dem Nachkriegshöhepunkt der Industrieproduktion von 1929 folgenden Jahren wurde dieser Höhepunkt nur ein einzigesmal erreicht und überschritten — im Jahre 1937, dem wieder zwei Jahre mit niedrigerer Produktion folgten [5]).

Wenn wir annehmen — und ich meine, wir sind berechtigt zu einer solchen Annahme —, daß die nächsten Jahre, ja Jahrzehnte von einer Depression be-

*) „Der Hauptunterschied liegt in dem völlig zerrütteten Zustand des Geld- und Kreditsystems in der Gegenwart."

**) „Diese Deformation zeigte sich bereits in dem Zyklus 1921—1929; der Aufschwung war nicht allgemein. Einzelne Länder (z. B. England), ganze Industriezweige (Kohle, Schiffbau, Baumwolle) hatten an dem Aufschwung nur einen minimalen Anteil. Der Aufschwung wäre noch geringer gewesen, wären nicht die Verwüstungen des Krieges zu ersetzen gewesen."

3) E. Varga, Die große Krise und ihre politischen Folgen. Wirtschaft und Politik 1928—1934, Moskau/Leningrad 1934, S. 91.

4) Ebd., S. 92.

5) Vgl. dazu auch „IPW-Berichte", 12/1975, S. 3.

sonderer Art gekennzeichnet sind, dann ist eine durchschnittliche jährliche Steigerung des Bruttosozialprodukts von 5 %, wie sie Giscard d'Estaing plant, eine Unmöglichkeit. Bestenfalls kann man (mit vielleicht sogar 4 bis 5 % in einzelnen Jahren, denen aber Senkungen in anderen Jahren gegenüberstehen) insgesamt mit einer durchschnittlichen Steigerung von 2 bis 3 % rechnen.

Entsprechend hoch wird dann aber auch die Arbeitslosigkeit sein — es sei denn, man kann die Arbeitslosigkeit durch Export, durch das Abschieben von ausländischen Arbeitern etwas mildern. So sind in der Bundesrepublik seit dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im vierten Quartal 1973 rund 700 000 ausländische Arbeiter abgeschoben worden. Ohne diesen Abschub hätte die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik im Januar 1976 rund 2 Millionen betragen.

Darum halte ich auch die Prognose der Bundesregierung für 1976 von über 1 Million Arbeitslosen für realistisch, die Prognose einer Steigerung des Sozialprodukts um 4½ % aber für unrealistisch.

*VII. Prognose*

In unserem letzten Vierteljahresbericht („Blätter", 12/1975, S. 1366 ff.) schrieb ich: „Ich halte es nicht für wahrscheinlich, daß sich in den USA die gewissen Besserungstendenzen, die wir im Herbst beobachten konnten, ungestört im Winter fortsetzen werden — ungestört durch finanzielle Schwierigkeiten, ungestört aber auch durch Rückschläge der Produktion in einzelnen Industrien. In Japan dagegen ist es möglich, daß die leichte Besserung, die im Herbst stattfand, sich auch in den Wintermonaten fortsetzt. In Westeuropa ist die Situation düsterer. Vielleicht erreicht dieses oder jenes Land eine Talsohle, während in diesem oder jenem anderen Land sich die Krise weiter vertiefen wird. Mit letzterem kann man vor allem in Großbritannien rechnen."

Diese Prognose ist eingetroffen — einschließlich der Voraussicht von finanziellen Schwierigkeiten. Doch zu den finanziellen Schwierigkeiten in den USA sind, von mir nicht vorausgesagt, auch noch internationale Finanzschwierigkeiten hinzugekommen.

Was die finanziellen Schwierigkeiten in den USA betrifft, so verging in den ersten zwei Monaten von 1976 kein Tag, an dem die amerikanische Wirtschaftspresse nicht Nachrichten von der prekären Lage der amerikanischen Banken brachte, darunter auch der zweit- und drittgrößten Bank der USA, der First National City Bank of New York und der Chase Manhattan Bank.

Was die letztere betrifft, so ist nicht uninteressant, daß in Wall Street das Gerücht umläuft, ihr Chef, David Rockefeller, der Bruder des Vizepräsidenten, werde wegen „unglücklicher Geschäftsführung" zurücktreten.

Doch auch die internationalen Finanzschwierigkeiten, insbesondere in der Form neuer Währungserschütterungen, haben zugenommen. Die italienische Lira ist von neuem, vor allem infolge von gesteigerter Kapitalflucht, stark abgewertet worden, ebenso die spanische Peseta; der französische Franc konnte nur durch erhebliche Dollarabgaben der Zentralbank gehalten werden, während das englische Pfund Sterling und der japanische Yen an Wert verloren.

Für das nächste Vierteljahr möchte ich eigentlich die Prognose für das vorangegangene aufrechterhalten. Nur daß ich außer Großbritannien auch Italien als noch relativ fern der Talsohle nennen möchte. Auch scheint es mir sehr

wahrscheinlich, daß die sozialen Kämpfe, einschließlich der Streiks, in der nächsten Zeit in vielen der sogenannten entwickelten kapitalistischen Länder zunehmen werden. In Italien war das bereits im Februar zu beobachten, ebenso in der BRD; in Frankreich und in den USA steht solche Intensivierung der Klassenkämpfe noch bevor, ebenso in Großbritannien. Eine solche Entwicklung kann natürlich auch Folgen für die Entwicklung der Produktion haben.

Wenn ich meine letzte Prognose so schloß: „Zugleich wird man mit einer beachtlichen Steigerung der Arbeitslosigkeit rechnen müssen — und wenn jemand einwenden möchte, daß diese vor allem saisonale Gründe haben wird, dann wird man entgegnen, daß es für den Arbeitslosen nicht so entscheidend ist, ob sich seine Lebensverhältnisse aus saisonalen oder aus konjunkturellen Gründen verschlechtern. Saisonale Arbeitslosigkeit ist ebenso fühlbar wie konjunkturelle. Vor allem aber wird die politische Reaktion der Arbeiter nicht verschieden sein" — dann muß ich feststellen, daß sie insofern nur teilweise eingetroffen ist, als die Arbeitslosigkeit innerhalb der EG doch beachtlich mehr als nur „vor allem saisonmäßig" zugenommen hat. Und für die Monate März bis Mai möchte es mir scheinen, daß die — saisonmäßig zu erwartende — Abnahme der Arbeitslosigkeit durch die ungünstige Konjunkturlage verhältnismäßig gering sein wird.

# „Authentizitäts"-Kampagnen in Afrika

## Neue Phase der Dekolonisierung oder Ablenkung von fortbestehender ökonomischer Abhängigkeit?

Von Volker Weyel

*Kulturelle Re-Afrikanisierung*

Bestrebungen zu einer Re-Afrikanisierung zunächst der Kultur erfassen mittlerweile praktisch alle unabhängigen afrikanischen Staaten. Eine umfangreiche Liste ergäbe allein die Zusammenstellung von „neuen" — tatsächlich sind es oft die alten — geographischen Namen: das einstige Léopoldville ist lang schon Kinshasa, die tschadische Hauptstadt heißt heute Ndjamena statt Fort Lamy, die gambische Banjul statt Bathurst. Die Sprache der früheren Kolonialmächte ist meist weiterhin als Amts- oder Unterrrichtssprache im Gebrauch; ihr droht aber ernstliche Konkurrenz in den Fällen, in denen eine „lingua franca" im Begriffe ist, sich auf eine Nationalsprache hin zu entwickeln. Ein neueres Beispiel bietet Kenia, wo der Staatspräsident den Gebrauch von Kiswahili für die Parlamentsdebatten anordnete — eine Sprache, die nicht nur in den ostafrikanischen Ländern verbreitet ist, sondern beispielsweise auch im östlichen Zaire neben dem Lingala verstanden wird.

# Pahl-Rugenstein Verlag

5 Köln 51 · Vorgebirgstraße 115 · Telefon 36 25 01

**Betrifft: Buchbestellung**

Abonnenten unserer Zeitschriften können nachfolgend aufgeführte Bücher beziehen, und zwar gegen Vorüberweisung des Kaufbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummern** sowie die **Anzahl** der Exemplare.
Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

**Beispiel:**

| Bestell-Nr. | Anzahl | Preis |
|---|---|---|
| 8 | 1 | 12,80 |
| 13 a+b | je 2 | 168,— |
| 91 | 10 | 30,— |

| Bestell-Nr. | Autor und Titel | Preis |
|---|---|---|
| 1 | *Abendroth u. a.:* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S. | **12,80 DM** |
| 2 | *Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945–55, 512 S. | **9,80 DM** |
| 3 | *Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche, 2. Auflage, 296 S. | **14,80 DM** |
| 4 | *Beyer,* Zwischen Phänomenologie und Logik. Hegel als Redakteur der Bamberger Zeitung, 350 S. | **19,80 DM** |
| 5 | BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S. | **12,80 DM** |
| 6 | *Breuer,* Sozialismus in Kuba, 292 S. | **14,80 DM** |
| 7 | *Čagin,* Der subjektive Faktor, 257 S. | **12,80 DM** |
| 8 | *Casanova/Metzger/Prévost,* Intellektuelle und Klassenkämpfe, 127 S. | **12,80 DM** |
| 9 | Chile. Ein Schwarzbuch, 228 S. | **12,80 DM** |
| 10 | *Czichon,* Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, 105 S. | **9,80 DM** |
| 11 | *Däubler,* Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht, 57 S. | **9,80 DM** |
| 12 | *Deppe,* Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S. | **12,80 DM** |
| | Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände<br>Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM | |
| 13a | Bd. 1: 1939–1941. | **42,— DM** |
| 13b | Bd. 2: Juni 1941–November 1942. | **42,— DM** |
| 14 | *Doernberg/Galtung u. a. (Hrsg.),* Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Beiträge aus Ost- und Westeuropa, 355 S. | **17,80 DM** |
| 15 | *Elsner,* Die EWG – Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften, 208 S. | **9,80 DM** |
| 16 | *Engelberg (Hrsg.),* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S. | **38,— DM** |
| 17 | *Engelhardt/Heise,* Der militärisch-industrielle Komplex im heutigen Imperialismus, 304 S. | **19,80 DM** |
| 18 | *Foltin/Würzberg,* Arbeitswelt im Fernsehen. Programmanalyse, 126 S. | **12,80 DM** |
| 19 | *Freyberg/Fülberth u. a.,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863–1975, 456 S. | **9,80 DM** |
| 20 | *Freyberg,* Sozialdemokraten und Kommunisten. Problem der Aktionseinheit 1934–1937, 186 S. | **14,80 DM** |
| 21 | *Granow u. a.,* Die gegenwärtige Sozialdemokratie. Neue sowjetische Analysen, 125 S. | **9,80 DM** |
| 22 | Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S. | **14,80 DM** |

bitte wenden

| Bestell-Nr. | Autor und Titel | Preis |
|---|---|---|
| 23 | *Hahn,* Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S. | 14,80 DM |
| 24 | *Halfmann (Hrsg.),* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S. | 9,80 DM |
| 25 | *Hanstein,* Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, 238 S. | 14,80 DM |
| 26 | *Haug,* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S. | 12,80 DM |
| 27 | *Hervé,* Studentinnen in der BRD, 206 S. | 12,80 DM |
| 28 | *Hörz,* Marxistische Philosophie und Naturwissenschaft, 682 S. | 25,— DM |
| 29 | *Hofschen/Ott,* SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S. | 12,80 DM |
| 30 | *Kedrow,* Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S. | 17,80 DM |
| 31 | *Kempe,* SPD und Bundeswehr, 279 S. | 12,80 DM |
| 32 | *Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.),* Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S. | 14,80 DM |
| 33 | *Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S. | 14,80 DM |
| 34 | Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S. | 19,80 DM |
| 35 | *Krysmanski/Marwedel (Hrsg.),* Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S. | 12,80 DM |
| 36 | *Kuczynski,* Wissenschaft und Gesellschaft, 220 S. | 14,80 DM |
| 37 | *Kuczynski,* Wissenschaft Heute und Morgen, 160 S. | 12,80 DM |
| 38 | *Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S. | 9,80 DM |
| 39 | *Maase,* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S. | 12,80 DM |
| 40 | *Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S. | 9,80 DM |
| 41 | Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S. | 14,80 DM |
| 99 | *Menschik,* Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S. | 9,80 DM |
| 42 | *Meyer,* Studien zur sozialökonomischen Entwicklung Sowjetrußlands 1921–1923, Typoskript, 557 S. | 40,— DM |
| 43 | Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S. | 10,— DM |
| 44 | *Nedbailo,* Einführung in die marxistische Rechts- und Staatstheorie, 150 S. | 9,80 DM |
| 45 | *Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S. | 14,80 DM |
| 46 | *Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S. | 19,80 DM |
| 47 | *Pätzoldt,* Ausländerstudium in der BRD, 190 S. | 14,80 DM |
| 48 | *Parygin,* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S. Ln. | 17,80 DM |
| 49 | *Peter,* Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S. | 17,80 DM |
| 50 | *Priester,* Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336 S. | 14,80 DM |
| 51 | *Quiniou,* Marxismus und Informatik, 160 S. | 12,80 DM |
| 52 | *Räuschel,* Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S. | 9,80 DM |
| 53 | *Rupp,* Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, 331 S. | 22,80 DM |
| 54 | *Schleier,* Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Republik, 594 S. | 38,— DM |
| 55 | *Schuon,* Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik, 264 S. | 12,80 DM |
| 56 | *Schwamborn,* Handbuch für Kriegsdienstverweigerer, 2., überarbeitete Auflage, 166 S. | 9,80 DM |
| 57 | *Semjenow,* Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, 379 S. | 19,80 DM |
| 58 | *Sorg,* Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S. | 14,80 DM |
| 59 | *Stiehler,* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S. | 19,80 DM |
| 60 | *Streisand,* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S. | 9,80 DM |
| 61 | *Stuby/Mayer,* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. | 14,80 DM |
| 62 | *Suchodolski,* Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S. | 12,80 DM |
| 63 | *Tjaden-Steinhauer,* Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S. | 12,80 DM |
| 64 | *Tuchscheerer,* Bevor „Das Kapital" entstand. Die Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx, 500 S. | 19,80 DM |
| 65 | *Tumanow,* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln. | 17,80 DM |
| 66 | *Vilar,* Die spanische Opposition, 391 S. | 20,— DM |

| Bestell-Nr. | Autor und Titel | Preis |
|---|---|---|

**Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!**

**Erziehung und Bildung**

67 *Christian*
Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S. **14,80 DM**

68 *Heinemann*
Arbeit und Technik in der Erziehung. Zum polytechnischen Unterricht in der DDR, 160 S. **14,80 DM**

69 *Hofmann*
Allgemeinbildung. Problemgeschichtliche Studie, 175 S. **12,80 DM**

70 *Keseling u. a.*
Sprach-Lernen in der Schule, 110 S. **9,80 DM**

71 *Koch*
Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S. **14,80 DM**

72 *Ljublinskaja*
Kinderpsychologie, 544 S., Ln. **19,80 DM**

73 *Lompscher (Hrsg.)*
Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins, 320 S. **19,80 DM**

74 Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S. **14,80 DM**

75 *Petrowski (Hrsg.)*
Allgemeine Psychologie, 488 S. **19,80 DM**

76 Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, Sammelband, 192 S. **9,80 DM**

**Hefte zu politischen Gegenwartsfragen**

77 *Kühnl*
Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 32 S. **3,— DM**

78 *Volpert*
Die „Humanisierung der Arbeit", 32 S. **3,— DM**

79 *Grossner/Schierholz*
Projekt MRCA, 64 S. **

80 *Krusewitz/Kade*
Anti-Enzensberger, 47 S. *

81 *Huffschmid/Kade/Ipsen*
Die Krise und die Grenzen der bürgerlichen Ökonomie, 48 S. *

82 Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika, 64 S. **

83 *Fülberth/Harrer*
Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, 48 S. *

bitte wenden

Bitte ausschneiden!

Postscheckkonto Nr. des Absenders

**Empfängerabschnitt**

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.

**2809 90-503**

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

**Zahlkarte/Postüberweisung**

DM | Pf

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

In **5 Köln 51**

Ausstellungsdatum

Unterschrift

Postvermerk

Absender der Zahlkarte

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders

Postscheckteilnehmer

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.

**2809 90-503**

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

Postscheckkonto Nr.

**2809 90-503**

Postscheckamt

**Köln**

In **5 Köln 51**

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

**Einlieferungsschein/Lastschriftzettel**

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.

**2809 90-503**

Postscheckamt

**Kln**

**Pahl-Rugenstein Verlag**

**Vorgebirgstraße 115**

In **5 Köln 51**

Postvermerk

**Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.**

| Bestell-Nr. | Autor und Titel | Preis |
|---|---|---|
| 84 | *Matthiessen u. a.*<br>Von der Entspannung zur Abrüstung, 79 S. | ** |
| 85 | *Becher/Bethge/Beutin u. a.*<br>Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen?<br>32 S. | * |
| | * Einfachband — **4,— DM**<br>** Doppelband — **6,— DM** | |
| | **Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht**<br>Je Heft 48 S., **3,— DM** | |
| 86 | 1 *Ermel*<br>Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland | |
| 87 | 2 *Fülberth*<br>Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie | |
| 88 | 3 *Halfmann*<br>Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik | |
| 89 | 5 *Albrecht*<br>Die Wiederaufrüstung der BRD | |
| 90 | 6 *Weiß*<br>Geschichte der deutschen Spaltung 1945—55 | |
| 91 | 7 *Rupp*<br>Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945 | |
| 92 | 8 *Breuer*<br>Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932 | |
| | **Sport · Arbeit · Gesellschaft** | |
| 93 | *Güldenpfennig*<br>Grenzen bürgerlicher Sportpädagogik, 145 S. | |
| 94 | *Wohl*<br>Die gesellschaftlich-historischen Grundlagen des bürgerlichen Sports, 204 S. | |
| 95 | *Wagner*<br>Sport und Arbeitersport, 182 S. | |
| 96 | *Güldenpfennig/Volpert (Hrsg.)*<br>Sensumotorisches Lernen und Sport als Reproduktion der Arbeitskraft, 126 S. | |
| 97 | *Volpert*<br>Handlungsstrukturanalyse als Beitrag zur Qualifikationsforschung, 120 S.<br>(Alle **12,80 DM**) | |
| 98 | *Schulke (Hrsg.)*<br>Sport, Wissenschaft und Politik in der BRD, 320 S. | **19,80 DM** |

**Gesamtverzeichnis bzw. ausführliche Reihenverzeichnisse bitte anfordern!**

Bitte ausschneiden!

| Für Mitteilungen an den Empfänger | | | B |
|---|---|---|---|
| Bestell-Nr. | Anzahl | Preis | Kaufbetrag |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

**Hinweis für Postscheckkonteninhaber:**

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postwitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (P.-ch.A.) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

**Abkürzungen für die Ortsnamen der P.-ch.-Ä.:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Bln W | = Berlin West | Kln | = Köln |
| Dtmd | = Dortmund | Lwhfn | = Ludwigshafen am Rhein |
| Esn | = Essen | Mchn | = München |
| Ffm | = Frankfurt am Main | Nbg | = Nürnberg |
| Hmb | = Hamburg | Sbr | = Saarbrücken |
| Han | = Hannover | Stgt | = Stuttgart |
| Klrh | = Karlsruhe | | |

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 50 Pf
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Auch dort, wo lokale Verkehrssprachen noch nicht die Verbreitung oder den Status des Kiswahili erreicht haben, haben die Kolonialsprachen nicht jenen Siegeszug angetreten, zu dem von einigen Propagandisten insbesondere der französischen Sprache gerüstet worden war. Die Sprache als Vehikel kultureller Durchdringung (impliziert, aber selten ausgesprochen: die Auslöschung autochthoner Kultur), diese wiederum als Vorbedingung der Wiedererlangung von im letzten halben Jahrhundert verlorengegangenen ökonomischen und politischen Positionen Frankreichs im internationalen Bereich — das ist, was hinter dem ganzen Wortgeklingel von „Frankophonie" und „kultureller Mission" steckt. Diese Erkenntnis setzt sich zunehmend in den sogenannten „frankophonen" Staaten durch; sie korrespondiert mit einer kritischen Neubewertung der gesamten Beziehungen zum vorgeblichen Kulturbringer.

Frankreich hat sich seinen weltweiten Kulturimperialismus einiges kosten lassen — 1970 allein für die Verbreitung der französischen Sprache und Kultur im engeren Sinne 348,12 Mio. Dollar —, und er wird auch personalintensiv betrieben: 40 000 französische Lehrer, unter ihnen viele junge Wehrpflichtige, die als „Soldaten der Kultur" dienen, unterrichten auf der ganzen Welt Französisch. In Afrika (beispielsweise in Algerien) sind unter ihnen viele progressive, sich als links verstehende Jugendliche, die ähnlich wie subjektiv gutwillige Angehörige des „Peace Corps" oder des „Deutschen Entwicklungs-Dienstes" (DED) auch noch glauben, dem Fortschritt zu dienen.

Dem europäischen Kulturimperialismus ist eine afrikanische Kulturrevolution gefolgt, die sich auch auf persönliche Verhaltensweisen — so verurteilte Idi Amin das Küssen in der Öffentlichkeit — oder die Mode als Ausdruck „westlicher Dekadenz" erstreckt: Perücken, Hosen oder Miniröcke sind den Afrikanerinnen in manchen Ländern verboten. Mitunter glaubt man freilich in solchen Aktionen auch gewisse rigide und repressive Vorstellungen zu entdecken, die wohl nur recht weitläufig mit „authentisch" traditionellen Verhaltensweisen verwandt sein dürften — klargestellt wurde das etwa von emanzipierten ägyptischen Frauen, unter denen die „sexistische" und rückschrittliche Lehre Muammar Ghaddafis keinen Anklang fand. Auch tauchen verinnerlichte bigotte Normen des Okzidents unversehens in der Politik mancher Nationalstaaten etwa gegenüber marginalen Gruppen wieder auf: nackte Nomaden — in der Kolonialzeit als Staffage eines anthropologischen Freilichtmuseums gern gesehen — wurden in Tansania zum Hosentragen angehalten, in Uganda von Soldaten zwangsweise bekleidet.

Aber auch das Gebiet der Technologie wird nicht ausgespart: auf einer Konferenz Ende Januar 1974 in Dakar wurde postuliert, der Mensch dürfe nicht wie in Europa Opfer der Maschine werden. Neue Technologien sollen zukünftig vor allem unter dem Aspekt geprüft werden, ob sie tatsächlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen, oder ob sie nicht vielmehr traditionelle Produktionsformen (z. B. bei Textilien) zerstören und somit erst recht Arbeitslosigkeit bewirken. Eine Rückbesinnung auf autochthone Technologien wurde ebenfalls gefordert.

Mag derlei zunächst noch unverbindliches Postulat bleiben, so ist im Bereich wenigstens der Kultur- und Sozialwissenschaften der Selbstverständigungsprozeß schon in Gang gekommen. „Soziologie der Dekolonisierung" und „Dekolonisierung der Soziologie" wurden auf dem 24. Kongreß des Internationalen Soziologischen Instituts in Algier gleichermaßen verlangt. Die eigene Vergangenheit, deren Zerrbild den Afrikanern in Primarschulfibeln wie in Universitätspublikationen entgegentrat, wird neu bewertet. In Nigeria mit seinen zwölf Bundes-

staaten sollen zwölf neue nationale Museen entstehen. Die mündlichen Traditionen, als „Quellen" von der europazentrischen Geschichtsschreibung lange verpönt, haben die Chance eröffnet, afrikanische Geschichte aus der Sicht des Kolonisierten zu formulieren. Antikoloniale Widerstandsbewegungen, zuvor dem Gruselkabinett der Kolonialhistorie einverleibt, rechtfertigen nationalen Stolz: ob es sich nun um Samori Touré in Westafrika oder um den Banyoro-König Kabalega, die Maji-Maji-Bewegung und den von seinen Unterdrückern so genannten „Mau-Mau"-Aufstand in Ostafrika handelt.

Die religiöse Sphäre bleibt von den Bestrebungen zur Selbstfindung, zur Neudefinition der afrikanischen Persönlichkeit, gleichfalls nicht unberührt.

*Islam als „authentische" Alternative zum Christentum?*

In der letzten Zeit hat sich zweifellos der Islam im subsaharischen Afrika verstärkt ausgebreitet, und es hat auch zahlreiche Konversionen von Christen zur Lehre des Propheten gegeben. Ein prominentes Beispiel ist Albert Bernard Bongo, Staatschef des schwarzafrikanischen Landes mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen, Gabun, der heute Omar Bongo heißt. Traf zur Zeit der kolonialen Expansion das Christentum auf eine gewisse Rezeptionsbereitschaft, weil es für den „Fortschritt" schlechthin stand, so scheint sich diese Tendenz ein Jahrhundert später zugunsten seines scheinbar längst abgeschlagenen Konkurrenten, des Islam, auszuwirken.

So waren etwa 1877 und 1879 protestantische und katholische Missionare an den Hof des Kabaka Mutesa, des Herrschers im ostafrikanischen Königtum Buganda, gekommen, der schon viel früher Vertreter des Islam empfangen hatte. Die Moslems hatten ihn enttäuscht; viel mehr beeindruckten ihn die moderne Technologie und die Waffen der Europäer. An diesen Dingen war er, zur Stärkung der Macht seines Landes, interessiert — nicht an jenem „Licht", das die Christen vorgaben zu bringen, das aber mit der Devise „Commerce and Christianity" („Handel und Christentum") David Livingstones ehrlicher bezeichnet ist. (Freilich wurde er enttäuscht, denn die protestantischen und katholischen Missionare erwiesen sich sehr rasch als Agenten britischen bzw. französischen Expansionsstrebens.)

Die Ausbreitung des Christentums im Kolonialzeitalter spiegelte die realen Machtverhältnisse auf dem Kontinent wider, die neue Religion der Weißen wurde nicht zuletzt als Vehikel zur Erlangung von Bildung und sozialen Positionen angenommen. Der Islam breitete sich gleichwohl weiter aus, fristete aber vergleichsweise ein Schattendasein: Privilegien, die seinen Anhängern etwa in der Ständeordnung Bugandas die Berufe der Schlachter und Taxifahrer vorbehielten, entsprachen kaum den Vorteilen, die Christen erlangen konnten, Moslems erreichten aber immerhin solide Repräsentanz etwa in den kolonialen Sicherheitskräften oder im Handel.

Es dauerte bekanntlich lange, bis die christlichen Kirchen ihr Verhältnis zum Kolonialismus zu problematisieren begannen und sich durch „Afrikanisierung" den Zeitabläuften anzupassen suchten. Freilich ist der Export eines in Europa allenfalls noch religionshistorisch relevanten Fundamentalismus und Pietismus sowie die mit massivem Dollarhintergrund erfolgende Ausbreitung des proselytenmachenden nordamerikanischen Sektenwesens noch nicht gestoppt — wenn auch afrikanische Christen selbst mitunter gern ein Embargo sähen. Die vornehmlich in protestantischen Kirchen der Armen Welt seit einiger Zeit disku-

tierte Vorstellung einer befristeten Aussetzung von europäisch-nordamerikanischer Missionsarbeit und finanzieller Unterstützung stieß nicht nur auf Ablehnung beispielsweise von seiten der kleinen äthiopischen lutherischen Mekane-Yesus-Kirche und insbesondere der extremistischen Evangelikalen Billy Grahams, die noch an den konventionelleren Methoden der Seelenfängerei festhalten. Auch die All-Afrikanische Kirchenkonferenz, die im Mai 1974 im sambischen Lusaka zusammengetreten war, rang sich nicht dazu durch, ein von einer Arbeitsgruppe der Konferenz gefordertes derartiges „Moratorium" zur Resolution zu erheben. Es bleibe dahingestellt, ob hier die Furcht zugrundelag, der (in den einzelnen Ländern und Kirchen recht unterschiedlich ausgebaute) administrative Apparat könnte zusammenbrechen, das afrikanische Christentum sich doch recht bald als etwas Aufgesetztes erweisen — der Auseinandersetzung nicht so sehr mit einzelnen modischen Nebenprodukten diverser Authentizitäts-Kampagnen, sondern mit der grundsätzlichen Frage, ob nach dem Ende des Kolonialzeitalters die vom weißen Mann dem afrikanischen Kontinent übergestülpte fremde Religion noch eine reale Basis hat, werden sich die afrikanischen Kirchen nicht entziehen können. Und das in einer Zeit, in der für den einzelnen der Tauschwert christlichen Bekenntnisses im Rückgang begriffen ist, weder dieses noch formale Schulbildung allein schon den sozialen Aufstieg garantieren.

Die historische Verbindung von kolonialer Unterjochung und geistiger Umpolung des Afrikaners ist in den letzten Jahren zum Standardthema des Obersten Ghaddafi geworden — durchaus nicht ohne Erfolg. Diese Erfolge haben häufig auch einen massiven pekuniären Hintergrund und sollen durch eine Förderung islamischer Einrichtungen — man spricht von der geplanten Errichtung zweier islamischer Universitäten in Schwarzafrika: in Niger und Uganda — ausgebaut werden. Freilich stößt die ghaddafistische Kulturpropaganda auf Reserven. Die insbesondere von seiten König Feisals und des vorgeblich „revolutionären" Obersten betriebene Verquickung von Religion und Politik schafft auch keineswegs nur Freunde. Der Aspekt der Förderung des Islam mit Öldollars wird allerdings hierzulande meist kräftig überzeichnet. Die tatsächliche derzeitige Ausbreitung der Lehre Mohammeds erfolgt auch höchst selten durch Missionare, sie dehnt sich vielmehr langsam aus, folgt dem afrikanischen Handel und findet ihre Anhänger unter den „einfachen" Menschen — nicht unter Intellektuellen oder Studenten, die durch Säkularismus oder dialektischen Materialismus immunisiert sein mögen.

Gerade diese fortschreitende, quasi naturwüchsige Ausbreitung besonders seit dem Ende des Kolonialzeitalters und die gleichzeitige Defensive des Christentums legen den Schluß nahe, der Islam entspreche eher authentischen afrikanischen Traditionen und Strukturen und komme gewissermaßen nun endlich zu seinem Recht.

Oft wird die Attraktivität des Islam seiner „laxen" Haltung, seiner Beschränkung auf wenige Grundforderungen an den Gläubigen zugeschrieben — sowie seiner Billigung der Polygamie. Das aber reicht zur Erklärung seines Erfolgs durchaus noch nicht aus, haben doch auch die christlichen Kirchen im allgemeinen auch nicht unbedingt Gemeinden irdischer Heiliger um sich geschart, tolerieren doch Anglikaner wie Katholiken die „traditionelle" Eheschließung — der nach einigen Jahren manchmal die größere Kosten nach sich ziehende, aber (bisher) auch mehr Prestige bringende kirchliche Trauung folgt — und mitunter auch die Polygamie. (Abgesehen davon, daß die Bedeutung der letzteren in diesem Zusammen-

hang überschätzt wird: die meisten Ehen, ob nach christlichem, traditionellem oder moslemischem Ritus geschlossen, sind ohnehin Einehen.) „Le Monde" schließlich schreibt in einem Bericht über den Islam in Westafrika dessen Erfolg seiner Anpassungsfähigkeit zu. Er schafft eine unmittelbare Verbindung zur vertrauten Umwelt oder läßt sie aufgrund seiner Flexibilität immerhin zu. Dementsprechend dürfte es auch schwerfallen, alles, was in Afrika unter der Bezeichnung „Islam" auftritt, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Bekannt ist aber auch, daß Elemente seiner Soziallehre bestimmten historischen Produktionsweisen entsprechen; quasifeudale, herrschaftlich organisierte und Handel treibende Gesellschaften waren denn auch wenigstens in der Vergangenheit wesentliche Träger des Islam. Seine im Vergleich mit dem Christentum neugewonnene Attraktivität mag aber — etwas verallgemeinernd festgestellt — mehr noch darin begründet sein, daß das Christentum zwar keineswegs immer, aber doch vielfach partikularistischen Charakter trug, weitgehend Religion der kolonialen „Elite" der Häuptlinge oder Verwaltungsbeamten ohne echte Verankerung in den Massen blieb, von Europäern verbreitet, während der Islam meist durch sozial und kulturell der eingesessenen Bevölkerung näher stehende Personen getragen wurde. Das so in der Kolonialzeit gelegentlich anhaftende Armeleuteimage ist jetzt Aushängeschild geworden, hat doch der — ohnehin in seiner gesamten Geschichte weitaus tolerantere — Islam ungleich weniger zersetzend auf die traditionalen Werte und die Sozialstruktur insgesamt gewirkt als das Christentum selbst in seinen milderen Ausprägungen. Entsprechend brachte für den Islam der Übergang zur Unabhängigkeit, die Rückbesinnung auf traditionale oder die Schaffung neo-traditionaler Werte nicht jene Probleme mit sich, denen sich die christlichen Kirchen ausgesetzt sehen mit ihren innerlichen, organisatorischen, personellen und finanziellen Bindungen an das etablierte überseeische und nordatlantische Christentum.

Aus all diesen Tatsachen schon eine Vorreiterrolle des Islam im antikolonialen Kampf herauslesen zu wollen, wäre freilich verfehlt. Nicht übersehen werden sollte, daß der Islam sich nicht nur, wie schon erwähnt, auch unter der Kolonialherrschaft — trotz klarer Bevorzugung des Christentums — weiter ausgebreitet hat, sondern daß die Kolonisierung mitunter auch die Ausbreitung der islamischen Lehre begünstigte — etwa an der Elfenbeinküste. In Nordnigeria haben die muslimischen Emire wahrlich keine progressive Rolle gespielt; in Deutsch-Ostafrika waren zwar Moslems an den antikolonialen Erhebungen beteiligt, es stellten aber nichtsdestoweniger Angehörige dieses Glaubens einen Großteil des kolonialen Verwaltungsbeamtentums; im britischen Ostafrika schließlich bediente man sich bei der Unterwerfung der Bevölkerung moslemischer sudanesischer Truppen. (Aus letzteren sind übrigens jene heute über ganz Ostafrika verstreuten „Nubier" mit Zentrum in der Garnisonsstadt Bombo in Uganda hervorgegangen, denen heute eine Rolle als Stütze von Idi Amins Selbstherrschaft zugedacht ist.)

Noch ernüchternder ist ein Blick auf die häufig innenpolitisch reaktionäre Rolle, die der Islam heute in seinen Stammländern spielt. Nicht nur die Moslembruderschaft im Sudan und in Ägypten wäre hier zu nennen, sondern auch der rigide innenpolitische Kurs der geschworenen Antikommunisten Feisal und Ghaddafi. Zu erwähnen ist hier ebenfalls, daß auch nach der Unabhängigkeit Nigerias sich die Politik der nördlichen islamischen Herrscher retardierend ausgewirkt hat und daß es im ostafrikanischen Tansania 1963 zu einem Konflikt wegen der Einmischung einiger Moslemführer in die Politik kam, nachdem es zuvor schon Auseinandersetzungen der „Tansanischen Afrikanischen National-Union" (TANU) mit

einer islamischen Lobby um die staatliche Kontrolle des Erziehungswesens gegeben hatte. Allerdings haben sich seitdem — und das spricht einmal mehr für ihre Flexibilität — die tansanischen Moslems den politischen Verhältnissen eingefügt, was man von den christlichen Gruppen nicht immer sagen kann (so bestehen besonders innerhalb der katholischen Kirche beträchtliche Vorbehalte gegenüber dem nichtkapitalistischen Weg des praktizierenden Katholiken Nyerere).

Schädigender für das gewollt politisch-„progressive" Image des Islam auf dem afrikanischen Kontinent dürfte jedoch sein, daß die leichtsinnigerweise Politik und Religion verknüpfende „islamische Solidarität" bislang noch nicht recht greifbar geworden ist: die in den Ölförderländern herrschenden (gläubig islamischen) Kreise folgen, was eigentlich nicht überraschen sollte, beispielsweise in der Frage der Ölpreise nicht ihren religiösen, sondern ihren „rationalen" geschäftlichen Neigungen.

Einem eingefleischten Materialisten erschiene eine Ersetzung des Christentums durch den Islam ohnehin nur wie der Übergang vom Opium zum Marihuana fürs Volk — ähnlich dürfte es aber auch ein afrikanischer Neotraditionalist oder konsequenter Vertreter der Authentizitäts-Idee sehen. So hat der Erzbischof von Abidjan, Mgr. Bernard Yago, darauf hingewiesen, daß „Apostel der ‚afrikanischen Authentizität' Islam wie Christentum als fremde Religionen, die ihre traditionelle Kultur korrumpiert haben, ablehnen."

Eine solche Haltung hat durchaus Tradition: der in der kolonialen Historiographie als blutrünstiger Schurke abgeschilderte, heute aber gerechter bewertete Kabaka Mwanga wandte sich nicht nur gegen die Christen, in denen er nicht zuletzt Handlanger fremder Mächte sah, sondern er hatte auch Auseinandersetzungen mit den Moslems. Sein Vorgänger Mutesa hatte, obwohl selbst Anhänger des Islam, um 1876 moslemische Konvertiten, die die importierte Lehre über die Loyalität zum Herrscher stellten, hinrichten lassen; zehn Jahre später ließ Mwanga eine Anzahl christlicher Pagen verbrennen. Ohne Parallelen zu jenen Tagen ziehen zu wollen, läßt sich doch sagen, daß eine Verstärkung radikal „authentistischer" Tendenzen auch einer weiteren Ausbreitung des Islam nicht sonderlich förderlich sein dürfte.

Ob Mobutu, der bisher am nachdrücklichsten die kulturelle Seite der Re-Afrikanisierung vorantrieb — mit dem Verbot, weiterhin christliche Vornamen zu führen, mit der Streichung kirchlicher Feiertage wie des Weihnachtsfests aus dem staatlichen Feiertagskalender —, der einen Kulturkampf mit der katholischen Kirche Zaires führt und zum Papst ein getrübtes Verhältnis pflegt, auch die Revitalisierung afrikanischer Religionen anstrebt, bleibe dahingestellt. Seine bisherigen Aktionen weisen wohl eher manche Affinität zur radikal-säkularistischen Tradition des belgischen Liberalismus (mit dem übrigens Lumumba zeitweise verbunden gewesen war) auf.

Der einzige Staatsmann, der demgegenüber sich stets als Anhänger autochthoner Traditionen auch im religiösen Bereich bekannt hat, ist Jomo Kenyatta, der als Ethnologe und Malinowski-Schüler in den 30er Jahren sein Kikuyu-Volk in dem Buch „Facing Mount Kenya" beschrieben hatte. Im Kenia der 50er Jahre schweißten traditional-religiöse Eideszeremonien die Kikuyus zum Kampf gegen die weißen Siedler und ihre Truppen zusammen. Freilich erweist sich an diesem Beispiel, daß auch traditionale Religion Mißbräuche ermöglicht: 1969, im Zuge innenpolitischer Auseinandersetzungen, legten Kikuyus wiederum Eide auf die

„Kikuyu-Sache" ab — die aber jetzt nicht mehr der nationale und antiimperialistische Kampf war, sondern die Aufrechterhaltung des durch den Kikuyu Jomo Kenyatta repräsentierten kapitalistischen Systems.

Während Fachleute die Bedeutung des religiösen Synkretismus in Afrika schon lange entdeckt und sich mit diversen nativistischen und chiliastischen Bewegungen befaßt haben, scheint das tatsächliche Ausmaß des Weiterlebens traditionaler religiöser Vorstellungen bisher eher unterschätzt zu werden. Und doch sucht sich zunehmend eine afrikanische christliche Theologie auf ebendiese Vorstellungen zu beziehen. Gerade im früheren Königreich Buganda, das mit am stärksten christianisiert erscheint, das freilich auch mit am stärksten unter Bürgerkriegen zwischen Protestanten, Katholiken, Moslems und traditionalen Bekennern gelitten hatte, waren die traditionalen religiösen Vorstellungen durch das Christentum zwar über ein halbes Jahrhundert in den Untergrund ge- und verdrängt worden, haben aber dennoch eine erstaunliche Lebens- und auch Anpassungskraft bewiesen. Der ugandische Ethnosoziologe Professor Peter Rigby, der „Wahrsagung und Heilung" in der Gegend von Kampala untersucht hat, hat dieses zunächst verblüffend erscheinende Phänomen konstatiert und analysiert. Es läßt sich annehmen, daß die bereits modifizierten und weiterentwickelten autochthonen religiösen Vorstellungen sich auch in absehbarer Zukunft als noch genügend anpassungs- und lebensfähig erweisen werden.

Tatsächlich spricht einiges dafür, daß etwa Wahrsagerei und Sinndeutung mit traditional-religiösem Hintergrund (oft auch synkretistische Abzweigungen des Islam oder Christentums) tatsächlichen emotionalen Bedürfnissen eher entgegenkommt und scheinbar einen unmittelbareren Bezug auf persönliche Probleme hat. Mit dem sukzessiven Schwinden auch des Prestigevorteils, den das Anhängen an „importierte" Religionen beinhaltet, könnten diese Tendenzen immer deutlicher hervortreten. Eine andere Entwicklung sollte ebenfalls nicht übersehen werden, die vorwiegend den modernen und urbanen Sektor und dort wiederum diejenigen betrifft, die am längsten formale Bildung genossen haben: eine Tendenz noch nicht durchgängigerweise hin zum dialektischen Materialismus, wohl aber zu verstärktem religiösen Indifferentismus und Agnostizismus.

So könnte es sich denn eines Tages erweisen, daß (ziemlich unabhängig von Wachstum oder Rückgang in absoluten Zahlen) die tatsächliche Alternative in der Authentizitätsfrage gar nicht war: Christentum versus Islam, sondern: neotraditionale und synkretisierte Religionen versus kritischen, rationalen Unglauben.

*Von der politischen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit?*

Sah es gelegentlich so aus, als würden die verschiedenen Authentizitätsbestrebungen der 70er Jahre sich mit der kulturellen und religiösen Sphäre bescheiden, unterschieden sie sich doch nicht grundsätzlich von der in einigen afrikanischen Ländern in der ersten Zeit nach dem formalen Flaggenwechsel betriebenen Augenwischerei — dem „window dressing" der frohen 60er Jahre —, so bietet sich heute doch ein differenzierteres Bild. Wenn sich etwa die vormalige tschadische Staatspartei in „Nationale Bewegung für die kulturelle und soziale Revolution" (MNRCS) umbenennt, besagt dies noch nicht viel. Bedeutsamer ist aber beispielsweise, daß der kulturellen „Zairisation" 1974 auch die wirtschaftliche gefolgt ist.

Besonders deutlich ist ein ernsthafterer Ansatz zur Entkolonisierung in der politischen und ökonomischen Jagddomäne französischer Monopole wie Kleinhänd-

ler, der „chasse gardée" in den sogenannten frankophonen Staaten Afrikas, geworden. Mauretanien hat den Ouguiya als eigene Währung eingeführt und ist aus der Franc-Zone ausgeschieden. Ebenfalls Madagaskar, das seit dem „madagassischen Mai" von 1972, nach dem Scheitern des auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützten reformistischen Sozialdemokraten Philibert Tsiranana (der auf Houphouet-Boignys Linie und eine enge Zusammenarbeit auch mit Südafrika ausgerichtet war), drastisch dekolonisiert hat. Hinsichtlich der OCAM (Organisation commune africaine, malgache et mauricienne), einer politischen und wirtschaftlichen Regionalgemeinschaft vornehmlich ehemals französischer Kolonien, kommen auch wohlwollende Betrachter kaum umhin, eine ernstliche Krise zu konstatieren. Seit den Austritten von Mauretanien, Zaire, Madagaskar, Kamerun, Kongo und Tschad hatten sich zwar die Hinterbliebenen im August 1974 zu einer Gipfelkonferenz in Bangui aufgerafft, doch ist Skepsis hinsichtlich der Zukunft dieser spalterischen Organisation durchaus angebracht.

Madagaskar und Niger haben die militärische „Zusammenarbeit" mit Frankreich aufgekündigt. Aufgekündigt wurden auch von einer Reihe von Staaten die den neokolonialen Status festschreibenden „Kooperationsabkommen" von 1960 mit Paris. Mehrere neue Verträge wurden ausgehandelt; auch auf dem Währungssektor ist ein höheres Maß an Autonomie als zuvor erzielt worden. Waren es in der Vergangenheit nur einzelne afrikanische Staaten, die mehr als nur verbal ihre Positionen gegenüber den imperialistischen Ländern zur Geltung brachten — etwa Guinea, das dem französischen Boykott nach der Unabhängigkeit trotzte, oder Tansania, das mit entsprechenden OAU-Resolutionen Ernst machte und über die Rhodesienfrage zeitweilig mit Großbritannien brach —, so zeigen heute selbst Regime, die eher zum proimperialistischen Lager gerechnet werden, mehr Selbstbewußtsein. Wie die beiden letzten Beispiele zu belegen scheinen, allerdings nicht immer aus sehr honorigen Motiven: Mobutu ließ es über die „Affäre Chomé" zur Konfrontation mit Brüssel kommen, weil Belgien nicht wie Frankreich zum Verbot eines Buches des einstigen Lumumba-Beraters Jules Chomé geschritten war. Chomé hatte eigentlich nur bereits bekannte Dinge — die Verantwortung Mobutus für die Ermordung Patrice Lumumbas und die Tatsache, daß Mobutu seine Machtübernahme wesentlich dem CIA verdankte — wiederholt, die Mobutu freilich an einem empfindlichen Punkt seines Selbstverständnisses als Künder der Authentizität treffen mußten. Die mittlerweile gestürzte Regierung Tschads schließlich schloß im Zusammenhang mit ihrem Unterdrückungsfeldzug gegen innenpolitische Gegner für ein paar Monate die westdeutsche Botschaft.

**Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des deutschen Widerstandes 1933—1945 e. V., Rossertstraße 9, 6000 Frankfurt/Main 1, Tel. 0611/72 15 75**

**Öffnungszeiten:** Dienstag, Mittwoch und Donnerstag von 10—12 Uhr und 13—17 Uhr sowie nach Vereinbarung

**Wir bieten an:** Dokumentations- und Bildarchiv, Tonbandarchiv, Spezialbibliothek. Sammlungen: Flugblätter, Tarnschriften, Spanischer Bürgerkrieg, Exilliteratur

**Interessant für:** Studenten, Dozenten, Historiker, Politologen, Literaturwissenschaftler, Gewerkschaften, Volksschulen, Journalisten

Am Rande mag interessieren, daß das, was als Anlaß zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen diente — die Ausstrahlung Tombalbaye-feindlicher Erklärungen nämlich (über die Deutsche Welle) —, im Oktober und Dezember 1970, wie „Le Monde" am 18. Dezember 1970 berichtete, über den tschadischen Rundfunk selbst erfolgt war.

Langfristig bedeutsamer als derart spektakuläre Aktionen in den Außenbeziehungen sind Maßnahmen im Innern. Die Ersetzung ausländischen Personals (Sekundar- und Hochschullehrer, Techniker usf.) ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich weit gediehen; das Problem wird aber oftmals ernsthafter angegangen als zuvor. Immerhin zählen die französischen Gemeinden etwa in Madagaskar, Elfenbeinküste und Gabun noch immer nach Zehntausenden. Freilich werden gerade die Angehörigen des einstigen exterritorialen „Mittelstandes" — indische Kaufleute in Ost-, levantinische Händler in Westafrika, französische Grundbesitzer in Marokko, belgische Kleingewerbetreibende in Zaire — von Authentizitätsmaßnahmen im Bereich der Wirtschaft am stärksten betroffen. In vielen Ländern wurden nämlich in der letzten Zeit Bestimmungen erlassen, die den zwangsweisen Verkauf in ausländischem Eigentum sich befindender bestimmter Kategorien von Unternehmungen an Einheimische vorschreiben. Auch Nationalisierungen sind nicht mehr auf jene wenigen Länder beschränkt, die einen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben.

Von besonderer Bedeutung in Afrika ist, seiner wirtschaftlichen Potenz und politischen Rolle wegen, Nigeria. Seit 1972 hat es ein umfangreiches Programm der „Nigerianisierung" seiner Wirtschaft durchgeführt. Interessanterweise stellte in diesem Zusammenhang der „Afrika-Verein e. V.", der die Interessen des westdeutschen Afrikahandels vertritt, beruhigt fest, „daß die nigerianischen Bestimmungen bei einem Vergleich mit ähnlichen Regelungen anderer afrikanischer Staaten eher positiv abschneiden. Ausländischen Unternehmen stehen weiter viele Möglichkeiten zum Engagement offen."

Nationalisierungen liegen oft genug auch im Eigeninteresse der Monopole. Meist entsteht ihnen durch Entschädigungszahlungen (und selbst Idi Amin erkennt zumindest verbal den Briten das Recht auf Kompensation zu) kein Verlust, dafür ist ihnen das geschäftliche Risiko abgenommen, und die Disziplinierung streikwilliger Arbeiter und der Gewerkschaften wird mehr als zuvor eine Sache des Staates. Durch Managementabkommen bleibt ihnen häufig entscheidender Einfluß auf die Unternehmenspolitik, und die überseeischen Monopole bemuttern (über die Abnehmerseite) ihre scheinbar volljährig gewordenen Töchter auch weiterhin.

Im allgemeinen zielen derartige Nationalisierungen auf Aufbau oder Stärkung des einheimischen privatkapitalistischen Sektors ab. Großunternehmen (wie die Madhvani-Gruppe in Uganda), die keinen zureichend kapitalkräftigen afrikanischen Käufer finden, werden dem parastaatlichen Sektor zugeschlagen und führen dort zur Verstärkung der bürokratischen Bourgeoisie.

*Ein Schritt zur Emanzipation hin — doch die Widersprüche bleiben*

Daß die diversen Authentizitätskampagnen gerade in den sogenannten frankophonen Staaten mit soviel Nachdruck erfolgen, könnte auf den ersten Blick als Reaktion auf die (auch den ehemals belgischen Territorien verkaufte) neokoloniale Ideologie der kulturellen Partnerschaft, die tatsächlich die Aufgabe der autochthonen Kultur implizierte, erscheinen. Auf den ersten Blick erstaunt auch,

daß Regime, die Machtergreifung oder Machterhaltung in kritischen Phasen eindeutig ihrer Kollaboration mit dem Imperialismus verdankten (wie die Mobutus, Amins oder Tombalbayes), sich jetzt hervortun, als wollten sie einen Makel besonders eifrig abwaschen.

Zwar haben die „frankophonen" und einige andere, in der Vergangenheit konsistent proimperialistischen Regime hier einen recht beträchtlichen „Nachholbedarf" — es wäre aber verfehlt, dergestalt psychologisierend die Authentizitätsbestrebungen insgesamt zu denunzieren.

Tatsächlich repräsentieren dieselben eine Grundströmung, die eine fundamentale Reaktion auf den Kolonialismus ausdrückt, die, in sich widersprüchlich, sich kaum auf eine einheitliche Schule oder Ideologie beziehend, mehr oder weniger stark, mit zahlreichen Nuancen, mit unterschiedlicher Ernsthaftigkeit und Konsequenz den größten Teil des Kontinents erfaßt hat und die auch andernorts in der Dritten Welt Parallelen findet. Daß diese Bestrebungen erst jetzt, über ein Jahrzehnt nach Erlangung der Unabhängigkeit der meisten Staaten, so eindrucksvoll in den Vordergrund treten, deutet auf zweierlei hin:

Zum einen darauf, daß eine Desillusionierung hinsichtlich neokolonialer Partnerschaftsideologien eingetreten ist — was sich beispielsweise in heftigen Kritiken des Senghor'schen Konzepts von „Négritude" ausdrückt —, nachdem die unkritische Übertragung westlicher Konzepte auf Afrika so deutlich versagt hatte. Zum anderen darauf, daß die von Frantz Fanon charakterisierte nationale Bourgeoisie mittlerweile in den meisten Fällen von der politischen Bühne abgetreten, besser: entfernt worden ist. Die eurafrikanische Ideologie des einheimischen Großbürgertums aus den 50er und 60er Jahren sagt der zum Teil durch Putsche in die Führungspositionen aufgestiegenen einstigen Zwischenschicht wenig (wenngleich sie sehr rasch andere Charakteristika der Vorgänger adaptiert). Sie, die in der Kolonialzeit die Feldwebel- oder untere Verwaltungslaufbahn eingeschlagen hatte, war — obschon auch dem „brainwashing" ausgesetzt — dem Erfahrungshorizont der Massen weniger entfremdet, was nicht heißt, daß sie deswegen auch die Interessen der Massen vertritt. Sie sieht sich aber — besonders in den Fällen, in denen sie vorgibt, „korrupte" oder „auslandshörige" Regime gestürzt zu haben — verstärktem Legitimationszwang ausgesetzt. Gleichzeitig jedoch drängt sie, aller Rhetorik zum Trotz, nicht zum Bruch mit den Metropolen, sondern nur zur Neudefinition ihrer Beziehungen mit denselben. Nach wie vor vornehmlich mit dem Westen, wenn auch vor Beziehungen mit den sozialistischen Ländern nicht mehr die gleiche Berührungsangst herrscht wie vordem. Aber nicht mehr Marionette, sondern Teilhaber am Geschäft des Westens will sie sein. Und anders als zuvor die großbürgerlichen Statthalter des Neokolonialismus schämt sich dieser neue Teilhaber seines kulturellen Hintergrundes nicht mehr; an die Stelle kulturell und nebulös verbrämter Geschäftsbeziehungen sollen nun die tatsächlichen Inhalte der Partnerschaft etwas klarer auf den Begriff gebracht werden.

Im geschäftlichen Sinne bleibt es dennoch beim Status des Juniorpartners. Denn die neokolonialen Wirtschafts- und Austauschstrukturen werden zwar kritisiert, doch kaum ernstlich in Frage gestellt. Wesentlich ist für die einstige Zwischen- und jetzige Führungsschicht ein verstärkter Anteil an der gemeinsam mit den Monopolen erfolgenden Abschöpfung des von der eigenen Bevölkerung erarbeiteten Mehrwerts. In diesem Lichte erscheint ein Großteil der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Authentizitätskampagnen als Ausdruck einer sich

etablierenden und politisch konsolidierenden militärisch-bürokratischen und Handel in relativ kleinem Maßstab treibenden einheimischen Kleinbourgeoisie, die die teils reaktionär-traditionelle, teils verwestlichte, grundbesitzende, dem Handel großen Stils oder akademischen Berufen obliegende zivil-bürokratische einheimische Großbourgeoisie abgelöst hat.

Es gibt zahlreiche nationale Varianten der neuen politischen Klasse: von Feldwebelregimen, die die einstige afrikanische Führungsschicht zur Gänze ausschalten und den Gamaschenverstand gelegentlich skurrile Blüten treiben lassen, bis zu Offiziersoligarchien, die zahlreiche verwandtschaftliche, persönliche und soziale Verbindungen zur vormaligen „Elite" halten. Entsprechend weisen auch die jeweiligen Authentizitäts-Bestrebungen Unterschiede auf. Doch auch Regierungen, die noch die erste Generation, die einheimische Großbourgeoisie, repräsentieren, sehen sich zur Nachahmung gezwungen, sogar in Kenia und im Senegal.

Wirklich entscheidende Unterschiede im Verhältnis zu den westlichen Metropolen aber ergeben sich bislang nicht, ob es sich um Vertreter der neuen Klein- oder der alten Großbourgeoisie handelt und welche Variante der Authentizität auch immer vertreten wird: der afrikanische Traditionalist Jomo Kenyatta schwört wie der Säkularist Mobutu Sese Seko auf angelsächsisches und westdeutsches Kapital, der Moslem Omar Bongo wie der Neo-Traditionalist Ngarta Tombalbaye auf französische Investitionen und Truppen.

Die Abhängigkeitsverhältnisse zu den Metropolen erfahren einige überfällige und nicht ganz unwichtige Korrekturen, bestehen aber gleichwohl fort. Im Lande selbst soll die Massenloyalität neu begründet werden — oft durch einen fragwürdigen Pseudotraditionalismus zwecks Legitimierung autoritärer Herrschaft (wenn etwa behauptet wird, es sei beste afrikanische „Tradition", sich um den Häuptling zu scharen).

Gleichwohl haben die Authentizitätsbestrebungen, wie unzureichend und gebrochen auch immer, den Massen ein Stück ihrer Würde wiedergegeben. Ob sie ihnen auch einen Maßstab an die Hand geben, an dem sie die Interessen der Künder der Authentizität selbst werden messen können, wird erst die Zukunft erweisen.


## Kleine Bibliothek

61 *Menschik* (Hrsg.), Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau. 424 S. DM 9,80

62 *Kühnl*, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 512 S. DM 9,80

66 *Mayer/Stuby* (Hrsg.), Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S. DM 14,80

*73 Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945—1955. 512 S. DM 9,80

## Pahl-Rugenstein

# Aus ausländischen Zeitschriften

## Die Ideologie des Faschismus und der Neofaschismus[1])

Von A. A. Galkin

*Den nachstehenden Beitrag entnehmen wir der Zeitschrift „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge", Heft 12/1975. D. Red.*

### I

Die historische Niederlage des Faschismus im Zweiten Weltkrieg hat dessen politische und ideologische Positionen stark geschwächt. Wie aber die Erfahrung zeigt, ist damit das Problem der faschistischen Gefahr nicht von der Tagesordnung abgesetzt, denn als Produkt des Krisenzustandes des Kapitalismus bildet der Faschismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen einen untrennbaren Bestandteil des auf den kapitalistischen Produktionsverhältnissen beruhenden Überbausystems.

Besonders deutlich äußert sich dies auf ideologischem Gebiet als einem sich durch einen hohen Grad an Stabilität und Kontinuität auszeichnenden Bereich[2]). Während auf politischem Gebiet die heutigen Modifikationen der ultrarechten Bewegungen einschließlich der direkten Nachfolger des Faschismus nur in wenigen Ländern einen Einfluß gewonnen haben, der in etwa mit dem der 20er und 30er Jahre vergleichbar wäre, als die faschistischen Kräfte in Italien und danach in Deutschland und in einigen anderen europäischen Staaten die Macht ergreifen konnten, bilden heute die ultrarechten Anschauungen auf dem Gebiet der Ideologie in der kapitalistischen Welt eine ernstzunehmende Kraft.

Auf ideologischem Gebiet läßt sich die Kontinuität zwischen den heutigen ultrarechten Bewegungen und dem früheren „kanonischen" Faschismus am deutlichsten verfolgen. Das Arsenal der für weite Kreise bestimmten sozialen und politischen Ideen ist relativ begrenzt, diese Ideen nehmen im gesellschaftlichen Bewußtsein einen historisch fixierten Platz ein und markieren sehr genau die Stellung dieser oder jener Gruppe in der Struktur der Weltanschauungen. Daher mußte der Neofaschismus, der äußerst rechte Positionen einnimmt und im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus eine dem Faschismus analoge Funktion erfüllt, notwendigerweise auf Ideen zurückgreifen, aus denen die deutschen Faschisten und die italienischen Schwarzhemden ihre weltanschaulichen Konstruktionen abgeleitet hatten.

Bei der Einschätzung der ultrarechten weltanschaulichen Konstruktionen gilt es ferner zu beachten, daß diese nie eine ganzheitliche Ideologie im üblichen Sinne des Wortes bildeten. Für den Faschismus als politisches Phänomen war immer ein extremer Dualismus kennzeichnend. Der Faschismus, der für das kapitalistische System in Perioden tiefer Erschütterung eine Schutzfunktion ausübt, also die Interessen der herrschenden Klasse und insbesondere ihrer Oberschicht verteidigt, ist gleichzeitig ein Instrument zur Mobilisierung der politisch unerfahrenen Bevölkerungsmassen zum Zwecke der Aufrechterhaltung des ihnen innerlich fremden kapitalistischen Regimes. Gestützt auf die Macht der Besitzenden, sucht er das Vertrauen breiter sozialer Schichten zu gewinnen, die nicht zur herrschenden Klasse gehören, ja sogar unter der Macht der Herrschenden leiden.

Dieser Umstand schloß von Anfang an die Möglichkeit eines einheitlichen weltanschaulichen Systems des Faschismus aus. Gewöhnlich bestanden zwei Komplexe von Ansichten,

[1]) A. A. Galkin, Ideologija faschisma i neofaschism, „Woprossi filosofii" („Fragen der Philosophie"), 1975, Heft 5. Der Verfasser ist Abteilungsleiter am Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

[2]) Vgl. O. Kuusinen, Faschism, opasnost woiny i sadatschi kommunistitscheskich partii, „XIII plenum IKKI", Moskau 1934, S. 25 u. a.

die sich nur teilweise überschnitten. Den einen Komplex bildeten konservativ-elitäre Konstruktionen, den anderen demagogisch-utopische Ideen, die für die Massen gedacht waren. Die Nichtübereinstimmung und der Widerspruch zwischen beiden Komplexen wurde mit verbalen Kunstgriffen verdeckt.

Der Anschein einer Einheitlichkeit der Ideologie entstand ferner dadurch, daß die einzelnen Bestandteile der weltanschaulichen Konstruktionen des Faschismus verschiedene Bewußtseinsebenen widerspiegelten. Während der konservativ-elitäre Komplex in gewissem Maße konzeptionellen Charakter trug, stellte der zweite Komplex eine Sammlung dem Alltagsbewußtsein entstammender stereotyper Vorstellungen dar. Da die soziale Massengruppe, an die sich die faschistischen und ihnen nahestehenden politischen Strömungen gewöhnlich wenden, das Kleinbürgertum oder, umfassender gesehen, die städtischen und ländlichen Mittelschichten sind, ist die demagogisch-utopische Komponente der faschistischen Ideologie nichts anderes als eine Kompilation von Vorurteilen und Illusionen, die die zwiespältige Situation, die Zwischenstellung der Mittelschichten in der kapitalistischen Gesellschaft, den Widerspruch zwischen ihrer Existenz als Unterdrückte und Ausgebeutete auf der einen Seite und als Eigentümer oder als Teilnehmer des Systems der Leitung der Produktion und der Gesellschaft auf der anderen Seite widerspiegeln.

Welches widersprüchliche geistige Gemisch die faschistische Ideologie darstellt, geht aus einer Gegenüberstellung ihrer Grundsätze hervor. Aristokratismus existiert hier neben einer Pseudovolkstümlichkeit, Nationalismus neben der Idee von einer supranationalen Gemeinschaft der rechtsradikalen „Revolutionäre", Traditionalismus neben dem demagogischen Appell zur „entschlossenen Umwälzung" der sozialen und politischen Strukturen, die rassistische Rechtfertigung des Kastenwesens neben der Propagierung der „Volksgemeinschaft", die Verachtung der Masse neben der Proklamierung des arbeitenden Menschen zur Grundlage der faschistischen Gesellschaftsordnung.

Deswegen kann von einer Ideologie des Faschismus nur sehr bedingt die Rede sein. Von Anfang an genügte sie keinem der Kriterien, denen nicht nur wissenschaftliche, sondern überhaupt jegliche mehr oder minder konsequente Systeme ideologischer Ansichten entsprechen müssen. Ihre Merkmale (apriorische Grundsätze, Unvereinbarkeit einzelner Postulate, prinzipienloser Wechsel der Losungen) zeugen davon, daß es sich praktisch um ein Konglomerat ideologischer und mythologischer Konstruktionen handelt. Dieser eklektische Charakter beschränkt jedoch die ideologische Einwirkung der Ultrarechten auf ihre potentiellen Anhänger keineswegs auf engen Rahmen. Im Gegenteil, gerade dieser Charakter bewirkte einen recht stabilen Einfluß.

## II

Die weltanschauliche Grundlage der faschistischen Ansichten bilden Ideen, die für das jeweilige Land traditionellen konservativ-obskuranten Konzeptionen entlehnt sind. Daraus erklären sich bestimmte Unterschiede in den ideologischen Konstruktionen der verschiedenen nationalen faschistischen Bewegungen. Ihr gemeinsames Merkmal besteht jedoch darin, daß sie nicht schlechthin dem reaktionären ideologischen Erbe entnommen sind, sondern von Anfang an unter einem bestimmten Gesichtspunkt sorgfältig ausgewählt wurden. Das Hauptauswahlprinzip war dabei der Antimarxismus.

Eine der wichtigsten Aufgaben der faschistischen Ideologie, ihre soziale Funktion, die ihr Aufkommen in den 20er Jahren bewirkte, bestand in der Neutralisierung des Einflusses des Marxismus im Volke.

Auf einen pathologischen Antimarxismus gründete sich auch die gesamte Pyramide der faschistischen Mythen. Ein Grundpfeiler dieser Pyramide war der Kult der Gewalt, also die Verherrlichung tierischer Instinkte, die Behauptung, der Kampf (verstanden als Anwendung roher Gewalt) sei der wichtigste Faktor für die Entwicklung und Vervollkommnung der Menschheit; der Humanismus dagegen wurde als Ausdruck völligen Unverständnisses der menschlichen Natur oder aber als theoretische Rechtfertigung

der Feigheit hingestellt. Derartige Erklärungen findet man in Massen in der ultrarechten Literatur, angefangen bei den Quellen faschistischer „Weisheit" — dem Traktat „Die Lehre vom Faschismus", das Benito Mussolini zugeschrieben wird, und Adolf Hitlers „Mein Kampf".

Eine analoge Rolle spielte in der Mythologie des Faschismus auch die Rassentheorie. Die faschistischen Ideologen nahmen die Ansichten der „akademischen" Rassisten Gobineau, Lapouge, Chamberlain und deren Adepten in ihr Arsenal auf und machten sie zu einer Grundlage ihrer Weltanschauung. Die faschistische Rassentheorie war jedoch nicht schlechthin eine Wiederholung der Thesen der „Begründer" des Rassismus. Der Hang der faschistischen Mythologie zur Vereinfachung, zur Umwandlung der Ideen in äußerst leicht eingehende Losungen zeigte sich auch in diesem Falle.

Während für Chamberlain, Spengler, Möller van den Bruck [3]) der Begriff „Rasse" einen abstrakt mystischen Charakter besaß und als rassenbestimmender Faktor die Seele galt, wurde die Rassentheorie bei den Nationalsozialisten zu einer rein biologischen Angelegenheit und nahm die Lehre von den Rassen alle äußeren Merkmale einer Herdbuchzucht an. Die Vertreter der höheren Rasse wurden zu Trägern aller Tugenden erklärt, während die niederen Rassen, zu denen man alle Farbigen, die Juden und die Slawen rechnete, als Träger alles Schlechten hingestellt wurden. Auf diese „Prinzipien" gründeten sich die zahlreichen pseudowissenschaftlichen Forschungen der faschistischen Experten für „Rassenhygiene" sowie die praktische Rassenpolitik [4]).

Die Faschisten benutzten die Rassentheorie zur Erklärung der historischen Entwicklung und der ideologischen Prozesse in der Welt [5]). Diese Theorie wurde zu einem Universalmittel, mit dem sich jede Erscheinung erklären, jede politische Linie begründen, jeder Mißerfolg rechtfertigen ließ. Innenpolitisch konnte man mit ihr die realen Widersprüche in der Gesellschaft erklären (Kampf der verschiedenen Rassenelemente), alle Repressalien rechtfertigen (Kampf gegen rassenfremde Elemente, die die „Lebenskraft und die Zukunft der Nation untergraben"). In der Außenpolitik diente sie als Grundlage einer militanten und expansionistischen Propaganda (Recht der höheren Nation auf die Herrschaft über die niederen, Ränke der vom Haß auf die höheren Nationen beherrschten niederen Nationen usw.).

Einen beträchtlichen Platz nahmen in der Mythologie des „kanonischen" Faschismus auch außenpolitische Konzeptionen ein, die auf den Ansichten der geopolitischen Schule basierten [6]). Der propagandistisch-ideologische Vorzug dieser Ideen lag für die Faschisten darin, daß sie als Ergänzung zur Rassentheorie dem Spießbürger verständliche Argumente für eine Politik der Expansion und Aggression lieferten.

Die Faschisten bezeichneten ihre Lehre bekanntlich als „Sozialismus". Über den faschistischen „Sozialismus" gibt es eine umfangreiche kritische Literatur, in der die tiefe Heuchelei der faschistischen Losungen, die Unhaltbarkeit, die innere Widersprüchlichkeit und das volksfeindliche Wesen der faschistischen „sozialistischen" Konzeption aufgedeckt werden. Der Sozialismus diente den Nationalfaschisten lediglich als populäres Etikett für ein Konglomerat von Ideen, die nichts anderes waren als Apologetik der staatsmonopolistischen Verhältnisse in spezifisch bürokratischer Form, verbrämt mit Losungen, die an eine Reihe konkreter sozialer und ökonomischer Forderungen der in Bewegung geratenen Mittelschichten anknüpften [7]).

Dementsprechend war der Kern, die Hauptsache des faschistischen „Sozialismus" nicht die antikapitalistische Demagogie, wie mitunter nicht ganz richtig angenommen wird.

---

3) Vgl. G. Schott, Houston Stewart Chamberlain, der Seher des Dritten Reiches, München 1934; O. Spengler, Jahre der Entscheidung, Bd. 1, München 1933; Möller van den Bruck, Rassenanschauung, „Der Tag", 9. 7. 1908.

4) Vgl. J. Wulf, Heinrich Himmler, Berlin (West) 1960, S. 23—25; H. Lemme, Die Verhütung erbkranken Nachwuchses, Berlin 1939, S. 9 ff.

5) Vgl. A. Rosenberg, Der Mythus des 20. Jahrhunderts, München 1935.

6) Vgl. K. Haushofer, Grundlagen, Wesen und Ziele der Geopolitik, in: „Bausteine der Geopolitik", Berlin 1928.

7) Vgl. G. Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: „VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale", Berlin (DDR) 1975, S. 93 ff.

Das Entscheidende im faschistischen „Sozialismus" war immer die Rolle des Staates: die höchste Form der Apologie einer allmächtigen Zentralgewalt. Den Sozialismus definierten die faschistischen Ideologen gewöhnlich im Gefolge Spenglers als eine Form der gesellschaftlichen Organisation, bei der dem Staat die entscheidenden Funktionen in allen Lebensbereichen zukommt, angefangen bei der Politik bis hin zur Kultur und zum persönlichen Leben der Bürger [8]). Den Prototyp der „sozialistischen" Ordnung erblickten die deutschen Faschisten beispielsweise im preußischen Feudalstaat Friedrich Wilhelms und Friedrichs II. sowie im Kriegslenkungssystem, das in Deutschland während des Ersten Weltkriegs weit verbreitet gewesen war [9]).

Fragen nach dem Eigentum und der Verteilung, der Selbstverwaltung des Volkes usw. ignorierten die faschistischen Ideologen, oder aber sie betrachteten diese Fragen ohne jeden Zusammenhang mit den Problemen des Sozialismus.

Im Einklang mit dieser Auffassung vom nationalen „Sozialismus" gingen die Bestrebungen hauptsächlich dahin, ein natürliches Recht des Staates nachzuweisen, alle Seiten des gesellschaftlichen und des persönlichen Lebens seiner Bürger zu reglementieren. Dieses Recht wurde vor allem aus der Charakteristik des faschistischen Staates als höchster Form der Organisation des gesamten Volkes abgeleitet [10]). Eng verbunden mit dieser Einschätzung des Staates war auch die weit verbreitete demagogische Losung „Gemeinnutz geht vor Eigennutz". Auf der Grundlage der Ideen vom „Primat der Gesellschaft" und der „Allmacht des Staates" wurden das Recht des Volkes auf Selbstverwaltung, die Prinzipien der Demokratie, der Freiheit und Gleichheit völlig negiert. In „Mein Kampf" bezeichnete Hitler die Theorie von der Gleichheit der Menschen als eine Erfindung der Juden.

Da die bis zur vollständigen Negation der Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit getriebene „Organisiertheit" und Allmacht des Staates als Hauptinhalt des „Sozialismus" hingestellt wurde, galt als höchste Form der Leitung das „Führerprinzip". Dieses Prinzip wurde von den faschistischen Ideologen nicht nur als Notwendigkeit der Unterordnung unter den obersten Führer interpretiert, sondern auch als Grundform für den Aufbau der gesamten Staatshierarchie [11]). Das auf dieser Basis errichtete System wurde unter Berufung auf die angeblich im Volk verwurzelte unbegrenzte Macht des obersten Führers gerechtfertigt. Der „Führer" wurde als Verkörperung der Größe des Volkes, als Exponent seines nationalen und rassischen Geistes dargestellt. Der Wille des „Führers" galt als Wille des Volkes und die widerspruchslose Ausführung seiner Befehle oder der Befehle seiner Stellvertreter als Erfüllung der Wünsche und Sehnsüchte des Volkes [12]).

Die Propagierung des „Nationalsozialismus" und die Idee vom starken Staat reichten jedoch angesichts der brennenden sozialen Probleme nicht aus, den Faschisten die Unterstützung der Massen zu sichern. Daher finden wir in der faschistischen Mythologie auch Rezepte zur sozialen Gesundung der Gesellschaft. Alle diese Rezepte zeichnen sich durch einen Staatswohlfahrtscharakter aus. Nicht soziale Gerechtigkeit als gesellschaftliches Prinzip, nicht die Schaffung von Bedingungen, welche gleiche Chancen und soziale Möglichkeiten für alle Schichten der Bevölkerung sichern, sondern ein breit organisiertes Wohltätigkeitssystem von oben — das war das soziale Steckenpferd der Faschisten, mit dem sie die Massen zu gewinnen suchten.

In der Praxis äußerte sich der soziale Paternalismus des faschistischen Regimes in einer Reihe demagogischer, zugleich jedoch materiell fundierter sozialer Wohltätigkeitsaktionen; in der Mythologie nahm er die Gestalt der Lehre von den „Sozialfunktionen" des faschistischen Staates an. Der Staat, so behaupteten die faschistischen Ideologen, fordere von den Bürgern unbedingte Erfüllung ihrer Pflicht, zugleich garantiere er jedem Sohn des Volkes seine gesetzmäßigen Rechte [13]).

8) Vgl. O. Spengler, Politische Schriften, München 1933, S. 24 ff.
9) Vgl. ebd., S. 30.
10) Vgl. M. Broszat, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programmatik und Wirklichkeit, Stuttgart 1960.
11) Vgl. L. Poliakov/J. Wulf, Das Dritte Reich und seine Denker, Berlin (West) 1959, S. 60 f.
12) Vgl. ebd., S. 19.
13) Vgl. G. Rühle, Das Dritte Reich. Das erste Jahr 1933, Berlin 1934, S. 37 ff.

G. W. Plechanow schrieb seinerzeit unter Berufung auf Marx, „je mehr sich der Widerspruch zwischen den wachsenden Produktivkräften und der existierenden Gesellschaftsordnung entwickelt, desto mehr nehme die Ideologie der herrschenden Klasse den Charakter der Heuchelei an. Und je mehr die Heuchelei durch das Leben Lügen gestraft werde, desto moralischer und heiliger werde die Sprache dieser Klasse" [14]).

Die faschistische Mythologie erhob diese Heuchelei zu einem höchst raffinierten System. Dabei handelte es sich nicht um irgendwelche geringfügigen Betrügereien, die sich bei der ersten Konfrontation der Versprechungen mit der Wirklichkeit ohne weiteres hätten feststellen lassen. Die faschistische Heuchelei war ein Spiel mit großem Einsatz: Falsch dargestellt wurden die Richtung der Bewegung, ihre Ziele und Ideale; die unmittelbare soziale Demagogie indes wurde in diesem oder jenem Maße durch eine entsprechende soziale Praxis untermauert.

Freilich blieb die Grenze zwischen den weltanschaulichen Konzeptionen „für sich selbst" (das heißt für die „Elite") und „für die anderen" (das heißt für die Massen der Mitläufer), wie das häufig der Fall ist, unbestimmt und verschwommen. Marx schrieb: „Die Etikette eines Systems unterscheidet sich von der andrer Artikel u. a. dadurch, daß sie nicht nur den Käufer prellt, sondern oft auch den Verkäufer" [15]). Viele der an die Massen gerichteten faschistischen Ideen bestimmten die Weltanschauung und dementsprechend das Verhalten auch der Repräsentanten der Elite. Antihumanismus, Chauvinismus, Verherrlichung der rohen Gewalt waren nicht nur für den externen Gebrauch, sondern auch für die Anwendung innerhalb der Führungsschicht berechnet. Trotzdem unterschied sich die für die Massen bestimmte faschistische Ideologie in vielem von der elitären Ideologie.

Ein Unterschied zeigte sich nicht nur in der Art der Ideen, sondern auch in der Form ihrer Darstellung. Innerhalb der Elite waren ideologische Klügeleien, Versuche einer logischen Begründung bestimmter Grundsätze, die Ausarbeitung einer Argumentation usw. gestattet. Den Massen gegenüber hielt man dies jedoch nicht nur für überflüssig, sondern auch für gefährlich [16]).

Die extreme, auf die politisch am wenigsten entwickelten Bevölkerungsschichten zugeschnittene Vereinfachung der ideologischen Postulate und Propagandalosungen ging mit einer maximalen Ausnutzung jener Propagandamöglichkeiten einher, die der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Informations- und Nachrichtenwesen mit sich brachte. Dem faschistischen Regime standen die für jene Zeit modernsten Massenkommunikationsmittel zur Verfügung.

## III

Vor dem Hintergrund der Ideologie des „kanonischen" Faschismus zeichnen sich die typischen Merkmale seiner heutigen Variante recht deutlich ab. Das erste, das Hauptmerkmal ist (wie beim traditionellen Faschismus) ein pathologischer Antikommunismus, der irrationalen Charakter annimmt. Jeder unerwünschte oder unverständliche Prozeß im eigenen Land wie auch in den entferntesten Winkeln der Erde wird als kommunistische Verschwörung hingestellt [17]).

Der zweite Charakterzug aller heutigen ultrarechten, neofaschistischen politischen Strömungen ist ein sozialpolitischer Erzkonservatismus. Dieser kann verschiedene Formen annehmen: So kann er in der Rolle eines „Beschützers des Althergebrachten" auftreten, der jede Reform und Neuerung kategorisch ablehnt. Das gilt insbesondere für die amerikanischen „Ultras" [18]). In anderen Fällen tritt er als retrograder Reformismus auf, der mit „radikalen" Programmen zur Umgestaltung der sozialen und politischen Struk-

14) G. W. Plechanow, Grundprobleme des Marxismus, Berlin (West) 1958, S. 94.
15) K. Marx, Das Kapital, Band 2, in: MEW, Bd. 24, S. 360.
16) Vgl. H. Rauschning, Die Revolution des Nihilismus, Zürich 1938, S. 78.
17) Vgl. D. Bell (Hrsg.), The Radical Right, New York 1963; M. Boveri, Verrat als Epidemie: Amerika, Reinbek 1960.
18) Vgl. R. Dudhan, Men of the Far Right, New York 1962.

turen letzten Endes die alte Ordnung retten will. Diese Form ist für die meisten europäischen ultrarechten Bewegungen typisch [19]).

Wie die traditionellen Faschisten, so bedienen sich auch die heutigen Ultrarechten mit aller Macht des Rassismus und Chauvinismus. In den USA wie auch in Frankreich, in der BRD wie auch in Japan bildet die Idee von der Exklusivität der eigenen Rasse oder des eigenen Volkes eines der wesentlichen Elemente des rechtsradikalen ideologischen Credos [20]).

Mit anderen Worten, die Mythologie des rechten Radikalismus, die den sozialen Konservatismus der herrschenden Klasse mit den Illusionen und der Rebellion des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats verbindet, ist ihrem Wesen nach ein Abklatsch des Faschismus.

Allerdings können die rechtsradikalen Bewegungen und Organisationen, die heute unter dem Begriff „Neofaschismus" zusammengefaßt werden, nicht umhin, die realen sozialen und sozialpsychologischen Prozesse in der Gesellschaft in Rechnung zu stellen. Die Faschisten der 20er und 30er Jahre in Deutschland und in Italien hatten die Wirksamkeit ihrer Mythologie in erheblichem Maße dadurch erreicht, daß sie Prozesse jener Zeit in ihrem Interesse ausnutzten. Für die heutigen Ultrarechten ist die Frage ganz besonders akut, wie sie die sozialen und sozialpsychologischen Prozesse des letzten Drittels unseres Jahrhunderts in ihren Dienst stellen können.

Der traditionelle Faschismus war in einer Situation entstanden, da das Übergewicht in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch auf seiten des Kapitalismus war. Der Neofaschismus sieht sich einem grundsätzlich anderen Kräfteverhältnis in der Welt gegenüber. Während der Faschismus als jene Kraft fungierte, die die Umorientierung der sozialökonomischen Verhältnisse, die mit der raschen Umwandlung des Monopolkapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenhing, mit den geringsten Opfern für die herrschende Klasse zu vollziehen vermochte, wirkt der Neofaschismus zu einer Zeit, da diese Umorientierung in allen kapitalistischen Industriestaaten vollzogen ist.

Hinzu kommt, daß der traditionelle Faschismus, zumindest in der ersten Zeit, offen als Faschismus auftreten konnte, allerdings ohne dabei seine wahren Absichten, Methoden und Herrschaftsformen zu enthüllen. Die Erfahrungen, die die Völker während der Vorkriegs- und der Kriegsjahre im erbitterten Kampf gegen den faschistischen Terror und gegen die faschistische Okkupation, gegen die faschistische Barbarei gesammelt haben, zwingen den heutigen Neofaschismus, sich von den am stärksten kompromittierten faschistischen Losungen, Einstellungen und Methoden in gewissem Maße — zumindest mit Worten — abzugrenzen, ja mitunter sogar seine verwandtschaftliche Beziehung zum Faschismus zu leugnen.

Offensichtlich bedingt der Unterschied in der konkreten historischen Situation eine Spezifik des mythologischen Lehrgebäudes bei gleichzeitiger Beibehaltung der Grundkonstruktionen.

Mitunter stellen ultrarechte Bewegungen und Organisationen Programme auf, die sich von den typischen Zielsetzungen des Faschismus wesentlich zu unterscheiden scheinen. Besonders typisch ist dies für die als „Ultras" bekannten rechten politischen Strömungen in den Vereinigten Staaten. Viele ihrer proklamierten Ziele sind äußerlich denjenigen diametral entgegengesetzt, die die Faschisten sich stellen und die die meisten neofaschistischen Parteien auch heute noch anstreben.

Im Mittelpunkt der faschistischen Programme stand immer die Idee vom starken, zentralisierten Staat. In den USA lehnen die meisten extremen Rechten diese Idee kategorisch ab. Zu starke Zentralisierung des Bundesstaates und Schmälerung der Rechte der Einzelstaaten — das ist eines der schlimmsten Vergehen, die die Ultras dem heutigen Regime anlasten.

[19]) Vgl. K. Hirsch, Signale von rechts. Hundert Jahre Programme rechtsradikaler Parteien und Organisationen, 1867—1967, München 1967.
[20]) Vgl. H.-H. Knütter, Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Bonn 1961; P. H. Merkl/O. M. Schruggs, Rassenfrage und Rechtsradikalismus in den USA, Berlin (West) 1965.

Kennzeichnend für die Programme der Faschisten war eine besondere Betonung der sozialen Aspekte. Die Forderung aktiver Sozialpolitik des Staates war immer eine wichtige Waffe im Kampf um die Massen. Bei den meisten amerikanischen „Ultras" dagegen ruft allein schon die Erwähnung vom Staat finanzierter sozialer Maßnahmen Wutanfälle hervor. In ihren Augen sind schon die miserablen staatlichen Sozialleistungen der USA, die hinter denen anderer entwickelter kapitalistischer Länder wesentlich zurückbeiben, ein „Abgleiten" in den verhaßten Sozialismus.

Ein Merkmal der Faschisten war immer der offene Haß gegen demokratische (selbst gegen bürgerlich-demokratische) Verhältnisse. Die amerikanischen „Ultras" aber schwören gewöhnlich auf die amerikanische Demokratie und erklären sich selbst zu ihren zuverlässigsten Verteidigern [21]).

Traditioneller in diesem Sinne sind die westeuropäischen Neofaschisten. Ihr ideologisches Gepäck enthält alle jene Mythen, die seinerzeit den „geistigen Reichtum" der faschistischen Regime Italiens und Deutschlands ausmachten. Eine Modifikation haben hauptsächlich die Proportionen zwischen den verschiedenen Mythen in der Tagespropaganda erfahren, und zwar ändern sich diese Proportionen ständig in Abhängigkeit von den Schwankungen der allgemeinen Konjunktur im geistigen Bereich.

So haben beispielsweise die im Spießbürgertum weit verbreitete Angst vor sozialen und politischen Veränderungen, eine Angst, die durch extreme Jugenderscheinungen und die Exzesse der Ultralinken noch gesteigert wurde, und die diesem Boden entwachsende „Sehnsucht" nach „Ordnung" und „starker Macht" die Aufmerksamkeit der neofaschistischen Mythologen auf die Probleme des „Musterstaates" gelenkt [22]). Vom Prinzip des Korporativismus oder des Ständestaates ausgehend, entwickeln die ultrarechten Theoretiker in Italien und in gewissem Maße auch in der BRD die Idee eines „organischen Staates", der eine Form der höchsten moralischen sozialen Ordnung sein soll.

Von der Situation in den einzelnen Ländern hängt es ab, welcher Wert den chauvinistischen Mythen beigemessen wird. In Italien, wo die Hauptmasse der Bevölkerung national relativ gleichartig ist, besitzt der extreme Nationalismus im geistigen Arsenal des Neofaschismus nur zweitrangige Bedeutung; er offenbart sich nur dort, wo es seit jeher nationale Probleme gibt (beispielsweise in Triest). Einige neofaschistische Gruppen brüsten sich geradezu mit ihrer „Großzügigkeit" in dieser Frage. Sie legen dabei besonderen Nachdruck auf den „Europäismus" und beschuldigen das „System" der Mißachtung der „europäischen Idee". Diese „Großzügigkeit" hört jedoch sofort auf, wenn es sich um „farbige" Völker handelt. Ihnen gegenüber gelten alle traditionellen Vorurteile.

In der BRD hingegen nehmen chauvinistische Mythen einen großen Platz im geistigen Gepäck der Neofaschisten ein. Objekt nationalistischer Spekulationen sind die nationalen Probleme, die mit dem Aufenthalt von mehr als drei Millionen ausländischen Arbeitern und deren Familien in der BRD zusammenhängen. Die Ultrarechten in der BRD bauschen einzelne Vorfälle auf, sie nutzen bestehende Vorurteile aus, hypertrophieren die realen Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Adaption von Millionen Menschen an andere Traditionen und Gewohnheiten, an eine andere soziale und politische Kultur entstehen, sie rufen zur verstärkten Diskriminierung der Ausländer, zu physischen Auseinandersetzungen und sogar zur Aussiedlung auf.

Ebenso intensiv, wenngleich mit geringerem Erfolg, wurden derartige Mythen in Frankreich, England, der Schweiz und in anderen kapitalistischen Staaten, wo viele Ausländer leben, in Umlauf gesetzt.

Auch versuchen die ultrarechten Theoretiker, die weitverbreitete negative Reaktion auf das „Konsumdenken" in der bürgerlichen Gesellschaft auszunutzen und dem „Materialismus" des bürgerlich-parlamentarischen Systems mit seiner Erfolgssucht moralische

21) Vgl. R. E. Ellsworth/S. M. Harris, The American Right Wing, Washington 1960, S. 18 ff.
22) Vgl. z. B. E. Anrich, Mensch — Volk — Staat — Demokratie, Hannover 1971, S. 5.

Werte entgegenzustellen, die den Geist des „heroischen Romantismus" der Abenteuerromane atmen. Ehrlichkeit, Treue und Kühnheit werden als Antipoden zur Berechnung und Pedanterie hingestellt, die als Zeichen des Verfalls und der Entartung interpretiert werden. Dabei hofft man insbesondere auf die unreife studierende Jugend, die schon immer für romantische Aufrufe am empfänglichsten war.

Aus dieser Sicht werden auch die Extreme der sogenannten „sexuellen Revolution" ausgenutzt. Da die sich unter dieser Losung vollziehende Zerstörung des moralischen Kanons von linksextremistischen Kreisen unterstützt wird, geben sich die Ultrarechten auch auf diesem Gebiet für Verteidiger der alten Normen aus.

Über den oben skizzierten Rahmen geht auch die Ideologie der rechtsgerichteten Ultras in den kapitalistisch entwickelten Ländern Lateinamerikas nicht hinaus. Am deutlichsten offenbaren sich die Hauptmerkmale dieser Spielart des Rechtsradikalismus in der sogenannten Deklaration der Prinzipien der Regierung Chiles — dem im März 1974 veröffentlichten theoretischen und praktischen Programm der militärfaschistischen Junta [23]). Den Hauptinhalt dieses Dokuments bilden banale faschistische Postulate. Seine Ausgangsposition ist die Ächtung des Marxismus. Zugleich wird (ebenfalls im Geiste der faschistischen Traditionen) der „westliche", d. h. der bürgerlich-parlamentarische Typus der gesellschaftlichen Entwicklung abgelehnt.

„Die tiefe ökonomische und moralische Krise, die heute den entwickelten Westen erschüttert", heißt es in diesem Dokument, „ist wie eine Alarmglocke, die uns mahnt, daß materieller Wohlstand, selbst wenn er die gesamte Bevölkerung erfaßt, für die Schaffung einer ausgewogenen Gesellschaft nicht ausreicht... Der Materialismus, der die sogenannte Konsumgesellschaft durchdringt, zeigt einen Wohlstand, der, anstatt zur allseitigen Vervollkommnung des Menschen beizutragen, diesen zur Jagd nach Reichtum treibt und letzten Endes Verheerung in seiner Seele anrichtet."

Die Verfasser dieses Dokuments lehnen die beiden bislang bekannten „Varianten der gesellschaftlichen Entwicklung" ab und suchen, wie auch ihre Gesinnungsgenossen in Westeuropa, nach einer dritten Variante, die bei aller Anlehnung an die traditionellen Konzeptionen der Ultrarechten die lateinamerikanische und insbesondere die chilenische Situation widerspiegelt. Das Dokument, das die Stimmung der einheimischen Bourgeoisie zum Ausdruck bringt — aber auch die Positionen der internationalen Monopole berücksichtigt —, lehnt den staatlichen Dirigismus als Grundlage für die ökonomische Politik ab. Gepriesen wird eine umfassende Privatinitiative auf wirtschaftlichem Gebiet, die nur in äußersten Fällen vom Staat eingeschränkt werden soll.

Das Fehlen einer nennenswerten politischen Unterstützung der Junta findet seinen Ausdruck in jenem „theoretischen Postulat", welches das Prinzip der Distanz zwischen politischer und sozialer Macht verkündet. Diesem Postulat zufolge ist die politische Macht die Gesamtheit der Machtbefugnisse zur Entscheidung in jenen Angelegenheiten, die die Interessen der Nation berühren, sie ist eine Funktion der Leitung des gesamten Landes. Die soziale Macht dagegen wird als Einrichtung definiert, die den Mittelschichten der Gesellschaft die Möglichkeit bietet, sich gestützt auf die gesetzliche Autonomie zu entwickeln und ihre spezifischen Ziele zu erreichen. Die Junta behält sich die politische Machtfülle für lange Zeit vor. Als ihre Aufgabe deklariert sie die „moralische", institutionelle und materielle Umgestaltung, die letzten Endes „die Denkweise der Chilenen verändern" soll.

Die soziale Macht dagegen soll entpolitisiert und dann gesellschaftlichen Gruppen überantwortet werden. Recht bezeichnend ist die Behandlung der Gewerkschaften in diesem Dokument. Nicht der Schutz der Interessen und Forderungen der Gewerkschaftsmitglieder wird als ihre Hauptfunktion angesehen, sondern sie sollen Vermittler der Politik der Junta sein.

Der den Ultrarechten eigene extreme Nationalismus, der in der Praxis des chilenischen militärfaschistischen Regimes weit verbreitet ist, kommt in dem „theoretischen" Doku-

[23]) Vgl. „Mercurio", Santiago de Chile v. 13. 3. 1974.

ment nur verschwommen zum Ausdruck, weil die Junta ihre internationale Reputation nicht ganz verlieren will. Dennoch sind die der ultrarechten Ideologie immanenten extrem nationalistischen Elemente auch in der diplomatischen Verhüllung erkennbar. Als Ziel der Außenpolitik Chiles wird die Entwicklung der „nationalen Macht" hingestellt, und der chilenische Nationalismus wird als „Realität" bezeichnet, die anderen Zivilisationen und Kulturen „unerwartete Perspektiven" eröffne.

Natürlich existieren in Chile und in anderen lateinamerikanischen Ländern noch weitere Spielarten ultrarechter Strömungen. Sie alle fügen sich jedoch in den hier skizzierten Rahmen ein.

## IV

Die durch die Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Mitte der 70er Jahre verursachte Aktivierung der ultrarechten, einschließlich der neofaschistischen Kräfte hat auch im ideologischen Bereich ihren Ausdruck gefunden. Das zeigte sich nicht nur in einer spürbaren Belebung und stärkeren Verbreitung der ultrarechten Ideologien, auch in der Mythologie des Neofaschismus selbst haben sich Veränderungen vollzogen. Ohne daß sich die Grundpostulate verändert hätten, kam es zu einer bestimmten Verschiebung der Akzente. Die Hauptaufgabe dieser Akzentverlagerung besteht darin, den aus der veränderten Konjunktur resultierenden neuen Nuancen in der Stimmung der städtischen und ländlichen Mittelschichten gerecht zu werden.

Die antikommunistische Ausrichtung der ultrarechten, neofaschistischen Mythologie hat heute die Form angenommen, daß die allgemeine Angst vor Exzessen der „Linken" nach Kräften angeheizt wird. Die verantwortungslosen Aktionen „ultrarevolutionärer" Gruppierungen werden mit allen Mitteln aufgebauscht und als Ausdruck der „wahren" Absichten des gesamten linken Lagers hingestellt. Die aus den Schwierigkeiten der Krisensituation in den kapitalistischen Ländern erwachsende Zuspitzung der sozialen Konflikte interpretiert man als Bestätigung der „Theorie von der Verschwörung", derzufolge alle Mißhelligkeiten des Kapitalismus aus der Tätigkeit feindlicher, von außen inspirierter Kräfte herrühren. Als Garanten für eine Niederlage der „linken Verschwörung" werden die „Ordnungskräfte" hingestellt. Man versucht also, die in den Mittelschichten tatsächlich bestehende Angst in eine ideologische und politische Unterstützung für die Ultrarechten umzufunktionieren.

Im Rahmen der neofaschistischen Rassismus- und Chauvinismuspropaganda wird auch auf jede Art und Weise Haß gegen die einstigen Kolonialvölker, insbesondere gegen jene geschürt, die heute auf dem Weltmarkt Hauptlieferanten für Brennstoffe und defizitäre Rohstoffe sind. Die Ursachen für die heutigen wirtschaftlichen Erschütterungen in der kapitalistischen Welt, die die Lebensinteressen der werktätigen Massen, darunter auch der Mittelschichten, berühren, werden allein auf die Energiekreise zurückgeführt und diese wiederum auf die Erhöhung der Erdölpreise durch die Hauptlieferanten. Die entschwundene Möglichkeit für die kapitalistischen Industrieländer, sich beim Rohstoffkauf ungehindert die Differentialrente anzueignen, wird als Beraubung der weißen Völker durch die farbigen, als Expansion der „Barbaren von heute" hingestellt, die die Industriezivilisation zu erwürgen suchen.

Damit wird dem traditionellen Postulat der ultrarechten Mythologie von der gelben und der schwarzen Gefahr ein aktueller „ökonomischer" Inhalt verliehen. Jede Politik, die einen Kompromiß mit den Rohstoffländern sucht, wird geächtet; als einziger Ausweg aus den Schwierigkeiten gilt der Druck auf die Länder der Dritten Welt, der die Anwendung äußerster Mittel internationaler Gewalt vorsieht. Zugleich wird der Eindruck erweckt, als könnten die rechten Kräfte, die die weißen Völker seit eh und je vor der „farbigen Gefahr" gewarnt haben, jene Politik realisieren, die die „Wilden" auf den ihnen gebührenden Platz verweist.

Die der ultrarechten Ideologie seit jeher eigene Diskreditierung der bürgerlichen Demokratie als liberal und als unentschlossen äußert sich heute in der Betonung der Un-

fähigkeit der bestehenden parlamentarischen Regierungen, mit den Havarien im ökonomischen, sozialen und politischen Mechanismus fertig zu werden. Das wird dadurch wesentlich erleichtert, daß sich die in den letzten Jahrzehnten in den industriell entwickelten kapitalistischen Staaten zur Aufrechterhaltung des ökonomischen und sozialen „Gleichgewichts" angewandten Methoden der staatsmonopolistischen Regulierung angesichts der zugespitzten Situation als ineffektiv erwiesen haben und daß der aufgeblähte Regulierungsapparat seine unzureichende Kompetenz und seine Hilflosigkeit offenbarte.

Die Mißerfolge der staatsmonopolistischen Methoden der Wirtschaftsleitung, in denen sich die Grundübel des kapitalistischen Systems äußern, werden von den Ultrarechten als prinzipielle Unmöglichkeit demokratischer Formen der Organisation der Gesellschaft ausgegeben. Dabei wird der Umstand ausgenutzt, daß während der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in den letzten Jahren in vielen kapitalistischen Industrieländern liberalreformistische Regierungen an der Macht waren. Deren tatsächliche Verantwortung für konkrete Erscheinungen ökonomischer und sozialer Erschütterungen in den Ländern, wo sie sich an der Macht befinden, wird von den ultrarechten Ideologen als „Beweis" für die dringende Notwendigkeit „harter" Leitungsmethoden interpretiert.

Man kann somit bei aller Verschiedenheit der rechtsradikalen ideologischen Konstruktionen in den einzelnen Ländern und Regionen einen für alle gemeinsamen Kern herausschälen. Mehr noch, es gibt relativ einfache Indikatoren, mit deren Hilfe man ein System von Ansichten ohne große Mühe als rechtsradikal, neofaschistisch bestimmen und klassifizieren kann. Für ein solches System sind charakteristisch: ein Abstempeln aller negativ empfundenen gesellschaftlichen Erscheinungen innerhalb und außerhalb des Landes als Folge einer „linken, kommunistischen Verschwörung" und daraus entspringend ein wütender Antikommunismus; eine offene Xenophobie, insbesondere gegen die nichteuropäischen Völker; Ablehnung demokratischer gesellschaftlicher Institutionen und eine Apologetik von Willensentscheidungen einer „starken Macht", die in einer konkreten „charismatischen Persönlichkeit" personifiziert ist; Konservatismus in Fragen der Moral und Sitten, der die Form einer Apologetik vergangener patriarchalisch-bäuerlicher oder ständisch-zünftlerischer Umgangs- und Verhaltensformen annimmt; politische Intoleranz und Hang zu extremen Formen der Gewalt bis hin zur Lynchjustiz.

Für die politische Strategie der Ultrarechten ist es gegenwärtig bezeichnend, daß sie mit ihren Ideen in benachbarte politische Kreise einzudringen suchen. Ihr besonderes Interesse gilt den gemäßigten konservativen Massenparteien, die sich formal an die parlamentarischen Spielregeln halten. Die Unterwanderung dieser Parteien ermöglicht es den Ultrarechten, deren Einfluß in ihrem Interesse auszunutzen. Etwas Ähnliches läßt sich heute auch auf ideologischem Gebiet beobachten. Um so notwendiger ist eine ständige, qualifizierte Entlarvung der neofaschistischen Ideen, denn sie können tragische Folgen haben, wenn es gelingt, die Massen im Interesse der konservativsten, reaktionärsten und abenteuerlichsten Gruppen der herrschenden Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft zu desorientieren. Es ist kein Zufall, daß in den Grundsatzdokumenten der internationalen kommunistischen Bewegung und der einzelnen kommunistischen Parteien dieser Seite des Kampfes der progressiven Kräfte für Frieden und sozialen Fortschritt erstrangige Bedeutung beigemessen wird.

# Medienkritik

## „FAMILIENLEBEN" UND PSYCHIATRIE

Am 18. Februar 1976 zeigte das 3. Hessische Fernsehen in Wiederholung die deutsch synchronisierte Fassung des englischen Spielfilms „family life". In eindringlicher Weise schildert der Film die Voraussetzungen und die Entwicklungsrichtung einer psychischen Erkrankung am Beispiel eines sensiblen Mädchens in einer ausgesprochen „normalen" kleinbürgerlichen Familie; in leicht überpointierter Form wird gezeigt, wie mit gewisser Folgerichtigkeit aus den widersprüchlichen Anpassungszwängen in der „normalen" Familie sich eine psychische Störung entwickelt, die schließlich zu deutlichen Verhaltensstörungen führt. Nicht genug damit: als das Mädchen mit starken Verstörtheitssymptomen von den unzugänglich-rücksichtslosen Eltern zur Behandlung gegeben wird, zeigt der Film, wie dem Patienten in der Mühle psychiatrischer Therapie mit Psychopharmaka, Elektroschocks und einem insgesamt frappanten Unverständnis gegenüber seinen eigentlichen Problemen tatsächlich nichts anderes übrigbleibt, als nun wirklich verrückt zu werden: die psychiatrische Behandlung reproduziert nur die Strukturen der lieblos-widersprüchlichen Familiensituation.

Angesichts der 7 Millionen Menschen, die in der Bundesrepublik (die vermutete Dunkelziffer eingeschlossen) unter psychischen Störungen leiden, und der Million, die in ihrer Arbeitsfähigkeit massiv gestört sind, muß dieser Film als ein wichtiger Beitrag betrachtet werden auf dem Weg, Verständnis dafür zu schaffen, daß psychische Störungen nicht in erster Linie ursächlich auf organische Defekte (Hirn- und Nervenstörungen) zurückgeführt werden können, sondern daß es strukturelle Merkmale der sozialen Beziehungen der Menschen zueinander sind, die Ängste, Verwirrungen und schließlich akute Verhaltensstörungen erzeugen können; daß psychische Störungen keine individuellen, organisch bedingten Unglücksfälle, sondern ein soziales Problem darstellen.

Besonders von seiten der offiziellen Behandlungsträger psychischer Erkrankungen, aus den Reihen der Psychiatrie, kam heftige Kritik an der wahrscheinlich stark überspitzten Form der Darstellung psychiatrischer Behandlungsmethoden; eine mögliche „Richtigstellung" hätte in der Diskussion über den Film am 20. Februar (Hessen 3) gegeben werden können.

In der Diskussion mit Verteidigern der Darstellung im Film offenbarte die Diskussion jedoch auf eklatante Weise den geringen Grad, in welchem die soziale Dimension dieser psychischen Störungen in das Bewußtsein der traditionellen Psychiatrie gelangen konnte. Den vertretenen deutschen Psychiatern schien zunächst die Betonung ihrer Bedeutung, Erfahrung, Ehrungen und Fähigkeiten wichtiger zu sein als die inhaltliche Diskussion des Problems; darüberhinaus offenbarten sie eine bedenkliche Ignoranz gegenüber neueren wissenschaftlichen Untersuchungen, die die im Film vertretene Position abstützen. Für sie schien es problemlos, „der Psychose den Wind aus den Segeln" zu nehmen, indem die Patienten durch Medikamente „beruhigt" werden. Der Umstand, daß nach Absetzung der Medikamente eine große Anzahl Patienten wieder „erkrankt", wurde von ihnen als Beleg für die heilsame Notwendigkeit von *Psychopharmaka als wesentlichen Therapiebestandteilen* zu verkaufen versucht: wie vernagelt erschien dem Zuschauer der psychiatrische Horizont für die Frage, ob nicht dieser „Rückfall" vielmehr gerade darauf zurückgeführt werden müßte, daß die Pharmaka zwar die akuten Störungen dämpfen, aber die inhaltlichen Ursachen selbst unberührt lassen. Die von den Psychiatern gezeigte mangelnde Sensibilität für mögliche soziale Ursachen läßt vermuten, daß die Überspitzungen im Film einer gewissen Berechtigung nicht entbehren. Dieser Film und die Diskussion sind beide ausgesprochen gut geeignet für die Arbeit im Bereich politischer Bildung; sie könnten einen wichtigen Beitrag leisten, psychische „Erkrankungen" als strukturelles gesellschaftliches Problem zu erklären.

Henning Walter

# Wirtschaftsinformation

## Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

*1. Wirtschaftliche Entwicklung im 4. Quartal 1975*

| | Mrd. DM | Veränderungen in % gegenüber 3. Quartal 1975 | 4. Quartal 1974 |
|---|---|---|---|
| Bruttosozialprodukt (real) | 153,5 | + 8,8 | + 0,2 |
| Bruttolohn- und -gehaltssumme (nominal | 130,2 | + 8,4 | + 4,0 |
| Nettolohn- und -gehaltssumme (nominal) | 90,7 | + 4,1 | + 3,9 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal) | 66,6 | +27,3 | + 7,2 |
| Abschreibungen (nominal) | 32,9 | + 4,4 | + 8,3 |
| Privater Verbrauch (real) | 96,2 | +15,1 | + 2,9 |
| Öffentlicher Verbrauch (real) | 23,7 | +12,3 | + 0,9 |
| Investitionen (real) | 37,3 | +16,8 | + 0,2 |
| Ausfuhr (real) | 54,7 | +10,1 | — 2,8 |

(Real: in Preisen von 1962; nominal: in jeweiligen Preisen.)
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 7/76.

*2. Lebenshaltungskosten 1975 in % gegenüber Vorjahr*

| Alle Haushalte | Arbeitnehmerhaushalte | Rentnerhaushalte | Kinder |
|---|---|---|---|
| + 6,0 | + 6,1 | + 6,7 | + 7,6 |

Quelle: „Wirtschaft und Statistik", 1/76.

*3. Arbeitsmarkt (in 1000)*

| | Januar 1976 | Veränderung in 1000 gegenüber Dezember 1975 | Januar 1975 |
|---|---|---|---|
| Arbeitslose | 1351 | + 128 | + 278 |
| Kurzarbeiter | 743 | — 5 | — 158 |
| Offene Stellen | 191 | + 23 | — 30 |

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/76.

| | 4. Quartal 1975 | Veränderung in 1000 gegenüber 3. Quartal 1975 | 4. Quartal 1974 |
|---|---|---|---|
| Abhängig Beschäftigte | 21 276 | — 134 | — 636 |

Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 2/76.

*4. Unternehmenszusammenbrüche*

| 1972 | 1973 | 1974 | 1975 |
|---|---|---|---|
| 4619 | 5515 | 7722 | 9195 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, zit. in: „Handelsblatt" v. 16. 2. 1976.

*5. Geschäftsjahr 1974/75 von Siemens*

| | 1973/74 | 1974/75 | Veränderung in % |
|---|---|---|---|
| Umsatz (Mio. DM) | 17 226 | 18 907 | + 9,8 |
| Sachinvestitionen (Mio. DM) | 1 183 | 1 292 | + 9,2 |
| Jahresüberschuß (Mio. DM) | 504 | 543 | + 7,7 |
| Beschäftigte | 309 000 | 296 000 | — 4,2 |
| Darunter: | | | |
| Beschäftigte im Ausland | 88 000 | 89 000 | + 1,1 |

Quellen: „Wirtschaftswoche", Nr. 7/76; „Handelsblatt" v. 6./7. 2. 1976.

Das 4. Quartal 1975 zeigt in seinen Ergebnissen erste Anzeichen einer konjunkturellen Belebung. Ein leichter Anstieg der Produktion gegenüber dem Vorjahr — bei arbeitstäglicher Bereinigung allerdings immer noch ein leichter Rückgang — und vor allem ein sprunghafter Anstieg der Unternehmergewinne stehen real sinkenden Lohnsummen und immer noch wachsender Arbeitslosigkeit gegenüber.

Trotz aller optimistischen Aussagen — die allerdings nur Produktion und Gewinne meinen — muß bezweifelt werden, ob der wirtschaftliche Aufschwung sich nun endlich abzeichnet oder ob es sich bei den Ergebnissen der letzten Monate lediglich um eine vorübergehende Beruhigung handelt.

Während von der Seite der Produktionsmöglichkeiten und von der Seite der Unternehmergewinne her alle Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Belebung gegeben sind, stellt die Seite der Realisation, d. h. der Absatzmöglichkeiten, immer noch einen großen Unsicherheitsfaktor dar. Ob die Überproduktionskrise nun ihrem Ende zugeht, kann daher noch nicht mit Sicherheit festgestellt werden.

Die Hoffnung der Konjunkturpolitiker und der Unternehmer ruht vor allem auf dem Export. Die ganze wirtschaftspolitische Strategie zielte auf eine Belebung durch zunehmende Exporte ab und hat dafür auch eine Verlängerung der Krise in Kauf genommen. Doch gerade diese Seite stellt ein erhebliches Unsicherheitsmoment dar. Nach einem Anstieg der Exportaufträge war zum Jahreswechsel ein erneuter Rückgang zu verzeichnen. Risiken sind vor allem mit der ungleichgewichtigen Exportbilanz der BRD verbunden. Obwohl die realen Ausfuhren der BRD 1975 um rund 10 % zurückgegangen waren, lagen sowohl Exporte als auch Exportüberschüsse noch immer über dem Stand von 1973. Mit einem Ausfuhrüberschuß von 37 Mrd. DM stellt die Bundesrepublik nach wie vor ein Ungleichgewichtsmoment im Welthandel dar.

Ein erneuter Anstieg der Ausfuhrüberschüsse dürfte die Unordnung im internationalen Warenaustausch nur vergrößern. Anzeichen dafür sind der zunächst durch Dollar- und Francaufkäufe abgewendete Aufwertungsdruck auf die DM und die von England und Italien verkündeten Importrestriktionen.

In der Vergangenheit entwickelte sich entgegen der allgemeinen Tendenz der Handel mit den sozialistischen Ländern und mit den erdölexportierenden Staaten positiv. Diese stabilisierenden Faktoren haben an Gewicht verloren. Sowohl die Ausfuhren in die OPEC-Staaten als auch in die sozialistischen Länder nahmen in den letzten Monaten kaum noch zu. Im Handel mit den Ländern der sozialistischen Welt ist es vor allem das durch die krisenhaft bedingte Importschwäche der Bundesrepublik entstandene Ungleichgewicht, das die Entwicklung des Handels behindert.

Schließlich ist auch die konjunkturelle Situation in wichtigen Exportländern keineswegs so günstig, daß von daher eine kräftige Zunahme von Bestellungen zu erwarten wäre. Tatsächlich zeigen ja auch die Ergebnisse für das letzte Quartal 1975, daß der Export noch immer nicht wieder die erhoffte Rolle als „Konjunkturlokomotive" eingenommen hat.

Der bedeutendste Faktor der Realisierungsseite ist der private Verbrauch, der seinerseits in erster Linie von der Entwicklung der Nettoarbeitseinkommen abhängt. Trotz einer Zunahme der privaten Nachfrage im 4. Quartal 1975 ist die langfristige Entwicklung keineswegs so optimistisch zu sehen, wie es diese Zahlen nahelegen könnten.

Denn die Arbeitseinkommen werden 1976 — wenn die Tarifabschlüsse der nächsten Monate nicht ganz erheblich über dem 5-%-Abschluß der Stahlindustrie liegen — real ganz empfindlich zurückgehen, voraussichtlich in einer Größenordnung von 3 %.

Neben niedrigen Tarifabschlüssen werden erhöhte Sozialabgaben und Lohnsteuerprogression diese Entwicklung herbeiführen. Nach einer Projektion des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Westberlin (DIW) wird die Abgabenbelastung der Löhne und Gehälter 1976 mit 29,6 % einen Spitzenwert erreichen, der um fast 2 % über der des bisherigen Rekordjahres 1974 liegen wird. Die geringen Entlastungswirkungen der Einkommensteuerreform 1975 werden also bereits 1976 vollständig verschwunden sein.

Neben rückläufigen Reallöhnen werden sich auch die „Sparmaßnahmen" der Bundesregierung einkommensmindernd auswirken. Vor allem ist die Arbeitslosenunterstützung — bisher als „automatischer Konjunkturstabilisator" gelobt — gekürzt worden, ein Ergebnis veränderter Berechnungsmethoden und verlängerter Dauer der Arbeitslosigkeit. Auch von einem im Zuge einer etwaigen Produktionsbelebung zu erwartenden „Beschäftigungseffekt" sind keine einkommensstützenden Auswirkungen zu erwarten. Denn auch nach der optimistischen Projektion der Bundesregierung wird — bei einem realen Wirtschaftswachstum zwischen 4 und 5 % — die Zahl der Beschäftigten weiter um etwa 1 % sinken.

Schließlich dürfte auch von einer Verminderung der Preissteigerungsraten nicht viel zu erwarten sein. Denn nach krisenbedingten Preisrückgängen in einigen Bereichen der Grundstoffindustrien — z. B. bei Stahl und Chemie — werden die Preise inzwischen wieder heraufgesetzt. Insgesamt wird von der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise eine erneute Beschleunigung des Preisauftriebs erwartet. Da auch Mieten und Gebühren rasant weiter steigen, muß der regierungsoffizielle Optimismus, der mit Preissteigerungsraten von 4,5 % operiert, als lohnpolitisch orientierte Zweckpropaganda bezeichnet werden.

Nun ist der konjunkturell schädliche Effekt der Lohnkürzungen der Bundesregierung durchaus bewußt. Sie greift daher zum Strohhalm „Psychologie", um trotzdem eine Belebung des privaten Verbrauchs annehmen zu können. „Es hängt mehr von der psychologischen Einstellung der Bevölkerung ab, ob sie kaufwillig ist und in welche Sektoren sie ihre Nachfrage lenkt", führte Bundeswirtschaftsminister Friderichs aus (Interview mit der „Wirtschaftswoche", 7/76).

Doch die Rechnung mit einer kräftig verringerten „Sparneigung" ist durchaus unseriös. Zwar soll nicht bestritten werden, daß die Konsumzurückhaltung bei der Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter mit zeitlicher Verzögerung zu einem „Nachholeffekt" führen kann. Die Ersparnisbildung der Masse der Einkommensbezieher erfolgt aber vor allem aus einem Vorsichtsmotiv. Die unsichere Lebenslage der abhängig Beschäftigten wird durch Sparrücklagen etwas „sicherer" gemacht. Soweit diese Rücklagen überhaupt kurzfristig kündbar sind — „vermögenswirksame" Anlagen sind es z. B. nicht —, wird eine Auflösung oder Verringerung dann erfolgen, wenn sich die Beschäftigungs- und Einkommenssituation deutlich verbessert. Davon aber kann keine Rede sein. Die Arbeitslosigkeit bricht alle Rekorde, und von keiner Seite her wird ein Zweifel an der Tatsache gelassen, daß die Zeiten der Vollbeschäftigung endgültig der Vergangenheit angehören.

Von der Entwicklung der privaten Nachfrage werden in den kommenden Monaten also Gefahren für die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen. Ein weiterer wichtiger Faktor der Realisationsseite sind die Investitionen. Obwohl der anhaltende Rückgang Ende 1975 zunächst einmal gestoppt wurde, kann mit einer kräftigen Belebung der Investitionstätigkeit nicht gerechnet werden. Eine vorübergehende Zunahme ist Folge der Investitionsprämie. Die in das erste Halbjahr 1975 vorgezogenen Bestellungen müssen bis Mitte 1976 ausgeliefert sein, wenn die Unternehmen die öffentlichen Mittel in Anspruch nehmen wollen. Nach diesem Termin ist ein erneuter Rückschlag wahrscheinlich. Denn insgesamt ist bei einer kaum verbesserten, immer noch extrem niedrigen Kapazitätsauslastung ein Schub von Erweiterungsinvestitionen nicht zu erwarten.

Schließlich wird die öffentliche Nachfrage trotz Sonderprogrammen real eher rückläufig sein. Hier wirken sich die „Sparmaßnahmen" einerseits und die Finanzierungsschwierigkeiten vor allem der Gemeinden andererseits in einer eher prozyklischen Richtung aus.

Eine Untersuchung der einzelnen für die wirtschaftliche Entwicklung entscheidenden Faktoren zeigt, daß von einem endgültig gesicherten „Aufschwung" auch gegenwärtig noch nicht gesprochen werden kann. Dabei ist jedoch sicher, daß auch bei einem „Aufschwung" Beschäftigung und Arbeitseinkommen zurückgehen werden, wenn gewerkschaftliche Aktionen diese Entwicklung nicht stoppen.

Jörg Goldberg

# Präsident Fords „neuer Realismus"

Am 19. Januar 1976 unterbreitete Präsident Ford seine Botschaft über die Lage der Nation, ein Dokument, das jenen typischen konservativen Pendelausschlag der jüngeren politischen Entwicklung zum Ausdruck bringt, der bekanntlich nicht auf die USA beschränkt ist. Das Motto lautet: „Neuer Realismus". „Jetzt ist die Zeit für ein von Grund auf anderes Vorgehen gekommen — für einen neuen Realismus, der den großen Prinzipien entspricht, auf denen diese Nation aufgebaut wurde."

Es wäre wohl zu kurz gegriffen, jenen „neuen Realismus" ausschließlich als Reaktion auf die Erfahrungen der jüngsten Wirtschaftskrise zu begreifen — die Hilflosigkeit des Staates im Dilemma von Rezession und Inflation, angesichts des exorbitanten Haushaltsdefizits von 76 Mrd. US-Dollar im laufenden Haushaltsjahr, das es zu konsolidieren gilt, einem zögernden Aufschwung, der die hohe Arbeitslosigkeit nur unwesentlich mindert und überdies zu einem neuerlichen Inflationsschub zu führen droht.

Aber es bedurfte wohl dieser Krise, um jener Kritik zum Durchbruch zu verhelfen, auf der der „neue Realismus" gründet:

— die Kritik an dem Umfang und der Wirkungsweise der sozialen Wohlfahrtsprogramme;
— die Kritik am Verhältnis von Staat und Privatökonomie sowohl hinsichtlich des Umfangs des Staatshaushalts als auch einer "kleinlichen Tyrannei" (der Privatwirtschaft) durch massive staatliche Reglementierung;
— schließlich die Kritik an der Verlagerung des Schwerpunkts „von der Verteidigung auf Probleme der Innenpolitik, während unsere Gegner weiterhin einen massiven Rüstungsaufbau betrieben".

Hier wird durchaus deutlich, daß jener „neue Realismus" Dimensionen aufweist, die weit über die Problematik der ökonomischen Situation hinausgehen und einen tiefergehenden Eingriff in laufende Entwicklungen der Gesellschaftspolitik anvisieren. Handelt es sich doch bei der hier angesprochenen Kritik um jene Entwicklungen und Resultate einer mehr als zehnjährigen Politik der sozialstaatlichen Absicherung der Reproduktion des privaten Lebens, die von der Privatökonomie eben nicht gesichert war, angefangen von der Slumsanierung über die Sozialversicherung bis zur Gesundheitsfürsorge. Die Kritik an der „kleinlichen Tyrannei durch massive staatliche Reglementierung" zielt auf die Maßnahmen zum Konsumentenschutz, zum Umweltschutz und zur Kontrolle der Monopolmacht, mit denen der privaten Kapitalverwertung Beschränkungen auferlegt wurden. Schon seit einiger Zeit sind es nicht nur die Unternehmerverbände, sondern auch die Vertreter einiger Bundesstaaten, die eine Milderung der Umweltschutznormen fordern, um die wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren.

Schließlich drückt sich in jener Kritik an der Schwerpunktverlagerung „von der Verteidigung auf Probleme der Innenpolitik", über die Attacke an der verstärkten Kontrolle des Präsidenten durch den demokratisch dominierten Kongreß im Gefolge des Vietnamkrieges und der Watergate- und CIA-Enthüllungen hinaus, der wachsende Widerstand gegen die Durchsetzung der globalen Rüstungsbeschränkungen aus, die seit Helsinki mit Priorität auf der politischen Tagesordnung stehen. Ist doch gerade unter dem Einfluß anwachsender Ausgaben für die sozialen Wohlfahrtsprogramme der Anteil der Rüstungsausgaben am Bundeshaushalt, soweit er zumindest offiziell ausgewiesen wird, auf 26 % abgesunken.

Wenn Präsident Ford nunmehr in seiner Botschaft zur Lage der Nation dazu auffordert, die „gesunden Grundsätze" nicht zu vergessen, „unsere Fähigkeiten" nicht zu überschätzen, „ausgewogene Verhältnisse" zwischen den Ausgaben für innenpolitische Programme und den Verteidigungsausgaben zu schaffen, so kündet das die generelle Richtung an, die die von Präsident Ford proklamierte Politik des „neuen Realismus" anstrebt: „Neuer Realismus" heißt hier zunächst einmal, „Schluß zu machen" mit jenen Entwicklungstendenzen der jüngeren amerikanischen Geschichte; es bedeutet weiterhin den Versuch einer erneuten Schwerpunktverlagerung vom Bereich der sozialen Absicherung auf den Rüstungssektor und schließlich einen Rückzug des Staates aus seiner Kontrollfunktion gegenüber der privatwirtschaftlichen

Akkumulation und eine Steigerung aller Maßnahmen zur Förderung dieses Akkumulationsprozesses.

Dieser Versuch des Abbremsens laufender Entwicklungen, des Rückzugs aus staatlicher Verantwortlichkeit und der Umgewichtung staatlicher Aktivitäten kommt denn auch nirgends so deutlich zum Ausdruck wie im Entwurf des Bundeshaushalts für das kommende Haushaltsjahr, den der Präsident wenige Tage nach der Botschaft zur Lage der Nation dem Kongreß vorlegte.

Der Haushaltsentwurf sieht sowohl eine Haushaltsbegrenzung auf rund 395 Mrd. US-Dollar als auch eine Umstrukturierung der Haushaltsmittel vor. Die Haushaltsbegrenzung wird in erster Linie mit der Notwendigkeit begründet, das Haushaltsdefizit von 76 Mrd. Dollar auf 43 Mrd. Dollar zu reduzieren. Allein dies würde für die Ausgabenseite eine Durchführung gesetzlicher Haushaltskürzungen von 15 bis 20 Mrd. Dollar bedeuten, die notwendigerweise eine Umstrukturierung der verbliebenen Ausgabensumme nach sich zieht. Auf der Seite der Steuereinnahmen errechnet sich die Reduktion des Defizits allerdings nur unter Zugrundelegung eines kräftigen Wirtschaftswachstums von 7,7 %, einer vergleichsweise niedrigen Inflationsrate von 6 % bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit von 6,9 %. Wichtiger jedoch als eine Kritik an der Realitätsnähe der Prämissen solcher Prognosen ist der Sachverhalt, daß bei der Haushaltsbegrenzung sehr wohl die Gesichtspunkte der Ausgeglichenheit des Staatshaushalts und der vorsorglichen Inflationsdämpfung eine Rolle spielten, nicht jedoch das Arbeitslosenproblem. Der Haushalt sieht keine neuen Programme zur Schaffung von Arbeitsplätzen vor. Dazu heißt es lakonisch: „Eine Regierung — eine Regierung, wie wir sie haben — kann nicht so viele Arbeitsplätze schaffen", wohl aber könne man der Privatwirtschaft Anreize geben, damit diese Arbeitsplätze bereitstelle. Damit ist die staatliche Absicherung von Arbeitsplätzen auf jenen Bereich der Akkumulationshilfe verlagert, der auf den Komplex der Umverteilung von Haushaltsmitteln verweist.

Die Schaffung „ausgewogener Verhältnisse" steht im Mittelpunkt jener Umgewichtung von Haushaltsmitteln, die der Haushaltsentwurf vorsieht. Dabei wird zunächst eine Verlängerung der Steuerminderung für ein weiteres halbes Jahr angekündigt, die zur Stützung der Massenkaufkraft Steuervorteile von 10 Mrd. Dollar für die privat verfügbaren Einkommen bringen sollen. Diese sicherlich wahlwirksame Maßnahme kann jedoch kaum verdecken, daß dieses „Geschenk" teuer bezahlt wird: Eine Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung um 0,6 % schöpft bereits wieder 5 Mrd. Dollar ab; hinzu kommen eine Verteuerung des staatlichen Gesundheitsdienstes, die gerade die Mehrzahl der älteren und einkommensschwachen Bevölkerungsgruppe massiv betrifft, und ein Ersuchen des Präsidenten um allgemeine Vollmachten, „um die Bestimmungen für Auswahl und Vergünstigungen zu verschärfen". Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß das Ergebnis dieser Bemühungen insgesamt die soeben gewährten Steuervorteile nicht nur wieder aufzehrt, sondern überkompensiert.

Demgegenüber steht der Katalog der geplanten Akkumulationsanreize: Die Fortsetzung bereits bestehender Maßnahmen wie der Steuergutschriften für Investitionen, eine Senkung der Körperschaftssteuer von 48 % auf 46 %, die Möglichkeit von Sonderabschreibungen in Regionen mit über 7 %iger Arbeitslosigkeit, sowie steuerliche Vergünstigungen für den langfristigen Erwerb von Aktien.

Nicht zu vergessen ist schließlich eine Aufstockung des Rüstungsetats um 10 Mrd. Dollar auf insgesamt 101 Mrd. Dollar: „Unsere militärische Stärke ist ohnegleichen — und ich will, daß es so bleibt."

Alles in allem in der Tat ein „Budget ohne Illusionen". Die Umverteilung der Proportionen der Wertschöpfung zwischen Löhnen und Gewinnen, die sich im Ablauf der jüngsten Wirtschaftskrise durch Arbeitslosigkeit, Lohndruck und Reallohnsenkung zugunsten einer steigenden Profitrate durchgesetzt hat, wird hier auf der staatlichen Ebene nachvollzogen. Mehr noch, diese Konstellation der Krise wird zum Katalysator für eine Umorientierung auf zentralen Gebieten der staatlichen Politik, einer generellen Gewichtsverlagerung von der staatlichen Funktion der Reproduktionssicherung zur staatlichen Funktion der Akkumulationsförderung. Es war Friedrich Engels, der einmal formulierte, daß bislang noch jede größere Krise in einem Triumph des Kapitals endete. In diesem Sinne ist Präsident Fords „neuer Realismus" so neu nun auch wieder nicht. Dirk Ipsen

# Dokumente zum Zeitgeschehen

## Rede des Außenministers der USA, Henry A. Kissinger, über das Verhältnis USA-UdSSR und über die weltpolitische Entwicklung in San Francisco am 3. Februar 1976

**(Wortlaut)**

*Der Außenminister der USA, Dr. Henry A. Kissinger, hielt am 3. Februar 1976 vor dem Commonwealth Club in San Francisco einen international beachteten Vortrag zu aktuellen weltpolitischen Fragen, besonders aber zum Verhältnis USA—UdSSR, den wir nachstehend im Wortlaut abdrucken. D. Red.*

Amerika tritt in sein drittes Jahrhundert und in seine 48. Präsidentenwahlen ein mit unvergleichlicher physischer Stärke, einem gesunden außenpolitischen Konzept und doch von Selbstzweifeln gezeichnet. In den letzten anderthalb Jahrzehnten haben wir erlebt, daß ein Präsident ermordet, ein weiterer aus dem Amte getrieben wurde und ein dritter zurückgetreten ist. Wir haben die Agonie von Vietnam und Watergate durchlebt. Wir kämpfen immer noch darum, die Bitterkeit und Spaltung in ihrem Gefolge zu überwinden. Es gibt keine dringlichere Aufgabe für uns, als unsere nationale Einheit und unsere nationale Entschlossenheit wiederherzustellen.

Wir können uns als die stärkste freie Nation den Luxus einfach nicht leisten, uns zurückzuziehen und unsere Wunden zu lecken. Es hängt zu viel von uns ab — Frieden oder Krieg, Prosperität oder Depression, Freiheit oder Tyrannei. Für Amerika steht zu viel auf dem Spiel, als daß es sich selbst lähmen und die Vergangenheit zerreißen, sensationelle Schlagzeilen in der Gegenwart suchen oder Wunderheilmittel für die Zukunft anbieten könnte. Denn schließlich wird unser eigenes Wohlergehen — werden amerikanisches Leben und amerikanische Arbeitsplätze — davon berührt, wenn wir es zulassen, daß Uneinigkeit und Durcheinander im eigenen Lande uns gegenüber unseren internationalen Verpflichtungen in die Knie zwingen.

Und daher ist es ein dringendes Gebot, daß die nationale Debatte in diesem Wahljahr — der größten Demonstration, wie frei ein Volk sich selbst regieren kann — unser Selbstvertrauen und unsere Fähigkeit zur Durchführung einer wirkungsvollen nationalen Politik stärkt und nicht untergräbt. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß wir unsere nationale Einheit und unser Gefühl dafür, daß wir an einer gemeinsamen Sache beteiligt sind, rasch wieder herstellen.

In diesem Geiste möchte ich heute die Beziehungen Amerikas zur Sowjetunion, jener anderen Supermacht auf der Welt, erörtern. Diese Beziehung hat — durchaus zu Recht — in den vergangenen Monaten einen wichtigen Platz in unserer nationalen Debatte eingenommen. Ich möchte hier die Ansichten dieser Administration über die Bedingungen darlegen, die zu jener als „Entspannung" bezeichneten Politik führten, über die Ziele, die wir verfolgen, und über das Verhältnis, in dem unsere Politik gegenüber der Sowjetunion zu dem Gesamtkonzept unserer amerikanischen Diplomatie steht.

Die Vereinigten Staaten sehen sich heute einer Herausforderung gegenüber, wie es sie in ihrer Geschichte noch nie gegeben hat, und einer weiteren Herausforderung, wie man sie in der Weltgeschichte bisher nicht gekannt hat. Amerika findet sich jetzt zum erstenmal dauernd und unwiderruflich in das weltpolitische Geschehen verstrickt. Zur gleichen Zeit aber stehen wir aufgrund der katastrophalen Natur eines Nuklearkriegs unter dem unausweichlichen Zwang — der alle traditionellen Vorstellungen und Begriffe der Diplomatie und des Kräftegleichgewichts übersteigt —, eine Weltordnung zu schaffen, die ihre Stabilität aus der Zurückhaltung und Selbstbeschränkung und schließlich der Zusammenarbeit gewinnt.

Während der ersten 150 Jahre unserer Geschichte sorgten die beiden Ozeane, der Schutzschild der britischen Flotte und das Gleichgewicht unter den europäischen Mächten für unseren Frieden und unsere Sicherheit. Der Erfolg unserer Demokratie im eigenen Lande und das Fehlen jeder direkten Bedrohung von außen erweckten in uns das Gefühl der Einmaligkeit und Besonderheit und nährten die Illusion, daß es Sache Amerikas sei, zu entscheiden, ob und wann wir uns an weltpolitischen Angelegenheiten beteiligen wollten.

Seit Tocqueville ist es zu einem Klischee geworden, daß die Amerikaner — als Volk — nur langsam in Erregung zu bringen seien, daß sie aber — sobald einmal aufgerüttelt — eine ungeheure und nicht zu bezwingende Macht darstellten. Als wir uns dann schließlich auf außenpolitischem Gebiet weiter hervorwagten, identifizierten wir dieses unser Vorgehen immer noch als eine vorübergehende Störung und Unterbrechung unserer Ruhe.

Unsere Geschichte blieb mit Ausnahme des Bürgerkriegs frei von jenen Tragödien und dem Gefühl für die praktisch gesetzten äußeren Grenzen, die die Erfahrungen beinahe aller anderen Völker bestimmt haben. Unsere Erfahrungen schienen uns zu lehren, daß sich jedes Problem durch entschlossene Willensanstrengung lösen lasse — und zwar ein-für allemal. Wir sahen den Frieden als etwas Natürliches, Stabilität als normal und ein Engagement im Ausland nur solange als angemessen an, als es notwendig war, um eine temporäre Bedrohung oder Unordnung zu beseitigen.

Wir traten in den Ersten Weltkrieg ein, um „dem Krieg und allen Kriegen ein Ende zu setzen" und „die Welt für die Demokratie sicherer zu machen". Wir kämpften im Zweiten Weltkrieg bis zur „bedingungslosen Kapitulation" der anderen Seite. Selbst noch in den ersten 25 Jahren nach Ende des Zweiten Weltkriegs — einer Ära großer schöpferischer Leistung und eines noch nie dagewesenen außenpolitischen Engagements Amerikas — agierten wir, als ob die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung der Welt ein- für allemal durch den Einsatz amerikanischer Hilfsquellen sowie unseres Know-hows und unserer Willensanstrengung gewährleistet werden könnten. Zu einem solchen Handeln wurden wir ermutigt, ja fast gezwungen, durch unsere einmalige Vorrangstellung in einer durch den Krieg und den Zusammenbruch der großen Kolonialreiche zerrütteten Welt. Wir glaubten, daß die Stationierung unserer Truppen in Europa und anderen Teilen der Welt nur vorübergehender Natur sein würde. Wir meinten, daß die Politik der Eindämmung die Sowjetunion umformen würde und daß aus einer gewandelten sowjetischen Gesellschaftsform zwangsläufig ein verträgliches und brauchbares Mitglied einer harmonischen internationalen Völkergemeinschaft hervorgehen würde.

Auf der anderen Seite hat die zentrale Bedeutung moralischer Werte im Leben Amerikas uns immer eine akute Empfindsamkeit für die Reinheit der Mittel gegeben — und als wir über eine überwältigende Macht verfügten, besaßen wir auch den Luxus einer großen Auswahlmöglichkeit. Unsere moralische Strenge machte uns den Kompromiß schwer, und unser Übergewicht ließ einen solchen oft unnötig erscheinen.

Heute verfügen wir zwar noch immer über massive Stärke, aber wir erfreuen uns keiner echten nuklearen Vorherrschaft mehr. Wir bleiben weiterhin das Land mit der produktivsten und erfinderischsten Wirtschaft, aber wir müssen heute diese Führung mit Westeuropa, Kanada und Japan teilen. Wir haben es heute mit den neuen reichen und sich entwickelnden Ländern zu tun, und wir müssen hinsichtlich unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den kommunistischen Ländern neue Wege suchen. Unsere demokratischen Prinzipien werden von den Millionen Menschen der Welt immer noch weit höher geschätzt, als wir glauben. Aber wir müssen auch mit neuen Ideologien konkurrieren, die progressive Ziele proklamieren, aber sie mit Methoden der Unterdrückung verfolgen.

Heute stehen wir zum erstenmal in unserer Geschichte vor der nackten Tatsache, daß die Herausforderung zeitlich unbegrenzt ist; daß es keine leichte und sicherlich keine endgültige Antwort gibt; daß es keine automatischen Lösungen gibt. Wir müssen lernen, Außenpolitik zu betreiben, wie andere Länder dies schon seit Jahrhunderten tun mußten — ohne Ausflucht und ohne Atempause, in dem Wissen, daß das Erreichbare immer hinter dem Ideal zurückbleibt, in dem Bewußtsein der Notwendigkeiten der Selbsterhaltung, in der Erkenntnis, daß die Reichweite unserer nationalen Zielsetzung ihre Grenzen hat. Das ist für Amerikaner eine neue Erfahrung. Sie löst Heimweh nach einer einfacheren Vergangenheit aus. Wie schon früher in unserer Geschichte, führte diese Erfahrung zu der Suche nach Prügelknaben, wobei man glaubt, eine bestimmte Politik für objektive Verhältnisse verantwortlich machen zu können.

Aber gerade weil wir nicht mehr über eine Vorherrschaft verfügen, sondern einen Kurs auf lange Sicht einschlagen müssen, ist das heute ein Vorteil für unsere Beständigkeit und Zielstrebigkeit. Wir können es uns nicht leisten, bedenkenlos zwischen Konfrontation und Verzicht hin und her zu schwanken. Und ebensowenig können wir mit nostalgischen Hoffnungen harte Realitäten wegwünschen. Wir können nicht länger so handeln, als ob wir uns in außenpolitischen Angelegenheiten nur nach eigener Wahl einmischen könnten oder nur um irgendwelche spezifischen Probleme zu lösen, um dann unsere Prioritäten wieder zurück auf unsere natürliche Beschäftigung mit uns selbst zu verlegen. Die Wirklichkeit ist, daß es ohne unsere Wachsamkeit keine Sicherheit geben kann und ohne unseren Einsatz keinen Fortschritt.

Das ist der Zusammenhang, in dem die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gesehen werden müssen.

*Die derzeitige Herausforderung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen*

Die Frage, wie man sich zur Sowjetunion stellen sollte, ist drei Jahrzehnte lang ein zentrales Anliegen der amerikanischen Politik gewesen. Was heute neu ist, ist die Kulmination von dreißig Jahren Nachkriegswachstum der industriellen, technologischen und militärischen Macht der Sowjets. Das ist keine Folge einer amerikanischen Politik, und das hätte auch durch keine amerikanische Politik verhindert werden können. Aber amerikanische Politik kann dafür sorgen, daß diese Macht nicht eingesetzt wird, um den sowjetischen Einfluß zu unserem Nachteil auszuweiten. Wir besitzen die Fähigkeit, Verbündete und Freunde in die Lage zu versetzen, in einem Gefühl der Sicherheit zu leben; wir besitzen die Mittel, um den Prozeß des Aufbaus einer internationalen Ordnung der Zusammenarbeit und des Fortschritts voranzutreiben.

Wir müssen dies jedoch unter bisher nie dagewesenen Bedingungen schaffen. In früheren Zeiten hat die Rivalität zwischen Großmächten fast immer zum Krieg geführt. In unserer Zeit, in der thermonukleare Waffen Verluste von Hunderten von Millionen Menschen androhen, ist eine solche Folge undenkbar. Wir müssen ein fundamentales Aufeinanderprallen von Ideologien im Griff behalten und die Rivalität der nuklearen Supermächte zunächst in die Koexistenz zwingen und dann die Koexistenz in eine positivere und kooperative Zukunft umformen. Denn, wie Präsident Kennedy einmal gesagt hat, „in der letzten Erkenntnis ist unsere grundlegendste gemeinsame Bindung, daß wir alle diesen kleinen Planeten bewohnen, daß wir alle die gleiche Luft atmen, daß wir uns alle um die Zukunft unserer Kinder sorgen und daß wir alle sterblich sind."

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war das Schreckgespenst für uns, daß die Sowjetunion nach der Konsolidierung ihrer Besetzung Osteuropas versuchen könnte, ihre Kontrolle über anliegende Gebiete in Europa und Asien auszudehnen. Unsere Politik war daher darauf eingerichtet, Bündnisse und Positionen der militärischen Stärke aufzubauen, von denen aus wir die Sowjetunion eindämmen und isolieren konnten. Auf diese Weise glaubte man, die Sowjetunion schließlich zum Frieden zwingen zu können. Innerhalb der sowjetischen Gesellschaft könnten dann Veränderungen eintreten, die expansionistischen Tendenzen Einhalt gebieten würden und die UdSSR im Laufe der Zeit zu einem kooperativen Mitglied des internationalen Systems machen könnten.

Diese Politik hat uns und unsern Verbündeten genützt. Der sowjetischen Expansion wurde Einhalt geboten. Hinter unserm Sicherheitsschild und mit unsrer Unterstützung richteten unsere Freunde und Verbündeten in Westeuropa ihre Volkswirtschaften wieder auf und schufen ihre demokratischen Institutionen neu. Die Hoffnung jedoch, daß diese Politik eine permanente Stabilität, eine positive Entwicklung des sowjetischen Systems und eine stärkere Normalität herbeiführen würde, erfüllte sich nur teilweise. In der unmittelbaren Nachkriegsperiode verhüllte die Aggressivität der sowjetischen Ideologie der Stalin-Ära einige der tatsächlichen Schwächen des sowjetischen Staates. Dagegen erfreuten sich die Vereinigten Staaten noch im Jahre 1962 während der Kuba-Krise einer Überlegenheit in strategischen Raketen von 5:1, in strategischen Bombern von 3:1, einer totalen Überlegenheit an Kriegsschiffen und einer in etwa gleichen Stärke an Landstreitkräften in Europa.

Mit dem Erwerb nuklearer Technologie und den Veränderungen des internationalen Systems durch die Entkolonialisierung begann die Sowjetunion Schritt für Schritt als eine erstklassige Militärmacht hervorzutreten. Was die strategische militärische Stärke anlangt, so hat die UdSSR eine generelle Gleichwertigkeit mit den Vereinigten Staaten erreicht. Das mußte bei einem großen Land, dessen Herrscher bereit waren, ihrer Bevölkerung große Opfer abzuverlangen und der militärischen Stärke die absolute Priorität bei der Zuteilung der Mittel zu geben, praktisch unausweichlich so kommen. Obwohl das Bruttosozialprodukt der Sowjetunion nur halb so groß ist wie das unsrige, sind die militärischen Ausgaben der Sowjets höher als die der Vereinigten Staaten.

Zum erstenmal in der Geschichte kann die Sowjetunion fernliegende Orte jenseits der eurasischen Landmasse bedrohen — einschließlich der Vereinigten Staaten. Nachdem kein Teil der Welt mehr außerhalb der Reichweite ihrer Streitkräfte liegt, hat die UdSSR begonnen, ihre Interessen und Ziele in globalen Begriffen zu definieren. Die sowjetische Diplomatie ist im Nahen Osten, in Afrika und Asien vorgedrungen. Diese Entwicklung ist heute in echter Macht verwurzelt und keineswegs nur in der rhetorischen Manifestation einer Universaldoktrin, die, nebenbei bemerkt, nur sehr wenig Gewicht oder Anziehungskraft hat.

Unser zentrales Sicherheitsproblem in den letzten Jahren hat darin bestanden, mit den Auswirkungen dieser aufstrebenden Supermacht fertigzuwerden. Diese Aufgabe wird nie verschwinden, und sie wird wahrscheinlich niemals „gelöst" werden. Jede Administration in absehbarer Zukunft wird sich dieser Aufgabe stellen müssen. Unsere Politik muß sich mit den Folgen befassen. Der Aufstieg ehrgeiziger neuer Mächte in ein bestehendes internationales System ist ein immer wiederkehrendes Phänomen. In der Geschichte war die Anpassung einer bestehenden Ordnung an das Auftreten eines oder mehrerer neuer Akteure fast immer von Krieg begleitet — um den Aufstieg zu verhindern, um einige der bisher etablierten Akteure zu beseitigen oder ihre Zahl zu verringern, um das Gleichgewicht der Kräfte in einem revidierten System auf die Probe zu stellen. Im Nuklearzeitalter jedoch, in dem die Verluste in einem allgemeinen Nuklearkrieg in wenigen Tagen in die Hunderte von Millionen gehen würden, bedeutet die Anwendung von Gewalt nur die Katastrophe. Es ist unsere Aufgabe, die Sowjetmacht ohne globalen Krieg einzudämmen — sowohl den Verzicht, als auch die unnötige Konfrontation zu vermeiden.

Das ist zu schaffen, aber es erfordert eine delikate und komplexe Politik. Wir müssen nach einem Gleichgewicht der Macht streben, aber wir müssen darüber hinausgehen, um gegenseitige Zurückhaltung, Koexistenz und letztlich Zusammenarbeit zur guten Gewohnheit zu machen. Wir müssen eine neue internationale Ordnung in einer außerordentlich gefährlichen Umwelt stabilisieren, aber unser Endziel muß es sein, den ideologischen Konflikt in eine konstruktive Beteiligung am Aufbau einer besseren Welt zu verwandeln. Das ist das, was wir unter dem Prozeß verstehen, der „Detente" genannt wird — nicht der Hunger nach einem Abbau der Spannungen, nicht das Streben nach Übereinkommen um jeden Preis, nicht das gedankenlose Suchen nach einer freundlichen Atmosphäre, wie es von einigen Kritikern als naive und gefährliche Karikatur gezeigt wird.

Die von dieser Administration verfolgte Politik ist immer darauf ausgerichtet gewesen, eine sowjetische Expansion zu verhindern, aber auch ein System von Beziehungen aufzubauen, in dem die Sowjetunion bei Aggression immer mit Strafen rechnen muß und das ebenso zunehmende Anreize für eine Zurückhaltung bietet. Diese Ziele liegen durchaus innerhalb unserer Reichweite.

Die sowjetische Macht entwickelt sich ziemlich uneinheitlich. Die sowjetische Gesellschaft ist heute nicht mehr gänzlich von den Kontakten mit oder den Einflüssen der Welt um sie herum abgeschlossen, auch hat die Sowjetunion selbst ihren eigenen Bedarf an Beziehungen nach außen. Schließlich sind es die großen demokratischen Industrienationen, nicht die Sowjetunion, die der Motor der Weltwirtschaft und die vielversprechendsten Partner für die ärmeren Länder sind.

Die demokratischen Industrienationen besitzen, wenn sie ihren Herausforderungen mit Zuversicht begegnen — wenn sie sich nicht selbst in die Illusion einfacher Lösungen hypnotisieren — gewaltige Stärke, um die Sowjetmacht einzudämmen und diese Macht in konstruktive Richtungen zu lenken. Unsere wesentliche Aufgabe besteht in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer zweigleisigen Politik, die gleichzeitig und mit gleichem Nachdruck expansionistischen Vorstößen widersteht und eine konstruktive Beziehung zu gestalten sucht. Wir müssen verhindern, daß die Sowjetunion ihre wachsende Stärke in globale oder regionale Vorherrschaft verwandelt. Aber wir müssen das tun, ohne jede Krise in eine massive Konfrontation zu eskalieren. In den letzten Jahren haben die Vereinigten Staaten nachdrücklich den Versuchen der Sowjetunion widerstanden, einen Flottenstützpunkt in Kuba zu errichten, die Zugangswege nach Berlin zu behindern, die explosive Situation im Nahen Osten auszuschlachten. Jüngst haben wir versucht, einer offenen Intervention in Angola Einhalt zu gebieten — bis wir durch den Kongreß daran gehindert wurden.

Zur gleichen Zeit aber besteht für uns der Menschheit gegenüber die historische Pflicht, uns mit der Sowjetunion um Vereinbarungen zur Lösung konkreter Probleme zu bemühen und die düsteren Wolken einer nuklearen Katastrophe zu vertreiben. Zumindest aber müssen wir unserer Bevölkerung gegenüber zeigen, daß ihre Regierung keine Chance ungenutzt ließ, um zu konstruktiven Lösungen zu gelangen, und daß die auftretenden Krisen unvermeidbar waren. Denn wie immer man es auch wenden mag, die Amerikaner werden keine Konfrontation unterstützen, die sie als absichtlich herbeigeführt ansehen. Das ist der Grund, warum die Vereinigten Staaten Grundsätze für verantwortungsbewußte Beziehungen im Nuklearzeitalter aufgestellt haben: Achtung der Interessen aller, Zurückhaltung bei der Anwendung und dem Einsatz von Macht und Verzicht auf alle Versuche, eine instabile Lage oder lokale Konflikte zum einseitigen Vorteil auszubeuten. Die Vereinigten Staaten haben versucht, diese Prinzipien bei wichtigen

Verhandlungen über Rüstungskontrolle, der Verhinderung eines ungewollten Krieges und bei der Lösung politischer Streitfragen — wie Berlin — mit Leben zu erfüllen.

Und wir haben damit begonnen, ein System kooperativer Abkommen in mehreren wichtigen Bereichen zu schaffen — in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Medizin, des Umweltschutzes und vieler anderer —, die einen konkreten Nutzen verheißen, sofern die politischen Bedingungen ihre volle Verwirklichung und weitere Entwicklung gestatten. Wir waren der Überzeugung, daß sich — mit Geduld — ein gewisses Grundschema der Zurückhaltung und ein System wohlfundierter Interessen entwickeln lasse, das der Koexistenz eine hoffnungsvollere Dimension geben wird und beiden Seiten zum Bewußtsein bringt, was sie zu verlieren hätten, wenn sie wieder auf die Politik des Drucks, der Konfrontation und der Krise zurückgriffen.

Diese Politik spiegelt die tiefsten Hoffnungen und Wünsche des amerikanischen Volkes wider. Anfang der 70er Jahre, als die derzeitigen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gestaltet wurden, hatte unsere Nation bereits eine Reihe traumatischer Ereignisse hinter sich und befand sich in einem quälenden und bedrückenden Krieg. Es kam zu wilden Demonstrationen und Protestaktionen auf den Straßen und an den Universitäten, bei denen man einen raschen Fortschritt hin zum Frieden forderte. Jedes neue Verteidigungsprogramm wurde kritisiert und in Frage gestellt — darunter auch das ABM-Raketenabwehrsystem, das nur mit einer Stimme Mehrheit gebilligt wurde, die Entwicklung von Mehrfachgefechtsköpfen (MIRV), das Trident-Unterseeboot und der B-1-Bomber. Ein Kongreß nach dem anderen verabschiedete Resolutionen, in denen die Regierung dringend ersucht wurde, in einer Neufestsetzung unserer nationalen Prioritäten von dem Komplex der Verteidigung abzurücken. Wir wurden ständig angegriffen, weil wir bei den SALT-Verhandlungen keine Konzessionen machten. Der Kongreß und viele Interessengruppen drängten unausgesetzt auf eine Öffnung des Ost-West-Handels und agitierten gegen den von der Administration eingeschlagenen Weg, den Fortschritt in den wirtschaftlichen Beziehungen mit einem zuvor erzielten Fortschritt in den politischen Beziehungen zu koppeln. Im Verlauf des Jahres 1970 und des Jahres 1971 wurden wir in eine Reihe von Krisen mit der Sowjetunion verwickelt und dabei oft einer provozierenden oder militanten Haltung beschuldigt.

So wirkte noch vor wenigen Jahren der ganze Druck in diesem Lande und von seiten unserer Verbündeten in überwältigender Weise darauf hin, rasch zu besseren Beziehungen zu Moskau zu gelangen. Wir widerstanden diesem Drängen damals genauso, wie wir uns heute weigern, uns in die entgegengesetzte Richtung hineintreiben zu lassen. Nach Ansicht der Administration braucht unser Land eine ausgewogene Politik, in der sich Festigkeit mit Entgegenkommen, starke Verteidigung mit Rüstungskontrolle, politische Grundsätze und wirtschaftliche Anreize vereinen. Und es muß eine Politik auf lange Sicht sein, die das amerikanische Volk tragen und unterstützen kann und die Aussicht auf eine konstruktive Zukunft bietet.

Es ist daher schon etwas wie Ironie, daß sich unsere nationale Debatte in vieler Hinsicht heute einmal um sich selbst gedreht zu haben scheint. Die Umstände, aus denen die Idee der Entspannung entsprang, sind weitgehend vergessen. Diejenigen, die einst auf Konzessionen und einseitige Zurückhaltung in den Forderungen gegenüber Moskau drängten, beschuldigen heute die Regierung, sie sei zu konziliant. Jene aber, die darüber klagen, daß wir auf die Schritte der Sowjets nicht mit genügend Kraft und Energie reagieren, sind oft genau dieselben, die unablässig bemüht sind, die Ansatzmöglichkeiten, die unser Land hat, um Einfluß auszuüben und Aktionen zu treffen, zu beseitigen — sei es durch Restriktionen bei Handel und Kredit, sei es durch Schwächung unserer Nachrichtendienste oder dadurch, daß sie die Hilfe gegenüber unseren Freunden verhindern, die der sowjetischen Aggression zu widerstehen versuchen.

Die Handels- und Kreditrestriktionen sind dafür ein typisches Beispiel. Die Frage der Menschenrechte ist ein tiefgreifendes und legitimes Anliegen für alle Amerikaner. Aber der Versuch des Kongresses, dieses ganz offen mit Wirtschaftsbeziehungen zu koppeln — ohne Feingefühl oder Verständnis für die sowjetische Politik —, hat uns der wirtschaftlichen Hebel beraubt und zugleich die Zahl der Emigranten aus der Sowjetunion einschneidend reduziert. Andere Industrieländer sind erschienen, um Kredite und Technologie zur Verfügung zu stellen — weniger besorgt um die Ziele der Schaffung eines Klimas politischer Zurückhaltung, die wir angestrebt hatten.

Wir müssen daher Verständnis gewinnen für Umfang und Grenzen einer realistischen Politik:

— Wir können das Anwachsen der sowjetischen Macht nicht verhindern, aber wir können verhindern, daß sie zu einseitigem Vorteil und politischer Expansion verwandt wird.

— Wir können den Aufbau sowjetischer Streitkräfte nicht verhindern, aber zusammen mit unseren Verbündeten besitzen wir die Fähigkeit, ein Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Wir können diese Aufgaben nicht vernachlässigen und dann der Sowjetunion die Schuld geben, wenn sich das militärische Gleichgewicht zu unseren Ungunsten verschiebt.

— Wir besitzen die diplomatische, wirtschaftliche und militärische Fähigkeit, dem Expansionismus Widerstand zu leisten, aber wir dürfen uns nicht in eine Rhetorik der Konfrontation hineinsteigern, während wir uns gleichzeitig der Mittel zu einer Konfrontierung berauben.

— Wir müssen akzeptieren, daß souveräne Staaten — vor allem solche von ungefähr gleicher Stärke — einander keine unannehmbaren Bedingungen auferlegen dürfen, und müssen durch Kompromisse zu Fortschritten kommen.

— Wir müssen mit der Realität der nuklearen Bedrohung leben, aber es steht in unserer Macht, eine neue Beziehung herzustellen, die die nukleare Gefahr überwindet.

Wollen wir daher dem defaitistischen Gerede ein Ende machen, wonach die sowjetische Politik meisterhaft, zielstrebig und überwältigend sei, während die amerikanische Politik taumelnd, unsicher und schwach sei. Wollen wir damit aufhören, so zu tun, als zeigten harte Reden und bewußte Konfrontationen irgendwie ein Vertrauen zu Amerika. Das Gegenteil ist wahr. Diejenigen, die erklären, daß das amerikanische Volk eine komplexe Politik der Stärke und des Entgegenkommens unterstützen und daß diese Politik erfolgreich sein wird, zeigen den wahren Glauben an unsere Fähigkeiten und unsere Zukunft. Wir verfügen über eine Konzeption und die materiellen Voraussetzungen, um gegen die Sowjetunion bestehen zu können. Wir werden erfolgreich sein, wenn wir als geeintes Volk voranschreiten.

Vor diesem Hintergrund möchte ich zwei aktuelle Fragen erörtern, die zwei Richtungen unserer Politik aufzeigen, die wir gleichzeitig verfolgen:

— Die Gespräche über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT), durch die wir eine positivere Zukunft anstreben.

— Die Situation in Angola, wo wir den sowjetischen Expansionismus einzudämmen suchen.

*Die Begrenzung der strategischen Rüstungen*

Eine zentrale Tatsache, die unsere Epoche von allen früheren geschichtlichen Zeiträumen unterscheidet, ist die Existenz gigantischer Massenvernichtungswaffen, die in kürzester Zeit fast unbegrenzte Entfernungen überwinden können. Kein Teil des Erdballs liegt außerhalb ihrer Reichweite. Kein Teil des Erdballs würde von den Auswirkungen eines allgemeinen nuklearen Schlagabtauschs verschont bleiben.

Jahrhundertelang war es eine unumstößliche Tatsache, daß sich ein Zuwachs an militärischer Stärke praktisch sofort in einen politischen Vorteil umsetzen ließ. Heute steht jedoch fest, daß ein neuer Zuwachs des strategischen Waffenarsenals nicht auch automatisch zu politischen oder militärischen Vorteilen führt. Allerdings liegt es in der Natur der Sache, daß die andere Seite zwangsläufig nachzieht, wenn eine Seite ihr strategisches Waffenarsenal ausweitet. Der Rüstungswettlauf wird zum Teil deswegen fortgesetzt, weil ein festgestelltes Ungleichgewicht von jeder Seite als politisch nicht akzeptabel betrachtet wird, obwohl es heute schwierig geworden ist, genau zu definieren, welchen rein militärischen Zwecken gedient wird.

Wir stehen damit vor einer paradoxen Situation: Bei dem derzeitigen Stand und der vorhersehbaren Entwicklung der Nuklearwaffen wird es immer gefährlicher, sie einzusetzen. Seit 1962 waren in keiner Krise die strategischen Waffen der beiden Seiten entscheidend für ihren Ausgang. Heute besteht der Hauptzweck dieser Waffenarsenale immer mehr darin, mit den Streitkräften des Gegners gleichzuziehen und auf sie abschreckend zu wirken. Denn unter praktisch keinen Umständen könnten die Vereinigten Staaten — oder die Sowjetunion — es vermeiden, daß bei einem nuklearen Schlagabtausch 100 Millionen Menschen sterben müßten. Trotzdem geht das Wettrüsten weiter, einfach weil es so schwer ist, einen Weg zu finden, um aus der Tretmühle herauszukommen.

Natürlich gibt es in den Planungen theoretische Abläufe, wie eine Seite ihre strategischen Streitkräfte einsetzen und unter gewissen angenommenen Umständen überleben könnte. Aber hier werden die Berechnungen des Technikers mit dem verwechselt, was ein verantwortungsbewußter Staatsmann entscheiden kann. Hier wird immer wieder mit theoretischen Annahmen operiert, wie etwa eine Seite die Zerstörung ihrer Raketensilos zulassen würde, ohne vor dem Auftreffen der anderen Raketen die eigenen abzu-

feuern. Auf diese Annahme würde sich kein Aggressor stützen, vor allem wenn Streitkräfte involviert sind, wie sie die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion heute und in den kommenden Jahren besitzen.

Diese Situation erlegt den Führern der beiden nuklearen Supermächte eine einzigartige und schwere Verantwortung auf. Das anhaltende nukleare Wettrüsten erfordert die endlose Aufstellung theoretischer Abläufe unmittelbar bevorstehender oder potentieller nuklearer Angriffe. Der Versuch, sich gegen alle denkbaren Eventualfälle abzusichern, gleichgültig, wie phantastisch sie sein mögen, nährt die politischen Spannungen und könnte leicht zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führen. Die Fixierung auf ein potentielles strategisches Rüstungsgleichgewicht, wie sie bei einem unbegrenzten Wettrüsten gegeben ist, nimmt Mittel für strategisch unproduktive Gebiete weg — vor allem von den Streitkräften für die örtliche Verteidigung, wo Unterlegenheit oder Ungleichgewichte sich rasch zu unserem Nachteil auswirken könnten. Wenn es zu keiner Zurückhaltung kommt, dann könnte das Wettrüsten bei strategischen Waffen ernste Folgen für die Zukunft der internationalen Beziehungen und in der Tat für die Zukunft der Zivilisation haben.

Die Vereinigten Staaten haben daher seit 1963 eine Reihe von Rüstungskontrollabkommen angestrebt und erreicht, die zu einer gewissen Zurückhaltung bei der nuklearen Rivalität geführt haben. Im Jahre 1972 kam ein bedeutsamer Durchbruch in der Begrenzung strategischer Waffen zustande. Wenn das Übereinkommen von Wladiwostok zu einem neuen Abkommen führt, dann wird das einen noch wesentlicheren Fortschritt bedeuten.

An diesem kritischen Scheideweg ist das amerikanische Volk einer Lawine von Behauptungen ausgesetzt, SALT bedeute eine Kapitulation amerikanischer Interessen. Es wird behauptet, daß die Vereinigten Staaten bei dem strategischen Wettrüsten zurückgefallen seien und daß SALT dazu beigetragen habe. Es gibt unbestätigte Behauptungen, die Sowjets hätten systematisch die SALT-Abkommen verletzt.

*Wie sieht es wirklich aus?*

Zunächst einmal haben die politischen Entscheidungen Amerikas in den 60er Jahren die Stärke unserer strategischen Streitkräfte für die 70er Jahre festgelegt. Wir hatten damals die Wahl zwischen einer weiteren Dislozierung großer, schubkraftstarker Raketen wie die „Titan" oder die „Atlas" oder der Entwicklung und Dislozierung einer großen Zahl kleinerer, flexiblerer Interkontinentalraketen oder einer Kombination beider Alternativen. Die damals im Amt befindliche Administration beschloß, sich zusammen mit schweren Bombern auf ein Arsenal von 1000 kleinen, hochentwickelten und äußerst treffsicheren Interkonentinentalraketen und 656 unterseebootgestützten Raketen auf 41 Booten zu verlassen. Wir haben sie rasch dislozierl und dann in den 60er Jahren den Bau der Abschußeinrichtungen einseitig gestoppt, als die Programme abgeschlossen waren. Nur 54 der schweren „Titan"-Raketen wurden beibehalten und sind immer noch operativ. Die Sowjets trafen die entgegengesetzte Entscheidung. Sie entschieden sich für schwere Raketen; sie setzten die Aufstellung ihrer Verbände in den 60er und 70er Jahren fort; sie übertrafen unsere zahlenmäßige Stärke 1969/70 und erhöhten die Zahl ihrer Raketen um 200 pro Jahr, bis dem durch das erste SALT-Abkommen Einhalt geboten wurde.

Als Folge dieser Entscheidungen beider Seiten vor einem Jahrzehnt sind die sowjetischen Raketen überlegen an Tragkraft, während die unsrigen an Zuverlässigkeit, Treffsicherheit, Vielfalt und technischer Entwicklung überlegen sind, und im übrigen verfügen wir über mehr Gefechtsköpfe. Im Jahre 1972, als das SALT-Abkommen unterzeichnet wurde, setzte die Sowjetunion ihren Aufbau noch mit einer Rate von 90 landgestützten und 120 seegestützten Abschußeinrichtungen pro Jahr fort, während wir aufgrund unserer eigenen, wiederholt bekräftigten einseitigen Entscheidungen vor einem Jahrzehnt keine weiteren Abschußeinrichtungen bauten. Da neue amerikanische Programme zur Wiederherstellung des Gleichgewichts erst kürzlich angeordnet wurden, besteht keine Möglichkeit zur Verringerung des zahlenmäßigen Unterschieds vor Ende der 70er Jahre, wenn nach den Plänen mehr seegestützte Raketen und neue Bomber einsatzbereit sein werden.

Das Interimsabkommen über die Begrenzung von Offensivwaffen im Jahre 1972 hat die Gesamtzahl der Abschußeinrichtungen auf fünf Jahre eingefroren — und damit den Auftrieb der sowjetischen Programme gedämpft, ohne unsere eigenen Programme zu beeinflussen. Es hat der Zunahme der sowjetischen Abschußrampen für schwere Raketen Einhalt geboten. Es zwang die Sowjets, dem Abbau von 210 älteren landgestützten Raketen zuzustimmen, um die erlaubte Höchstzahl von raketentragenden Unterseebooten erreichen zu können. Die vereinbarte Begrenzung der Zahl der Silos erlaubte

# DAS ARGUMENT

## Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

**95**

**Editorial:** Interview des Lesers mit dem Herausgeber

**Sprachtheorie und Sprachunterricht**

**Editorial:** Sprachtheorie und Sprachunterricht

P. Eisenberg: Wissenschaftliche Grammatik im Sprachunterricht

W. Dieckmann: Bedarf an Rhetorik?

J. Ellerbrock, P. Jaritz, W. Kühnert, U. Schmitz: Arbeit und Sprache bei Rossi-Landi, Habermas und Leist

* * *

F. Tomberg: Warum an unseren Hochschulen Marxisten unentbehrlich sind
D. Hassenpflug: Umwelt zu Marktpreisen? (II)

**Diskussion:**

R. Dutschke: Antwort auf Schmidt und andere
G. Armanski: Zur Kritik von Müller
Redaktionelle Anmerkungen zur Diskussion

**Besprechungen:** Schwerpunkte: Allgemeine Psychologie; Demokratische Erziehung; Faschismus, Berufsverbote

**Zeitschriftenschau**

18. Jahrgang Januar 1976 Heft 1/2 Doppelheft

Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 7,50 DM

für Schüler und Studenten 7,– DM, im Abonnement 6,– DM

# ARGUMENT-SONDERBÄNDE

**AS 6**

**Theorie des Monopols**

**Staat und Monopole (1)**

**Editorial**

J. Huffschmid: Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie

R. Katzenstein: Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus

E. Altvater: Wertgesetz und Monopolmacht

T. Hagelstange: Probleme der Klassenanalyse des IMSF

Einzelpreis 15,50 DM, im Abonnement 12,– DM
für Schüler und Studenten 11,– DM, im Abonnement 9,– DM

**ARGUMENT-VERLAG 75 Karlsruhe 21 Postfach 210730**

uns, die Tragkraft unserer eigenen Raketen zu erhöhen, wenn wir uns zu diesem Weg der Verbesserung unserer strategischen Streitkräfte entschlossen. Wir haben bisher diesen Weg nicht eingeschlagen, obwohl wir durch Forschung und Entwicklung diese Option offen halten. Auf jeden Fall verhinderten die SALT-Abkommen, daß sich die zahlenmäßige Kluft weiter ausdehnte, während sie uns unseren Vorteil in anderen Kategorien nicht nahmen und das Problem der Wiederherstellung des Gleichgewichts mit einem Inkrafttreten neuer Programme erleichterten. Durch keinerlei Verhandlungen aber ließen sich auf diplomatischem Wege Ergebnisse unserer eigenen, vor langer Zeit getroffenen Entscheidungen hinsichtlich der Art und der Dislozierung unserer Waffen ins Gegenteil verkehren.

Darüber hinaus haben die SALT-Abkommen auf unbegrenzte Zeit einen gefährlichen und unsicheren Wettlauf in der Raketen-Abwehr-Verteidigung beendet — einen Wettlauf, der keinen strategischen Vorteil versprach, sondern höchstens gefährliche Instabilität und die Ausgabe gewaltiger Geldsummen.

Die ersten SALT-Abkommen lagen daher ohne Frage im nationalen Interesse Amerikas. Es war unsere Absicht, in der durch das Interimsabkommen von 1972 gewonnenen Atempause über einen langfristigen Vertrag über Offensivwaffen zu verhandeln, der beide Seiten auf einen gleichen Stand festlegen würde, nachdem unsere neuen Programme einsatzbereit geworden sind. Das ist genau das, was Präsident Ford im November 1974 in Wladiwostok erreicht hat. In dieser Grundsatzvereinbarung einigten sich beide Seiten auf eine Höchstgrenze von 2400 strategischen Waffen — strategische Systeme und Bomber einschließend —, nicht gerechnet jedoch unsere vorgeschobenen Flugzeuge in Europa und die strategischen Waffen unserer Verbündeten, von denen viele sowjetischen Boden erreichen können. Die Höchstgrenze von 2400 liegt niedriger als der von der Sowjetunion bereits erreichte Stand; sie würde die Demontage vieler sowjetischer Waffen erfordern, während der geplante Stand und die geplante Zusammensetzung unserer Streitkräfte nicht verringert oder verändert zu werden brauchten. Eine ebensolche Höchstgrenze von 1320 wurde für die Zahl der strategischen Waffen mit Mehrfachgefechtsköpfen (MIRV) festgelegt. Die Zahl der sowjetischen Abschußeinrichtungen für schwere Raketen wird eingefroren bleiben. Diese Begrenzungen würden dem zahlenmäßigen strategischen Wettlauf für einen Zeitraum von zehn Jahren Einhalt gebieten, uns jedoch all jene Programme belassen, die wir zur Gewährleistung der Abschreckung und des strategischen Sättigungsgrades brauchen.

Es liegt auf der Hand, daß sich nicht alle Probleme mit einem einzigen Abkommen regeln lassen. Das ist keine Frage von Schlupflöchern, sondern der technologischen Entwicklung, und in dieser Hinsicht werden wir auf jeden Fall wachsam bleiben. Wir werden sorgfältig verhandeln, um sicherzustellen, daß unser nationales Interesse und unsere nationale Sicherheit geschützt bleiben. Wenn es uns jedoch gelingt, das Übereinkommen von Wladiwostok in ein Zehnjahresabkommen zu verwandeln, dann werden wir die Schwelle zwischen einem totalen, ungehemmten Wettrüsten und dem schwierigen, jedoch vielversprechenden Beginn eines langfristigen strategischen Gleichgewichts auf einem niedrigeren Stand der Streitkräfte überschritten haben. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion haben bereits vereinbart, sich bei der nächsten Phase der im Jahre 1977 beginnenden Verhandlungen mit der Reduzierung der strategischen Streitkräfte zu befassen.

Man hätte meinen sollen, daß all dies bisher Erreichte für sich selbst sprechen würde. Aber stattdessen hat es eine Flut von Anschuldigungen und Vorwürfen ausgelöst, die das amerikanische Volk und unsere Freunde in die Irre geführt haben, die bei unseren Gegnern einen falschen Eindruck der Unentschlossenheit bewirkten und die Aussichten für ein neues Abkommen, das von überragendem Interesse für unsere Nation ist, kompliziert haben.

Keiner der Vorwürfe ist unverantwortlicher und potentiell gefährlicher als die Behauptung, daß die Vereinigten Staaten wissentliche Verstöße gegen die Abkommen von SALT I tolerierten. Wie sieht es wirklich aus? Mit dem Abkommen von 1972 wurde ein Ständiger Beratender Ausschuß geschaffen, der ausdrücklich die Aufgabe erhielt, strittige Fragen oder Unklarheiten und Zweifel bei der Durchführung der Abkommen zu erörtern. Es war nahezu sicher, daß sich solche Fälle bei einem ersten, noch recht begrenzten Abkommen ergeben würden, das zwischen Mächten getroffen wurde, die seit langer Zeit Gegner waren und die über Waffensysteme von größter Komplexität verfügten, deren Ausmaß sich nicht durch irgendeinen neutralen Überwachungsmechanismus, sondern nur durch die eigenen Nachrichtendienste beider Seiten verifizieren lassen würde.

Jede zweifelhafte oder fragwürdige Aktivität, die sich ergab, ist von der amerikanischen Regierung systematisch analysiert und vom Präsidenten und seinen Beratern erwogen

worden. Sofern irgendeine Frage offen blieb, ist sie unverzüglich mit der Sowjetunion zur Sprache gebracht worden. Alle Instruktionen an den amerikanischen Vertreter bei der Beratenden Kommission brachten die einmütige Absicht sämtlicher zuständiger amerikanischer Behörden sowie die Daten und von ihnen gemeinsam getroffenen Bewertungen zum Ausdruck. Niemand spürte dabei irgendeine Neigung, sich bei der Bewertung zugunsten der Sowjets auszusprechen — ein an sich schon böswilliger Vorwurf. Niemand hat verhindert, daß alle fragwürdigen oder verdächtigen Aktivitäten bei den Sowjets vorgebracht wurden. Und durchaus nicht alle zu Fragen Anlaß gebenden Aktivitäten fanden auf seiten der Sowjets statt.

Alle diese Fragen und Probleme sind und werden auch weiterhin durch ein Verfahren, das sich als wirksam erwiesen hat, ernsthaft behandelt und geprüft werden. Doch auch weiterhin werden durch unverantwortliche Beschuldigungen solche Vorfälle, die bereits ihre Erklärung gefunden haben oder zur Erörterung anstehen, mit wilden Anschuldigungen, die keinerlei Begründung haben, in einen Topf geworfen. Da werden dann manchmal unrichtige Zahlen und Daten vorgebracht, die sich nur entkräften lassen, wenn man die heikelsten Geheimdienstinformationen preisgeben würde. Doch in all diesem Wust von Anschuldigungen findet sich keine Empfehlung, welche Gegenmaßnahmen wir dann treffen sollten oder welche Bedeutung wir einem bestimmten vorgeblichen Verstoß gegen die Abmachungen zuerkennen sollten. Inwieweit betreffen die angeblichen Verstöße das strategische Gleichgewichtssystem? Inwieweit — wenn überhaupt — sind wir denn von vornherein gehindert, uns selbst zu schützen? Würden all jene, die unrichtigerweise solche angeblichen Verstöße anführen, nun einfach alle Abkommen über Bord werfen, ohne Rücksicht auf den Nutzen, den sie den Vereinigten Staaten bringen? Würden sie die Verhandlungen über weitere Abkommen einstellen? Welchem Zweck dient es, wenn man unser Volk und die Sowjetunion glauben macht — und zwar völlig zu Unrecht —, daß die Vereinigten Staaten gegen Verstöße blind seien oder daß die amerikanische Regierung ihr Volk bewußt täuscht? Kann irgend jemand ernsthaft glauben, daß diese Administration, die unbeirrt den kommunistischen Vorstößen in allen Teilen der Welt Widerstand entgegengesetzt hat — und dafür oft scharf kritisiert wurde —, sowjetische Verstöße gegen ein formelles Abkommen unbeachtet ließ?

Ich kann Ihnen versichern, daß diese Regierung keine solchen Verstöße dulden wird. Sie wird auch weiterhin mit äußerster Sorgfalt die sowjetische Vertragstreue überwachen. Sie wird allen Zweifelsfällen oder Anzeichen von Nichteinhaltung der Bestimmungen energisch nachgehen. Aber sie wird sich nicht durch Demagogie zu falschen oder übereilten Urteilen treiben lassen. Kein Ministerium und keine Behörde, die Verantwortung für dieses Problem tragen, sind der Ansicht, daß es derartige Verstöße gegeben hat.

Wenn wir über SALT ein Urteil abgeben wollen, müssen wir uns schlicht und einfach der einen Frage stellen: Welche Alternative gibt es zu dem Abkommen, das wir haben und um das wir uns bemühen? Wenn die SALT-Verhandlungen fehlschlagen, dann müssen wir erwägen, welche neuen oder zusätzlichen strategischen Programme wir dann unternehmen sollten, was sie kosten und, vor allem, welchem strategischen Zweck sie dienen würden. Ein beschleunigter strategischer Ausbau innerhalb der nächsten fünf Jahre könnte uns bis zu 20 Mrd. Dollar zusätzlich kosten. Kommt es nicht zu einem befriedigenden Abkommen, dann wird dies sicher der Weg sein, den wir beschreiten müßten. Es wäre eine in tragischer Weise verfehlte Chance. Denn im Verlauf eines solchen Aufbaus und in dem Klima, das dadurch erzeugt würde, wäre es wohl für eine ganze Zeitlang schwierig, wieder zu ernsthaften Verhandlungen zu gelangen. Aller Wahrscheinlichkeit nach würden die Spannungen zunehmen und eine neue höhere Ausgangsbasis würde sich ergeben, von der aus künftige Verhandlungen schließlich ihren Ausgang zu nehmen hätten. Am Ende aber wird keine Seite einen strategischen Vorteil erlangt haben. Zumindest aber werden sie ihre Mittel vergeuden — was aber das Schlimmste ist, sie werden die Risiken eines Nuklearkrieges vergrößern.

Natürlich muß auch die Sowjetunion diese Alternativen gründlich erwägen. Ihr Verantwortungsgefühl darf nicht hinter dem unsrigen zurückbleiben, wenn es zu einem fairen, gerechten und dauerhaften Abkommen, das auf strikter Gegenseitigkeit beruht, kommen soll. Wir halten ein SALT-Abkommen für wichtig, aber wir werden unsere nationale Sicherheit keiner Gefahr aussetzen.

Lassen Sie mich zusammenfassen:

— Wir werden uns niemals mit einem Verstoß gegen einen feierlichen Vertrag oder ein Abkommen abfinden, und wir werden wachsam bleiben.

— Wir werden niemals eine Verlagerung im strategischen Gleichgewicht zu unseren Ungunsten dulden — sei es, daß diese durch Verletzungen von Abkommen, durch unbe-

friedigende Übereinkommen oder durch Vernachlässigung unserer eigenen Programme bewirkt wird; wir werden das, was an Mitteln notwendig ist, ausgeben, um eine strategische Suffizienz aufrechtzuerhalten.

— Der Präsident ist entschlossen, die Bemühungen um die Aushandlung eines gesünderen strategischen Gleichgewichts zu fairen und gerechten Bedingungen fortzusetzen, weil dies in unserem Interesse liegt und weil wir eine Verpflichtung gegenüber unserem eigenen Volk und dem Weltfrieden haben.

*Die Sowjetunion und Angola*

Die Vereinigten Staaten können in ihrem Streben nach einer hoffnungsvolleren Welt niemals außer acht lassen, daß globale Stabilität und Sicherheit auf einem Gleichgewicht zwischen den Großmächten beruhen. Wenn es der Sowjetunion gestattet wird, mit militärischen Mitteln Chancen auszubeuten, die sich aus örtlichen Konflikten ergeben, dann werden unsere Hoffnungen auf eine friedlichere internationale Lösung letztlich unterminiert werden. Aus diesem Grunde muß die massive und beispiellose Intervention der Sowjetunion in die inneren Angelegenheiten Afrikas mit fast 200 Mio. Dollar an militärischer Ausrüstung, ihren Beratern und ihrer Luftbrücke für die große Expeditionsstreitmacht von 11 000 kubanischen Soldaten tiefe Besorgnis erwecken. Angola ist der erste Fall, in dem die Sowjets militärisch über eine weite Entfernung vorgestoßen sind, um einem Land ein Regime ihrer Wahl aufzuzwingen. Es ist das erstemal, daß die Vereinigten Staaten militärischen Bewegungen der Sowjets außerhalb des unmittelbaren sowjetischen Machtbereichs nicht entgegengetreten sind. Und es ist das erstemal, daß der Kongreß ein nationales Handeln inmitten einer Krise unterbunden hat.

Wenn eine Großmacht in einem örtlichen Konflikt das Kräfteverhältnis durch ihre militärische Intervention entscheidend verändert — ohne dabei auf Widerstand zu stoßen —, dann ist ein gefährlicher Präzedenzfall gesetzt, der ernste Folgen haben muß, selbst wenn die Intervention in einem scheinbar fernabliegenden Gebiet erfolgt. Ein solcher Präzedenzfall kann nicht geduldet werden, wenn ein dauerhafter Abbau der Spannungen erreicht werden soll. Und wenn wir jetzt nicht den Anfängen wehren, dann wird es in Zukunft für uns nur noch schwerer und kostspieliger werden.

Die Vereinigten Staaten streben in Angola keine einseitigen Ziele an: Wir haben einen Waffenstillstand vorgeschlagen, den Abzug aller fremden Truppen — der sowjetischen, kubanischen und südafrikanischen; die Einstellung jedes militärischen Engagements von außen, einschließlich der Lieferung von Ausrüstung; sowie Verhandlungen zwischen allen drei angolanischen Gruppen. Dieser Weg wird von der Hälfte der afrikanischen Nationen unterstützt.

Im Sommer und Herbst vorigen Jahres haben die Vereinigten Staaten, um eine sich gefährlich eskalierende Situation zu bremsen, durch afrikanische Freunde jene in Angola finanziell unterstützt — die große Mehrheit —, die einer sowjetischen und kubanischen Herrschaft Widerstand entgegensetzten. Dies als Hebel benutzend, leiteten wir eine aktive Diplomatie ein, um eine afrikanische Lösung für ein afrikanisches Problem zu fördern. Wir taten dies in aller Stille, um keine große Krise zu provozieren und keine Prestigegesichtspunkte ins Spiel zu bringen. Zunächst wurde befürchtet, daß die sowjetisch unterstützte Gruppe aufgrund der massiven sowjetischen Hilfe und der kubanischen Söldner am Unabhängigkeitstag, dem 11. November, das Land total beherrschen würde. Unsere Unterstützung hat das verhindert. Die afrikanische Entschlossenheit, sich der sowjetischen und kubanischen Intervention zu widersetzen, trat immer deutlicher zutage. Am 9. Dezember warnte der Präsident Moskau vor den Folgen einer weiteren Einmischung und bot die Zusammenarbeit zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung an, die ausländischen Einfluß beseitigen würde. Die Sowjetunion schien sich die Sache noch einmal zu überlegen. Sie stellte ihre Luftbrücke vom 9. Dezember bis zum 24. Dezember ein.

An diesem Punkt verschüttete die Auswirkung unserer Debatte im eigenen Lande die Möglichkeiten der Diplomatie. Es wurde die Forderung aufgestellt, daß wir in aller Öffentlichkeit erklärten, warum unsere Anstrengung so wichtig sei — und dann wurde unsere Anstrengung abgeschnitten. Nachdem die Abstimmung im Senat weitere Hilfe für Angola blockierte, verdoppelte Kuba seine Expeditionsstreitkräfte, und die sowjetische Militärhilfe wurde in großem Umfange wieder aufgenommen. Die Bereitschaft der sowjetischen Diplomatie zur Kooperation ließ nach. Und seither hat sich die Situation immer weiter verschlechtert.

Wenn heute die Diskussionen in der Öffentlichkeit weitergehen, dann muß man sich über bestimmte Fakten im klaren sein. Die Analogie mit Vietnam ist absolut falsch. Die amerikanische Nation muß so reif sein, elementare Unterschiede zu erkennen. Der

Präsident hat sich verpflichtet, daß keine amerikanischen Soldaten oder Berater nach Angola entsandt würden, und wir waren bereit, legislative Beschränkungen in dieser Hinsicht über das bereits bestehende Kriegsvollmachtengesetz hinaus zu akzeptieren. Um was es ging, war eine bescheidene Hilfe zur Stabilisierung des örtlichen Kräfteverhältnisses und zur Erleichterung einer raschen politischen Lösung in Zusammenarbeit mit anderen afrikanischen Ländern.

Es wurde die Beschuldigung erhoben, die Administration handele insgeheim ohne öffentlichen Auftrag. Das ist richtig, denn unser Ziel war die Vermeidung einer verschärften Konfrontation, die es den Sowjets schwerer gemacht hätte, nachzugeben, und einer afrikanischen Lösung die größtmögliche Chance einzuräumen. Angola war ein Fall, bei dem Diplomatie ohne einen Hebel wohl kaum viel zustande bringen konnte und eine direkte militärische Konfrontation unnötige Risiken mit sich gebracht hätte. Das ist genau eine jener grauen Zonen, wo Methoden, über die nicht gesprochen wird, uns in die Lage versetzen, den Gang der Dinge zu beeinflussen, ohne einen direkten Konflikt herbeizuführen.

Und wir haben uns dabei absolut an die neuen Normen des Kongresses für die Konsultation zwischen Exekutive und Legislative über geheime Tätigkeiten gehalten. Von Juli vorigen Jahres an bis Dezember haben wir die Situation in Angola, und was wir dort taten, mit über zwei Dutzend Senatoren, 150 Kongreßabgeordneten und über 100 Mitarbeitern beider Häuser erörtert. Bei 24 verschiedenen Gelegenheiten wurden acht Kongreßausschüsse unterrichtet. Wir suchten bei diesen Unterrichtungen die Wünsche des Kongresses herauszufinden, und es gab damals nur ganz geringe Anzeichen einer aktiven Opposition gegenüber unseren sorgfältig begrenzten Operationen.

Es gibt Leute, die sagen, daß die Russen im Laufe der Zeit ganz sicher von den Afrikanern selbst herausgedrängt würden. Das mag sein, das mag aber auch nicht sein. Aber ein solches Argument besagt, wenn man es bis zum Ende durchdenkt, nichts anderes, als daß wir die Welt den Interventionsstreitkräften überlassen und nur das Beste hoffen könnten. Im übrigen ist der Verweis auf die spätere Geschichte für diejenigen, die angegriffen werden und deren Zukunft jetzt entschieden wird, nur ein geringer Trost. Das Ausmaß der sowjetischen und kubanischen Intervention ist ohne Beispiel. Sie hat das Ergebnis entscheidend beeinflußt. Und es gibt keine Beweise, die dafür sprechen, daß Sowjets und Kubaner rasch herausgedrängt oder daß nicht andere Nationen Schlüsse ziehen könnten, die für unsere langfristigen Interessen gefährlich sind.

Es wird gefordert, daß wir der sowjetischen Bedrohung in Angola durch verschärfte Methoden des Drucks begegnen sollten, wie etwa durch eine Änderung unserer Position bei SALT oder den Getreidelieferungen. Aber diese Abmachungen wiederum nützen uns ebenso wie der Sowjetunion und sind Teil einer langfristigen Strategie in unserem Verhältnis zur Sowjetunion.

Die Geschichte hat immer wieder gezeigt, daß der Expansion nur Einhalt geboten werden kann, wenn am Ort selbst ein Gleichgewicht der Kräfte besteht. Indirekte Mittel können nur Erfolg haben, wenn ein rascher Sieg am Ort ausgeschlossen werden kann. Wie der Präsident dargelegt, hat die Sowjetunion fast 60 Jahre lang ohne amerikanisches Getreide überlebt, und sie könnte auch jetzt überleben. Wenn wir die Getreidelieferungen einstellten, wäre Angola trotzdem verloren. Wir würden noch einmal die gleiche Erfahrung machen wie mit dem Handelsgesetz, das die Handelsbeziehungen zur UdSSR unterbrach, um die Emigration (von Juden aus der Sowjetunion) sicherzustellen — wir haben keines der beiden Ziele erreicht.

Wollen wir uns doch selbst nicht mit billigen Schlagworten, wir dürften nicht zum Polizisten der Welt werden, etwas vormachen. Wir haben nicht den Wunsch, eine solche Rolle zu spielen, aber es kann niemals in unserem Interesse liegen, wenn wir die Sowjetunion den Polizisten der Welt spielen lassen. Es gibt viele Krisen auf der Welt, bei denen die Vereinigten Staaten nicht intervenieren können und sollen. Aber hier stehen wir vor einer eklatanten sowjetischen und kubanischen Herausforderung, mit der wir hätten fertig werden können, wenn es uns erlaubt worden wäre, in einem frühen Stadium klug und mit begrenzten Mitteln zu handeln. Indem man uns auf die offene Szene gezwungen hat, haben unsere Meinungsverschiedenheiten gleichzeitig die Bedeutung der Krise erhöht und unsere Ohnmacht besiegelt.

Die Behauptung, Angola sei kein wichtiges Land oder die Vereinigten Staaten hätten dort keine wesentlichen Interessen, geht an dem eigentlichen Problem vorbei. Wenn man erlebt, daß die Vereinigten Staaten angesichts einer massiven sowjetischen und kubanischen Intervention nachgeben, welche Vorstellungen werden sich dann die führenden Persönlichkeiten auf der ganzen Welt machen, wenn sie ihre Entscheidungen bezüglich ihrer eigenen künftigen Sicherheit treffen? Und zu welchen Schlüssen wird

eine auf keinen Widerstand stoßende Supermacht gelangen, wenn sich die nächste Chance für eine Intervention bietet?

Wo stehen wir heute? Die Regierung hat die Pflicht, der Sowjetunion und Kuba klarzumachen, daß Angola kein Präzedenzfall ist und daß ein solches Handeln nicht wieder geduldet werden wird. Sie muß den anliegenden Ländern erneut versichern, daß sie keinem Angriff oder keinem Druck von dem neuen sowjetisch-kubanischen Stützpunkt aus überlassen werden. Der Kongreß und die Exekutive müssen sich auf diese Auffassungen einigen — im nationalen Interesse und im Interesse des Weltfriedens. Die Administration wird weiterhin zu ihrer Sache stehen, so unpopulär das zeitweilig auch sein mag. Keine Nation soll glauben, daß Amerikaner gegenüber der Entsendung von Expeditionsstreitkräften und gewaltigen Waffenlieferungen zur Aufzwingung einer Minderheitsregierung lange indifferent bleiben werden — vor allem, wenn diese Expeditionsstreitmacht aus einem Land der westlichen Hemisphäre kommt.

*Nationale Stärke und die Debatte im eigenen Land*

Wir leben in einer Welt, in der es keine einfachen Lösungen gibt. Wir schätzen unsere Werte zu hoch ein, als daß wir darauf verzichten könnten, sie zu verteidigen. Wir schätzen das menschliche Leben zu hoch ein, um die Suche nach einem sicheren Frieden aufgeben zu können. Die erste Voraussetzung für die Stabilität ist die Aufrechterhaltung unserer Verteidigung und des Gleichgewichts der Kräfte. Aber das höchste Ziel der Politik im Nuklearzeitalter muß es sein, aus dem sterilen Gleichgewicht der Kräfte eine positivere Beziehung des Friedens zu entwickeln. Amerika verfügt über die materiellen Mittel zur Lösung dieser Aufgabe. Unsere militärische Macht sucht ihresgleichen. Unsere wirtschaftliche und technologische Stärke läßt alles andere weit hinter sich. Um unser demokratisches Erbe beneiden uns viele hundert Millionen Menschen auf der ganzen Welt. Unsere Probleme haben wir uns also selbst geschaffen — Selbstzweifel, Spaltung, Unentschlossenheit. Wir müssen wieder ein vertrauensvolles, geeintes und entschlossenes Volk werden.

Andere Länder müssen in der Lage sein, mit Amerika als einer geschlossenen Einheit in Verbindung zu treten, nicht als einem Komplex zerstrittener Institutionen. Wenn unsere Spaltungen unsere internationalen Anstrengungen lähmen, dann wird Amerika als Ganzes darunter leiden. Es gibt für uns keine dringlichere Aufgabe als die Wiederherstellung der Partnerschaft zwischen dem amerikanischen Volk, dem Kongreß und der Exekutive. Eine neue Partnerschaft kann den Präsidenten der Vereinigten Staaten in seiner verfassungsmäßig festgelegten Rolle in die Lage versetzen, sich mit der zentralen Autorität des Sprechers eines geeinten und zielbewußten Amerika an die Welt zu wenden. Debatte ist das Wesen der Demokratie. Aber Zurückhaltung ist das Bindemittel des nationalen Zusammenhalts. Es ist an der Zeit, mit der Selbstzerfleischung und unserer Schuldbesessenheit aufzuhören, die uns schon zu viele Jahre lang zu lähmen drohte. Es ist an der Zeit, mit der Demontage unserer nationalen Institutionen und der Untergrabung unseres nationalen Selbstvertrauens aufzuhören.

Wir müssen — selbst in einem Wahljahr — die Selbstdisziplin lernen, unsere innenpolitischen Debatten zu einem positiven, nicht zu einem zerstörerischen Prozeß zu gestalten. Eine der vergessenen Wahrheiten unserer Geschichte ist die, daß unsere Gründerväter Männer großer geistiger Geschliffenheit in auswärtigen Angelegenheiten waren. Sie wußten, was das Gleichgewicht der Kräfte bedeutete. Sie nutzten die Spaltungen Europas zum Vorteil unserer eigenen Revolution. Sie begriffen die Notwendigkeit einer starken Exekutive zur Durchführung der Diplomatie des Landes. Sie begriffen, daß Amerika wirtschaftliche, politische und moralische Bindungen mit anderen Nationen brauchte. Sie erkannten, daß unsere Ideale weltweit waren, und sie begriffen und begrüßten die Auswirkung des amerikanischen Experiments auf das Schicksal der ganzen Menschheit. In unserer Zeit, deren Herausforderungen ohne Beispiel sind, brauchen wir erneut die Weisheit unserer Gründerväter. Unsere Ideen müssen uns Stärke verleihen — und dürfen nicht als eine Entschuldigung für den Verzicht dienen. Das amerikanische Volk verlangt eine wirksame Außenpolitik. Es will, daß Amerika weiterhin an der Gestaltung der internationalen Ordnung der kommenden Generation nach unseren Idealen mitwirkt. Wir haben als geeintes Volk Großes geleistet. Es liegt in unserer Macht, das dritte Jahrhundert unseres Bestehens zu einer Zeit der lebendigen Stärke und Hoffnung und Größe zu machen.

# Auszug aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, auf dem XXV. Parteitag der KPdSU vom 24. Februar bis 4. März 1976 in Moskau

*Aus dem außenpolitischen Teil des Referats des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, vor dem XXV. Parteitag der KPdSU in Moskau dokumentieren wir im nachfolgenden die Kapitel 3, 4 und 5 im vollen Wortlaut. D. Red.*

...

*3. Die Entwicklung der Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten*

Entscheidend war und bleibt in unserer Politik gegenüber den kapitalistischen Staaten der Kampf um die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, um einen dauerhaften Frieden, um die Minderung und im weiteren auch um die Behebung der Gefahr eines neuen Weltkrieges. Man kann feststellen, daß es während des letzten Jahrfünfts gelungen ist, einen bedeutenden Fortschritt in dieser Richtung zu erzielen.

Der Übergang vom Kalten Krieg, von der explosionsträchtigen Konfrontation zweier Welten zur Entspannung hing vor allem mit der Veränderung des Kräfteverhältnisses im Weltgeschehen zusammen. Es waren jedoch große Anstrengungen erforderlich, damit sich die Menschen, besonders aber diejenigen, die die Politik von Staaten leiten, allmählich an den Gedanken gewöhnen, daß nicht ein Balancieren am Rande des Krieges, sondern Verhandlungen über strittige Fragen, nicht Konfrontation, sondern friedliche Zusammenarbeit naturgegeben sind.

Von großer Bedeutung war der Umstand, daß unsere Partei es verstanden hat, die Hauptaufgaben ihrer praktischen Tätigkeit zur Festigung der internationalen Sicherheit exakt festzulegen und sie auf ihrem XXIV. Parteitag im Friedensprogramm zu formulieren. Schon die ersten außenpolitischen Schritte der Sowjetmacht im Sinne der Plattform der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zeigten den Völkern der Welt, wie W. I. Lenin sagte, „den einzigen richtigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und der Kriegsgefahr" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 33, S. 343). Unsere Partei, die sich unabänderlich auf diese Plattform stützt, verkündete auf dem XXIV. Parteitag im Sinne des Leninschen Vermächtnisses und ausgehend von den 50jährigen Erfahrungen ihrer friedliebenden Außenpolitik das Friedensprogramm. Dieses Programm wies den realen Weg zur Beendigung des Kalten Krieges und formulierte präzis die Aufgaben im Kampf um den Übergang von der Kriegsgefahr zur friedlichen Zusammenarbeit.

Das Leben selbst hat die Aktualität und die Realität dieses Programms bestätigt. Und obwohl der Weltfrieden noch keineswegs garantiert ist, haben wir allen Grund, mit Sicherheit zu sagen: Die Sanierung des internationalen Klimas ist ein überzeugender Beweis dafür, daß die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens kein frommer Wunsch, sondern eine durchaus reale Aufgabe ist. Um diese Aufgabe zu lösen, kann und muß man weiterarbeiten, ohne die eigenen Kräfte zu schonen!

Gestatten Sie, auf die konkreten Richtungen der Arbeit einzugehen, die unsere Partei zur praktischen Verwirklichung des Friedensprogramms geleistet hat.

Vor allem über *Europa*. Hier sind die Veränderungen im Sinne der Entspannung und der Festigung des Friedens wohl besonders greifbar. Das ist natürlich kein Zufall. In Europa sind die Positionen des Sozialismus und die Wirkung der abgestimmten Politik der sozialistischen Staaten besonders stark. Der XXIV. Parteitag hat die Aufgabe gestellt, die europäische Sicherheit auf der Basis der Anerkennung der infolge des Zweiten Weltkrieges entstandenen territorialen und politischen Realitäten zu gewährleisten. In dieser Richtung hat unser ZK denn auch gearbeitet.

Auf dieser Grundlage entwickelte sich erfolgreich die Zusammenarbeit der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder mit *Frankreich*. Schon seit der Zeit der Verhandlungen mit Präsident de Gaulle sind sowjetisch-französische Gipfelgespräche zur Tradition geworden. Bei einer Reihe von Zusammenkünften — anfangs mit Präsident Pompidou und später mit Präsident Giscard d'Estaing — kamen die Standpunkte beider Länder zu verschiedenen außenpolitischen Fragen einander näher, und die vielseitigen sowjetisch-französischen Verbindungen und Kontakte wurden aktiver. All das fand beim französischen Volk, bei der Mehrzahl der politischen Parteien Frankreichs breite

Unterstützung. Wir schätzen die Beziehungen zu Frankreich hoch ein und sind bereit, die Bereiche des Einvernehmens und der Zusammenarbeit mit diesem Lande zu erweitern. Auf der Basis des Vertrages von 1970 ging eine große Wandlung in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der *BRD* vor sich. Sie kamen in ein normales Fahrwasser, und zwar unter der einzig möglichen Voraussetzung des Verzichts auf die Anmaßung, die bestehenden europäischen Grenzen zu sprengen. Heute ist die BRD einer unserer großen Partner in der gegenseitig vorteilhaften geschäftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen. Unsere Verhandlungen mit Bundeskanzler Brandt in Oreanda und in Bonn ebenso wie die Moskauer Verhandlungen bei den Besuchen von Bundeskanzler Schmidt und Präsident Scheel haben es ermöglicht, das Einvernehmen zu verbessern und die Zusammenarbeit mit der BRD in der Wirtschaft und auf anderen Gebieten voranzubringen.

Zu den komplizierten Fragen gehörte die Regelung, die mit *Westberlin* zusammenhängt. Wegen dieser Stadt kam es bekanntlich zu Krisen, die Europa zum Fiebern brachten. Aber das im Herbst 1971 geschlossene Viermächteabkommen hat in Verbindung mit den Abkommen und Vereinbarungen, die zwischen den Regierungen der DDR, der BRD und dem Westberliner Senat zu verschiedenen Fragen getroffen wurden, im großen und ganzen die Spannungen behoben. Wir schätzen die Zusammenarbeit mit den USA, Frankreich und England, die in dieser Frage zutage trat. Es wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich Westberlin aus einer Quelle von Streitigkeiten in ein konstruktives Element des Friedens und der Entspannung verwandelte. Worauf es ankommt, ist, daß alle Partner die erzielten Abkommen wirklich respektieren. Leider wird von manchen bei weitem nicht alles dafür getan. Wir werden darauf bestehen, daß alles, worüber es eine Vereinbarung gibt, strikt und vollständig eingehalten wird. Die Sowjetunion ist dafür, daß Westberlin ruhig und normal leben kann.

Insgesamt lassen sich unsere Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern positiv beurteilen. Das betrifft auch die Beziehungen zu England und Italien. Wir schätzen ebenfalls die traditionellen gutnachbarlichen Beziehungen zu Finnland, die Verbindungen mit den skandinavischen Ländern, Österreich, Belgien und den anderen westeuropäischen Staaten und sind bestrebt, sie zu entwickeln und zu bereichern. Ein Ausdruck großer und positiver Wandlungen in der politischen Atmosphäre des Kontinents waren natürlich die Wiederherstellung der Beziehungen zu Portugal sowie die Verbesserung der Beziehungen zu Griechenland. Kurz und gut, es gibt wohl keinen einzigen Staat Westeuropas, der vom breiten Prozeß der Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern nicht erfaßt worden wäre.

Genossen! Im Interesse der Entspannung und eines dauerhaften Friedens in Europa hat der XXIV. Parteitag der KPdSU dazu aufgefordert, die Einberufung und den Erfolg der *gesamteuropäischen Konferenz* zu sichern. Heute ist das Wirklichkeit geworden. Im August vergangenen Jahres haben die Leiter von 33 Staaten Europas wie auch der USA und Kanadas die Schlußakte der Konferenz unterzeichnet, deren Arbeit zwei Jahre und deren politische Vorbereitung ein Jahrzehnt in Anspruch genommen hatte.

Die Ergebnisse haben die aufgewandte Mühe gelohnt. Die Konferenzteilnehmer bestätigten gemeinschaftlich die Unverletzlichkeit der entstandenen Grenzen. Es wurde ein Kodex von Prinzipien der zwischenstaatlichen Beziehungen erarbeitet, deren Geist und Buchstaben den Forderungen der friedlichen Koexistenz voll und ganz entsprechen. So wurden günstige Voraussetzungen für die Erhaltung und Festigung des Friedens auf dem ganzen Kontinent geschaffen.

Die Ergebnisse der Konferenz sind weitgehend auf die Zukunft ausgerichtet. Für eine ganze Anzahl von Bereichen — Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Kultur und Information, Entwicklung der menschlichen Kontakte — wurden die Perspektiven einer friedlichen Zusammenarbeit entworfen. Auch einige andere Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten, darunter militärische, wurden festgelegt. Hauptsache ist jetzt, alle in Helsinki vereinbarten Prinzipien und Übereinkünfte praktisch in die Tat umzusetzen. Die Sowjetunion verfährt eben in diesem Sinne und wird das auch in Zukunft tun. Vor kurzem machten wir einige Vorschläge zur Entwicklung der gesamteuropäischen Zusammenarbeit in verschiedenen wichtigen Bereichen. Wir werden auch weiter in dieser Richtung arbeiten. Das gleiche erwarten wir von allen anderen Teilnehmern der gesamteuropäischen Konferenz.

Somit sind bei der Anbahnung friedlicher Beziehungen in Europa Errungenschaften, und zwar keine geringen Errungenschaften, Genossen, zu verzeichnen.

Aber wir dürfen auch die negativen Momente nicht übersehen. In Europa besteht unter anderem immer noch ein so komplizierter und gefährlicher Spannungsherd wie das

Zypernproblem. Wir sind überzeugt, daß eine vernünftige Wahrnehmung der Interessen und Rechte beider Bevölkerungsgruppen Zyperns — unter vorbehaltloser Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität der Republik Zypern und ohne Versuche, den Zyprioten ihnen nicht zusagende Lösungen aufzuoktroyieren — eine Regelung dieses akuten Problems zum Wohl und Gedeihen des Friedens, der Sicherheit und Ruhe in Europa ermöglichen wird.

Bestimmte Schwierigkeiten gibt es auch in unseren Beziehungen zu einer Anzahl kapitalistischer Staaten Europas. Sie beruhen offenbar darauf, daß einflußreiche Kreise dieser Staaten nicht gewillt sind, die Mentalität des Kalten Krieges wirklich zu überwinden und eine Politik der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder konsequent zu betreiben.

In der BRD zum Beispiel wird der Kurs auf eine Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern von Rechtskräften angegriffen, die im Grunde genommen auf revanchistischen Positionen verharren. Ihr Druck macht sich offenbar auch in manchen Aspekten der Bonner Regierungspolitik geltend. Ein erheblicher Teil der Massenmedien in den westlichen Ländern trägt keineswegs zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der internationalen Zusammenarbeit bei, sondern schürt im Gegenteil Mißtrauen und Feindseligkeit gegenüber den sozialistischen Ländern. Manche Leute versuchen, den Kerngehalt der in Helsinki angenommenen Schlußakte auszumerzen und zu entstellen und dieses Dokument als Vorwand für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Länder, für eine antikommunistische und antisowjetische Demagogie im Stil des Kalten Krieges auszunutzen.

Mit einem Wort, es gilt noch viel und beharrlich darum zu kämpfen, daß ein wirklich dauerhafter Friede in Europa herbeigeführt, daß die Entspannung unumkehrbar wird. Die Sowjetunion wird diesen Kampf in engem Zusammenwirken mit den sozialistischen Bruderstaaten, mit allen friedliebenden und realistisch denkenden Kräften Europas führen. Wir haben ein hohes Ziel, Genossen: Der dauerhafte Friede muß zur natürlichen Lebensform aller Völker Europas werden.

Genossen! Von entscheidender Bedeutung für die Minderung der Gefahr eines neuen Weltkrieges und für die Festigung des Friedens war selbstredend die Wende zum Besseren in unseren Beziehungen zum größten Staat der kapitalistischen Welt, zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie trug ohne Zweifel zur Sanierung des gesamten internationalen Klimas, darunter auch in Europa, bei. Der Aufgabe, die Beziehungen zu den USA zu verbessern, widmeten wir in vollem Einklang mit der Weisung des XXIV. Parteitags sehr große Beachtung.

Bei den Verhandlungen mit US-Präsident Nixon in Moskau und in Washington und später bei den Zusammenkünften mit Präsident Ford in Wladiwostok und in Helsinki erzielten die führenden Repräsentanten der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika wichtiges prinzipielles Einvernehmen über die Notwendigkeit der Entwicklung friedlicher rechtsgleicher Beziehungen zwischen beiden Ländern. Das fand seinen Niederschlag in einem ganzen System sowjetisch-amerikanischer Verträge, Abkommen und anderer Dokumente. Am wichtigsten sind darunter zweifelsohne die „Grundlagen der Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika", das Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges sowie eine Anzahl von Verträgen und Abkommen über die Einschränkung der strategischen Rüstungen. Worin liegt die Hauptbedeutung dieser Dokumente? Darin, daß sie in ihrer Gesamtheit eine stabile politische und rechtliche Grundlage für die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und den USA im Sinne der Prinzipien der friedlichen Koexistenz geschaffen haben. Sie mindern in einem bestimmten Maße die Gefahr des Ausbruchs eines Kernkrieges. Gerade hierin erkennen wir das wichtigste Entwicklungsergebnis der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in den vergangenen fünf Jahren.

Unsere Beziehungen zu den USA haben gute Aussichten auch für die Zukunft, und zwar im selben Maße, wie sie sich auch künftighin auf dieser gemeinsam geschaffenen realistischen Grundlage entwickeln werden, da bei der augenfälligen Unterschiedlichkeit des Klassencharakters beider Staaten und ihrer Ideologie die feste Absicht zu verzeichnen ist, die Differenzen und Streitigkeiten nicht durch Gewaltanwendung, nicht durch Drohungen und Waffengeklirr, sondern mit friedlichen politischen Mitteln beizulegen.

In den letzten Jahren entwickeln sich unsere Beziehungen zu den USA in vielen Richtungen. Es findet ein lebhafter Austausch von Delegationen, darunter auch Parlamentsdelegationen, statt, die verschiedenen Formen des Kulturaustausches sind aktiviert wor-

den. Viele sowjetisch-amerikanische Abkommen wurden unterzeichnet, in denen die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen der Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Kultur vorgesehen ist. Die meisten von ihnen sind bereits in Kraft getreten und werden zum offenkundigen beiderseitigen Nutzen und, was die Hauptsache ist, zur Verständigung zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Volk praktisch verwirklicht.

Die im großen und ganzen positive Entwicklung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen während der letzten Jahre wird jedoch durch eine Anzahl keineswegs belangloser Faktoren erschwert. Einflußreiche Kräfte in den USA, die weder an einer Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR noch an einer globalen internationalen Entspannung interessiert sind, versuchen, diese Entwicklung zu beeinträchtigen. Sie rücken die Politik der Sowjetunion in ein schiefes Licht und rufen unter Hinweis auf eine aus den Fingern gesogene „sowjetische Gefahr" zu einem neuen Anheizen des Wettrüstens in den USA und in der NATO auf. Bekanntlich gab es auch Versuche einer Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten im Zusammenhang mit diskriminierenden Handelsmaßnahmen der USA. Natürlich konnten wir uns damit nicht abfinden, und wir werden uns damit nicht abfinden. Das ist nicht die Sprache, die man im Verkehr mit der Sowjetunion gebrauchen kann. Ich glaube, das dürfte heute schon allen klar sein.

Es ist kein Geheimnis, daß bestimmte Schwierigkeiten auch mit jenen Aspekten der Politik Washingtons zusammenhängen, die die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker gefährden und eine grobe Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten auf seiten der Kräfte der Unterdrückung und Reaktion bedeuten. Wir werden uns nach wie vor gegen ein derartiges Vorgehen wenden. Zugleich möchte ich noch einmal hervorheben: Die Sowjetunion ist unbeirrbar in ihrer Entschlossenheit, im Interesse beider Völker und des Weltfriedens auf eine weitere Verbesserung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen in striktem Einklang mit dem Geist und Buchstaben der erzielten Vereinbarungen und übernommenen Verpflichtungen hinzuarbeiten.

Immer vielseitiger werden unsere Beziehungen zu Kanada: ihre Perspektiven sind unseres Erachtens nicht schlecht. Die Verbindungen zu den Ländern Lateinamerikas wurden beachtlich ausgebaut. Wir unterstützen deren Bestrebungen, ihre politische Selbständigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu festigen, und begrüßen ihre wachsende Rolle im Weltgeschehen.

Die Entwicklung unserer Beziehungen zu Japan verläuft im allgemeinen in einer positiven Richtung. Die Sowjetunion treibt einen ausgedehnten Handel mit Japan. Mit diesem Lande wurden verschiedene gegenseitig vorteilhafte Wirtschaftsabkommen geschlossen. Wesentlich aktiver sind die Kontakte zwischen den Politikern und Vertretern des öffentlichen Lebens geworden, die kulturellen Beziehungen entwickeln sich weiter. Aber im Zusammenhang mit den Fragen einer friedlichen Regelung versuchen in Japan zuweilen manche Leute, unmittelbar von außen aufgehetzt, gegenüber der UdSSR unbegründete und rechtswidrige Ansprüche geltend zu machen. Das ist natürlich kein Mittel, die gutnachbarlichen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Wir sind der Meinung, daß in den sowjetisch-japanischen Beziehungen gerade die gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zum Gesetz erhoben werden muß, und das ist es, was wir anstreben. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich Japan nicht zu dem Weg verleiten lassen wird, auf den jene Kreise es drängen möchten, die nichts dagegen hätten, aus den sowjetisch-japanischen Differenzen Kapital zu schlagen.

Die Sanierung des internationalen Klimas hat eine günstige Atmosphäre für eine *Belebung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit* geschaffen.

Die wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der UdSSR zu den kapitalistischen Ländern sind im Berichtszeitraum beachtlich gewachsen und haben qualitative Veränderungen erfahren. Ich werde später ausführlicher darauf eingehen.

Rund auf das Anderthalbfache ist im vergangenen Jahrfünft der Umfang unseres Kulturaustausches mit dem Ausland gewachsen.

All das, Genossen, ist eine Materialisierung der Entspannung, ein wichtiger Sektor der gesamten Arbeit unserer Partei an der Entwicklung friedlicher Verbindungen unter den Völkern.

Zu den wichtigsten Richtungen der außenpolitischen Tätigkeit des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gehört nach wie vor — wie es im Friedensprogramm auch gefordert wurde — der *Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, für die Abrüstung.* Heute ist diese Aufgabe akuter denn je. Die Menschheit ist es müde, auf Bergen von Waffen zu

sitzen, während das von aggressiven Kreisen des Imperialismus angepeitschte Wettrüsten zunimmt.

Das Hauptargument der Anhänger des Wettrüstens ist die Behauptung von der sogenannten sowjetischen Gefahr. Dieses Argument wird auch aufgetischt, wenn es darauf ankommt, ein höheres Militärbudget durchzupeitschen und dabei die Ausgaben für soziale Zwecke zu beschneiden, beim Entwickeln neuer todbringender Waffen wie auch bei den Versuchen, die militärische Aktivität der NATO zu rechtfertigen. In Wirklichkeit gibt es selbstverständlich keinerlei sowjetische Gefahr, sei es für den Westen, sei es für den Osten. All das ist von A bis Z eine ungeheuerliche Lüge. Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, irgendjemand zu überfallen. Die Sowjetunion braucht keinen Krieg. Die Sowjetunion vergrößert nicht ihr Militärbudget, sie kürzt nicht, sondern steigert unentwegt die Bereitstellungen für die Hebung des Volkswohlstands. Unser Land kämpft konsequent und unbeirrbar für den Frieden, immer wieder macht es konkrete Vorschläge zur Einschränkung der Rüstungen, zur Abrüstung.

Die sowjetischen Kommunisten sind stolz darauf, daß sie die schwere, aber edle Mission übernommen haben, in den ersten Reihen der Streiter dafür zu stehen, daß die Gefahren des fortgesetzten Wettrüstens von den Völkern abgewendet werden. Unsere Partei ruft alle Völker, alle Länder auf, ihre Bemühungen zu vereinen, um dieser verhängnisvollen Entwicklung einen Riegel vorzuschieben. Unser Endziel war und bleibt auf diesem Gebiet die allgemeine und totale Abrüstung. Gleichzeitig tut die UdSSR alles, um einen Fortschritt auf bestimmten Teilstrecken des Weges zu diesem Ziel zu erwirken.

Unter Zugrundelegung eines Entwurfes der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder wurde die internationale Konvention über das Verbot und die Vernichtung der bakteriologischen Waffen erarbeitet, unterzeichnet und in Kraft gesetzt. Das ist praktisch die erste reale Abrüstungsmaßnahme in der Geschichte der internationalen Beziehungen. Es geht darum, eine ganze Kategorie gefährlichster Massenvernichtungswaffen aus den Rüstungsarsenalen der Staaten zu eliminieren.

Erweitert wurde der Anwendungsbereich des Kernwaffensperrvertrages. In letzter Zeit haben sich diesem Vertrag noch andere große Staaten, darunter die BRD und Italien, angeschlossen. Zugleich bleiben weitere wirksame Maßnahmen zur Verhinderung einer Ausbreitung der Kernwaffen über unseren Planeten eine unserer wichtigsten Aufgaben. Die UdSSR ist bereit, zusammen mit anderen Staaten an ihrer Lösung zu arbeiten. Besonders möchte ich auf die gegenwärtigen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine weitere Einschränkung der strategischen Rüstungen eingehen. Wir pflegen sie, um die Wladiwostoker Vereinbarungen von 1974 zu verwirklichen und zu verhindern, daß ein neuer Kanal für das Wettrüsten geöffnet wird, der alles bereits Erreichte zunichte macht. Selbstredend würde ein Abkommen zu dieser Frage für die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, für das Erstarken ihres beiderseitigen Vertrauens wie auch für die Festigung des Weltfriedens von sehr großer Bedeutung sein.

Da wir diesem ganzen Problem außerordentliche Bedeutung beimessen, haben wir den Vereinigten Staaten mit Nachdruck und mehr als einmal nahegelegt, es bei einer bloßen Einschränkung der gegenwärtig vorhandenen Arten strategischer Waffen nicht bewenden zu lassen. Wir hielten es für möglich weiterzugehen. Konkret schlugen wir vor, zu vereinbaren, daß die Schaffung neuer Waffensysteme von noch größerer Zerstörungsgewalt, speziell neuer „Trident"-U-Boote mit ballistischen Raketen und neuer strategischer B I-Bomber in den USA, sowie der entsprechenden Systeme in der UdSSR verboten wird. Leider wurden diese Vorschläge von der amerikanischen Seite nicht akzeptiert.

Aber sie bleiben in Kraft. Braucht man noch zu sagen, wie sehr ihre Verwirklichung für ein Erstarken des gegenseitigen Vertrauens von Nutzen wäre? Außerdem würden beide Seiten bedeutende Mittel einsparen und sie für produktive Zwecke, für die Verbesserung des Lebens der Menschen verwenden können.

Und noch etwas. In letzter Zeit mehren sich in einer Anzahl Länder die Aktionen dafür, daß der Raum des Indischen Ozeans nicht zum Schauplatz der Schaffung von Militärstützpunkten dieser oder jener Mächte werde. Wir sympathisieren mit diesen Aktionen. Was die Sowjetunion anbelangt, so hatten und haben wir nicht die Absicht, Militärstützpunkte im Indischen Ozean anzulegen. Und wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika auf, den gleichen Standpunkt zu beziehen.

Selbstverständlich wird eine Zeit kommen, da die Frage einer unausbleiblichen Einbeziehung auch anderer nuklearer Mächte in den Prozeß einer Einschränkung der strategischen Waffen auf der Tagesordnung stehen wird. Diejenigen von ihnen, die sich dem gegenüber ablehnend verhalten sollten, würden eine ungeheure Verantwortung vor den Völkern auf sich laden.

Auf Initiative unseres Landes faßte die UNO-Vollversammlung in den letzten Jahren mehrere wichtige Entschließungen über die Zügelung des Wettrüstens und das Verbot der Entwicklung und Herstellung neuartiger Massenvernichtungswaffen, neuer Systeme solcher Waffen.

Die Aufgabe besteht darin, diese Entschließungen zu verwirklichen. Dies zu erreichen, ist offengestanden nicht einfach, da eine Anzahl großer Staaten immer noch ausgesprochen nicht gewillt ist, das Wettrüsten einzustellen. Die Gegner der Entspannung und Abrüstung verfügen noch über erhebliche Ressourcen. Sie sind aktiv, wenden verschiedene Formen an und stoßen aus verschiedenen Richtungen vor. Obwohl die Möglichkeiten eines aggressiven Vorgehens des Imperialismus heute beachtlich eingeschränkt sind, bleibt sein Charakter der frühere. Deshalb müssen die friedliebenden Kräfte sehr wachsam sein. Es bedarf energischer Maßnahmen und der Einheit aller Kräfte des Friedens und des guten Willens.

In diesem Zusammenhang gewinnt der von der erdrückenden Mehrheit der Mitgliedstaaten der UNO unterstützte Antrag, eine Weltabrüstungskonferenz abzuhalten, besondere Bedeutung.

Die politische Entspannung muß durch eine militärische bekräftigt werden. Im Friedensprogramm wurde klipp und klar ein Ziel formuliert: Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa. Die Wiener Verhandlungen zu dieser Frage dauern bereits mehr als zwei Jahre, aber ein spürbarer Fortschritt bleibt aus. Der Grund ist immer wieder derselbe: Die NATO-Länder können nicht aufhören mit ihren Versuchen, die Verhandlungen auszunutzen, um sich einseitige militärische Vorteile zu sichern. Der Westen will, ja er glaubt sogar von den sozialistischen Ländern fordern zu können, daß sie ihm Zugeständnisse machen, die ihre eigene Sicherheit beeinträchtigen. Unsererseits haben wir aber nicht bemerkt, daß der NATO-Block geneigt wäre, der anderen Seite derartige Zugeständnisse zu machen.

Um die Angelegenheit über den toten Punkt hinwegzubringen, haben die sozialistischen Staaten unlängst in Wien neue Vorschläge eingebracht. Wir sind dazu bereit, daß für den Anfang in diesem Jahr nur die Truppen der UdSSR und der USA reduziert werden und die Streitkräfte der anderen Verhandlungspartner vorläufig auf dem bisherigen Niveau „eingefroren" und in der zweiten Etappe, 1977/78, abgebaut werden. Wir haben auch durchaus konkrete Vorschläge unterbreitet über die beiderseitige Herabsetzung der Zahl der Panzer, kernwaffentragenden Flugzeuge sowie Raketenstartrampen mit einer bestimmten Anzahl von Kernmunition für diese Trägermittel.

Unsere Vorschläge beruhen auf der Beibehaltung des im Zentrum Europas entstandenen Kräfteverhältnisses, im Grunde genommen Gleichgewichts der Kräfte als der einzig realistischen Grundlage. Ihre Verwirklichung wird die Sicherheit keines der Verhandlungspartner beeinträchtigen. Es steht zu hoffen, daß all dies bei den westlichen Ländern den gebührenden Widerhall findet und es endlich möglich sein wird, von Diskussionen zu realen Abbaumaßnahmen für die Streitkräfte und Rüstungen überzugehen.

Auf dem XXIV. Parteitag wurde die Aufgabe gestellt: Der Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung zur Lösung strittiger Fragen muß zu einem Gesetz des internationalen Geschehens werden. Dieses Prinzip fand dann seinen Niederschlag in einer Anzahl von Verträgen der UdSSR mit anderen Ländern. Es ist auch in der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz enthalten. Um die Kriegsgefahr weiter zu mindern und günstige Vorbedingungen für einen Fortschritt zur Abrüstung zu schaffen, schlagen wir jetzt einen Weltvertrag über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen vor. Seine Unterzeichner, selbstverständlich einschließlich der Kernmächte, würden sich verpflichten, vom Einsatz beliebiger Waffenarten, darunter auch der Kernwaffen, zur Lösung der sich unter ihnen ergebenden Streitfragen Abstand zu nehmen. Die Sowjetunion ist bereit, gemeinsam mit den anderen Staaten praktische Schritte zur Verwirklichung dieses Vorschlags zu prüfen.

Groß ist heute die Rolle und Verantwortung der Massenbewegung der Öffentlichkeit für die Festigung des Friedens. Das vergangene Jahrfünft ist durch solche Marksteine in der Entwicklung dieser Bewegung gekennzeichnet wie den Moskauer Weltkongreß der Friedenskräfte, das Brüsseler Forum für europäische Sicherheit und den Weltkongreß der Frauen in Berlin. Unsere Partei und die Öffentlichkeit unseres Landes nahmen tatkräftig an allen diesen Aktionen teil. Wir werden auch weiterhin alles tun, um die breiten Volksmassen für die Festigung des Friedens aufzubieten.

Die Sowjetunion ist in ihrer Außenpolitik gewillt, geduldig und konsequent nach immer neuen Wegen zur Entwicklung einer friedlichen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, nach Wegen zur Ab-

rüstung zu suchen. Wir werden unsere Anstrengungen im Kampf um einen dauerhaften Frieden unentwegt steigern.

*4. Das Programm des weiteren Kampfes für Frieden und internationale Zusammenarbeit, für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker*

Genossen! Bei der Einschätzung der internationalen Lage unseres Landes und der Situation in der ganzen Welt kommt das Zentralkomitee der Partei zu dem Schluß, daß *der weitere Kampf für die Sache des Friedens, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker jetzt die vordringliche Lösung folgender spruchreifer Aufgaben erfordert:*

— Durch unentwegte Festigung der Einheit der verbrüderten sozialistischen Staaten und durch das Entwickeln ihrer allseitigen Zusammenarbeit beim Aufbau der neuen Gesellschaft den aktiven gemeinsamen Beitrag zur Festigung des Friedens zu verstärken.

— Für die Einstellung des zunehmenden, den Frieden gefährdenden Wettrüstens sowie für den Übergang zur Einschränkung der gehorteten Waffenvorräte, zur Abrüstung einzutreten. Dazu gilt es:

a) alles zu tun für die Beendigung der Vorbereitung eines neuen Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die Begrenzung und Einschränkung der strategischen Rüstungen, für den Abschluß internationaler Verträge über allgemeine und totale Einstellung der Kernwaffentests, über das Verbot und die Vernichtung der chemischen Waffen, über das Verbot der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen sowie der Einwirkung auf die Umwelt zu militärischen oder sonstigen feindlichen Zwecken;

b) durch neue Anstrengungen die Verhandlungen über die Einschränkung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa zu aktivieren. Nach dem Zustandebringen einer Übereinkunft über die ersten konkreten Schritte in dieser Richtung die militärische Entspannung im erwähnten Raum in den darauffolgenden Jahren fortzusetzen;

c) dafür einzutreten, daß das gegenwärtige ständige Wachstum der militärischen Ausgaben vieler Staaten durch eine Praxis ihrer systematischen Einschränkung abgelöst wird;

d) alle Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz zu treffen.

— Die Bemühungen der friedliebenden Staaten auf das Löschen der noch vorhandenen Kriegsherde zu konzentrieren, vor allem auf eine gerechte und dauerhafte Regelung im Nahen Osten. Im Zusammenhang mit dieser Regelung sollen sich die betreffenden Staaten mit der Frage befassen, wie sie zur Einstellung des Wettrüstens im Nahen Osten beitragen können.

— Alles zu tun, um die internationale Entspannung zu vertiefen und einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit der Staaten konkrete Formen zu verleihen. Aktiv Kurs zu nehmen auf eine restlose Verwirklichung der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz, auf die Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit in Europa. Im Einklang mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Beziehungen einer langfristigen gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in verschiedenen Sphären — der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur — mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, der BRD, Großbritannien, Italien, Kanada wie auch mit Japan und anderen kapitalistischen Staaten konsequent weiter zu entwickeln.

— Auf die Gewährleistung der Sicherheit in Asien durch gemeinsame Bemühungen der Staaten dieses Kontinents hinzuarbeiten.

— Den Abschluß eines weltweiten Vertrags über Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen anzustreben.

— Als eine der wichtigsten internationalen Aufgaben die völlige Beseitigung aller Überreste des kolonialen Unterdrückungssystems, der Schmälerung der Gleichberechtigung und Unabhängigkeit der Völker, die völlige Beseitigung aller Herde des Kolonialismus und Rassismus anzusehen.

— Für die Abschaffung der Diskrimination und beliebiger künstlicher Hindernisse im internationalen Handel, für die Liquidierung aller Erscheinungsformen der Rechtsungleichheit, des Diktats und der Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen einzutreten.

Dies, Genossen, sind die Hauptaufgaben, deren Lösung unserer Überzeugung nach unter den gegenwärtigen Bedingungen von den Interessen des Friedens und der Sicherheit der Völker, des Fortschritts der Menschheit gefordert wird. Wir betrachten diese Vorschläge als organische Fortsetzung und Entwicklung des vom XXIV. Parteitag aufgestellten Friedensprogramms, als *Programm des weiteren Kampfes für Frieden und internationale*

*Zusammenarbeit, für Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.* Wir werden die Außenpolitik unseres Landes auf die Lösung dieser Aufgaben ausrichten und darin mit den anderen friedliebenden Staaten zusammenarbeiten.

Gestatten Sie mir, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß die hohen Ziele unserer Politik auf dem Schauplatz des internationalen Geschehens bei allen friedliebenden, fortschrittlichen Kräften, bei allen ehrlichen Menschen der Erde weitgehendes Verständnis und Unterstützung finden werden.

*5. Die KPdSU und der weltweite revolutionäre Prozeß*

Genossen! Wir leben in einer Epoche grundlegender sozialer Wandlungen. Nach wie vor erstarken und erweitern sich die Positionen des Sozialismus. Die Siege der nationalen Befreiungsbewegung eröffnen den Ländern, die ihre Unabhängigkeit erkämpft haben, neue Horizonte. Der Klassenkampf der Werktägigen gegen das Joch der Monopole, gegen die Ausbeuterordnung wird immer stärker. Die revolutionär-demokratische, antiimperialistische Bewegung nimmt immer größere Ausmaße an. All das bedeutet in seiner Gesamtheit ein Fortschreiten des weltweiten revolutionären Prozesses.

Das ist der machtvolle Marschtritt der Geschichte. In den revolutionären Prozeß schalten sich neue Generationen und soziale Schichten, neue Parteien und Organisationen ein. Es geht gerade das vor sich, worüber W. I. Lenin seinerzeit geschrieben hat: „In dem Maße, wie sich das geschichtliche Schöpfertum der Menschen erweitert und vertieft, muß auch der Umfang der Bevölkerungsmasse wachsen, die bewußt Geschichte macht" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 2, S. 536).

Die Entwicklung der Länder des Sozialismus, das Anwachsen ihrer Macht, die Verstärkung des ersprießlichen Einflusses der von ihnen betriebenen internationalen Politik — das ist heute die Hauptrichtung des sozialen Fortschritts der Menschheit. Die Anziehungskraft des Sozialismus ist angesichts der Krise, die in den kapitalistischen Ländern ausgebrochen ist, weitergewachsen.

Der XXIV. Parteitag unserer Partei betonte: „Die Anpassung an die neuen Bedingungen bedeutet ... nicht die Stabilisierung des Kapitalismus als System. Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiter." Die Ereignisse der letzten Jahre sind überzeugende Beweise dafür.

Gerade in diesen Jahren ist in der kapitalistischen Welt eine Wirtschaftskrise ausgebrochen, deren Schärfe und Tiefe sich nach eigenem Geständnis bürgerlicher Politiker nur mit der Krise vom Anfang der 30er Jahre vergleichen läßt. Sie breitete sich gleichzeitig über alle Schwerpunkte der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Bezeichnenderweise betraf eine Krise von derartiger Wucht die hochentwickelte staatsmonopolistische Wirtschaft, die in der Nachkriegszeit entstanden ist. Der Kapitalismus tat alles, um sozusagen im Gleichschritt mit der Zeit zu marschieren, um diverse Methoden zur Regelung der Wirtschaft anzuwenden. Dadurch konnte das Wachstum der Wirtschaft angekurbelt, jedoch, wie es die Kommunisten vorausgesehen hatten, die Widersprüche des Kapitalismus nicht behoben werden. Der starke Rückgang der Produktion und das Wachstum der Erwerbslosigkeit in den meisten kapitalistischen Ländern verflochten sich mit dermaßen schweren Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft wie der Währungskrise, der Energiekrise und der Rohstoffkrise. Besonders akut wurden die krisenbedingten Prozesse infolge der Inflation. Angeheizt durch die ständig wachsenden Militärausgaben, erreichte sie für Friedenszeiten beispiellose Ausmaße.

Die Rivalität unter den Imperialisten, die Zwistigkeiten im Gemeinsamen Markt und innerhalb der NATO verstärkten sich. Infolge der Machtsteigerung der internationalen Monopole ist der Konkurrenzkampf noch rücksichtsloser geworden. Die Regierungen der kapitalistischen Länder unternehmen einen Versuch nach dem anderen, um die Widersprüche zu glätten und sich über gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der Krise zu einigen. Aber es ist nun einmal das Wesen des Imperialismus, daß jeder darauf aus ist, Vorteile auf Kosten anderer zu ergattern und anderen seinen Willen aufzuzwingen. Die Differenzen treten in neuen Formen zutage, die Widersprüche entbrennen mit neuer Kraft.

All das besagt, daß die gegenwärtige Krise keine gewöhnliche Krise ist. Jetzt sehen alle: Einer der Hauptmythen, die von den Reformisten und bürgerlichen Ideologen in die Welt gesetzt wurden, der Mythos vom modernen Kapitalismus, der sich von den Krisen befreien könne, ist widerlegt worden. Die Labilität des Kapitalismus wird immer augenfälliger. Die Versprechungen, den Kapitalismus zu „sanieren" und in seinem Rahmen eine „Wohlfahrtsgesellschaft" aufzubauen, sind vor aller Augen Lügen gestraft worden. Den Volksmassen wurde eine schwere Bürde auferlegt. Die fortschreitende Teuerung schränkt die Realeinkünfte der Bevölkerung unerbittlich ein. Selbst nach amtlichen An-

gaben der UNO wurden über 15 Millionen Werktätige der Industriebetriebe und Büros in den entwickelten kapitalistischen Ländern aufs Pflaster geworfen, sie leben zusammen mit ihren Familien von der Unterstützung. Außerdem haben Millionen Menschen einen verkürzten Arbeitstag oder können wöchentlich nur zwei, drei Tage arbeiten.

Die Arbeiterklasse antwortet darauf proletarisch, durch verstärkten Kampf gegen das Großkapital als Hauptschuldigen der sozialen Not. Der Kampf, an dem sich die verschiedensten Schichten der werktätigen Bevölkerung beteiligen, hat den Höchststand der letzten Jahrzehnte erreicht. Macht und Autorität der Arbeiterklasse haben zugenommen, ihre Rolle als Vorhut im Kampfe für die Interessen der Werktätigen, für die wahren Interessen der Nation ist gewachsen. In den Gewerkschaften ist ein Linksruck zu verzeichnen. In verschiedenen Ländern entsteht die Aktionseinheit der Arbeiter mit anderen demokratischen Parteien, ihre Positionen sind erstarkt.

Die ideologisch-politische Krise der bürgerlichen Gesellschaft hat zugenommen. Sie erfaßt die Machtorgane, die bürgerlichen politischen Parteien und erschüttert die elementaren sittlichen Normen. Die Korruption wird selbst in den höchsten Spitzen der Staatsmaschinerie immer unverhüllter. Der Niedergang der geistigen Kultur dauert an, die Kriminalität wächst.

Die Kommunisten sind weit davon entfernt, einen „automatischen Zusammenbruch" des Kapitalismus zu prophezeien. Er verfügt noch über beträchtliche Reserven. Aber die Ereignisse der letzten Jahre bestätigen mit neuer Kraft, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.

Während des vergangenen Jahrfünfts wurden manchen Zentren der internationalen Reaktion wuchtige Schläge versetzt. Gerade in dieser Zeit gingen die Revolutionen in Chile und Portugal vor sich, erzielten die revolutionären Befreiungskräfte in Peru einen wichtigen Erfolg, fiel die militärfaschistische Regierung in Griechenland, geriet das Franco-Regime in Spanien ins Wanken.

Die portugiesische Revolution hat mit einem der letzten faschistischen Regime unserer Zeit aufgeräumt und zur Zertrümmerung des letzten Kolonialreiches geführt. Erneut bestätigte sich mit aller Deutlichkeit: Die Revolution ist ein machtvoller Hebel der sozialen Erneuerung, sie setzt riesige Kräfte frei, die im Volk verborgen sind. Und wenn die von der antifaschistischen Revolution bewirkte Verflechtung der politischen Kräfte heute ein buntscheckiges, zuweilen widerspruchsvolles Bild darbietet, so ist eins völlig klar: Das Volk Portugals ist dafür, daß in seinem Lande feste Grundlagen einer demokratischen Entwicklung geschaffen werden, es ist für sozialen Fortschritt.

Die Sowjetunion wendet sich entschieden gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Portugals. Das portugiesische Volk hat wie jedes andere das Recht, den Weg zu gehen, den es selbst bestimmt. Gestatten Sie mir, von dieser Tribüne aus die heiße Solidarität der sowjetischen Kommunisten, aller sowjetischen Menschen mit dem revolutionären Volk Portugals, mit seinen Kommunisten, mit allen Demokraten zum Ausdruck zu bringen.

Die Revolution in Chile war ein prägnanter Ausdruck des leidenschaftlichen Wunsches der Bevölkerung dieses Landes, sich zu befreien von der Unterdrückung und Ausbeutung durch die eigene Bourgeoisie und die ausländischen Monopole. An ihrer Spitze standen Menschen von untadeliger Ehrlichkeit und hohem Humanismus. Sie bot breite Massen der Werktätigen für den Aufbau eines neuen Lebens auf. Aber die Verschwörung der chilenischen Reaktion, die, wie jetzt allgemein bekannt ist, vom ausländischen Imperialismus ausgeheckt und bezahlt wurde, überrumpelte die Revolution. Die militärfaschistische Diktatur hat das Land in Blut erstickt. Zehntausende der besten, ergebensten Söhne und Töchter des werktätigen Volkes wurden ermordet, zu Tode gefoltert, eingekerkert. Die finstere Nacht des Terrors hat sich über das Land gesenkt. Aber die zeitweilige Niederlage der chilenischen Revolution tut ihren historischen Verdiensten, der Tragweite ihrer Erfahrungen keinen Abbruch.

Chiles Tragödie hat die These der Kommunisten von der Möglichkeit verschiedener Wege der Revolution, darunter auch eines friedlichen Weges, falls die notwendigen Voraussetzungen dafür gegeben sind, keineswegs aufgehoben. Aber sie hat gebieterisch daran erinnert, daß die Revolution imstande sein muß, sich zu verteidigen. Sie lehrt, gegen den modernen Faschismus und die Ränke der ausländischen Reaktion wachsam zu sein, und ruft zu verstärkter internationaler Solidarität mit allen auf, die den Weg der Freiheit und des Fortschritts einschlagen. Hier, auf unserem Parteitag, fordern wir aufs neue im Namen aller sowjetischen Menschen: „Freiheit für Luis Corvalan! Freiheit für alle Gefangenen der faschistischen Junta!"

Die Erfahrungen der revolutionären Bewegung der letzten Jahre haben anschaulich vor Augen geführt: Falls sich eine reale Gefahr für die Herrschaft des Monopolkapitals und seiner politischen Strohmänner ergibt, ist der Imperialismus zu allem bereit, wobei er selbst den geringsten Anschein der Demokratie beiseite wirft. Er ist bereit, auch die Souveränität von Staaten sowie jede Gesetzlichkeit mit Füßen zu treten, von der Menschlichkeit ganz zu schweigen. Verleumdung, Benebelung der Öffentlichkeit, Wirtschaftsblockade, Sabotage, bewußtes Heraufbeschwören von Hungersnot und Wirtschaftsruin, Korruption und Drohungen, Terror, Anstiftung zum Mord an Politikern, Pogrome im faschistischen Stil gehören zum Rüstzeug der modernen Konterrevolution, die stets im Bündnis mit der internationalen imperialistischen Reaktion vorgeht. Aber im Endeffekt ist all das zum Scheitern verurteilt. Die Sache der Freiheit, die Sache des Fortschritts ist unbesiegbar.

Zu den denkwürdigen Erscheinungen des abgelaufenen Jahrfünfts gehörte der *wachsende Einfluß der kommunistischen Parteien in der kapitalistischen Welt.* Ihre Mitgliederzahl ist fast um eine Million, darunter in Westeuropa nahezu um 400 000, gestiegen. Die Zahl der Wähler, die bei Parlaments- und Gemeindewahlen für die Kommunisten stimmen, hat stark zugenommen.

Ein Beweis für die Erfolge der internationalen kommunistischen Bewegung ist die Tatsache, daß das antiimperialistische Aktionsprogramm der Beratung von 1969 in vielen Punkten durchgeführt ist. Heute können wir zusammen mit den kommunistischen Parteien der anderen Länder erklären: Weg und Hauptrichtungen des Kampfes sind richtig gewählt worden, die gemeinsame Arbeit zum Wohle der Völker findet breiten Widerhall in den Massen und zeitigt nützliche Ergebnisse.

Die Kommunisten verschiedener Länder verfolgen mit Interesse und verständlicher Aufmerksamkeit die Arbeit der Bruderparteien. Unter ihnen können sich zuweilen Unterschiede der Ansichten, der Standpunkte zu dieser oder jener Frage ergeben. Die feindliche Propaganda hat das so manches Mal zu Sensationen aufgebauscht. Aber die Marxisten-Leninisten gehen an derartige Fragen vom Standpunkt des Internationalismus heran, wobei es ihnen um die Festigung der Einheit der gesamten Bewegung geht und sie die auftauchenden Probleme im Geiste echter Kameradschaft im Rahmen der unumstößlichen Normen der Gleichberechtigung und Achtung vor der Selbständigkeit jeder Partei ausdiskutieren. Natürlich verwerfen sie hierbei Kompromisse in grundsätzlichen Dingen oder Versöhnlertum gegenüber Ansichten und Handlungen, die der kommunistischen Ideologie widersprechen. Das ist ausgeschlossen. Um so mehr, als der rechte wie auch der ultralinke Revisionismus keineswegs untätig sind und der Kampf für die marxistisch-leninistischen Grundlagen der kommunistischen Bewegung, gegen die Versuche, sie zu entstellen oder zu untergraben, eine gemeinsame Aufgabe aller bleibt.

Die Kommunisten gehen in ihrem Kampf von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der revolutionären Entwicklung sowie des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus aus. Diese Gesetzmäßigkeiten, die in der Theorie des Marxismus-Leninismus zum Ausdruck kommen und durch die Praxis erhärtet sind, wurden von den internationalen Beratungen der Bruderparteien gemeinschaftlich und ausführlich formuliert. Es war und bleibt ein unabdingbares Merkmal der Marxisten-Leninisten, daß sie diese gemeinsamen Gesetzmäßigkeiten sehr wohl verstehen, sich auf sie stützen und sie in jedem gegebenen Lande schöpferisch und unter Berücksichtigung der konkreten Bedingungen anwenden. Und man kann mit aller Überzeugung feststellen: Wenn ein Zugeständnis an den Opportunismus irgendeinen zeitweiligen Vorteil ergibt, wird es im Endeffekt der Partei zum Schaden gereichen.

Besonders wäre hervorzuheben, wie wichtig heutzutage der proletarische Internationalismus ist. Das ist einer der entscheidenden Grundsätze des Marxismus-Leninismus. Leider beginnt manch einer ihn so zu interpretieren, daß vom Internationalismus praktisch kaum etwas übrigbleibt. Es finden sich auch Herrschaften, die sogar offen vorschlagen, sich vom Internationalismus loszusagen. Ihrer Ansicht nach sei der von Marx und Lenin begründete und vertretene Internationalismus veraltet. Unseres Erachtens würde aber ein Verzicht auf den proletarischen Internationalismus bedeuten, daß den kommunistischen Parteien und der gesamten Arbeiterbewegung eine mächtige und erprobte Waffe aus der Hand geschlagen wird. Das wäre ein guter Dienst für den Klassengegner, der übrigens seine antikommunistischen Handlungen aktiv auf internationaler Ebene koordiniert. Wir sowjetischen Kommunisten betrachten die Verteidigung des proletarischen Internationalismus als heilige Pflicht jedes Marxisten-Leninisten.

Im Berichtszeitraum hat unsere Partei ihre Verbindungen zu den Bruderparteien ausgebaut. Wir pflegten mit ihnen einen aktiven Austausch von Delegationen und beteiligten uns an zwischenparteilichen Konferenzen zu politischen und theoretischen Problemen.

Eine bedeutende Rolle spielen die regionalen Konferenzen der Kommunisten. In den vergangenen Jahren waren es nicht wenige. Besonders erwähnt sei die Konferenz der Kommunisten Lateinamerikas und des Karibischen Raumes unter Beteiligung der Kommunistischen Parteien der USA und Kanadas in Havanna. Auch die kommunistischen Parteien Europas treffen Vorbereitungen zu ihrer Konferenz. Viele Parteien sind für eine neue weltweite Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Die KPdSU unterstützt im Prinzip diese Idee. Wann und wie sie verwirklicht werden soll, wird selbstverständlich in allgemeiner Übereinstimmung entschieden werden.

Wir sowjetischen Kommunisten entbieten von unserem Parteitag aus unseren Kameraden und Gesinnungsgenossen im Ausland Kampfesgrüße und wünschen ihnen Erfolg. In erster Linie erklären wir uns solidarisch mit *den* Kommunisten, die unter den schweren Bedingungen der Illegalität kämpfen. Wir wenden uns an alle Streiter für die Sache der Werktätigen, an diejenigen, die tagtäglich ihr Leben aufs Spiel setzen und trotz aller Prüfungen ihren Idealen und ihrer Pflicht treu bleiben. Hunderte, Tausende Freiheitskämpfer schmachten in den Kerkern und Konzentrationslagern von Chile, Uruguay, Paraguay, Indonesien, Brasilien, Guatemala, Haiti, Südafrika und anderen Ländern. Viele Kommunisten haben ihr Leben für die Sache der Revolution hingegeben.

Auf unserem Parteitag möchte ich vorschlagen, daß in Moskau ein Monument zum Gedenken der Helden der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung errichtet wird, der selbstlosen Kämpfer für das Glück des Volkes, die dem Klassenfeind zum Opfer gefallen sind. Das wird ein Sinnbild der unverbrüchlichen Treue unserer Partei zur großen Sache des proletarischen Internationalismus sein.

Im Einklang mit den Weisungen des XXIV. Parteitags vertieften wir weiter die Verbindungen *mit den fortschrittlichen nichtkommunistischen Parteien,* den revolutionärdemokratischen wie auch den linkssozialistischen. Sichtlich erweitert wurden die Kontakte mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien einer Anzahl von Ländern, darunter Finnland, Belgien, Japan, Großbritannien und Frankreich. Wir wissen das hier Erreichte zu schätzen und werden in dieser Richtung weiterarbeiten.

Bestimmt kann von einer ideologischen Annäherung des wissenschaftlichen Kommunismus an den Reformismus der Sozialdemokraten keine Rede sein. Unter ihnen gibt es noch viele, die ihre ganze Tätigkeit auf dem Antikommunismus und Antisowjetismus begründen. Es gibt sogar Parteien, in denen Umgang mit Kommunisten bestraft wird. Gegen solche Erscheinungen werden wir kämpfen, weil sie nur Wasser auf die Mühlen der Reaktion sind.

Aber mit *den* Sozialdemokraten, die sich ihrer Verantwortung für die Sache des Friedens bewußt sind, geschweige denn mit den sozialdemokratischen Arbeitern, können wir eins sein und sind wir auch eins in der Sorge um die Sicherheit der Völker, im Bestreben, dem Wettrüsten Zügel anzulegen, den Faschismus, Rassismus und Kolonialismus zurückzuschlagen. Gerade in diesem Sinne werden wir nach wie vor Initiative und guten Willen an den Tag legen.

Heute, da die Entspannung zu einer realen Gegebenheit geworden ist, erhebt sich häufig in der internationalen Arbeiterbewegung wie auch unter ihren Gegnern die Frage, wie sie den Klassenkampf beeinflußt.

Manche bürgerliche Politiker tun verwundert und schlagen Lärm über die Solidarität der sowjetischen Kommunisten, des sowjetischen Volkes mit dem Kampf anderer Völker für Freiheit und Fortschritt. Das ist entweder Naivität oder am ehesten vorsätzliche Hirnverkleisterung. Steht doch mit unüberbietbarer Klarheit fest, daß Entspannung und friedliche Koexistenz in den Bereich der zwischenstaatlichen Beziehungen fallen. Das bedeutet vor allem, daß Streitigkeiten und Konflikte zwischen den Ländern nicht durch Krieg, nicht durch Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung beigelegt werden dürfen. Die Entspannung hebt die Gesetze des Klassenkampfes keineswegs auf, und sie kann diese Gesetze weder aufheben noch abändern. Niemand kann darauf spekulieren, daß im Zeichen der Entspannung die Kommunisten sich mit kapitalistischer Ausbeutung abfinden oder die Monopolherren zu Anhängern der Revolution werden. Hingegen ist striktes Festhalten am Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten, Respektierung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität eine unerläßliche Voraussetzung der Entspannung.

Wir machen keinen Hehl daraus, daß wir in der Entspannung einen Weg zur Schaffung günstigerer Bedingungen für den friedlichen sozialistischen und kommunistischen Aufbau sehen. Das bestätigt lediglich, daß Sozialismus und Frieden voneinander nicht zu trennen sind. Und wenn uns manche Leute daraus einen Vorwurf machen, so kann man sich

kaum des Gedankens erwehren, daß sie nicht überzeugt sind, der Kapitalismus könne existieren, ohne zu Aggression und zu Drohungen mit Waffengewalt zu greifen, ohne die Unabhängigkeit und die Interessen anderer Völker anzutasten.

Was die ultralinken Behauptungen anbelangt, die friedliche Koexistenz bedeute geradezu eine „Hilfeleistung für den Kapitalismus", ein „Einfrieren des sozialen und politischen Status quo", so antworten wir darauf: Jede Revolution ist vor allem ein gesetzmäßiges Ergebnis der inneren Entwicklung der betreffenden Gesellschaft. Das Leben selbst widerlegt ja die Ammenmärchen vom „Einfrieren". Es genügt, sich der großen revolutionären Wandlungen zu erinnern, die sich während der letzten Jahre in der Welt vollzogen haben.

So ist es um die Frage des Verhältnisses zwischen Entspannung und Klassenkampf bestellt. Getreu unserer revolutionären Pflicht, werden wir sowjetischen Kommunisten nach wie vor für den Frieden kämpfen, der die größte Wohltat für alle Völker und eine wichtige Voraussetzung für den Fortschritt der gegenwärtigen Menschheit ist.

*

Genossen! Das Zentalkomitee hat allen Grund, die bisherigen Ausführungen zusammenfassend, dem Parteitag zu berichten, daß die internationale Lage der Sowjetunion stabiler ist denn je zuvor. Wir leben das vierte Jahrzehnt in Frieden. Die Positionen des Sozialismus sind erstarkt. Die Entspannung ist zur entscheidenden Tendenz geworden. Das ist das Hauptergebnis der internationalen Politik der Partei. Auf dieses Ergebnis können die sowjetischen Menschen stolz sein.

Die internationale Tätigkeit der KPdSU ist ein Anliegen des gesamten Volkes. Sie stützt sich auf die Wirtschafts- und Verteidigungsmacht des Landes, auf sein geistiges Potential, auf alles, was das sowjetische Volk durch seine Arbeit geschaffen hat. Hinter ihren Erfolgen stehen die Erfahrungen und das Wissen, die Geisteskraft und intensive Arbeit vieler Repräsentanten der Partei und des Staates, der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, der Sekretäre des ZK, der Mitglieder des ZK, der zahlreichen Mitarbeiter des Apparats des Zentralkomitees, des Außenministeriums, des Außenhandelsministeriums, des Staatlichen Komitees für Wirtschaftsbeziehungen und anderer Ministerien und Ämter, der leitenden Funktionäre und Mitarbeiter der Zentralkomitees der Republiken, der Regions- und Gebietskomitees, der Genossen aus den Stadt-, Stadtbezirks- und Rayonkomitees, der Grundparteiorganisationen in Stadt und Land. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich sage, daß die meisten Delegierten unseres Parteitags auf diese oder jene Weise Gelegenheit hatten, auch im internationalen Bereich zu wirken. Wichtige Aufgaben werden in dieser Hinsicht von unseren Parlamentariern gelöst, von den zentralen und örtlichen Sowjetorganen, den Gewerkschaften, gesellschaftlichen Organisationen, Wissenschaftlern und Kulturschaffenden und natürlich von Presse, Rundfunk und Fernsehen. Tausende sowjetischer Menschen sind im Ausland tätig, darunter die Mitarbeiter der Botschaften und anderen Vertretungen, Geologen und Baufachleute, Ärzte und Lehrer, Hüttenwerker und Chemiker, Fachleute des Verkehrswesens und anderer Branchen.

Das Zentralkomitee spricht allen diesen Genossen aufrichtige Anerkennung für das hohe Bewußtsein und gewissenhafte Erfüllen ihrer internationalen Pflichten aus.

Gestützt auf das bisher Erreichte, legen wir jetzt unsere neuen Aufgaben auf dem Schauplatz des Weltgeschehens fest. Die Tatsache, daß das gesamte sowjetische Volk die Linie der Partei unterstützt, verleiht uns die Gewißheit, daß dem entworfenen Programm Erfolg beschert ist. Darin liegt die Hauptgarantie des Erfolgs unserer Politik. Diese Politik dient den ureigensten Interessen aller Völker. Dieser Politik gehört die Zukunft.

# Autoren dieses Heftes

*SOTIRON, Michael M.*, geb. 1945 in Brandenburg, 1952 in die USA und 1967 nach Kanada übergesiedelt; Studium der Geschichte und Promotion an den Universitäten Berkeley und Victoria (British Columbia); lebt als Universitätsangestellter und freier Publizist in Outremont/Quebec. *** *HUFFSCHMID, Dr. Jörg*, geb. 1940 in Köln, Hochschullehrer für Politische Ökonomie der BRD an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Konzentrations- und Wirtschaftspolitik. *** *LEITHÄUSER, Dr. Gerhard*, Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHUI, Herbert*, geb. 1940 in Köln, Studium der Ökonomie, derzeit Assistenzprofessor an der Universität Bremen. *** *KNORR, Lorenz*, geb 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *BAYERTZ, Kurt*, geb. 1948 in Düsseldorf, Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Germanistik an den Universitäten Frankfurt/M. und Düsseldorf, z. Z. an der Universität Bremen tätig. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WEYEL, Volker*, geb. 1944 in Nebra (Unstrut), Studium der Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M., nach Aufenthalten 1967 und 1969 in Uganda dort von 1970 bis 1973 als „Research Associate" des „Makerere Institute of Social Research"; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GALKIN, A. A.*, Abteilungsleiter am Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. *** *PFAFFENBERGER, Dr. Wolfgang*, geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Berlin, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, vor allem zur Theorie der Wirtschaftspolitik. *** *IPSEN, Dr. Dirk*, geb. 1939 in Königsberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie an der TH Darmstadt; Zeitschriftenveröffentlichungen.

---

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.*

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.*

A. Diedenhofen L5
Geldern 1
Neuhausweg 22

*Es schrieben bisher u.a.:*

Wolfgang Abendroth
Ulrich Albrecht
Frank Allaun
Günther Anders
Stefan Andres
Hans Apel
Manfred v. Ardenne
Otmar Frhr. v. Aretin
Axel Azzola
Hans-Dieter Bamberg
Geoffrey Barraclough
Hans Werner Bartsch
Friedhelm Baukloh
Arno Behrisch
Max Bense
Frank Benseler
Igor Bestushew
Kurt Beutler
Wilhelm R. Beyer
Charles Bloch
Heinrich Böll
Bogislaw v. Bonin
Dieter Boris
William Borm
Achim v. Borries
Lenelotte v. Bothmer
Wilfried Frhr. v. Bredow
Wilhelm M. Breuer
Klemens Brockmöller
Fenner Brockway
Vittorio de Caprariis
John Collins
Eberhard Czichon
Wolfgang Däubler
Frank Deppe
Hans-Ulrich Deppe
Karlheinz Deschner
Roshan Dhunjibhoy
Johannes Dieckmann
Barbara Dietrich
Ingeborg Drewitz
Klaus Ehrler
Bernt Engelmann
Hans Magnus Enzensberger
Hermann Etzel
Ossip K. Flechtheim
Friedrich Wilhelm Foerster
Gertrud v. le Fort
Erich Fried
Erich Frister
Klaus Fritzsche
Georg Fülberth
John Kenneth Galbraith
Hans-Jochen Gamm
Christian Geißler
Albrecht Goes
Werner Goldschmidt
Helmut Gollwitzer
Wilfried Gottschalch
Walter Grab
Heinrich Grüber
Max von der Grün
Dshermen Gwischiani
Wilmont Haacke
Sebastian Haffner
Martin Hall
George W. F. Hallgarten
Hildegard Hamm-Brücher
Heinrich Hannover
Frigga Haug
Friedrich Heer
Hans G. Helms
Ernst Henry
Werner Otto v. Hentig
Sebastian Herkommer
Joachim Hirsch
Werner Hofmann
Hans Heinz Holz
Alfred Horné
J. L. Hromadka
Jörg Huffschmid
Nikolai Inosemzew
Hans Joachim Iwand
Hans Henny Jahnn
Walter Jens
Wsewolod Jeschow
Gerhard Kade
William K. Kapp
Matti Kekkonen
Robert M. W. Kempner
Klemens Keplicz
Hans Hellmuth Kirst
Dietrich Kittner
Arno Klönne
Heinz Kloppenburg
Oswald A. Kohut
Erich Küchenhoff
Reinhard Kühnl
Helmut R. Külz
Karl Kupisch
Manfred Lachs
Bernhard Lavergne
Stephan Leibfried
Sidney Lens
Carlo Levi
Albert J. Luthuli
Gérard Lyon-Caen
Werner Maihofer
Iwan Maiski
Bodo Manstein
Basil Mathiopoulos
L. L. Matthias
Gunnar Matthiessen
Ernst May
Seymour Melman
Daniil Melnikow
Eberhard Menzel
Thomas Metscher
Jules Moch
Wayne Morse
Friedrich Müller
Kalixte Mukendi
Wolf-Dieter Narr
Oswald v. Nell-Breuning
Friedrich Neunhöffer
Knut Nevermann
Friedhelm Nyssen
Gustav Obermair
Paul Oehlke
Reinhard Opitz
László Márton Pákozdy
Sven G. Papcke
Wolfgang Plat
Linus Pauling
Helveg Petersen
Claudia Pinl
Nikolai Poljanow
Uli Preuss-Lausitz
Ulrich K. Preuß
Karin Priester
Helge Pross
Adam Rapacki
Harold Rasch
Albert J. Rasker
Hermann Rauschning
Marcel Reding
Marianne Regensburger
Michael Regus
Gerhard Reintanz
Rolf Rendtorff
Helmut Ridder
Renate Riemeck
Rainer Rilling
Alfred Rinken
Henry Rolin
Günther Rose
Peter Römer
Wolfgang Ruge
Hans Karl Rupp
Bertrand Russell
Paul Schallück
Franz R. Schick
Theo Schiller
Josef Schleifstein
Richard Schmid
Franz Paul Schneider
Robert Scholl
Helga Schuchardt
Seiei Shinohara
William L. Shirer
Julius Silverman
Ulrich Sonnemann
Dorothee Sölle
Ilse Staff
A. S. Graf v. Stauffenberg
Max Steenbeck
Gerhard Stuby
Horst Symanowski
Jerzy Sztucki
Bassam Tibi
Thomas Torsvig
Dragoljub Trailović
Dimitris Th. Tsatsos
Grigori Tunkin
John B. Ullman
Imre Vajda
Fritz Vilmar
Todor Vladigerov
Heinrich Vogel
Karsten D. Voigt
Roderich Wahsner
H. Günter Wallraff
William Warbey
James P. Warburg
Rudolf Weckerling
Günther Weisenborn
Wilhelm Wengler
Hans Wirtz
Ryszard Wojna
Michail Woslenski
Hans-Helmuth Wüstenhagen
Konni Zilliacus
Anton Zischka
Gerhard Zwerenz

# Autoren dieses Heftes

*SOTIRON, Michael M.*, geb. 1945 in Brandenburg, 1952 in die USA und 1967 nach Kanada übergesiedelt; Studium der Geschichte und Promotion an den Universitäten Berkeley und Victoria (British Columbia); lebt als Universitätsangestellter und freier Publizist in Outremont/Quebec. *** *HUFFSCHMID, Dr. Jörg*, geb. 1940 in Köln, Hochschullehrer für Politische Ökonomie der BRD an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen zur Konzentrations- und Wirtschaftspolitik. *** *LEITHÄUSER, Dr. Gerhard*, Professor für Wirtschafts- und Entwicklungspolitik an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *SCHUI, Herbert*, geb. 1940 in Köln, Studium der Ökonomie, derzeit Assistenzprofessor an der Universität Bremen. *** *KNORR, Lorenz*, geb 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *BAYERTZ, Kurt*, geb. 1948 in Düsseldorf, Studium der Sozialwissenschaften, Philosophie und Germanistik an den Universitäten Frankfurt/M. und Düsseldorf, z. Z. an der Universität Bremen tätig. *** *KUCZYNSKI, Dr. Jürgen*, geb. 1904 in Elberfeld, emeritierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität in Berlin (DDR); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *WEYEL, Volker*, geb. 1944 in Nebra (Unstrut), Studium der Ethnologie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/M., nach Aufenthalten 1967 und 1969 in Uganda dort von 1970 bis 1973 als „Research Associate" des „Makerere Institute of Social Research"; Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *GALKIN, A. A.*, Abteilungsleiter am Institut für Internationale Arbeiterbewegung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. *** *PFAFFENBERGER, Dr. Wolfgang*, geb. 1940 in Berlin, Studium der Volkswirtschaftslehre in München und Berlin, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, vor allem zur Theorie der Wirtschaftspolitik. *** *IPSEN, Dr. Dirk*, geb. 1939 in Königsberg, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politische Ökonomie, Statistik und Ökonometrie an der TH Darmstadt; Zeitschriftenveröffentlichungen.

---

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.*

*Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.*